

DOKUMENTATION

10 JAHRE LAG



## **Grußwort des Ersten Beigeordneten des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen**

**Dr. Georg Maraun**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum 10jährigen Bestehen übermittle ich der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. einen herzlichen Gruß im Namen des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen.

In der Arbeit in den sozialen Brennpunkten in Hessen, die seit etwa 15 Jahren eine wesentliche Ausweitung erfahren hat, ist der Landesarbeitsgemeinschaft in der Zusammenfassung der Aufgaben und Interessen der angeschlossenen Träger und Initiativen und der Vertretung dieser Belange in der Öffentlichkeit eine Aufgabe von zentraler Bedeutung zugewachsen.

Zu Beginn der 70er Jahre gab es Initiativen, die eine wirkungsvolle, erfolgversprechende Hilfe für "Obdachlose" versprachen. Handlungskonzepte, die im Umfeld von Hochschulen entstanden waren, wurden von erfahrenen Praktikern, engagierten sozialen Fachkräften und ehrenamtlichen Helfern der freien und öffentlichen Jugendhilfe aufgegriffen und unter hohem persönlichen Engagement in die sozialen Brennpunkte eingebracht. Das Ziel war eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Bewohner, insbesondere der Kinder und Jugendlichen.

Als der Landeswohlfahrtsverband Hessen 1970 zusätzlich zu der seit 1953 betriebenen Förderung der Erziehungsberatungsstellen auch die Förderung für soziale Brennpunkte und soziale Gruppenarbeit aufnahm, wurde dies bewußt als Stärkung und Ergänzung der bereits bestehenden Landesförderung verstanden. Außerdem sollten nachhaltige Impulse für die als unbedingt notwendig erachtete Arbeit mit entwicklungsgefährdeten Kindern und Jugendlichen sowie deren Familien gegeben werden.

Wurden 1970 die Kosten für die Arbeit in sozialen Brennpunkten sowie sozialer Gruppenarbeit mit 1.173.494,-- DM veranschlagt, so sind die benötigten Gesamtkosten der einzelnen Träger im laufenden Haushaltsjahr 1984 auf die Summe von 13.682.288,-- DM gestiegen. Die Vergrößerung des benötigten Finanzvolumens macht einerseits deut-

lich, welche Qualifizierung diese Arbeit erfuhr, zum anderen aber wird sichtbar, mit welcher Dichte sich soziale Probleme in der Brennpunktarbeit weiter entwickelt haben. Hierbei war und ist Kernstück der Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaft die Aktivierung der in diesen Problemgebieten lebenden Menschen mit dem Ziel, sie zur Verbesserung ihrer Situation zu motivieren. Immer wieder entwickelten die Mitarbeiter der Landesarbeitsgemeinschaft in Zusammenarbeit mit den einzelnen Projekten sowie der kommunalen Ebene Hilfsformen, die unmittelbar und lebensnah die aktuelle Situation der betroffenen Familien verbessern konnten.

Ein Erfolg dieser Arbeit, der aus Sicht des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen als Jugendhilfeträger besonders ins Auge fällt: Es gibt viel weniger Kinder und Jugendliche aus sozialen Brennpunkten in Heimen als vor etwa 15 Jahren.

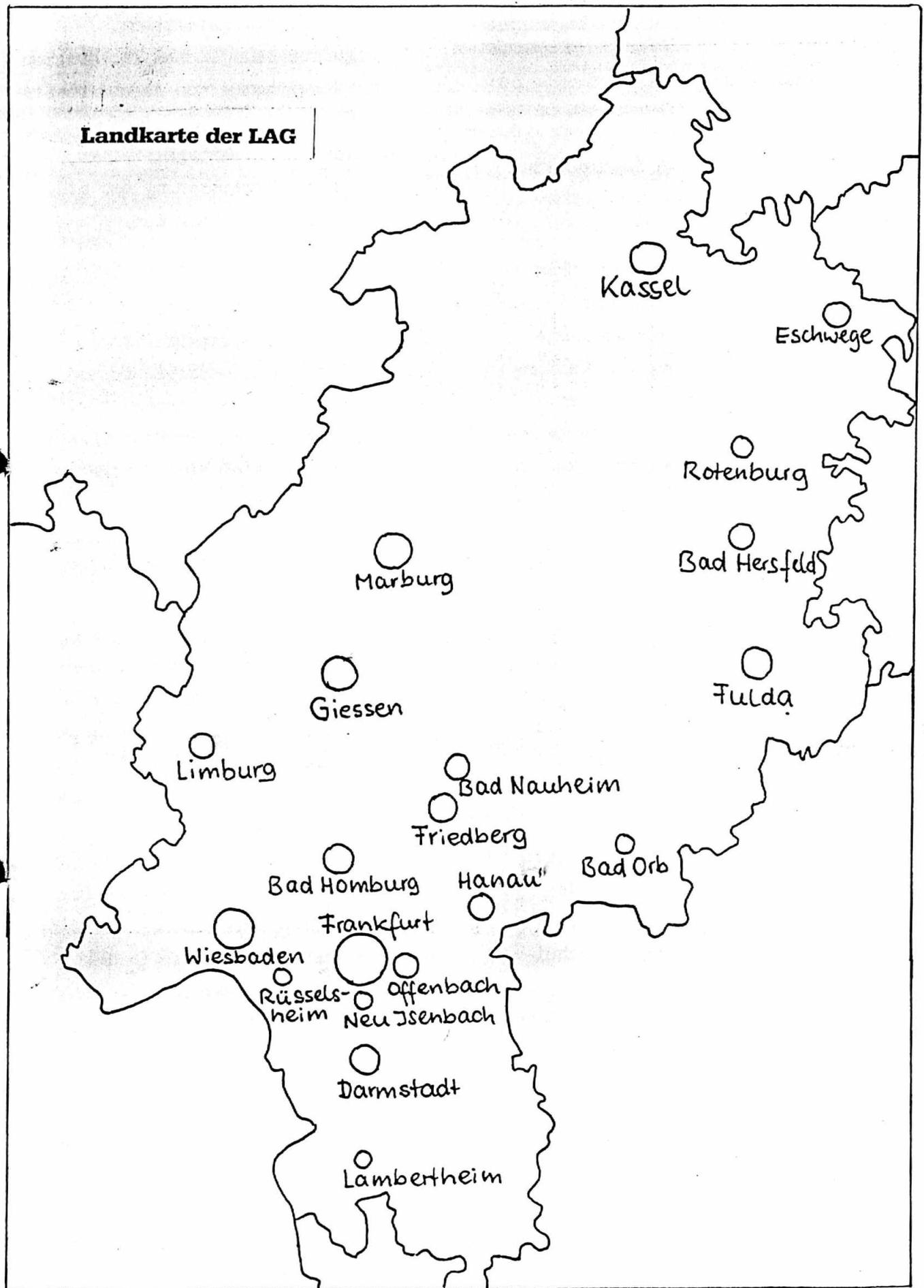
Insgesamt kann festgestellt werden, daß die Förderung ambulanter Hilfen gerade in finanziell schwierigen Zeiten humanitär besonders notwendig ist, um sozial schwachen Familien ihren Zusammenhalt und ihre Würde bewahren zu helfen. Vorbeugend eingesetzte Hilfen sind ein besserer Beitrag zum wirtschaftlichen und sparsamen Einsatz von Steuermitteln als "Sparen" bei den vorbeugenden Hilfen, das dann zwangsläufig viel höhere Folgekosten verursacht.

Es wird Aufgabe der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. sein, die in den letzten Jahren erzielten Erfolge zu sichern, um den immer schwieriger werdenden Anforderungen, z.B. durch die hohe Jugendarbeitslosigkeit in dieser Bevölkerungsgruppe, gerecht zu werden.

Der Landeswohlfahrtsverband Hessen dankt allen Mitarbeitern der Landesarbeitsgemeinschaft und in den 40 hessischen Gemeinwesenprojekten sowie den Spiel- und Lernstuben für ihre engagierte Arbeit. Im Interesse der Bewohner der sozialen Brennpunkte hoffe ich, daß alle Finanzträger diese prophylaktische Arbeit weiterhin tatkräftig unterstützen. Den Mitarbeitern sowie Mitgliedern der Landesarbeitsgemeinschaft wünsche für die Zukunft alles Gute.

*Dr. Georg Karsten*

Landkarte der LAG



## **Wirtschaftliche Rahmenbedingungen für die Arbeit in Sozialen Brennpunkten**

### **Ernst-Ulrich Huster**

Die Arbeit in Sozialen Brennpunkten  
- Der Anspruch

Mit den 1979 verabschiedeten "Hinweisen zur Arbeit in Sozialen Brennpunkten" wollte der Deutsche Städtetag einen Beitrag zur Verhinderung sozialer Ghettos leisten. <sup>1</sup>

Diese Grundsätze zielen auf eine Beteiligung der hier Wohnenden am sozialen Leben sowie auf eine Stärkung der Selbsthilfepotentiale, um so eine soziale Integration der Bewohner Sozialer Brennpunkte in ihre Stadt zu ermöglichen. Im einzelnen werden u.a. folgende Reformen gefordert:

Beseitigung materieller Armut als notwendige Voraussetzung für die Lösung persönlicher Schwierigkeiten und Defizite,

Verbesserung der Wohnverhältnisse, hinreichende familienergänzende Hilfen bei der Erziehung der Kinder (Kindertagesstätten, schulbegleitende Maßnahmen),

Ausbau ambulanter Beratungsangebote, Einrichtung familientherapeutischer Zentren,

Einrichtungen zum Schutz mißhandelter Kinder und Frauen, der Ehe- und Familienberatung,

Freizeitangebote und -einrichtungen für Kinder und jüngere Jugendliche, Maßnahmen zur Familienerholung,

Hilfen für Jugendinitiativen, Maßnahmen zur beruflichen Integration und zur Beseitigung von Jugendarbeitslosigkeit,

Altenclubs und Altentagesstätten, Maßnahmen zur Verbesserung der medizinischen Betreuung u.v.a.m.

Die Wirklichkeit 1983

Die Lage in den Sozialen Brennpunkten weicht von diesen umfassenden und von allen relevanten politischen Kräften in den Kommunen, die im Deutschen Städtetag vertreten sind, mitgetragenen Reformvorstellungen erheblich ab. Die Bewohner Sozialer Brennpunkte sind nicht nur von einer "Beseitigung materieller Probleme" weit entfernt, sondern sie werden auch und gerade von den neuerlichen Kürzungen der Sozialleistungen besonders hart betroffen, befinden sie sich doch immer schon am unteren Ende der Einkommensskala. Beginnend mit dem 21. Rentenanpassungsgesetz von 1978 ist das Rentenniveau kontinuierlich - relativ - abgesenkt worden. Angesichts der weit überdurchschnittlichen Betroffenheit von Arbeitslosigkeit in den Sozialen Brennpunkten (ca. 50 Prozent) schlagen gerade hier die Einschnitte beim Arbeitsförderungsgesetz besonders stark zu Buche, insbesondere der Fortfall der sog. "originären Arbeitslosenhilfe", die faktische Senkung des Arbeitslosengeldes sowie der Arbeitslosenhilfe und die Verlängerung der Fristen, um eine Anwartschaft auf Geldleistungen zu erwerben. Hinzu

kommen die Auswirkungen bei den linearen Kindergeldkürzungen im Rahmen der "Operation 82", Einschränkungen beim Wohngeld und die stärkere Zuzahlungspflicht im Rahmen der Krankenversicherung ("Selbstbeteiligung").

#### Kommunale Sozialpolitik der leeren Kassen

Aber nicht nur Bund und Länder kürzen, sondern auch die Kommunen. Denn die Gemeinden befinden sich in einer prekären Lage, und zwar sowohl von der Ausgaben- wie von der Einnahmenseite her.<sup>2</sup> Zum einen haben sich Bund und Länder in der Vergangenheit kontinuierlich ihrer sozialen Verpflichtungen zu Lasten der Kommunen entledigt: Einsparungen bei den Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit und bei der Rentenversicherung - vorgenommen, um den Bund von Zuschüssen an diese Zweige der Sozialversicherung zu entlasten - führen zu einem vermehrten Sozialhilfebedarf, der von den kreisfreien Städten und von den Landkreisen zu bestreiten ist. Angesichts der zunehmenden Massenarbeitslosigkeit haben insbesondere die genannten Leistungsverlechterungen im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) dazu geführt, daß seit 1982 die Zahl der Empfänger von ständigen Hilfen zum Lebensunterhalt im Rahmen der Sozialhilfe explosionsartig gestiegen ist. Bund und Länder haben deshalb - in "Ergänzung"

zu den sie entlastenden Sparmaßnahmen - die Regelsätze in der Sozialhilfe nur noch unterproportional, das meint geringer als für einen Inflationsausgleich notwendig, angehoben. Desweiteren wurden Abstriche bei den Mehrbedarfszuschlägen und bei anderen Leistungen des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) verfügt. Infolgedessen haben Personen über 65 Jahre zwischen 1982 und 1984 Einnahmeverluste von insgesamt ca. 17 %, Alleinerziehende mit Kindern von insgesamt 13 % hinzunehmen.<sup>3</sup> Obwohl dies für jeden einzelnen Betroffenen eine gravierende Einbuße des immer schon niedrigen Lebensstandards bedeutet, vermögen die dadurch bewirkten Einsparungen bei den Kommunen nach glaubwürdigen Aussagen des Deutschen Städtetages nicht, die Mehrbelastungen aufzufangen, die seit 1982 von Bund und Ländern auf die Gemeinden abgewälzt worden sind.

Haben Bund und Länder solchermaßen die Ausgabenseite der Kommunen zusätzlich belastet, so haben sie in den letzten Jahren zugleich die Finanzkraft der Kommunen ausgehöhlt. So wurden beispielsweise mit der Begründung, die Finanzkraft der privaten Unternehmen müsse gestärkt werden, kommunale Steuern ganz abgebaut (etwa: Lohnsummensteuer) oder erheblich eingeschränkt (etwa: Gewerbesteuer). Und schließlich bleiben die Finanzzuweisungen von Bund und Ländern weit hinter dem zurück, was die Gemeinden zur Bewältigung ihrer Aufgaben benötigen. Zu diesen Faktoren - verringerte Ein-

nahmen und vermehrte Ausgaben - kommt hinzu, daß die besonders kostentreibenden Faktoren bei den kommunalen Sozialausgaben, insbesondere die Kosten für Pflege und Behinderung im Rahmen des BSHG, bislang nicht - etwa im Rahmen der Sozialversicherung, wo sie als Teil der Allgemeinversorgung hingehören - neu geregelt worden sind. Die Aufwendungen für Pflege und Behinderung belasten die Gemeinden immer stärker. Zwar soll auch und gerade angesichts der Finanzmisere der Kommunen nicht verschwiegen werden, daß viele Städte in der Vergangenheit und teils auch noch in der Gegenwart kulturelle und sonstige Prestigeobjekte mit hohen Folgekosten verfolgt haben und noch verfolgen. Insgesamt aber ist das derzeitige Dilemma der Gemeindefinanzen struktureller Natur.

Die Kommunen "lösen" dieses Dilemma zwischen verringerten Einnahmen und verstärkten Ausgabenforderungen, indem sie ihrerseits im sozialen Bereich insbesondere sog. "freiwillige" Leistungen kürzen, da die bei den Pflichtleistungen nur einen geringen Handlungsspielraum haben. Wie etwa das Beispiel der Großstadt Frankfurt am Main zeigt,<sup>4</sup> werden hier die Ansätze für die Pflichtleistungen im Rahmen der Hilfen zum Lebensunterhalt entsprechend dem zu erwartenden Anstieg von Leistungsempfängern angehoben, während gleichzeitig, insbesondere bei den einmaligen Beihilfen, bei Erholungshilfen für ältere Bürger, bei mobilen ambulanten Alten-

und Behindertenhilfen, bei den Mitteln für die Bauunterhaltung und für Erneuerungsmaßnahmen bei Einrichtungen der Altenhilfe u.v.a.m. gespart wird.

Bei der Jugendhilfe fallen dem Rotstift Zuschüsse zu faktisch all den Maßnahmen zum Opfer, die in den eingangs zitierten Richtlinien des Deutschen Städtetages gerade als besonders förderungswürdig angesehen worden sind: familienergänzende Hilfen, Familienberatung, Freizeiten für Kinder und Jugendliche, Jugendhäuser, Zuschüsse zu Initiativgruppen, Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe etc. Dabei werden gerade solche Mittel gekappt, die vorbeugender Natur sind, weil diese Gelder für Pflichtleistungen benötigt werden. Ein Beispiel, das besonders zum Nachdenken veranlassen sollte: Während der Ansatz für die Integration von Ausländern gekürzt wird, muß der Posten für die Durchführung der Jugendgerichtshilfe für ausländische Jugendliche um ganze 26 % angehoben werden! Und schließlich: Würde angesichts der Zunahme sozialer Probleme schon der Erhalt des Status quo bei den Planstellen faktisch Einschränkungen beim Leistungsangebot im sozialen Bereich bedeuten, so verschärft sich diese Situation erst recht angesichts des Abbaus von Planstellen und der derzeitigen Stellenbewirtschaftung, wodurch jede freierwerdende Stelle längere Zeit nicht besetzt werden darf. Beratungs- und Betreuungslösungen in den Sozialen Brennpunkten werden dadurch in jedem

Falle eingeschränkt.

Entgegen den programmatischen Vorgaben, so kann zusammengefaßt werden, hat sich die Lage der Bewohner der Sozialen Brennpunkte seit Beginn der 80er Jahre rapide verschlechtert - materiell und immateriell. Hierzu zählen auch die z.T. schärfer gewordene Kontroll- und Überwachungspraxis durch einzelne Sozialämter. Hinzu kommen die insgesamt verschlechterten gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die bewirken, daß sich in absehbarer Zeit an der Lebenslage der in den Sozialen Brennpunkten Wohnenden kaum etwas ändern wird:

Immer mehr Personen im erwerbsfähigen Alter sind als Folge der Massenarbeitslosigkeit auf Sozialhilfe angewiesen.<sup>5</sup> 1973 gab es in der Gruppe der 18- bis 25jährigen lediglich 26.000 Sozialhilfe-Bezieher, 1981 waren es 134.450. Die Zahl der Hilfeempfänger im Erwerbsalter insgesamt ist erheblich gestiegen. Bis zu 50 % der Arbeitslosenhaushalte haben ein Einkommen, das entweder schon jetzt unter oder nur geringfügig oberhalb des derzeitigen Sozialhilfeniveaus liegt. Zusätzlich zu den derzeitigen Empfängern von Hilfen zum Lebensunterhalt ist - unabhängig von der immer schon bestehenden Dunkelzifferproblematik - von einem weiteren Sozialhilfepotential in etwa der gleichen Größenordnung auszugehen.

Die Mieten sind zwischen April 1982

und April 1983 um 6 % gestiegen. Das elektronische Datenverarbeitung hat die Voraussetzungen dafür mit geschaffen. Der dadurch bewirkte jährliche Produktivitätszuwachs in der Wirtschaft übersteigt inzwischen die Wachstumsraten des Bruttosozialproduktes erheblich, so daß kontinuierlich Arbeitsplätze verlorengehen. Während in den 50er Jahren und in den 60er Jahren parallel zu Rationalisierungs- auch Erweiterungsinvestitionen getätigt und so verlorengangene Arbeitsplätze an anderer Stelle ersetzt worden waren, gehen durch die derzeitigen (Rationalisierungs-)Investitionen Arbeitsplätze fast ausschließlich verloren, ohne daß neue entstehen. Dieser enorme Produktivitätszuwachs und die neuen, damit einhergehenden Fertigungsmethoden sowie chemisch-toxische Arbeitsstoffe belasten die Gesundheit derer erheblich, die noch Arbeit haben. Die auf einzelbetriebliche, quantitative Gewinne ausgerichteten Rationalisierungs- und Intensifikationsstrategien münden schließlich in eine immer aggressiver werdende Verteidigung des bestehenden quantitativen Wachstumstypus, wie an dem immer härter werdenden Konkurrenzverhalten ebenso deutlich wird wie an der vorrangigen Förderung und Verteidigung von Großtechnologien gegenüber arbeitsintensiven Fertigungsmethoden und Energieträgern.

Entgegen den allgemeinen Klagen aus dem Unternehmensbereich über die

schlechte Ertragslage sieht deren Gesamtsituation so schlecht nicht aus. Auch wenn die Gewinne zu Beginn der 80er Jahre zunächst geringer ausgefallen sind als etwa Ende der 70er Jahre, so können die Unternehmen nach wie vor ihre Investitionen aus erheblichen Eigenmitteln bestreiten. 1982 betrug die Selbstfinanzierungsquote 84,5 %. Allerdings: Die Unternehmen investieren weit weniger als sie könnten. Von dem für 1982 in den Bilanzen als Geldvermögen ausgewiesenen 780 Mrd. DM sind ca. 46 % relativ liquide gewesen. Namhafte Mittel sind demnach nicht reinvestiert, sondern schlicht in Form von Geldanlagen bei Banken und in festverzinslichen Wertpapieren (ca. 358 Mrd. DM) angespart worden,<sup>6</sup> weil deren durchschnittliche Verzinsung mehr Rendite verspricht als deren Investition.<sup>7</sup> Die Kapitalrücklagen sind v.a. bei den größeren Unternehmen angehäuft, während zahllose kleinere und mittlere Unternehmen angesichts der rückläufigen Nachfrageentwicklung sowie der Hochzinspolitik wegen Kapitalunterausstattung zahlungsunfähig werden und zusammenbrechen. Dadurch gehen weitere Arbeitsplätze verloren.

Die Tatsache, daß Kapitalmassen nicht wieder in den volkswirtschaftlichen Kreislauf produktiv einfließen, ist letztlich auf strukturelle Absatzprobleme zurückzuführen. Auf wichtigen Märkten ist - marktmäßig - ein relativer Sättigungsgrad erreicht, dem auf Grund rationalisierter Produk-

tionsmethoden ein wachsendes Warenangebot gegenübersteht. Infolgedessen drosseln die Unternehmen die Auslastungsgrade ihrer Produktionsanlagen. Teilentlassungen, Kurzarbeit u.a.m. sind die Folge. "Marktmäßig" heißt, daß diese Sättigungseffekte nicht zuletzt auch aus den derzeitigen Verteilungsstrukturen resultieren, denn zweifelsfrei gibt es bei großen Teilen unserer Bevölkerung (man denke nur an die Bewohner Sozialer Brennpunkte) und in den Ländern etwa der Dritten Welt einen erheblichen Bedarf, der allerdings nicht mit Kaufkraft ausgestattet ist. Allen Bekundungen zum Trotz handelt es sich dabei im wesentlichen um ein Binnenproblem, auch wenn die Volkswirtschaften der anderen westlichen Industrienationen von vergleichbaren Erscheinungen betroffen sind. In der Bundesrepublik hat der Export mit einem Anteil von 26 % des erwirtschafteten Bruttosozialprodukts eine Grenzmarke erreicht, die nicht ohne schwerwiegende Folgen für unsere weitere wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Entwicklung überschritten werden kann.

Staatliche Sozialpolitik: Ein "Wettlauf mit dem Defizit"

Auf den Staat wirkt sich der soeben beschriebene Strukturwandel unserer Wirtschaft in zweifacher Weise negativ aus. Denn derselbe wirtschaftliche Prozeß, der einen immer größeren sozialen Bedarf an staat-

lichem Handeln hervorruft (insbesondere Folgen der Massenarbeitslosigkeit, gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen, Frühverrentung, Sozialhilfeabhängigkeit u.a.m.), schränkt zugleich die finanziellen Mittel ein, die der Staat zur Behebung dieser Risiken benötigt. Ein paar Zahlen: Die derzeitige Arbeitslosigkeit schlägt sich beim Staat "fiskalisch" in verringerten Einnahmen (Steuern, Sozialversicherungsbeiträge) und erhöhten Ausgaben (Lohnersatzleistungen, Sozialabgaben für Arbeitslose) von zusammen ca. 65 Mrd. DM nieder.<sup>8</sup> Desweiteren fällt das Bruttosozialprodukt in der Bundesrepublik 1983 um schätzungsweise 130 Mrd. DM geringer aus als bei Vollbeschäftigung. Der Staat wäre an dieser Wertschöpfung zusätzlich beteiligt, insbesondere über Steuern aus dem Unternehmensbereich und Verbrauchssteuern.

Weitere Kosten treten hinzu. Allein die Frühverrentung bei Arbeitslosigkeit (sog. 59er Regelung) kostet jährlich rund 1 Mrd. DM, die im wesentlichen von der Solidargemeinschaft der Sozialversicherten bestritten werden müssen. Hinzu kommen weitere Mehrausgaben als Folge der steigenden Zahl der Berufs- und der Erwerbsunfähigkeitsrenten ("Konkrete Betrachtungsweise").<sup>9</sup>

Auch in der Sozialhilfe ist die Erhöhung bei den Ausgaben für die Hilfen zum Lebensunterhalt in den letzten Jahren weitgehend arbeits-

marktbedingt, von den jährlichen Regelsatzanhebungen zum Inflationsausgleich abgesehen. Und schließlich: Auch die niedrigeren Lohnzuwachsrate schlagen negativ bei den Steuer- und Sozialkassen zu Buche. 1 Prozentpunkt weniger bei den Löhnen bedeutet ein Minus von ca. 1,3 Mrd. DM allein bei der gesetzlichen Rentenversicherung.

Diese hier nur grob skizzierte Entwicklung setzte den bislang vorherrschenden sozialpolitischen Strategien ein Ende, wonach die Einnahmen gleichsam automatisch einem stetig wachsenden Ausgabenvolumen angepaßt wurden. Gleichwohl nutzte der Staat diese Chance nicht für eine umfassende Sozialreform, um so ursachenbezogen der Risikoentstehung und den kostentreibenden Strukturproblemen des Sozialleistungssystems entgegenzutreten. Es erfolgten vielmehr die bekannten Einschnitte in das Sozialleistungssystem mit dem Ziel, die Sozialausgaben den verringerten Einkommen "anzupassen". Ein "Wettkampf mit dem Defizit" hat begonnen. Denn als Folge dieser Ausgabenreduktionen wird die jetzt schon zu geringe Binnennachfrage weiter eingeschränkt, so daß als Folge sinkender Gesamtkaufkraft der wirtschaftliche Prozeß weiter zurückgeht, mehr Menschen arbeitslos werden, die Ausgabenanforderungen an den Staat weiter zu-, seine Einnahmen dagegen weiter abnehmen etc.

Zur "Logik" der derzeitigen Sozial- und Wirtschaftspolitik

Die derzeitige Politik der Haushaltskürzungen ist insgesamt Teil einer Strategie, wonach die marktmächtigen Anbieter in unserer Volkswirtschaft gestärkt werden sollen ("angebotsorientierte Wirtschaftspolitik"). Während die sozialliberale Koalition neben den auch bei ihr vorherrschenden angebotsorientierten Elementen zumindest teilweise auch auf die Stärkung der Nachfrage gesetzt hat (etwa zahlreiche kleinere Konjunkturprogramme mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen<sup>10</sup>), steuert die derzeitige Regierung gezielt auf das neoklassische Theorem, demzufolge die Massenarbeitslosigkeit letztlich die Folge zu hoher Löhne ist ("Mindeslohnarbeitslosigkeit").<sup>11</sup> Die Vorstellung von einer Lohnpause, wie sie beispielsweise Bundesminister Blüm im letzten Jahr gefordert hat, stellt dabei lediglich die offene Variante dieser Politik dar. Die subtilere und in der Öffentlichkeit kaum diskutierte Variante dagegen zielt auf die strukturelle Hierarchie zwischen Löhnen, unteren Lohngruppen, Lohnersatzleistungen bei Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe. Um die Löhne - in Tarifverträgen - nach unten zu drücken, bedarf es zunächst der Absenkung der Leistungen des AFG. Damit dies erreicht werden kann, muß unter Aufgabe des Bedarfsprinzips der Sozialhilfesatz abgesenkt werden. Das heißt: Von den Kürzungen bei der Sozialhilfe geht über die Leistungen

des AFG eine Sogwirkung auf die Löhne aus mit dem Ergebnis, daß nun weitere Spielräume für Reallohnsenkungen und ein Ausdifferenzieren gerade bei den unteren Lohngruppen geschaffen werden. Eine Dynamisierung nach unten hat eingesetzt.<sup>12</sup> Damit erhalten die haushaltsmäßig geringfügigen 90 Mio. DM, die 1983 zusätzlich zu den Kürzungen im Rahmen der "Operation '82" bei der Sozialhilfe eingespart werden, ihren eigentlichen Sinn. Denn diese Einsparungen schaffen die Voraussetzung für Kürzungen bei Lohnersatzleistungen nach dem AFG und darüber hinaus für eine Absenkung der gesamten Bruttolohnsumme aus abhängiger Beschäftigung, die derzeit bei ca. 800 Mrd. DM liegt. Eine Reallohnsenkung von über 2 % im Jahr 1983 "entlastet" demnach den Unternehmensbereich um ca. 20 Mrd. DM. Für 1984 sind weitere Einsparungen geplant. Daneben dient die aktive Förderung der neuen Mittelschichten, insbesondere jener mit besserem Einkommen, im wesentlichen der Sicherung von politischer Loyalität über den Kreis der Unternehmen hinaus. So bleiben Einnahmepfründe zumal bei dem mit hohem sozialen Prestige ausgestatteten Personenkreis unangetastet: Ärzte, Zahnärzte, Apotheker und andere Freiberufler. Für die Bezieher dieser im Regelfall hohen Einkommen werden "soziale" Hilfen insbesondere beim Wohnungsbau ("Bauherrenmodell", Abschreibungsgesellschaften) nicht nur erhalten, sondern auch noch ausgebaut.

Die Kürzungen im Bereich der unteren Lohn- und Sozialeinkommen und die Stärkung der besser gestellten Mittelschichten sind Teil einer gesamtgesellschaftlichen Polarisierung. Von diesem gesellschaftspolitisch zumindest in Kauf genommenen Effekt sucht die immer wieder von neuem inszenierte Mißbrauchsdebatte abzulenken, die mal die Arbeitslosen, mal die Sozialhilfeempfänger, mal die Bezieher von Ausbildungshilfen, mal die Kranken, mal die Ausländer, mal die Asylanten etc. als "Sündenböcke" aufbaut und für die Haushaltsprobleme sowie die Kürzungen im Leistungsbereich gesellschaftlich verantwortlich macht. Dabei ist offensichtlich, daß und wie die einzelnen sozialen Gruppen gegeneinander ausgespielt werden sollen mit dem Ziel, soziale Risiken wieder in einem höheren Maß auf den einzelnen abzuwälzen. Armut - Anfang der 70er Jahre ein in die Diskussion eingeführter Kampfbegriff gegen die vorgeblich unsoziale Verteilungswirkung der damals betriebenen Sozialpolitik - wird nun zu einer "neuen Armut" undefiniert, so, als sei der Zusammenhang zwischen abhängiger Beschäftigung und Armut neu. Es war und ist konstitutiv - im 19. Jahrhundert ebenso wie in der Weimarer Republik, im Dritten Reich und in der Nachkriegszeit. Die 60er und die 70er Jahre stellten hier eher Ausnahmen, nicht die Regel dar. Armut erhält nun wieder verstärkt seine sozialpsychologische und materielle Funktion zur Aufrechter-

haltung und Stabilisierung von konkurrenzorientiertem Leistungsverhalten.<sup>13</sup> Armut erscheint als selbstverschuldet und als überwindbar, vorausgesetzt, man ist bereit, die Anforderungen an die Qualität von Arbeit und Entlohnung "realistisch" einzuschätzen und Verschlechterungen zu akzeptieren. Damit aber wird sozialpsychologisch und materiell eine wesentliche Barriere geschaffen, so daß die solchermaßen als "Sündenböcke" abgestempelten ihre Situation nicht als gesellschaftlich bedingt begreifen, geschweige denn, daß sie in der Lage wären, solidarisch auf Abhilfe zu drängen. Und: obwohl die oben beschriebene Sogwirkung von der Sozialhilfe auf die Entlohnung und auf die Arbeitsbedingungen objektiv besteht, wird durch diesen Mechanismus eine breitere Solidarisierung zwischen Sozialhilfeempfängern und den - noch - abhängig Beschäftigten verhindert.

Damit wird nun ein weiterer Widerspruch der derzeitigen Politik erklärlich. Denn während Staat und Bürokratie auf der einen Seite zu Investitions- und Wachstumshemmnis par excellence erklärt werden, überbieten sich konservative Politiker geradezu in ihren Forderungen nach einem "starken" Staat in Fragen der inneren und der äußeren Sicherheit.<sup>14</sup> Die inner- und die außerstaatliche Feinderklärung sowie die militär-technologische Verengung von

Sicherheitspolitik geht nicht nur auf massive Wirtschaftsinteressen etwa im Bereich der Rüstungsindustrie ein, sondern ist auch eine wichtige Voraussetzung dafür, daß innenpolitische soziale Konfliktslagen etwa in der Weise "umgebogen" werden, daß für die derzeitige wirtschaftliche Lage nicht etwa die oben beschriebene Strukturkrise, sondern der Widerstand von Bürgern gegen eine weitere Umweltzerstörung, Jugendprotest oder ähnliches verantwortlich gemacht werden, die es deshalb mit staatlichen Mitteln einzugrenzen oder gar zu unterbinden gilt. Dies mußten Bürgerproteste im Zusammenhang mit Umweltfragen und die Friedensbewegung zum Teil drastisch erleben. Und schließlich bedurfte es keineswegs erst der deutlichen Hinweise des amerikanischen Verteidigungsministers, daß die Rüstungspirale, wenn nicht anders möglich, eben über Mitteleinsparungen im Sozialbereich vorwärts getrieben werden wird. Im Bundeshaushalt 1983 steigen die Sozialleistungen lediglich im Umfang der allgemeinen Geldentwertung; sie bleiben damit faktisch gegenüber 1982 konstant, obwohl die Anforderungen an den Sozialstaat erheblich zugenommen haben. Die Ausgaben für Verteidigung hingegen weisen mit einem Plus von ca. 5 % auch einen realen Zuwachs aus.<sup>15</sup>

Qualitatives Wachstum - eine Alternative?

Eine Politik zur Verbesserung der Lebenslage der Bewohner in den Sozialen Brennpunkten muß deshalb - so das Resümée - Teil einer umfassenden Neuorientierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik sein. Denn allen andersartigen Erklärungsansätzen zum Trotz ist die derzeitige Strukturkrise unserer Wirtschaft im wesentlichen den vorfindlichen Marktprozessen selbst und nicht etwa dem Staatsinterventionismus, bürokratischen Hemmnissen etc. geschuldet. Von der Wirtschaft erzwungene staatliche Interventionen haben allerdings diese Strukturkrise mitverschärft. Deshalb müssen m.E. Versuche scheitern, jene über Marktvorgänge zustande gekommene Strukturkrise unserer Wirtschaft vorwiegend durch "Mehr-Markt" zu überwinden,<sup>16</sup> abgesehen davon, daß der dabei einzuschlagende Weg m.E. erheblichen außen- wie innenpolitischen Konfliktstoff in sich birgt. Zum einen müßte eine noch stärkere Exportorientierung unserer Wirtschaft notwendigerweise das internationale Konfliktpotential steigern, einmal zwischen den großen westlichen Industrienationen selbst, zum anderen im Verhältnis zu den Ländern der Dritten Welt. Zweitens werden noch weitergehende Schnitte als bisher am Netz der sozialen Sicherung die Lage breiter Teile der Bevölkerung verschlechtern, daß

daraus weitreichende soziale Spannungen erwachsen. Und schließlich wird schon die derzeit betriebene Zerstörung der natürlichen Umwelt zu nicht mehr gut zu machenden Schäden für das menschliche Leben führen.

Eine Forcierung dieser Umweltbelastung um einzelbetrieblicher Gewinne willen wird zu einer Existenzgefährdung für die gesamte Bevölkerung und damit zum Protest breiter Kreise führen.

Deshalb kann die bestehende wirtschaftliche Situation mit ihrer hohen Massenarbeitslosigkeit - ab Mitte der 80er Jahre ist realistischlicherweise von 3 - 4 Millionen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt auszugehen - und mit ihren oben beschriebenen Auswirkungen auf die Sozialpolitik m. E. nur durch Eingriffe in die Wirtschaftsordnung behoben werden, wodurch die Wirtschaft anstelle des vorfindlichen quantitativen und auf ein qualitatives Wachstum ausgerichtet wird. Dabei muß der präventiven Vermeidung sozialer Risiken im Wirtschaftskreislauf der gleiche Stellenwert zukommen wie der individuellen und der allgemeinen Wohlstandsmehrung. Die bedingt auch eine Umorientierung der Außenhandelsbeziehungen insbesondere zu den Ländern der Dritten Welt und darüber hinaus eine Politik, die die volkswirtschaftlich unproduktive und letztlich auch vom Sicherheitsgedanken her widersinnige Hochrüstung überflüssig macht.

Inhaltlich hat sich eine derartige Politik v.a. auf die Befriedigung von

sozialen Bedürfnissen auszurichten, die zusammengenommen die Qualität des Lebens eines jeden Bürgers maßgeblich bestimmen: Erhalt und Wiederherstellung der natürlichen Umwelt, Energieeinsparungen und die Erforschung sowie Indienstnahme alternativer Energieträger, soziale Infrastruktureinrichtungen, Nahverkehr und Erholungsgebiete, soziale Dienste u.a.m. Dies alles sind arbeitsintensive Bereiche, die - zusammen mit einer massiven Arbeitszeitverkürzung - tatsächlich neue Arbeitsplätze in Millionenhöhe zur Verfügung stellen können.

Finanzierbar ist eine derartige Politik insbesondere über eine Binnenrationalisierung der bestehenden Haushaltsvolumina, mehr Steuergerechtigkeit einschließlich einer stärkeren Heranziehung der besser Verdienenden, der Abschöpfung eines Teils des nicht reinvestierten Geldvermögens im Unternehmensbereich und schließlich (d.h. mit letzter Priorität) über eine verstärkte Kreditfinanzierung. Im Gegensatz zu weitverbreiteten Einwänden gegen die Staatsverschuldung kann eine derartige Kreditfinanzierung dann als volkswirtschaftlich ungefährlich angesehen werden, wenn sie dem langfristigen Strukturwandel der Wirtschaft dient. Im übrigen kann das Ausmaß staatlicher Verschuldung dadurch verringert werden, daß neue Formen der Verschuldung unter Umgehung der privaten Geschäfts-

banken gesucht werden. Darüber hinaus wird sich ein derartiges Programm über erhöhte Staatseinnahmen teilweise selbst refinanzieren. Über eine Umorientierung der derzeitigen Haushaltspolitik im Sinne stärkerer beschäftigungspolitischer Effekte hinaus bedarf es in Anlehnung und Fortsetzung des Zukunftsinvestitionsprogramms (ZIP) eines langfristig angelegten Beschäftigungs- und Wachstumsprogramms für die 80er Jahre (also über ca. 10 Jahre).<sup>17</sup>

Mit einer derartigen Politik der Strukturreformen würde politisch und finanziell der Weg für eine umfassende Sozialreform frei, die zum einen vorrangig auf eine präventive Verhinderung sozialer Risiken, daneben auf eine am Selbstkostenprinzip und am Bedarf orientierte Kompensation sozialer Risiken ausgerichtet sein müßte. Im Rahmen einer solchen Politik sind Mittel der Sozial- und der Jugendhilfe arbeitsplatzwirksam einzubeziehen, etwa um die berufliche Ausbildung von Jugendlichen sicherzustellen, das Netz sozialer Dienste auszubauen und um Investitionen etwa im Umweltbereich vorzunehmen. Die Stadtstaaten Hamburg und Bremen haben bereits entsprechende Pläne vorgelegt.<sup>18</sup> Den freien Trägern der Wohlfahrts- und der Jugendpflege werden im Rahmen derartiger Programme wichtige neue Aufgaben zufallen.<sup>19</sup> Darüber hinaus ist über eine umfassende Finanzreform der finanzielle Spielraum der Kommunen sicherzu-

stellen, den diese zur Bewältigung ihrer sozialen Verpflichtungen u.a. auch in den Sozialen Brennpunkten benötigen. Die Umsetzung einer derartigen Politik ist davon abhängig, inwieweit ein breites soziales und politisches Potential bereit und in der Lage ist, angesichts der derzeitigen Strukturprobleme unserer Wirtschaft und angesichts der Folgen für jeden Einzelnen und die Gesamtheit "Selbsthilfe" und "Solidarität" wieder stärker zur Maxime menschlichen Handelns und Verhaltens zu machen.

#### Anmerkungen

1 Deutscher Städtetag (Hrsg.), Hinweise zur Arbeit in sozialen Brennpunkten, DST-Beiträge zur Sozialpolitik, Heft 10, Köln 1979 (Broschüre).

2 Vergl. zum folgenden Hanns Karrenberg und Engelbert Münstermann, Städtische Finanzen in der Krise, Gemeindefinanzbericht 1983, in: Der Städtetag Heft 2/1983, S. 69ff; Alternativen der Kommunalpolitik, Sicherung von Finanzstärke gegen autoritäre Konsolidierungspolitik und Sozialabbau, in: Memorandum '83 der Arbeitsgruppe Alternativen der Wirtschaftspolitik: Qualitatives Wachstum, Arbeitszeitverkürzung, Demokratisierung - Alternativen zu Unternehmerstaat und Krisenpolitik, Köln 1983.

3 Vgl. Armut und Unterversorgung, Stellungnahme von 16 Wissenschaftlern zur aktuellen Situation in der Sozialhilfe, abgedruckt u.a. in: Frankfurter Rundschau vom 10.2.1983, S. 10f.

4 Vgl. Frankfurt am Main, Haushaltsplan 1983, Entwurf: Martin Berg in: Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (SGK), Fachtagung "Sozialpolitik" am 11.12.1982 in Duisburg-Walsum, Sonderdokumentation, in: Demokratische Gemeinde, Sonderdruck, Bonn 1983.

5 Vergl. die Angaben bei Henning Scherf, Die beste Sozialpolitik ist ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, in: Frankfurter Rundschau vom 20.1.1983, S. 10 und Stat. Bundesamt (Hrsg.), Sozialhilfe 1981, Stuttgart und Mainz 1983.

6 Vergl. Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, Heft Mai 1983, S. 19.

7 Vergl. u.a. Franz Josef Strauß unter Berufung auf den Platow-Wirtschaftsbrief in der Gemeinschaftssendung von ARD und ZDF zur Bundestagswahl am 3.3.83; Stefan Welzk, Elf Milliarden Reserve, Deutsche Großunternehmen verdienen besser als sie vorgeben, in: Der Spiegel Heft 9/1983, S. 80 ff.

8 Eigene Berechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg.

9 Vergl. die Zahlenangaben in: Bundesminister für Arbeit und Soziales (Hrsg.), Arbeits- und Sozialstatistik, Hauptergebnisse der Jahre seit 1975, Angaben über Zugangsrenten: Rentenansprüche und ihre Erledigung.

10 Vergl. DIW-Wochenbericht Nr. 19/1982: Konjunkturelle Effekte der Finanzpolitik 1974 bis 1981.

11 Vergl. hierzu die Position der Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

12 Vergl. hierzu Armut und Unterversorgung, a.a.O.

13 Vergl. hierzu Ernst-Ulrich Huster, Muß unsere Gesellschaft mit der Armut leben? - Thesen, vorgetragen auf der Tagung der Evangelischen Akademie in Loccum über "Armut in der Bundesrepublik Deutschland" vom 20.-22.10.1982, abgedruckt in: Loccumer Protokolle, Nr. 25/1982, S. 85 ff.; leicht gekürzt auch in: Frankfurter Rundschau vom 28.1.1985, S. 10.

14 Dabei zeigt Gerald Kreißig, Personalstand und Personalentwicklung bei Bund, Ländern und Gemeinden (GV) (in: Der Städtetag, Heft 3/1982, S. 188ff), daß die Bereiche innere und äußere Sicherheit eine stärkere Personalausweitung erfahren haben als etwa der Bereich der sozialen Sicherung.

15 Angaben des Bundesministers für Finanzen.

16 In diesem Sinne "Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen

Wirtschaft im Frühjahr 1983",

Beurteilung der Wirtschaftslage

durch die 5 führenden wirtschafts-

wissenschaftlichen Forschungs-

institute, Mehrheitsgutachten, abge-

druckt u.a. in: DIW-Wochenbericht

Nr. 18-19/1983, S. 239ff, insbesondere

S. 252ff; davon abweichend die

Position des DIW, ebenda S. 255f.

17 Hierzu gibt es eine Reihe von Vor-

schlägen und Initiativen, vergl. u.a.:

DGB-Forderungen zur Bekämpfung der

Beschäftigungskrise, DGB-Information-

Dienst Nr. 2/1981 vom 30. März 1981;

Vorschläge des DIW Berlin in: DIW-

Wochenbericht Nr. 15/1978 und Nr. 13/

1979; Memorandum '83, a.a.O.

18 Vergl. Bürgerschaft der Freien und

Hansestadt Hamburg, Drucksache 10/392

vom 19.10.1982: 100 Millionen DM -

Programm zur Arbeitsbeschaffung in

Hamburg; Senator für Soziales, Jugend

und Sport der Freien Hansestadt Bremen,

Bremen, Öffentliche Ausbildungs- und

Arbeitsplatzangebote 1984-1987,

200 Mio. DM-Programm für die Legisla-

turperiode 1984-1987, Vorlage vom

7.12.1982.

19 Hans E. Maier, Experimentelle

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Fall-

studien zum Einsatz von Arbeitsbe-

schaffungsmaßnahmen bei kleinen

freien Trägern, IIM/LMP 82-20,

Wissenschaftszentrum Berlin 1982;

Bernd Reisert, Langfristarbeitslosig-

keit und "temporärer Ersatzarbeits-

markt", Modellrechnung zu einem

arbeitsmarktpolitischen Sofort-

programm, Februar 1983; Jenseits der

Vollbeschäftigung - Über die Zukunft

der Arbeitswelt, Teil 1-5, besonders

Teil 5, Arbeitsergebnisse des

Kirchlichen Dienstes in der Arbeits-

welt (KDA) der Evangelischen Kirche,

in: epd Dokumentation Nr. 23-24/82,

Nr. 51/82 und Nr. 53/82.

## **Zur Vorgeschichte der Landes- arbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte in Hessen**

**Michael Brühl**

In der LAG gibt es weder Staatsfeinde noch Rechtsfeinde. Das mag für viele beruhigend sein. Es zeigt aber auch an, daß der Aufbruch, der ab 1968 Siedlungsbewohner und Außenstehende in der Obdachlosenbewegung verband, im Auf und Ab des gewöhnlichen Lebens untergegangen ist.

Ausgangspunkte der Obdachlosenbewegung waren folgende Merkmale der Lebensbedingungen der Obdachlosen: Der bauliche Zustand und die Witterungsempfindlichkeit der häufig aus Baracken bestehenden Unterkunftsanlagen, die Knappheit des Raums, der den Haushalten zur Verfügung gestellt war, die fehlenden sanitären Ausstattungen, die sich z.T. auf Wasserzapfstellen beschränkten, die Behördenabhängigkeit, die sich zunächst in den häufigen Umsetzungsverfügungen der Obdachlosenverwaltungen (insbesondere Engersetzungen bei Gebührenrückständen) und in der Kontrollfunktion der Hausmeister zeigte, die teilweise Berichte über das Verhalten der Bewohner anfertigten, die polizeirechtliche Grundlage dieser behördlichen Abhängigkeit, die sozialen und versorgungsmäßigen Ghettoaspekte der Obdachlosensiedlungen, die gesellschaftliche

Geplantheit der Lebensverhältnisse in Obdachlosensiedlungen, die vielen Kinder und der Bedarf an Versorgungshilfen, die Aussonderung von Obdachlosenkindern in Sonderschulen und die Verkennung ihrer Verhaltens- und Verstehensformen durch die schulischen Einrichtungen überhaupt.

Der vorwärtstreibende Teil der Aktionsgruppen und Arbeitskreise Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre war auf ein Handeln der Obdachlosen, auf ein gemeinsames Handeln mit den Obdachlosen aus. Bewohnerversammlungen und Bewohnerräte wurden zum Herz der Bewegung. Es ging um eine aggressiv-fordernde Interessenvertretung, die das Erdulden und Ertragen von Armut, Wohnungslosigkeit, Erniedrigung und Beleidigung beenden sollte.

An einigen Orten trat eine radikale Selbstverständlichkeit in Erscheinung, die Entscheidung über alle die eigenen Lebensverhältnisse betreffenden Fragen zu beanspruchen, ohne sich um Zuständigkeiten, Haushaltspläne und Schwierigkeiten der Finanzierungsträger zu kümmern. Es war dies der Rückgriff auf ein unmittelbares, allen förmlichen Regelungen vorausgehendes Recht, der die eigene Lage als umfassende Vorenthaltung begriff. Ihr entsprachen vereinzelte, gleichwohl Marksteine setzende Rechtsverletzungen: in Form von Unterkunftsbesetzungen, go-ins in Ämter und Schulen u.ä.

Der allgemeine gesellschaftliche Prozeß der 60er Jahre stellte den entscheidenden Hintergrund der Obdachlosenbewegung dar. Mit der Krise 1966/67 waren in der BRD Klassenkonflikte offen hervorgetreten, die Studentenbewegung hatte an Widersprüchen im Überbau und in den Bildungsinstitutionen ihren Ausgang genommen, darüberhinaus aber über den Krieg in

Vietnam die Ideologie der freien Welt und der in der Bundesrepublik vertretenen bürgerlichen Werte in ihrer Brüchigkeit bloßgelegt und angegriffen. Auf dem Höhepunkt der Bewegung gegen den amerikanischen Krieg gegen das vietnamesische Volk schrieb die Frankfurter Allgemeine Zeitung besorgt: "Dieser Krieg ist unser aller Krieg. Der Krieg in Vietnam spaltet in der Bundesrepublik Familien und Schulklassen, er geht durch die Büros und durch die Betriebe". In Frankreich hatte sich der Jugendprotest mit Massenaktivitäten in den Betrieben verbunden, die im Mai 1968 zu einer vorrevolutionären Erschütterung führten.

In der Bundesrepublik waren die Erstarrungen der Adenauer-Demokratie dem gesellschaftlichen Leben hinderlich. Viele Institutionen, Behörden, staatliche Verfahrensweisen, gesellschaftliche Konventionen und Rollenfestlegungen sahen sich umfassenden Infragestellungen ausgesetzt, die häufig

durch Aktionen unterstrichen wurden, durch Aktionen Gestalt annahmen. Basisdemokratische Forderungen nach unmittelbarer Entscheidungsbeziehung Betroffener hatten in vielen Bereichen Platz gegriffen. Dem Bild vom Wohlfahrtsstaat wurden Armuts- und Verelendungstatbestände entgegeng gehalten. Es war im Zuge der Protestbewegung ein gesellschaftliches Klima entstanden, in dem Umgestaltungen und Veränderungen des gesellschaftlichen Lebens allenthalben Thema waren, die Organisation von Menschen nach Interessen und Zielen sich ausbreitete. Es war dieses Klima, das die SPD 1969 unter dem Motto "Mehr Demokratie wagen" für den Wahlsieg nutzen konnte.

Der gesellschaftliche Zyklus von Bewegung und Umgestaltung, der mit dem Interesse des Großkapitals an umfassender Modernisierung einherging, konnte unter den Bedingungen einer plattgewalzten revolutionären Tradition im eigenen Land nur schwer revolutionär aufgegriffen und fortgeführt werden. In den Zentren der Protestbewegung gab es gleichwohl eine entschiedene Näherung an einen Antimperialismus auf der Höhe der Zeit, der die Strangulierung der Völker der Dritten Welt faßte und die parallele Zerstörung der Menschen im Herzen der Bestie angreifen wollte. Es gab die Suche nach den Traditionen der Arbeiterbewegung, insbesondere ihren kommunistischen und revolutionären Anteilen. Es gab die sozialrevolutionäre Kampflinie, die die

gesellschaftliche Verelendung und Zerstörung jenseits des gewerkschaftlich organisierten Normalfalls zu kämpferischen Auseinandersetzungen zuzuspitzen suchte und mit einer Subversionsmentalität proletarischer und subproletarischer Leistungsverweigerung korrespondierte.

Abseits der Zentren, an der Basis in Stadt und Land waren oft nur Ausläufer dieser Verdichtungen zu verzeichnen, meist vage schwankend zwischen Reformismus und Systemkritik.

Wo man in der Zufälligkeit des Engagements nicht stecken bleiben wollte, erkannte man, daß angesichts des Fehlens eines Korrektivs in Form revolutionärer Organisationen die Orientierungen zu erarbeiten waren, mit Hilfe derer die eigenen Praxisversuche einzuschätzen waren, in ein Verhältnis zu einer revolutionären Strategie zu rücken waren.

So wurden der Randgruppenstrategie, die die sog. Randgruppen wegen ihrer besonderen Unterdrückungserfahrung und wegen ihrer Ausgrenzung zum zentralen Handlungsobjekt revolutionärer Entwicklungen machen wollte, auf der Berliner Randgruppenkonferenz die sozialistischen Leviten gelesen. Gegen die in diesem Zusammenhang vorangetriebene Abwertung sog. Randgruppenarbeit hat die Randgruppenkonferenz selber festgehalten, daß die meisten Randgruppenprojekte auf Deklassierungsprozesse spezifische proletarischer Art gerichtet

seien und nicht einfach an klassenneutralen Ausgrenzungstatbeständen ansetzten. Die gleichwohl verfochtene Aufforderung zur Einstellung von Randgruppenprojekten im Hinblick auf wichtigere Aufgaben im Rahmen einer sozialistischen Strategie wies der Vertretertag der A.G. Sozialpolitischer Arbeitskreise mit folgender Begründung zurück: Das Proletariat sei tendenziell eine Addition verschiedener Randgruppen. Bei den Obdachlosen seien Dequalifizierung der Ware Arbeitskraft und ihr vorzeitiger Verschleiß (Frühinvalidität) offensichtlich. Schließlich liege es im Interesse des gesamten Proletariats, dafür zu kämpfen, daß die Lage des deklassierten Proletariats der des aktiven Proletariats angeglichen werde und die bei kämpferischen Auseinandersetzungen entwickelten Erfahrungen in eine insgesamt voranzutreibende "Vitalisierung" des Klassenbewußtseins der gesamten Klasse einzubringen seien.

Im Gefolge richtete sich das Interesse in der politischen Obdachlosenarbeit auf den Existenzzusammenhang, der zwischen Obdachlosen und Proletariat besteht. Die Kölner Obdachlosenzeitung hieß im Untertitel "Zeitung für kinderreiche Arbeiterfamilien". "Nicht ihre Niederlassungsweise ... stiftet ihre Identität, nicht ihre Einkommensart als Rentner, Sozialhilfeempfänger oder Lohnarbeiter, nicht die Größe ihrer

Haushalte oder die Zahl der Personen pro Raum ... Wirkliche Identität erwächst ihnen aus der Erfahrung der Arbeiterexistenz, zuweilen gescheiterter Arbeiterexistenz, aus der Arbeiterkultur, gewiß ebenso auch aus der Arbeitersubkultur", schrieb Rudolph Bauer 1970 in seiner Studie über die Entwicklungsmöglichkeiten der Offenbacher Lohwaldsiedlung.

Daraus folgte einmal: eine Strategie der sog. "Reproletarisierung", womit alle Anstrengungen gemeint waren, die der Teilhabe an den Bedingungen der Klasse dienten: Von der Arbeitstätigkeit und der gewerkschaftlichen Organisation über Qualifikation bis zur Angleichung der äußeren wohnungsmäßigen Bedingungen.

Parallel trat ins Auge, daß die Obdachlosensiedlungen nicht nur Auffanglager für Opfer der Mechanismen des Wohnungsmarkts und von Deklassierungsprozessen darstellen, sondern gleichzeitig Siedlungs- und Sammlungspunkte von gesellschaftlichen Gruppen, die vorindustriellen Arbeits- und Kulturtraditionen zugehören, von daher industrieller Disziplin und Arbeitsteilung fernstehen und an Verhaltensweisen wie Genußfähigkeit, Spontaneität und Unregelmäßigkeit festhalten. Es herrschen Beschäftigungsverhältnisse in wenig industrialisierten Kleinbetrieben mit starken persönlichen Kontakten am Arbeitsplatz vor. Auch vorindustrielles Kleingewerbe wie Schrotteln

ist in diesem Rahmen zu sehen. Wo diese Menschen Zusammenhänge ausbilden, entsteht eine "flourierende Subkultur" (Norbert Preußner).

Eine zweite Strategie war darauf gerichtet, das subkulturelle Moment nicht auszuräuchern, sondern das Nebeneinander von emotional-vorwärtstreibenden und taktisch-beständigen Momenten, wie es sich in Obdachlosensiedlungen ausgebildet hatte, zum Kern von Arbeiterwohngebieten zu machen, zu denen Obdachlosensiedlungen umgebaut und erweitert werden sollten. Die Erweiterung sollte zur Entstehung funktionsfähiger Stadtteile führen, mitgeplant von bisherigen Bewohnern des Gebiets, die damit auch zur Achse der sozialen Infrastruktur werden sollten. Zersiedlung und Entmischung wären damit unterlaufen worden.

Solche Überlegungen standen hinter Bauer Planungsempfehlungen für das Offenbacher Lohwald-/Marihthgebiet ebenso wie hinter Forderungen zur Wiesbadener Siedlung Mühlthal.

Die vielfältig entstandenen Initiativen und Gruppen verblieben demgegenüber oft im Winkel pädagogischer Caritas, die an die Veränderungen der Lebensbedingungen, an die dringlichsten Grundinteressen wie materielle Sicherheit und Ausstattung mit angemessenem Wohnraum in keiner Weise heranreichte, wiewohl gerade diese Bestimmungen der Lage den pädagogischen Initiativen ihren ur-

sprünglichen Elan gegeben hatten.

Wie die Protestbewegung in ihrer Breite zu wenig entwickelt war, um sich gegen die sozialdemokratische Integration vieler Beteiligten und eines Teils ihrer Schubkraft zu stemmen, so blieben in der Obdachlosenbewegung die Beispiele kämpferischer Auseinandersetzung und die Annäherung an eine Verschmelzung mit revolutionären Strategien punktuell. Die Bewohnerversammlungen, zu denen es in fast allen Siedlungen oft über Jahre kam, thematisierten eine Bandbreite von selbstorganisierten Reinigungsaktivitäten und Mülltonnenforderungen über Schritte der Gegenwehr gegen die Umsetzungspraxis und das Verfügungsmonopol der Verwaltungen über Wohnraumbelagungen und Wohnbedingungen bis zu umfassenderen Vorstellungen von der Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums und der gesellschaftlichen Ressourcen (Enteignung des Privatbesitzes an Boden und Produktionsmitteln). Die Interessenvertretung reichte von Bittbriefen in offener und couvertierter Form, von Fristsetzungen gegenüber Behörden über Aktionen der Skandalisierung - Störung von Politikerversammlungen - z.B. - bis zu go-ins in Rathäuser und Schulen - etwa nach der Einweisung eines ganzen Jahrgangs von Siedlungskindern in die Sonderschule am Ende des 1. Schuljahrs - , Wohnraumbesetzungen und Widerstandshandlungen

gegen Gerichtsvollzieher. Die spürbare Bereitschaft, in lautstarken und sichtbaren Protestaktionen auf unzumutbares oder unzumutbar sich verzögerndes Verwaltungshandeln zu reagieren, hat die Behörden durchaus in Trab bringen können. Der Eindruck einer mobilisierten Bewohnerschaft hat sowohl zu Zugeständnissen geführt wie im Gegenzug zur verstärkten Vermittlung von Mietwohnungen an die Aktiven, um die Organisationsprozesse zu unterlaufen und zu unterhöheln.

Die Verunsicherung, die auch durch sichtbare Erschütterungen anderer Institutionen wie etwa der Universität erzeugt war, hatten eine erweiterte reformerische Bereitschaft der Behörden hervorgebracht.

Die Auseinandersetzungen veränderten auch die Formen des Auftretens von Bewohnern, wenn sie in ihren individuellen Angelegenheiten mit Behörden zu tun hatten.

In Köln und in Kassel fand die aggressive Interessenvertretung zu besonderen Höhepunkten. Die Interessengemeinschaft Obdachlosigkeit (IGO) Köln, wo 1969 20.000 Obdachlose in sechzig Unterkunftsanlagen lebten, verfolgte ab 1970 die Politik, den Einweisungsstopp in Obdachlosensiedlungen mit allen Mitteln durchzusetzen, um auf diese Weise Obdachlosigkeit abzuschaffen. Dabei verband sich die Forderung nach Einweisungsstopp mit dem dringlichen Interesse nach mehr

Wohnraum für die in den Siedlungen untergebrachten Haushalte. Falls die Sozialbehörde ultimativ gestellten Forderungen von Siedlungsversammlungen nach Belegung freien oder freigewordenen Wohnraums durch Haushalte, die nach Kriterien der Bewohner als besonders bedürftig ermittelt waren, nicht entsprach, wurde seit Ende 1970 Wohnraum in Obdachlosensiedlungen besetzt.

In der Anfangsphase wurden zahlreiche Besetzungen durch die städtischen Behörden nachträglich anerkannt.

Die Politik des Einweisungsstops stieß an folgende Grenzen: Sobald in einer Siedlung die unmittelbaren Bedürfnisse nach Größerlegung befriedigt waren, fehlte es an einer Taktik bezüglich der dann freiwerdenden Unterkunfts-räume. Individuellen Einschüchterungsversuchen gegenüber besetzenden Familien (z.B. Drohung, den Arbeitgeber zu informieren), Hetzkampagnen in Form der Veröffentlichung der Vorstrafenregister von Mitgliedern des Komitees der Obdachlosen in Köln stand die IGO ebenso hilflos gegenüber wie dem Aufbau einer mit Büro und Honoraren ausgestatteten kooperationsbereiten IGO e.V. durch die Verwaltung und den Schlägertrupps, zu denen sich die Siedlungshausmeister bei bevorstehenden Besetzungen zusammenrotten konnten. Sollte der eingeschlagene Weg Erfolg haben, mußte jeder Freiwerdung von Unterkunftsraum eine Auseinandersetzung um dessen Belegung

folgen. Dies führte zu einem sich beschleunigenden Aktionstempo, dem zunehmend nur noch ein kleinerer Aktionskern gewachsen war, worunter die Vermittlung in die Siedlungen notwendig leiden mußte <sup>1)</sup>. Zwischen 1969 und 1972 waren IGO-Vertreter in zahlreichen Obdachlosensiedlungen in der Bundesrepublik zu Besuch und haben oft sehr wirkungsvoll agitiert und unmittelbar den Aufbau von Siedlungsvertretungen bewirkt. Die Politik der IGO ist zusammengebrochen, die Jahre später durchgeführten Strafverfahren trafen die Angeklagten als Vereinzelte. Gleichwohl waren die Kampferfahrung und die in den Auseinandersetzungen gewonnenen politischen Einsichten der aktiv Beteiligten beispiellos und noch Jahre später wach und aufgreifbar. Es bestätigte sich, daß nicht die verlorenen Kämpfe Niederlagen sind, sondern die, die nicht gekämpft wurden.

Im 2. Halbjahr 1970 besetzten Kasseler Obdachlose die dortige Belgiersiedlung, einen baulich gut ausgestatteten Kasernenkomplex, der zuvor über ein Jahr leerstand. Sechs Monate nach der Besetzung wurde die Siedlung von einem großen Polizeiaufgebot brutal geräumt.

---

1) Dissinger, W.: Obdachlosenpolitik in Köln (1945-1971). Darstellung und Dokumentation. Wissenschaftliche Hausarbeit als unveröffentlichtes Manuskript. Universität Göttingen 1971.

Die Ereignisse sind in einem Film festgehalten, der vor einigen Jahren mehrfach bei LAG-Tagungen gezeigt wurde. Die Kasseler Besetzung wird einer der historischen Bezugspunkte von Obdachlosenpolitik bleiben. Sie zeigt die mögliche Kampfkraft von Obdachlosen wie die Noske-Tradition der Sozialdemokratie: Es war ein sozialdemokratischer Oberbürgermeister, der als Polizeipräsident fungierte. Spätestens bei jeder Zuspitzung erweist sich jeweils erneut, daß die SPD eine Formation des Herrschaftskartells ist.

Seit den Anfängen der Obdachlosenbewegung ist die Zahl der Obdachlosen deutlich gesunken, auch wenn mancherorts lediglich das Rechtsverhältnis der Unterbringung in ein mietvertragliches umgewandelt wurde, um in die Statistik Bewegung zu bringen. Der Standard der Unterkünfte hat sich verbessert, Mindestwohnraumforderungen sind weitgehend erfüllt. Unterkunftssatzungen sind von polizeirechtlichen Momenten befreit worden, willkürliche Umsetzungen sind rechtlich kaum noch möglich und aus der Verwaltungspraxis weitgehend ausgeschlossen. Pädagogische und sozialarbeiterische Dienstleistungen sind in den meisten Obdachlosensiedlungen erreichbar.

Diese Verbesserungen waren bis Ende der 70er Jahre allgemein geworden.

Hatte man in der Obdachlosenbewegung zunächst die ersten Zugeständnisse

und Reaktionen der Behörden als unmittelbare Ergebnisse eines Basiskampfes angesehen, so wurde im Rückblick deutlicher, daß die Aktivitäten der Betroffenen und ihrer Freunde auf die Ingangsetzung klassischer sozialpolitischer Mechanismen angelegt waren, die regelmäßig besonders auffällige Problemlagen des proletarischen Lebenszusammenhangs als besondere Notstände isolieren und sektorisieren <sup>1)</sup>.

Diese Sektorisierung ist Strategie und Ideologie zugleich: Strategie im Hinblick auf die angestrebte Spaltung bei der Interessenwahrnehmung und die Hervorbringung einer lediglich situationsbezogenen Organisierung von Teilen der Arbeiterschaft bezüglich bestimmter sozialpolitischer Ressourcen.

---

1) "Vom Standpunkt der abhängig Arbeitenden war diese Gesellschaft stets eine Elendsgesellschaft; immer wenn dieser Gesichtspunkt bedrohliche Gestalt annahm, übernahmen der Staat und manche Arbeiterparteien die sozialpolitische Befriedung um des Gesamtwohls willen. Beseitigt wurde das Elend nie, bloß gemildert, organisiert und in Sektoren zerlegt oder verlagert und so entschärft. In Deutschland war die Sozialgesetzgebung eine bewußte Waffe Bismarcks gegen die damals revolutionäre SPD" (Müller, W.: Die Armut inmitten der Wohlstandsgesellschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 2, 1969, S. 164 ff.)

Ideologie im Hinblick auf die Unterstellung einer relativ interessenidentischen bzw. auf Konfliktlösungsmechanismen eingespielten gesellschaftlichen Normalität der "Randgruppen" als "Nachhut der Gesellschaft" (Ursula Adams) gegenüberstehen.

Insofern die Ingangsetzung sozialpolitischer Mechanismen weder durchschaut noch durchbrochen wurde, wie es die Kölner IGO tat, wurde eine falsche Vorstellung vom Kampf gegen gesellschaftliche Herrschaft und vom Kampf um die Aufteilung und Aneignung gesellschaftlichen Reichtums entwickelt. Denn weder war die nur anfängliche Lächerlichkeit und Unbeholfenheit von Vertretern des Staates schon Ausdruck seiner Schwäche noch stimmte die Schlußfolgerung, daß die mit Basisattitüde auftretende moralische Gerechtigkeit der Herrschaft Land entreißen kann. Die Herrschaft war nicht analysiert. Darüberhinaus wurde fälschlich - nämlich unter Ausblendung des einganggesetzten sozialpolitischen Mechanismus - den Basisinitiativen jene Wirkungschance zugesprochen, die in der sozialistischen Theorie der Massenaktion zukommt.

Die auf solche Weise entstandenen falschen Vorstellungen von Kampf rächten sich: die Basisvertretungen im Obdachlosenbereich nahmen mehr und mehr Züge sozialpolitischer Bettlergarden an.

In diesem Licht wird auch deutlich, warum die Ergebnisse zwiespältig waren: Die Gruppen, aus denen sich vor 15 Jahren die Obdachlosensiedlungen zusammensetzten, waren im Hinblick auf eine treffsichere sozialpolitische Regulierung aufgemischt, umgeschichtet und umverteilt worden.

In der ersten Hälfte der 70er Jahre setzte eine verstärkte Vermittlung von Haushalten aus Obdachlosensiedlungen in neue Trabantenstädte des sozialen Wohnungsbaus ein, in denen ein scheinbarer Wohnungsüberhang bestand. Obdachlosenquartiere wurden teilweise abgerissen, teilweise am Standort durch Neubauten des sozialen Wohnungsbaus ersetzt.

In den Unterkunftsanlagen, die Obdachlosenstatus behielten, hatten die Auszüge das Problem der Wohnraumenge gelöst. Es blieben tendenziell die unvollständigen kinderreichen Familien, Alte, Kranke und Behinderte zurück.

Es handelte sich dabei um Personengruppen, die teils von der nicht-entmischten Struktur der Obdachlosensiedlungen im Rahmen von Nachbarschaftssystemen getragen worden waren, zum anderen in ihrer Sichtbarkeit von den kinderreichen Arbeiterfamilien verdeckt waren. Darüberhinaus wurden die Obdachlosenunterkünfte zunehmend mit Alten, Behinderten und ethnischen Minderheiten wieder aufgefüllt, so daß ein Ge-

staltwandel der Obdachlosigkeit eintrat. Er ließ eine umstandslose Fortführung der Organisationsansätze der Obdachlosenbewegung nicht zu und warf gleichzeitig Licht auf eine nun quantitativ erweiterte Dimension der Obdachlosigkeit, die die Obdachlosenbewegung kaum gesehen hatte: Es ist der eher pflegerische Bedarf in den Siedlungen. Die Voraussetzungen für eine am Lebensrahmen Obdachlosenquartier ansetzende Organisierung hatten sich auch in anderer Hinsicht geändert: Was gegenüber den kommunalen Verwaltungen durchsetzbar war, war zum großen Teil durchgesetzt. Die weitergehenden und weiterbestehenden Bestimmungsmomente elender Lebenslagen würden einer umfassenderen Organisationsanstrengung und Kampfperspektive bedürfen, die nicht lediglich am Unterbringungsstatus ansetzen könnten.

Einige Obdachlosenanlagen wurden durch Neubauten des sozialen Wohnungsbaus ersetzt, wobei meist allen Obdachlosen zunächst Wohnungen in den neu entstehenden Komplexen angeboten wurden. Das Angebot konnte im Hinblick auf die Miethöhe öfters nicht von allen aufgegriffen werden.

Für die Offenbacher Lohwaldsiedlung hat Rudolph Bauer die Entwicklung als Übergang "von der Notunterkunft zum modernisierten Asyl" beschrieben.

Dort hatte die Miethöhe eine erhebliche Steigerung des Anteils von Sozialhilfeempfängern an der

Bevölkerung bewirkt bzw. Sozialhilfeabhängigkeit neu erzeugt. Nach Errichtung von Neubauten im Offenbacher Lohwald bezogen 1977 81 % der Haushalte Sozialhilfe. Die Vergleichszahlen aus dem Jahr 1970 belaufen sich auf 10 % bzw. 16 % <sup>1)</sup>.

Während die Obdachlosenbevölkerung durch vorgängiges Durchlaufen von Aussonderungsmechanismen am Wohnungsmarkt konstituiert wurde, werden die modernisierten, mietvertraglich verfaßten Asyle in der Entwicklung der Jahre verstärkt zu Unterbringungsorten für Menschen mit besonderen Schwierigkeiten, z.T. aus Anstalten und Heimen. Sie sind jeweils auf direkte Hilfe der Fürsorgebehörden bei der Unterkunftbeschaffung und Wohnungsvermittlung angewiesen - die über die Abwicklung der wohnungsamtlichen Prozedur hinausgeht - während selbständigere und mobilere Personengruppen die Quartiere meiden bzw. Wege finden, sie nach kurzer Zeit wieder zu verlassen. Insofern zeichnen sich in den modernisierten Asylen Zusammensetzungen ab, die weithin eine Aneinanderreihung unterschiedlichster und disparater Problemlagen bedeuten und des Verein-

---

1) Bauer, R.: Obdachlos in Marioth. Weinheim 1980, S. 215

heitlichungsmoments, Opfer der Wohnungsversorgungspolitik bzw. des Wohnungsmarkts zu sein, ermangeln. Unter diesen Bedingungen waren auch hier die Voraussetzungen für eine Fortführung der Organisationsansätze aus der Obdachlosenbewegung äußerst schlecht.

Zur Situation ehemaliger Obdachloser in Trabantenstädten urteilt Preußer: "... unter den Ausgezogenen blieb der Anteil der Sonderschüler konstant, die Verwertbarkeit minderer beruflicher Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt wurde durch den Umzug nicht verbessert, statt dessen gingen oft wohnungsnah Arbeitsplätze verloren, die materielle Situation der Familien verschlechterte sich: durch die hohen Mieten gerieten sie verstärkt in den Einzugsbereich der Sozialhilfe. Die psychische und ökonomische Situation der Familien spitzte sich mitunter dramatisch zu: die im Ghetto vorhandene Interaktionsdichte verhinderte weitgehend die Verinnerlichung von Konflikten und machte es möglich, die Instanzen sozialer Kontrolle kollektiv zu unterlaufen; außerdem bestanden in den Ghettos nachbarschaftliche Subsysteme, die auf weite Strecken durchsetzt waren von gegenseitigen Dienstleistungen. Nach dem Umzug konnten diese nur noch in Warenform angeeignet werden, was bei der traditionell angespannten Finanzlage besonders kinderreicher Familien dazu führte, daß sie schlicht wegfielen. Damit war bewiesen, daß die

Vereinzelung obdachloser Familien allenfalls eine kurzfristige Verbesserung der Wohnsituation mit sich brachte; sich aber langfristig eher negativ auswirkte: dem Anpassungsdruck der neuen Umwelt individuell ausgeliefert, zogen sich viele der ehemaligen Obdachlosen vollends in Resignation zurück; zudem entfiel die Unterstützung durch nachbarschaftliche Subsysteme" <sup>1)</sup>.

Sind somit die Veränderungen der Lebensbedingungen der Menschen, die vor 15 Jahren obdachlos waren, zwiespältig, so gilt diese Bewertung ebenso für das Vordringen sozialarbeiterischer und pädagogischer Dienstleistung in Obdachlosensiedlungen, in umgerüsteten ehemaligen Obdachlosensiedlungen und in Trabantenstädten.

Mit der Frage nach der politischen Ausrichtung der Projektgruppen Obdachlosenarbeit, die oft als Ausdruck eines diffusen Protestwillens gegen das vorgezeichnete Gesellschaftsbild eines nach innen sozialpartnerschaftlichen und nach außen friedlichen Landes entstanden waren, mit der Frage nach der Bedeutung von Obdachlosenarbeit in einer revolutionären Strategie hatte sich der Blick auch auf die in den Projekten und Gruppen vertretenen Außenstehenden

---

1) Theorie und Praxis der sozialen Arbeit 1977, S. 216.

gerichtet: Welche politischen Interessen, welche Klasseninteressen können Studenten (und Intellektuelle und Angehörige von Kopfarbeitsberufen) haben, auf welcher Seite stehen sie auf Dauer?

Aus der Geschichte der Klassenkämpfe wurde der Hinweis entnommen, daß sich Intellektuelle, Kleinbürger und Mittelschichten jeweils nur vorübergehend Arbeiterkämpfen verbunden hätten, nicht zuletzt weil sich diesen Zwischenschichten oder Teilen von ihnen andere Auswege boten als die Alternative: die Bedrängnis auszuhalten oder im Zusammenhang der Klasse zu handeln (etwa der, auf die Herrschaft zu setzen). Bei Intellektuellen kam die Versuchung der Käuflichkeit hinzu.

Die historische Einsicht in den schwankenden Charakter der in der Obdachlosenbewegung vertretenen Nicht-Bewohner bestimmte folgende Erkenntnisse und Prinzipien:

- a. Es bedarf einer besonderen Anstrengung, die Zusage der Zusammenarbeit, wie sie in der Obdachlosenbewegung geäußert worden war, festzuhalten.
- b. Die Fähigkeiten der Studenten u.ä. sind vor allem für Durchsetzungsformen einzusetzen, die die Bewohner auch ohne studentische Unterstützer fortsetzen könnten.

In Wiesbaden entschied deswegen die sozialkritische Aktionsgruppe (SKA), daß 1972 einem Mitglied im Hinblick

auf seine Beteiligung an der Obdachlosenarbeit angebotener sicherer Listenplatz auf der SPD-Liste zum Stadtparlament nicht eingenommen wurde.

Zwar blieb die SKA in Einschätzung und Taktik gegenüber der SPD diffus; mit diesem Beschluß hat sie jedoch der Beteiligung an sozialdemokratischer Problemregulierung widerstanden: Auch der als Stadtverordneter Ausersehene sollte seine ganze Kraft in die Unterstützung der Politikformen stecken, die die Bewohnerräte der Siedlungen und die Selbsthilfeorganisation Wiesbadener Obdachloser (SOWO) begonnen hatten.

Soweit der Beschluß in seiner ganzen Tragweite erfaßt war, hat er sowohl für weitere Obdachlosenarbeit wie hinsichtlich der den studentischen Mitgliedern der SKA bei künftiger Berufstätigkeit offenstehenden Integration in die gesellschaftliche Kontroll- und Regulierungsapparatur unhintergehbare Grenzen gezogen.

- c. Erzieher, Lehrer, Pädagogen und Sozialarbeiter können nicht selbstverständlich als die natürlichen Verbündeten der Obdachlosen (der Arbeiter- und der Armutbevölkerung) gelten <sup>1)</sup>.

Einmal sollten Schranken des Mißtrauens, das historische Erfah-

rung verkörperte - eine der wenigen, die es gab - nicht eingerissen werden. Zum anderen war klar, daß Pädagogik, Schule, Sozialarbeit auch in modernisierter, versachlichter Form dem Zusammenhang der Erhaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse angehörten, nicht dem der Wiederbelebung verschütteter Kulturformen und Kampferfahrungen, gerade auch dort, wo modisch von Interessen und Bedürfnissen die Rede war.

d. Der Kommunistische Studentenverband, aus dem einige prächtige Lehrerinnen und Lehrer hervorgegangen sind, hatte für kommunistische Studenten das Motto ausgegeben: Dem Volke dienen. Damit war ein Grundprinzip formuliert. Wie sehr darin das eigene Interesse an Befreiung verborgen blieb, so war doch festgehalten, daß studentische Existenz und die im Studium vorbereiteten Berufstätigkeiten nur aufgrund eines großen Kraftakts eine neue Funktion, eine neue

Bedeutung für die abhängige Bevölkerungsmehrheit gewinnen könnten.

Im Vorfeld der Gründung der LAG 1971-1974, als sich bereits abzeichnete, daß die freihändige Zusammenarbeit von Obdachlosen und Nicht-Obdachlosen am ehesten in Form beruflicher Anwesenheit von Pädagogen und Sozialarbeitern in den Siedlungen eine Fortsetzung finden würde, gab es den beachtlichen Vorstoß, eine "Vereinigung von Sozialarbeitern und Pädagogen in Arbeiterwohngebieten in Hessen" zu gründen. Damit sollte - wie einem 1972 in Wiesbaden herausgegebenen Papier entnehmbar ist, organisatorisch sichergestellt werden, daß sich Sozialarbeiter und Pädagogen zu einem verlässlichen Bündnispartner der vorantreibenden Bevölkerungsteile in Arbeiterwohngebieten und gegenüber anderen politischen Organisationen entwickeln können.

Darin war eingegangen:

1) Auch die später Verbreitung findende These, daß jede Zunahme pädagogischer und sozialarbeiterischer Dienstleistungen objektiv die Reproduktionsbedingungen der Ware Arbeitskraft erweitert und verbessert - wie etwa von Dankwart Dankwertz und den DKP-Leuten im Sozialisationsbereich vertreten - kann den Vorbehalt gegen die gesellschaftliche In-Regie-Nahme aller Lebenssektoren und aller Lebensäußerungen nicht entkräften.

- Es ist nicht vor allem die persönliche Fortschrittsüberzeugung, die gewährleisten kann, daß eine gutwillige Erzieherin, ein gutwilliger Sozialarbeiter aus der Logik und aus der Funktion heraustritt, die Anstellungsträger und berufliche Schnittmuster vorzeichnen. Um als "Todfeind der Institution in ihrem Organismus zu le-

ben" (Il manifesto) bedarf es eines sozialistisch-kommunistischen Organisationsrahmens, einmal um die Übernahme von Klassenstandpunkten, die politische Qualifizierung und die Konfliktbereitschaft voranzutreiben.

- Zum anderen schien eine solche Organisierung notwendig, um die persönliche Anstrengung, mehr und anderes zu leisten als vom Berufsrahmen vorgesehen, nicht zur Versöhnung der Menschen mit den Institutionen geraten zu lassen, sondern die Unterschiede in der Ausübung der Tätigkeit als Ausdruck einer benannten und benennbaren Zuordnung zum revolutionären Lager auszuweisen.

- Schließlich ging es gerade um die Markierung des Unterschieds zwischen Betroffenen und Außenstehenden. Er sollte Abgrenzung und Anstoß erlauben: nämlich Abgrenzung der Bewohner gegen die Bediensteten von Staat, Kirchen und Kleinvereinen an der langen Leine staatlicher Förderung, ggf. Anstoß durch die zu Vorhutfunktionen politisch Qualifizierten gegenüber den Bewohnern. Der vermuteten Ungleichzeitigkeit der Entwicklung auf beiden Ebenen wurde eine produktive Wirkung unterstellt: in jedem Fall eine der ständigen Spannung und Klärung.

Die anfänglich in den Siedlungen auftauchenden Studenten haben dort zunächst lediglich eine allgemeine gesellschaftliche Unruhesituation

vertreten und verkörpert. Diese Unruhesituation und das Zusammentreffen von Obdachlosen und Studenten (und studentenähnlichen - nämlich von Deklassierung in Form von Obdachlosigkeit nicht bedrohten - Figuren) umschlossen eine Frage an die Sache und an die beteiligten Menschen: ob und wie Befreiung - nicht nur vom Obdachloseneleid - gewollt, organisiert, erkämpft und vorangetrieben werden soll und kann.

Neben den Studenten, die in die Siedlungen stolperten, um Stoff für ihre Seminare und ihre Seminarscheine zu finden, haben auch viele der im Rahmen der damaligen Aktivitätsfreudigkeit an den Projekten Beteiligten weder die Frage in ihr Innerstes genommen noch den Willen zur Beteiligung an der Befreiungsarbeit wachgehalten. Sie sind in die Bedingungen ihres Ausgangs zurückgefallen. Der Handschlag mit den Obdachlosen und die forschen Umarmungen, die manche mit herrenhafter Leichtigkeit ausführten, gewinnen im Nachhinein den Charakter der Widerlichkeit: sie hinterließen keine Spur.

Hier interessiert aber vor allem der weitere Gang von Zusammenarbeit, der sich der bereits gewonnenen Einsichten jeweils hätte vergewissern müssen.

Als die LAG 1973-1974 gegründet wurde, dominierten schon die Berufsgruppen, die sich selbstverständlich als Sachwalter der entstandenen Zu-

sammenarbeit von Obdachlosen und Nicht-Obdachlosen betrachteten. Der Stachel, was Gemeinsamkeit hindert, wie sie werden könne und wo eine Handlungsebene wäre, die die Annäherung an politisches Befreiungshandeln vorantreibt, saß ihnen nicht mehr im Fleisch. Hinter dem schnell und mühe-los bemalten und dann lange vorange-tragenen Transparent "Die Bewohner müssen in einer Landesarbeitsgemein-schaft das Sagen haben" wurde unter den Tisch gekehrt, daß ein Weg zur Befreiung, der die Obdachlosen ein-schließt, wo ihnen eine Aussicht werden könnte, erst noch zu erkäm-pfen ist.

Die Weichenstellung, eine Vereinigung von Bewohnern und Berufstätigen zu bilden, hat in der Tat hervorgebracht, daß Bewohner für lange Jahre zum Rückgrat der LAG wurden, daß sie einen Großteil der Heimatlichkeit herstell-ten, die im LAG-Rahmen anzutreffen war, wie fix die jeweiligen Akteure auch den Vordergrund bestimmten.

Mit der Gründung der LAG als Zusammen-schluß von Obdachlosenprojekten ging auch eine spezifische Suche der Ob-dachlosenbewegung nach Bündnispart-nern unter. Sie hatte ja Obdachlosen-siedlungen als Quartiere ausgegrenz-ter Arbeiterbevölkerung bestimmt.

Bündnispolitisch war aber daraus gefolgt, Zusammenschlüsse auf der Ebene von Arbeiterwohngebieten mit und ohne Obdachlosencharakter anzu-steuern.

Die LAG-Gründer zögerten, sich zu die-sem Weg durchzurufen.

Drei Sozialarbeiter - unter ihnen der spätere Geschäftsführer der LAG wäh-rend der Gründung - hatten 1972 for-muliert:

"Würde man zum augenblicklichen Zeitpunkt Obdachlosensiedlungen als Arbeiterwohngebiete be-zeichnen, so könnten in Arbei-terwohngebieten erhebliche Widerstände hervorgerufen werden, die die bereits vorhandene Diskriminierung noch ver-stärken. Damit Bewohner von sozialen Brennpunkten aus ihrer besonderen Situation herausfinden und aus sozialen Brennpunkten Arbeiterwohngebiete werden können, sind besondere Aktivierungspro-zeesse bei den Siedlungsbewohnern anzu-regen und zu fördern. Damit wäre die Voraussetzung geschaffen, daß andere Arbeiterwohngebiete diese Siedlungen als ihnen zugehörig anerkennen. Die Bezeichnung "sozialer Brennpunkt" wäre damit aufgehoben." Das ist schon der Sozialarbeitsjargon in seiner ganzen Häßlichkeit: Zentrales Realitätsmoment sind die sozialarbeiterischen Tätig-keiten, hier Aktivierungsprozesse ge-nannt. Unsicher wird die Bezeichnung "soziale Brennpunkte" verteidigt, die von Anfang an ein Begriff bürger-licher Sozialpolitik war und Gebiete als Verdichtungspunkte "sozialer Probleme", der öffentlichen Regulie-rung bedürftiger Lebenslagen ausweist.

Die später von der LAG u.a. propagierte und durchgesetzte Anwendbarkeit des Begriffs auf Trabantenstädte und Sanierungsgebiete leistete der Ausbreitung pathologischer Definitionen im Hinblick auf Teile der Arbeiterbevölkerung Vorschub. Wohngebiete mit und ohne Obdachlosencharakter konnten nun doch in Zusammenhang gebracht werden - allerdings unter der Bestimmung der Behandlungsbedürftigkeit, die den Bedarfsnachweis für Mittelforderungen erbringen sollte. Die Ankündigung der drei Sozialarbeiter hatte sich nicht erfüllt: Die pathologische Kennzeichnung von Lebenslagen wurde über den LAG-Weg nicht mittelfristig aufgehoben, sondern breitete sich unabsehbar aus.

Mit dem Bestandteil "soziale Brennpunkte" in der Namensgebung und der späteren Ausweitung des Definitionsbereichs zielte man jeweils auf die sozialpolitischen Ressourcen, deren Vergabe stets an die Zur-Schau-Stellung einer "Behinderung" oder eines behinderungsähnlichen Defekts geknüpft ist. Die Erniedrigung, die über Sprache geschehen kann, wissend den Betroffenen auf die eigene Zunge zu legen, war eine besondere Schandtat, zumal auf diese Weise die Selbstentwürdigung zur sozialpolitischen Bettlergarde eine weitere Stütze erfuhr. Doch wollte die LAG schon im Gründungsakt sich zum Flußbett für staatliche Geldströme machen. Um bei nahezu jeden Preis. Mit der eintreten-

den Arbeitslosigkeit von Sozialarbeitern ging es immer mehr um Stellen für diese - ob in Siedlungen oder an Koordinationsstellen oder in der LAG-Geschäftsstelle.

Die Vermehrung von Hauptamtlichen in der LAG hat zur Rettung und Weiterführung von Ausgangspunkten, die die Obdachlosenbewegung bestimmten, nichts beigetragen. Sind Zeitungen und Zeitschriften immer Verdichtungspunkte eines Interesses, verkörpern sie in besonderer Weise die Momente von Kontinuität und Wegweisung, so ist es bezeichnend, daß es bei x Zentralenmitarbeitern keine in den Siedlungen verteilbare Zeitung gibt, die unbeirrbar an den Bedrängnissen der Obdachlosen und der Armutbevölkerung ansetzt und gleichzeitig unbeirrbar nach dem Zusammengehen von Obdachlosen, Armen und anderen gesellschaftlichen Gruppen in politischer Handlungsabsicht fragt. Statt dessen ein Vereins-Info, das auf Hinweise zur Mittelbeschaffung spezialisiert ist, das Kostgängertum rot-grüner Haushaltsvereinbarungen in Hessen pflegt.

War in der ersten Hälfte der siebziger Jahre Horst Eberhard Richter für die damaligen LAG-Macher ein gern gesehener Gast, weil man ihn bei Tagungen in die Hessenschau schieben und mit ihm die Hessenschau zu den Tagungen holen konnte, so geriet die Fachtagung der LAG im November 1984 in der Evangelischen Akademie Arnoldsheim anlässlich des 10jährigen Be-

stehens zu einem großen Professoren-  
aufmarsch. Auch Iben, der bereits  
1970 von der Obdachlosenbewegung als  
Obdachlosengewinnler ausgemacht  
werden konnte und der immer schon -  
selbst in den unruhigsten Zeiten -  
im Lager der sozialintegrativen  
Regulierung stand, hatte Rederecht,  
war eingeladen. Ein von keiner Ge-  
fährdung geschorener Professor  
"Micha" Brumlik hatte das Wort zum  
Thema "Politische Utopie". Ein  
Kriegsgewinnler der Protestbewegung,  
der zum sozialistischen Büro gestos-  
sen ist, als dieses nach einer gros-  
sen Vergangenheit aus der Hütte der  
Gehetzten in den 50er und 60er Jahren  
eine Heimstatt etablierter Weltan-  
schauungssozialisten gemacht hatte.

Kein Karl-Heinz Roth war eingeladen,  
der Arzt ist in Hamburg, an mancher  
Auseinandersetzung der letzten 15  
Jahre auch praktisch beteiligt war  
und die Suche nach der "anderen  
Arbeiterbewegung", nach den Kampf-  
traditionen und Lebenszusammenhängen  
der nicht-diziplinierten und nicht-  
disziplinierten Klassenfraktionen  
und nach der politischen Bedeutung  
der Leistungsverweigerung in besonde-  
rer Weise verkörpert. Kein Norbert  
Preußner, der gegenläufig zu Karl-Heinz  
Roth, aber ähnlich konsequent nach  
Traditionen und Wegen von Armenpolitik  
gräbt <sup>1)</sup>.

---

1) Preußner, N. (Hrsg.): Armut und  
Sozialstaat I - IV. München 1981 ff.  
und alle anderen Titel

Das Bewohnerrückgrat der LAG wird  
dünner. Unter zahlreichen Gründen  
spielt dabei sicher auch eine Rolle,  
daß die beruflichen Kostgänger der  
Subventionszuleitung im Vormarsch  
sind, den LAG-Rahmen immer mehr prägen.  
Der Existenzkampf dieser Personengrup-  
pen ist härter geworden: Neue Töpfe,  
neue Stellen sind das goldene Kalb  
geworden, um das sich die Tänzer sam-  
meln. Subventionstrebe, die das Ge-  
leitwort von Ministern für ihre Ver-  
öffentlichungen wünscht und braucht  
und sich dabei nicht einmal schämt.  
Vorteil, der keiner ist, an dem die  
Menschen zuschanden gehen, ist alles  
geworden.

Eine Vergangenheit anzueignen, ist auf  
die Nachzeichnung der in ihr enthal-  
tenen Bestimmungspunkte gerichtet, die  
häufig über die Sichtbarkeiten der  
konkreten Ereignisse und Abläufe  
hinausweisen. In diesem Sinn schreibt  
Ernst Bloch in der Einleitung zu dem  
Buch über Thomas Müntzer:

"Die Toten bleiben jung; ihr Tun  
will mit uns noch einmal werden."

Die Erbschaften der niedergegangenen  
Obdachlosenbewegung gliedern sich in  
verschiedene Formationen: Es gibt  
das fette Erbe, das Vertrauen und Ver-  
trautheit mit Bewohnern zum Lande-  
platz eines neuen Sozialmanagements  
gemacht hat. Da gab es keinen Halt  
mehr. Manche sind bis in die Ge-  
richtssäle vorgedrungen, um noch  
als Schöffe der bürgerlichen Justiz

das Geschäft der Obdachlosenverwaltung fortzusetzen. Ein solcherart fitter Typ von Sozialarbeiter hat sich in Obdachlosensiedlungen und "sozialen Brennpunkten" in besonderer Weise breitgemacht: Er schreckt vor keiner Pfiffigkeit zurück und läßt kein Fortschrittsstichwort aus - und doch ist ein Weg, eine Spur nicht erkennbar. Selbst die revolutionäre Tradition wird einbezogen und stumpf gemacht, indem vorab erläutert wird, warum mit Obdachlosen revolutionäre Arbeit nicht möglich sei, also nur der Rückgriff auf die eigenen, alles zusammenfassenden Fähigkeiten bleibt.

Es gibt ein ehrliches Erbe, das sich aufs Dienen zurückgezogen hat, kein denunziatorisches Wort über die Menschen und kein täuschendes Wort über machbare Verbesserungen über die Lippen läßt, versucht das Beste zu geben für Erwachsene und Kinder, die beide bejaht, nicht als Zumutung betrachtet werden, ohne daraus eine Theorie der kleinen Brötchen oder der Menschlichkeit des unmittelbaren Raums zu machen, und das die eigene Tätigkeit als ein Ausharren mit den Armen in ihren Gefangenheiten begreift, wartend und bereit für die Stunde einer großen Bewegung und eines großen Kampfes. Manche Erzieherin lebt das.

Es gibt ein wundes Erbe, das den stekengebliebenen Aufbruch und die liegengeliebenen Hoffnungen nicht umdeuten kann und nicht umdeuten will. Zu ihm gehört das Wissen, daß die Bedingungen schlecht waren und Verbindungen der Obdachlosenbewegung zu den wenigen revolutionären Kernen der Protestbewegung nicht bestanden. Selbst bei der Randgruppenkonferenz 1971 in Berlin waren Obdachlosenprojekte fast nicht vertreten. Es waren nicht die mutigsten und nicht die kämpferischsten Menschen der Revolte, die die Zusammenarbeit mit den Obdachlosen suchten, oft die, die nur anständig und unter einer verkürzten Gerechtigkeitsvorstellung den Finger heben, einen Fingerzeig geben wollten. Und doch hat sich auch unter diesen Ausgangsvoraussetzungen eine Ahnung von umfassender Befreiung ausbilden können, die alle Dimensionen des Elends einschließt. Eine Ahnung, die über die Zurechtbiegung der Obdachlosen auf einen proletarischen Seinskern <sup>1)</sup> hinausgriff und gleichwohl in der Suche nach den Verbindungslinien zu proletarischer Politik den praktisch weitestgehenden Versuch erkennen konnte, einem Obdachlosenkampf Boden unter die Füße zu bringen. Die Pflegebedürftigkeiten in Obdachlosensiedlungen und die elenden zum Ende gekommenen Lebensläufe, denen kein Fortschrittsoptimismus den erwartbaren Aufstieg der Nachfolgenden zu besserem Leben entgegenstellen kann, haben aufgerissen, daß elendes Leben

der Liebe und der Revolution bedürftig ist; Erschütterbarkeit, harter Blick und entschlossenes Handeln immer neu zusammengefügt werden müssen, ohne jemals in ein befriedigendes Verhältnis zueinander zu gelangen.

Zu dem steckengebliebenen Aufbruch und zu den liegengebliebenen Hoffnungen gehört das Ausstehen einer revolutionären Thematisierung von Armut und Elend in der Metropole. Die Obdachlosenbewegung überliefert uns nur die Spur einer vage gebliebenen Suche danach und das Nicht-Zustandekommen einer Berührung mit der sozialrevolutionären Kampflinie, die in der Protestbewegung z. T. erhebliche Ausdehnung hatte und aktuell nicht ohne Aussicht einer Wirkungsmöglichkeit ist <sup>2)</sup>. Liegengeblieben ist auch die Aufgabe, die Geschichte der älteren Obdachlosensiedlungen zu schreiben, sie als Wohnort von Menschen - nicht nur als geschichtslose Einrichtungen der Behörden - zu begreifen, gelegentlich entstanden aus Ansiedlungen von Wanderarbeitern, die im Gleisbau tätig waren. Um zu fassen, daß es eine Geschichte der Armut gibt, auch die Armen nicht aus dem Nichts kommen, um zu fassen, woher wir kommen, wohin wir gehen.

Das glatte Erbe weiß von keiner Geschichte, läßt sich von der Geschichte der Obdachlosenbewegung,

von der Geschichte der Zusammenarbeit von Bewohnern und Nicht-Bewohnern nicht berühren, auch wo sie in die Vollständigkeit suchende und bilanzmäßig bleibende Betrachtung des Gegenstandes einbezogen wird. Das glatte Erbe steigt in die jeweiligen Funktionen ein und buchstabiert sie durch. Es kommt im schlechten beruflichen Verschnitt von Sozialarbeitern und Pädagogen besonders zum Tragen, der von allem ein wenig einbeziehen will: vom Revolutionären den fortschrittsseligen Appell an die Herrschenden, von der Liebe die anbiedernd-geschmeidige Umgänglichkeit, vom harten Blick, der aus der fortdauernden Ansicht der Widerwärtigkeiten des Lebens herrührt, den

---

1) Die bedeutendste klassenanalytische Anstrengung hat Josef Bura unternommen: Obdachlosigkeit in der Bundesrepublik. Ursachen und Entwicklung. München 1979. Bitter stößt auf, daß Bura parallel von eigener Praxis in einem Hamburger Stadtteilprojekt berichtet, das über die hochstehenden Stichworte des alternativen Milieus und "fortschrittlicher Sozialarbeit" nicht hinausreicht (vgl. Bura, J. u.a.: Auf der Suche nach Lebenszusammenhängen. Stadtteilarbeit in einem Hamburger Altstadtquartier, in: Brockmann u.a. (Hrsg.): Jahrbuch der Sozialarbeit 3. Reinbek 1979, S. 346 ff.).

2) Vgl. Autonomie. Materialien gegen die Fabrikgesellschaft. Neue Folge Nr. 10, 1982: "Antiimperialismus in den 80er Jahren".

Realismus, sich mit allen (beruflichen) Bedingungen zu arrangieren und am Durchkommen festzuhalten. Dieser Verschnitt aber verrät die grossen historischen Antworten, die die Menschen auf Not gefunden haben. Er ist weniger als Liebe und Revolution jeweils allein. Er weiß von nichts und hat keinen Widerspruch ausgesprochen. Mit dem glatten, durch nichts belehrten Erbe, das weder Schmerz noch Hoffnung kennt, können Tote nicht wiederkommen, können ihre Hoffnung und ihre enttäuschte Hoffnung nicht noch einmal, nicht noch einmal lebendig werden.

Hinsichtlich der Protestbewegung ist die über allerlei Zwischenstadien und lange Märsche eingefädeltete Erweiterung des Aktionspotentials des sozialliberalen Machtstaats der 70er Jahre durch ein in der Außerparlamentarischen Opposition erworbenes "soziales Konfliktbewußtsein" zu beobachten. Bedeutsame Teile einer ganzen Generation kritischer Intelligenz arbeiten heute als Seismographen des Regimes:

"Es steht zweifelsfrei fest, daß sich die Planungsstäbe sozialliberaler Gesellschaftspolitik in absoluter Gleichzeitigkeit mit den Phasen der hiesigen Sozialrevolte einer radikalen Verjüngungskur unterzogen haben ... Regime - Seismographen funktionieren nur, wenn sie ständig aufs engste mit den sich wandelnden Konfliktzonen der Gesellschaft verflochten sind. Sie werden

als diagnostische Berichterstatter in die Zone des Zusammenpralls zwischen dem Kalkül der Macht und der Wirklichkeit der Gesellschaft geschaltet, um Schwachstellen in der bisherigen Disziplinierungskette des sozialen Alltags zu orten, die möglichst geräuschlose Zerstörbarkeit subversiver und selbstbestimmter Kommunikationsnetze auszuloten, um Aufsässigkeit zu lokalisieren"<sup>1)</sup>.

Angelockt über unverfängliche ABM-Stellen oder über zunächst auflagenfrei geförderte Vereine wurde linke, der herrschenden Normalität auf den ersten Blick widersprechende und auf diese Weise für Regulierungsaufgaben besonders geeignete Identität in Konfliktzonen geworfen: im Drogenbereich wie in Sanierungsgebieten und Trabantenstädten.

Das war die eine Seite. Die andere führte das unmittelbare Platznehmen am "sozialpolitischen Stammtisch der Macht" vor. Hier wurde der Verrat schnell offensichtlich: Mithilfe linker Terminologie, die aus einer "gediegenen marxistischen Sturm- und Drang-Zeit" erwachsen war, und einer in der Protestbewegung gewonnenen Kenntnis gesellschafts-

---

1) Roth, K.-H.: Moral, Gehirnwäsche und Verrat I-III, in: Arbeiterkampf Nr. 148, 149, 151 vom 19.02.1979 ff., IV, in: Blatt (München) Nr. 148 und 149 vom 15.06.1979 f.

licher Konfliktzonen gingen die Bewerber und Analytiker ein Bündnis mit den Staatsschützern ein, um alle Sümpfe von Subversion und Militanz auszutrocknen.

Von verratenem Erbe ist in bezug auf die Obdachlosenbewegung vielleicht da zu sprechen, wo Beteiligte im Denken und Handeln zur Logik der Regulierung übergewechselt sind. Regulierung ist immer Einkreisung von möglichen Konfliktfeldern, Mischung von Zugeständnis und Anerkennung von Forderungen, Blick von oben, der mit der Tangierung des gesellschaftlichen Gefüges nichts zu tun hat, nach Wegen sucht, wie unter gegebenen Verhältnissen über die Runden zu kommen ist.

Zwar war in der Konzentration der Obdachlosenbewegung auf Forderungen gegenüber den Verwaltungen schon angelegt, sich mit diesen ins Benehmen zu setzen, Obdachlosenkonzepete zu entwickeln, die diese dann übernehmen sollten. Und doch war aufgeschienen, daß die Perspektive eines wirklichen Kampfs der Elenden um umfassende Befreiung weitergreifen würde als Kataloge erfüllbarer Forderungen zu benennen und durchzusetzen.

Wo es nicht mehr um Benennung und Durchsetzung von Anspruchstiteln des käuflichen sozialstaatlichen Subjekts geht, sondern um umfassende Aneignung der menschlichen Möglichkeiten durch den Menschen, weitet sich die Vor-

stellung vom Ausmaß der Vorenthaltungen und vom Ausmaß der herrschaftlichen Bestimmungen über Lebensbedingungen und Lebensäußerungen. In der Zuspitzung von Auseinandersetzungen wird der Herrschaftscharakter der gesellschaftlichen Ordnung und der in ihr vorgesehenen Verfahrensweisen erfahrbar, wird deutlich, daß es nicht um Korrekturen von Verteilungssystemen geht. Das wache Auge und das tätige Herz können sich der Öffnung gegenüber dem Gesamtbefund gesellschaftlich und politisch bedingter Not nicht verschließen: Die Perspektive wird kämpferisch oder erlischt.

Es wird gelernt, was die Menschen auch noch 1945 nach dem Zusammenbruch der faschistischen Ordnung gewärtigen mußten:

"Die enttäuscht waren, hatten sich die Befreiung anders vorgestellt. Sie hatten sich vorgestellt, man könne die Freiheit wie eine Fahne auf einer eroberten Stadt hissen; sie könnten dadurch schlechterdings von allen befreit sein, was sie quälte; nicht nur vom Druck der letzten zwölf Jahre, auch vom Druck ihrer dreißig Lebensjahre, von dem Druck von hundert, von tausend Jahren. Sie hatten nicht damit gerechnet, daß ihnen die Befreiung nur etwas Last abnahm, so daß sie einmal aufatmen konnten und ihre Arme recken, damit es weiterging auf dem unerläßlich schweren Weg" (Anna Seghers 1945).

Deswegen sollte es keine Obdachlosenpolitik geben, die mit der Durchsetzung ihres Obdachlosenkonzpts zu Ende ist, es lediglich auf dieses Ziel anlegt.

In der Obdachlosenbewegung war bei aller Unbestimmtheit im Kern der Anstoß zur Suche nach der revolutionären Sache enthalten. Es war dieser verborgene Kern, der sowohl manches unvergeßliche Zeugnis des Muts und der Entschlossenheit von Bewohnern speiste wie er die Unermüdlichkeit mancher Nicht-Bewohner antrieb. In der LAG wurde dieser Kern eingekapselt, der Anstoß nicht freigelegt, nicht ins Licht gerückt und aufgegriffen. Indem der Anstoß, den das Erbe enthielt, verworfen wurde, setzten sich Rechtstreue und Staatsbejahung unangefochten durch, ein Boden, auf dem am Ende nur die Logik der Regulierung gedeihen kann, für Staatsfeinde und Rechtsfeinde kein Platz ist.

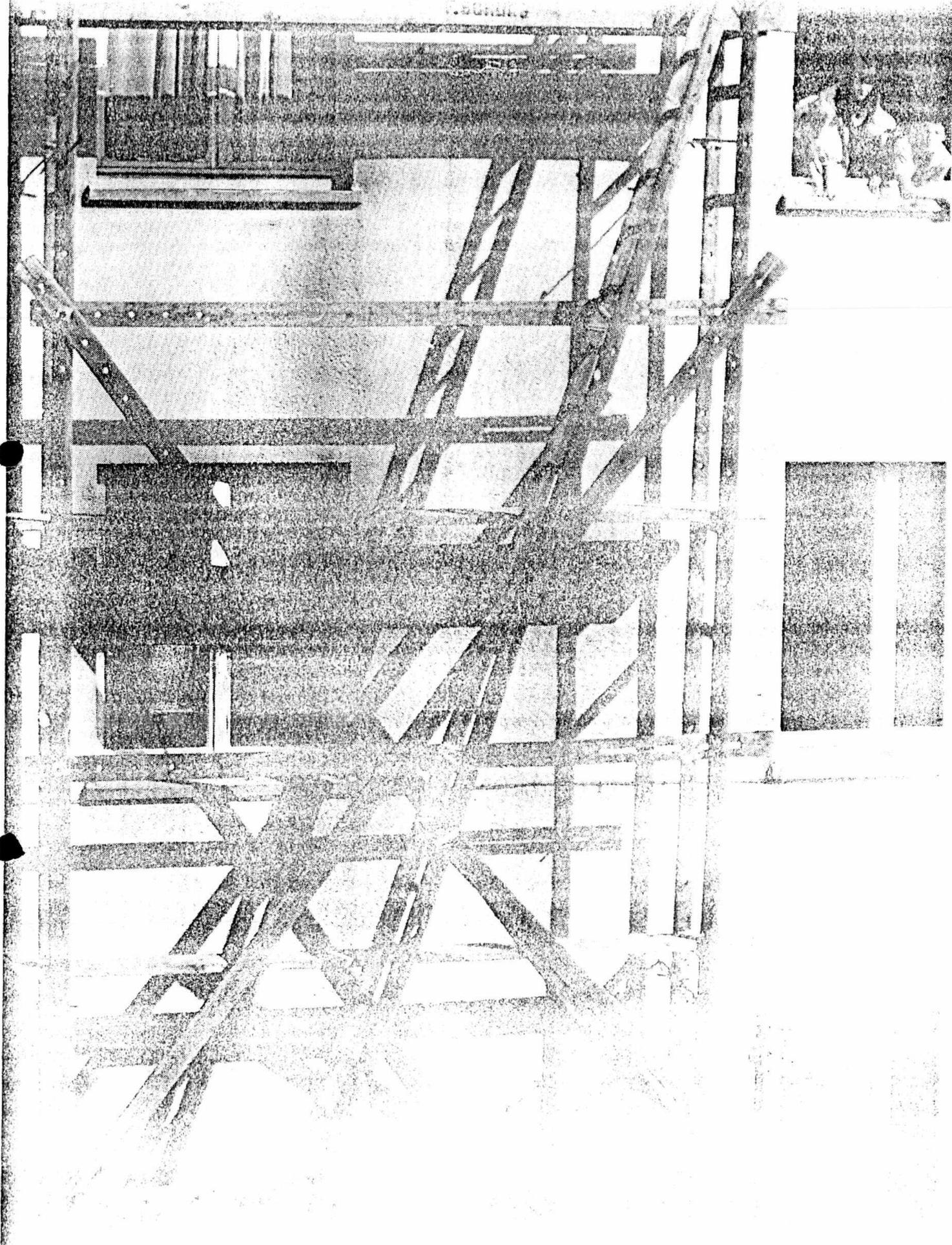
Wo aber die Suche nach der revolutionären Sache, die in der Obdachlosenbewegung ihren Ausgang nehmen konnte, Menschen ergriffen hat, sind nicht mehr nur Erbschaften rückblickend zu bewerten.

"Mi en Lih kannte viele Bedingungen für den Aufstand, aber er wußte keine Zeit, in dem nicht für ihn zu arbeiten war" (Brecht). In einer Etappe, in der die Weichen für den Übergang von der wirtschaftlichen (also auch der sozialpolitischen)

zur militärischen Lösung der Globalkonflikte und der innergesellschaftlichen Widersprüche gestellt werden, verschieben sich entsprechend die Angriffsziele revolutionären Handelns, das immer die Operationsmöglichkeiten der Herrschaft zurückdrängen, beschneiden, schließlich brechen will. Damit entfernt sich revolutionäres Handeln auf der Höhe der Zeit scheinbar von den konkreten Nöten des Überlebens hierzulande.

Es hieße aber die Not nicht ernstnehmen und den von ihr umschlossenen Ruf nach Befreiung, wenn statt des "unerläßlich schweren Wegs" einfachere vorgegeben würden, die zur falschen und nur vorläufigen Versöhnung mit den Bedingungen beständiger Zerstörung von Menschen führen.

F. B. G. 1111



**Zum aktuellen Stand der Sozialarbeit/  
Gemeinwesenarbeit – aufgezeigt am  
Beispiel der Landesarbeitsgemeinschaft  
Sozialer Brennpunkte in Hessen e.V.  
(LAG)**

**Alfred Kriesten**

Jüngere Veröffentlichungen zur Gemeinwesenarbeit (GWA) deuten an, daß diese infolge wachsender Krisen wohlfahrtsstaatlicher Sozialpolitik erneut an Aktualität gewinnt. In der Tradition der Victor-Gollancz-Stiftung konzentrieren sich die Beiträge auf den möglichen Stellenwert der GWA für eine sich wandelnde kommunale Sozialpolitik und auf die Bedeutung des Arbeitsprinzips GWA für die vielfältigen Aufgaben der Sozialarbeit. Demgegenüber ist herauszustreichen, daß bislang kaum empirische Arbeiten zur gesellschaftlichen Praxis von GWA vorliegen, ein durchgängig von allen Autoren der einschlägigen Fachliteratur beklagter Zustand (vgl. OELSCHLAGEL, 1983).

Um Grauzonen der gesellschaftlichen Praxis von GWA aufzuhellen, wurde in Zusammenarbeit mit der LAG eine Untersuchung durchgeführt. Für den Untersuchungszweck ist die LAG ideal, da die Mehrzahl all jener Projektgruppen in Hessen dieser Organisation beigetreten ist, die in den vom Deutschen Städtetag ausgewiesenen sozialen Brennpunkte arbeiten.<sup>1</sup> Die in die Untersuchung einbezogenen LAG-Projektgruppen verteilen sich wie folgt:

- 11 Projektgruppen arbeiten in Obdachlosensiedlungen, die, zumeist wegen des billigen Baugrundes und gezielter Segregation, in den 50er Jahren am Stadtrand in unmittelbarer Nähe von Kläranlagen, Bahndämmen und Schrottplätzen gebaut wurden. In solchen kleinräumigen, vom städtischen Kommunikationsnetz ausgeschlossenen Ghettos wohnen durchschnittlich 200 bis 500 Personen in Notunterkünften, Schlicht-, Übergangs- und Einfachtswohnungen.
- 3 Projektgruppen arbeiten in Neubausiedlungen des sozialen Wohnungsbaus, die im Rahmen kommunaler Auflösungsprogramme städtischer Notunterkünfte am Ort der ehemaligen Obdachlosensiedlungen errichtet worden sind.
- 20 Projektgruppen arbeiten in geschichtlich gewachsenen, zumeist an den Stadtkern angrenzenden Arbeitervierteln. In diesen Stadtteilen wohnen ca. 2000 bis 3000 Personen, von denen wiederum zahlenmäßig die Gruppe der Ausländer, Sozialhilfeempfänger, einkommensschwachen Familien, älteren Menschen und/oder ehemaligen Obdachlose stark vertreten ist. Die Funktionsfähigkeit dieser Stadtteile wird zum einen durch die rapide Verschlechterung der Bausubstanz, zum anderen durch langfristig angelegte Nutzungsveränderung (Umwandlung von Wohn- in Geschäftsraum) gefährdet. Diese Wohngebiete werden von den Kommunen nicht als sanierungs- und modernisierungsfähig nach dem Städtebauförderungsgesetz ausgewiesen.

- 2 Projektgruppen arbeiten in den an der städtischen Peripherie gelegenen Trabantenstädten. In diesen Wohngebieten leben ca. 8000 Personen. Die Zahl jener Haushalte ist steigend, die teilweise oder völlig von staatlichen Transferleistungen abhängig sind.

Ein Blick in die Gründungsgeschichte der LAG Ende der 60er bzw. Anfang der 70er Jahre zeigt, daß - wohl einzigartig in der Bundesrepublik Deutschland - der Versuch gelungen ist, Interessen von Sozialarbeitern und deren Zielgruppen auf Landesebene zu organisieren. Angetreten mit dem hohen moralischen und politischen Anspruch, die Lebensqualität in den Obdachlosensiedlungen zu verbessern, deutet die eingangs skizzierte Übersicht der LAG-Projektgruppen eine Bewegung im Verlauf der letzten 14 Jahre an. Rekrutierten sich die Projektgruppen zunächst ausschließlich aus den Obdachlosensiedlungen, so ist zwischenzeitlich infolge kommunaler Auflösungsprogramme eine Vielzahl der Projektgruppen ihrem Klientel nachgezogen, bzw. haben sich neu entstandene Projektgruppen aus den geschichtlich gewachsenen Arbeitervierteln der LAG angeschlossen. Über den Tellerrand siedlungsspezifischer Probleme hinausblickend, eröffnet sich somit die Chance, umfassendere Aussagen zur gesellschaftlichen Praxis der GWA vorzulegen.

Bevor ich die empirischen Ergebnisse darstelle, möchte ich die "Kritik von unten" an den bislang durchgeführten Untersuchungen in einzelnen sozialen Brennpunkten anmerken.

Durchforstet man die einschlägige Literatur zur Obdachlosigkeit, so fällt bald ein Dilemma besonderer Art auf: Untersuchungen konzentrieren sich auf das Selbstbildnis der Obdachlosen (HAAG), Sozialisationsdefizite der Kinder (IBEN), unzureichende Partizipation (CHRISTIANSEN und GEWO-Studie) und Subkulturen (SPAK). Gemeinsames Prinzip der differierenden Untersuchungsansätze ist, daß Bewohner aus Obdachlosensiedlungen zu Objekten der Forschung erklärt und als solche vom Prozeß der wissenschaftlichen Ausarbeitung ausgeschlossen werden. Das gewünschte Resultat dieser Forschungsprozesse, sozialpolitische Unterstützung und Förderung von Eigeninitiativen voranzutreiben, widerspricht somit einem Vorgehen, das die Adressaten der Forschung vom methodischen Zustandekommen und der Verwertung wissenschaftlicher Ergebnisse ausschaltet. Abgesehen von den Erfahrungen der älteren Generation mit der medizinischen Forschung im Nationalsozialismus, erlebten die Bewohner in den letzten beiden Jahrzehnten wiederholt, daß ihre Lebenssituation ausgeforscht wurde, sich jedoch an realen Lebensbedingungen in den Siedlungen wenig änderte. Im Gegenteil, die zunehmende Verwissenschaftlichung von Politik hat zur

weiteren Verschärfung der Lebensweltreglementierung durch einen allmächtig gewordenen Herrschaftsapparat beige-tragen. Dies in die Überlegungen mit-einzubeziehen, ist von Bedeutung, um den durch das Offenlegen der Ziele und Absichten des Untersuchungsprogrammes auftretenden Konflikt begreifen zu können.

Die Versatzstücke eines vom Publikum auf die Mitgliederversammlung der LAG initiierten Spielplans werden langsam erkennbar; der erste Akt lautet "residentiale Segregation" (vgl. VASKOVICZ, 1976), die Bühne betritt VASCOVICZ. Spuren dieses Konzeptes werden insbesondere dort sichtbar, wo Politiker im Namen der Wissenschaft und Menschlichkeit Bewohner aus Obdachlosenunterkünften, gegen deren ausdrücklichen Willen, aus geschichtlich gewachsenen kulturellen Zusammenhängen herausgerissen und vereinzelt oder in Kleingruppen in die Anonymität der Schlafstädte hineingesetzt haben. Ausgeschlossen vom Prozeß des Zustandekommens der "residentialen Segregation", formiert sich Widerstand engagierter Bewohner gegen den Status des unmündigen Empfängers wissenschaftlicher Aufklärung. Der erste Akt wird somit zur Plattform des Widerstandes gegen Forschung von "unten", angereichert durch zahlreiche Beispiele aus den Universitätsstädten Gießen, Frankfurt, Marburg und Kassel.<sup>2</sup> Das Bühnenstück verlangt nach Fortschreibung: Im zweiten Akt tritt

der Sozialarbeiter ins Licht eines kritisch gewordenen Publikums. Aufgrund ihrer Schulung durch die täglichen Auseinandersetzungen im kommunalpolitischen Raum besteht für diese Berufsgruppe der zunehmende Zwang, die Effizienz der eigenen Arbeit gegenüber dem Träger und Finanzgeber nachweisen zu müssen; ein Nachweis, der bislang allerdings nicht erbracht werden konnte. Ein Blick auf die geschichtliche Entwicklung der Ausbildung von Sozialarbeitern zeigt, daß es bislang nicht gelungen ist, einen auf die berufsspezifischen Probleme der Sozialarbeit ausgerichteten Forschungsapparat an der Hochschule selbst zu etablieren. Das hier betriebene Puzzlespiel des Zusammenstückelns von Erkenntnisstand und Denkverfahren anderer Wissenschaftsdiziplinen reicht eben nicht mehr aus, den Zustand massiv auftretender Probleme der gesellschaftlichen Praxis von Sozialarbeit/Gemeinwesenarbeit zu erfassen, geschweige denn Handlungsperspektiven vor dem Hintergrund wachsender Sinnkrisen zu entwickeln.<sup>3</sup>

Ein Klage lied wird vor einem kritisch gewordenen Publikum angestimmt, welches die Ohnmacht umschreibt, nicht eigenständig wissenschaftlich arbeiten zu können bzw. den Prozeß wissenschaftlicher Programme zur Schließung bestehender Wissenslücken nicht mitbestimmen zu können. In der öffentlich geführten politischen Auseinandersetzung fehlt es dann

oftmals an empirischen Befunden, um den Nachweis von sich verschärfenden Arbeitsbedingungen führen zu können. Ausreichend gesicherte Daten der Projektgruppenarbeit auf Landesebene und über den Abbau direkter sozialer Dienstleistungen fehlen.

Bleibt schließlich der dritte Akt zu nennen, in dem die Karten neu gemischt werden, der Spielplan Gestalt annimmt. Unter dem Eindruck der Szenarien des ersten und zweiten Aktes wird ein Vertrag formuliert, der sicherstellen soll, daß alle Materialien nur unter Kontrolle der LAG-Geschäftsstelle einsehbar sind sowie Arbeits- und Zwischenergebnisse in Abstimmung mit der LAG zu veröffentlichen sind. Die Akteure gestalten diesen Vertrag in Erinnerung an ihre bisherigen Erfahrungen mit jenen Personen, die das Geschäft mit der Forschung betreiben. Für den Forscher selbst bedeutet das, sich mit der Geschichte auseinanderzusetzen, die Lektion auszuhalten, zu lernen und weiterzuspielen, selbst wenn sich im Verlauf der Veranstaltung der Saal merklich leeren sollte.

Aus den sehr umfangreichen empirischen Ergebnissen dieser Untersuchung (vgl. KRIESTEN, 1982) soll im folgenden die Organisationsstruktur der LAG-Projektgruppen im Mittelpunkt der Überlegungen stehen. Von Interesse sind zunächst die von den Projektgruppen ausgewiesenen Dienstaufträge der Gemeinwesenarbeit.

Sozialarbeit und Kinderarbeit (vgl. Tabelle 1). Entgegen weitverbreiteter Ansicht hat sich die traditionelle Gemeinwesenarbeit, als dritte Methode der Sozialarbeit, im Verlauf der letzten 15 Jahre insbesondere bei Projektgruppen in eigener Trägerschaft verfestigen können. Nach Durchsicht zahlreicher Jahresberichte und Positionspapiere bestätigt sich der Eindruck, daß gerade die GWA-Projekte sich, ihrem Selbstverständnis entsprechend, als Teil staatlicher Sozialpolitik und als Initiator des lokalen Widerstandes verstehen, mit dem einer zunehmenden Lebensweltreglementierung durch eine allmächtig gewordene Bürokratie entgegentreten wird. Es bleibt zu klären, worin sich diese GWA-Projekte von Projektgruppen mit Dienstaufträgen der "Sozialarbeit" und "Kinderarbeit" unterscheiden.

Dies zu klären ist deshalb so dringlich, weil alle Projektgruppen mit Strukturproblemen der Armut und räumlichen Verteilung konfrontiert sind.

Tabelle 1: Trägerstrukturen und Dienstaufträge der LAG-Projektgruppen

Träger	Dienstaufträge			Σ
	Gemeinwesenarbeit	Sozialarbeit	Kinderarbeit	
Kommune	1	1	3	5
Diakonisches Werk	-	2	-	2
Evangelischer Regionalverband	1	2	2	5
Deutscher Kinderschulzbund	-	3	1	4
Caritasverband	2	2	-	4
Arbeiterwohlfahrt	-	-	1	1
Kirchengemeinden	2	2	-	4
Eigene Trägerschaft	8	2	1	11
Σ	14	14	8	36

Auf den ersten Blick bieten sich drei Erklärungen an: Während GWA-Projekte eine "Allzuständigkeit" für die Bearbeitung der vielfältigen Erscheinungsformen materieller und kultureller Armut im Gemeinwesen ausweisen, sind insbesondere Projektgruppen der "Kinderarbeit" und "Sozialarbeit" seitens ihres Trägers gezwungen worden, Programme zur Verbesserung der Wohnsituation und Initiierung von Selbsthilfegruppen auszuklammern bzw. sich ausschließlich auf die Kinderarbeit und Einzelfallhilfe zu konzentrieren.

wesentliches Ziel es ist, kleinere oder größere Gruppen von Menschen in einen Prozeß zu versetzen, durch den sie sich ihrer eigenen Lage und ihrer Aufgaben bewußt werden und sich in gemeinsamer Anstrengung um Lösung und Ausdrucksformen des Zusammenlebens bemühen. Hierbei handelt es sich um einen konsequenten Demokratisierungsprozeß von unten, durch den brachliegende Eigenschaften vitalisiert und soziales Bewußtsein geweckt werden soll." <sup>4</sup>

*Tabelle 2: Berufsqualifikation von Mitarbeitern der LAG-Projektgruppen*

Berufe	Erwachsenen- arbeit/ Gemein- wesenarbeit	Jugend- arbeit	Kinderarbeit Hausauf- gabenhilfe/ Spielstube	Wissen- schaftliche Begleitung	sonstige Aufgaben	$\Sigma$
Sozialarbeit	12	6	4	1	—	23
Sozialpädagogik	4	1	13	—	—	18
Diplompädagoge	4	4	5	—	—	13
Erzieher	1	1	23	—	—	25
Sonstige Qualifikationen	1	—	8	1	3	13
ABM-Stellen	1	3	14	1	—	19
Honorarkräfte	10	32	154	—	20	216
Ehrenamtliche	17	22	49	—	16	104
Praktikanten	4	4	15	—	—	23
Zivildienst- leistende	3	—	11	—	—	14
$\Sigma$	57	73	296	3	39	468

Die angeordnete Ausgrenzung von Arbeitsbereichen kann exemplarisch an Beschlüssen der Stadt Offenbach verdeutlicht werden. Noch 1970 wurde auf Beschluß der Stadtverordneten der Ansatz der Gemeinwesenarbeit für Sozialarbeit in den sozialen Brennpunkten der Kommune befürwortet:

"Zur Erfüllung ihrer Aufgaben soll sich Sozialarbeit den Methoden der Gemeinwesenarbeit bedienen, deren

Eine völlige Abkehr von Inhalten traditioneller Gemeinwesenarbeit erfolgte 1979 im Rahmen kommunaler Auflösungspläne städtischer Notunterkünfte. Infolge dezentraler Umsetzung in andere soziale Brennpunkte der Stadt orientiert sich die Sozialarbeit am klassischen Konzept der Einzelfallhilfe. Zur Gemeinwesenarbeit wird lapidar festgestellt:

"(...) dies bedeutet konsequenterweise

eine völlige Abwehr von der seitherigen Praxis, mittels Projektgruppen- und Gemeinwesenarbeit eine Lösung des Problems herbeizuführen." <sup>5</sup>

Nun wäre es aber irreführend zu behaupten, daß die Aus- bzw. Eingrenzung von Programmen einziges Kriterium zur Unterscheidung der hier von den Projektgruppen ausgewiesenen Dienstaufträge ist. Eine zweite Erklärung er-

qualifikationen der Hauptamtlichen, die hohe Anzahl der Honorarkräfte und ehrenamtlichen Mitarbeiter erschweren zunehmend die Erarbeitung eines von allen Berufsgruppen getragenen Konsens der Projektgruppenarbeit. Hinzu kommt, daß eine nicht unerhebliche Anzahl von Projektgruppen der Sozialarbeit und Kinderarbeit sich ausdrücklich gegen den Ansatz der

Tabelle 3: Berufsqualifikationen von ABM-Stellen, Ehrenamtlichen, Honorarkräften, Zivildienstleistenden und von anderen Trägern finanziierter Arbeitskräfte

Berufe	sonst.	Hon.	Ehr.	Prkt.	ABM	ZDL	fremd.	Σ
Sozialarbeiter	—	—	—	6	—	2	1	9
Sozialpädagoge	—	—	4	4	3	—	1	12
Erzieher	—	—	—	10	2	1	1	15
Student	—	136	51	—	—	—	2	189
Schüler	—	20	5	—	—	7	—	32
Soziologe	1	—	—	—	1	—	—	2
Pädagoge	—	—	—	—	8	—	2	10
Heilpädagoge	2	—	—	—	—	—	—	2
Lehrer	—	—	—	—	1	2	—	3
Psychologe	2	—	—	—	2	—	1	5
Jurist	—	—	1	—	—	1	—	2
Volkswirt	1	—	—	—	—	—	—	1
sonstige	5	18	28	—	1	1	2	55
ohne Berufsausbildung	2	9	—	—	1	—	—	12
keine Angaben	—	33	15	3	—	—	4	55
Σ	13	216	104	23	19	14	15	404

Erklärung der Abkürzungszeichen:

sonst. = sonstige Qualifikation

Hon. = Honorarkräfte

Ehr. = Ehrenamtliche

Prkt. = Jahrespraktikanten der Sozialarbeit/Sozialpädagogik und Erzieher

ABM = Arbeitsbeschaffungsmaßnahme

ZDL = Zivildienstleistende

fremd. = von anderen Trägern finanzierte Arbeitskräfte

öffnet sich im Blick auf die Personalstruktur der Projektgruppen. Längst ist die Projektgruppenarbeit in sozialen Brennpunkten keine Domäne mehr für die Sozialarbeit.

Viele Berufsgruppen sind zwischenzeitlich hinzugestoßen (vgl. Tabelle 2 und 3). Die unterschiedlichen Berufs-

Gemeinwesenarbeit ausgesprochen hat, da der mit der GWA verbundene sozialpolitische Aspekt abgelehnt wird.

Parallel zur Ausgrenzung von Arbeiterschwerpunkten per Dienstanweisung durch den Träger und dem divergierenden politischen Selbstverständnis der Projektgruppen ist drittens auf

die Entstehungsgeschichte der Projektgruppen hinzuweisen. Hier zeigt sich, daß insbesondere die im Zuge der Studentenbewegung entstandenen GWA-Projekte personell und finanziell besser ausgestattet sind. Demgegenüber klagen die erst seit einigen Jahren existierenden Projektgruppen, daß durch die Verknappung finanzieller Mittel, die hohe personelle Fluktuation und durch die damit einhergehende vorübergehende Nichtbesetzung freigewordener Planstellen der Arbeits-einsatz sich im wesentlichen auf pädagogische Programme mit Kindern und punktuelle Einzelhilfe konzentriert. Diese Bedingungen wiederum lassen den sinnvollen Aufbau eines GWA-Konzeptes nicht zu.

Strategien der Problembewältigung von räumlicher Verteilung kultureller und materieller Armut sich mit dem Aufgabenkomplex der LAG-Projektgruppen treffen. Anhand des makrosoziologischen Beitrags von LENHARD/OFFE (1977) lassen sich in einem ersten Schritt drei zentrale Teilprobleme staatlicher Sozialpolitik benennen:

Das erste Teilproblem ist das der sozialen Integration in die Lohnarbeiterschaft. Depossedierte Arbeitskräfte müssen bereit sein, kulturelle Motive aufzubringen, sich als Lohnarbeiter auf dem Arbeitsmarkt mit all den damit verbundenen Lebensrisiken und Lebensbelastungen zu verkaufen. Mit Hilfe der MARXSCHEN Anthropologie der Arbeit, der Theorie der Entfrem-

Tabelle 4: Durchschnittliche personelle Ausstattung der LAG-Projektgruppen

	Dienstaufträge		
	Gemeinwesenarbeit	Sozialarbeit	Kinderarbeit
Hauptamtliche	5	3	2
Teilzeitkräfte	13	7	5

Die angeführten Erklärungen von Unterscheidungsmerkmalen der einzelnen Dienstaufträge sind allerdings unbefriedigend. Bei genauerer Betrachtung lassen sich Erklärungen als Indikatoren auf der Erscheinungsebene einordnen, ohne daß dabei die den Indikatoren zugrunde liegende Verursachung angesprochen wird.

Ursachen wird man dann aber angeben können, wenn man die Berührungspunkte herausarbeitet, wo kommunalpolitische

Erklärung, ist der Nachweis zu erbringen, daß die mit der kapitalistischen Arbeitsorganisation einhergehende Entfremdung dem Individuum Symbole und Ressourcen entzieht, die einer Selbstverwirklichung durch Arbeit entgegenstehen und zu schwerwiegender Beeinträchtigung der Arbeitsbereitschaft führen können. Auf dieses Dauerproblem reagiert staatliche Sozialpolitik mit Mechanismen der sozialen Kontrolle. Anzuführen sind alle jene staatlichen Maßnahmen,

die dort ansetzen, wo alternative Lebens- und Subsistenzweisen als Äquivalent zu Lohnarbeit kriminalisiert und verfolgt werden. Ferner verfügt der Staat zusätzlich über eine Reihe sozialisationspolitischer Berufsvorbereitungsmaßnahmen, deren Befolgungen letztlich auf den Eintritt in das Lohnarbeitersystem hinauslaufen.

Dieses Teilproblem wird mit zunehmender Krise der Arbeitsgesellschaft zu einem nicht lösbaren Dilemma kommunaler Sozialpolitik. Den Berichten der Projektgruppen zu entnehmen ist, daß die erwerbsfähigen Personen der sogenannten Problemgruppen des Arbeitsmarktes zuzuordnen sind. Bei den Mitgliedern dieser Gruppe treffen askriptive Status- und Funktionszuschreibungen (Obdachlose, Leistungsbehinderte, Jugendliche, Zigeuner, Sozialhilfeempfänger) und geringes marktstrategisches Verteidigungspotential (kaum vorhandene Interessenvertretung, geringer gewerkschaftlicher Organisationsgrad) zusammen (vgl. OFFE/HINRICHS, 1977). Die überdurchschnittlichen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsrisiken, denen diese Gruppe ausgesetzt ist, finden ihren Ausdruck in einem fortschreitenden Dequalifizierungsprozeß, in hohem Maße gesundheitsgefährdenden Arbeitsplätzen unterer Produktionshierarchien, in extrem niedrigem Arbeitsentgelt und im häufigen Wechsel des Arbeitsplatzes, zeitweiser oder andauernder Arbeitslosigkeit. Exem-

plarisches läßt sich an der Situation der Jugendlichen belegen, daß die Brüchigkeit kultureller Motive zum Eintritt in den Arbeitsmarkt nicht nur Ausdruck der Auflehnung gegen aufgeherrschte Arbeitsbedingungen unterer Produktionshierarchien ist (vgl. LIEBEL, 1975), sondern auch Folge der Zerstörung des Lebenssinns im Falle anhaltender Jugendarbeitslosigkeit. Der genommenen Chance einer Integration in den Arbeitsmarkt, der damit ausgesprochenen Weigerung der Transformation jugendlicher Produktivität und Kreativität in (sinnvolle) Arbeit bleibt dann die Flucht in Drogen (Medikamente, Alkoholismus) oder jene Überlebensstrategien, die allgemein als Elendskriminalität bezeichnet werden.

Das zweite Teilproblem staatlicher Sozialpolitik ist das der Institutionalisierung der in Lohnarbeiterverhältnissen nicht unterzubringenden Lebenssphären und Lebensrisiken. Dem liegt die Annahme zugrunde, daß die Vergesellschaftung von Lohnarbeit staatlich organisierte und sanktionierte markt-externe Existenzweisen voraussetzt. Durch den Leistungsverlust der traditionellen Subsysteme (Familie, Armenfürsorge) im Verlauf des kapitalistischen Industrialisierungsprozesses sind an deren Stelle staatliche flankierende Subsysteme zur Sicherung elementarer Reproduktionsfunktionen, so unter anderem in Bereichen der Bildung, Gesundheit und

Altersversorgung, getreten. Diese Verstaatlichung flankierender Subsysteme erbringt aber nicht nur sozialpolitische Leistungen, sondern eröffnet gleichzeitig die staatliche-bürokratische Kontrolle des Zugangs der Individuen einer Gesellschaft zu arbeitsmarkt-externen Existenzweisen. Damit aktualisiert sich das Strukturproblem der Vergesellschaftung von Lohnarbeit dadurch, daß die Arbeitsfähigkeit (Gesundheit, Qualifikation) durch endogene Mechanismen, der kapitalistischen Produktion herabgesetzt wird, mit dem Ergebnis, arbeitsmarkt-externe Auffangbecken institutionalisieren zu müssen. In diesen werden Arbeitskräfte entweder dauernd (Altersrente, Invalidität) oder vorübergehend (Anstalten der Gesundheitsfürsorge und Weiterbildung) untergebracht. Diese Möglichkeit der Existenzsicherung darf freilich nicht frei wählbar sein, da wegen des repressiven Charakters der Lohnarbeit stets nahe liegt, daß Arbeitskräfte aus dem System der Lohnarbeit in eines der flankierenden Subsysteme unkontrolliert auszubrechen versuchen.

Für die kommunale Sozialpolitik verschärft sich dieses Teilproblem, da sie im Rahmen ihrer durch die Bundesgesetzgebung geregelten Allzuständigkeit das letzte Glied einer Kette staatlich organisierter und sanktionierter Maßnahmen zur Formierung eines arbeitsmarkt-externen Auffangbeckens mit mehr andauerndem als vorübergehendem Unterbringungscharakter

ist. Nirgends wird sichtbarer als in den sozialen Brennpunkten, daß das Arbeitsentgelt in den untersten Produktionshierarchien nur unwesentlich über den entsprechenden Einkommensquellen der Sozialversicherung (Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe) oder Versorgungsleistungen (Sozialhilfe) liegt. Es liegt demnach stets nahe, daß Individuen aus dem System der Lohnarbeit in eines der oben genannten Subsysteme ausbrechen. Dieses Dilemma kommunaler Sozialpolitik erfährt eine Verschärfung für den Fall, daß sich die Zielrichtungen der Sicherungsleistungen (z.B. eine frühzeitige Marginalisierung von Arbeitskräften zu verhindern) dahingehend verändern, daß durch vorübergehende oder andauernde Arbeitslosigkeit ein Zustand der Nicht-Lohnarbeit erreicht wird (vgl. RODEL/GULDIMANN, 1978). Die steigende Tendenz anhaltender Arbeitslosigkeit, die insbesondere in den kleinräumigen Ghettos bis zu 80% beträgt, deutet den Wandel der Zielrichtung sozialer Sicherungsleistungen an.

Als drittes Teilproblem staatlicher Sozialpolitik ist die quantitative Steuerung des Proletarisierungsprozesses anzuführen. Gemeint ist damit, daß der Prozeß der kapitalistischen Industrialisierung von scharfen Disproportionalitäten gekennzeichnet ist: Die tiefgreifenden Veränderungen der Wirtschaftsstruktur haben einen potentiellen Überhang von Arbeitskräften auf der Angebotsseite zur Folge, der

zahlenmäßig weit über das als industrielle Reservearmee fungierende Arbeitspotential hinausgeht. Dieses Strukturproblem erfordert Quantitätsregler, die einen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage bedingen. Solche Regulierungsprozesse sind unter anderem in Einrichtungen des Bildungswesens zur Entlastung des Arbeitsmarktes (Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr, MBSE, G-Lehrgänge) zu sehen, in denen potentiell arbeitsfähige Jugendliche festgehalten werden. Staatlich organisierte und sanktionierte Auffangbecken zur Entlastung des Arbeitsmarktes zielen in diesem Sinne darauf ab, im Rahmen der Globalsteuerung das System der kostspieligen und legitimationsempfindlichen Arbeitslosenversicherung durch effizientere Formen zu ersetzen bzw. zu ergänzen. Da die staatlich organisierten Auffangbecken für arbeitslose Jugendliche zeitlich sehr begrenzt sind, die Wirksamkeit solcher Bildungseinrichtungen mit zunehmendem Grad der Deprivation brüchig wird (vgl. BUNKERT, 1981), verschärft sich dieses Teilproblem kommunaler Sozialpolitik dadurch, daß die von überdurchschnittlichen Arbeitsmarktrisiken betroffenen Jugendlichen auf arbeitsmarkt-externe Alternativ- und Reserverollen verwiesen werden. Diese Rollen sind sogenannte zweitbeste Lösungen im Sinne einer nur notfalls in Kauf zu nehmenden Alternative (vgl. OFFE/HINRICHS, 1977).

Letztlich werden damit die von an-

haltender Arbeitslosigkeit betroffenen Jugendlichen auf die Versorgungsleistungen der Familie verwiesen. Die hier als zweitbeste Lösung gedachte Alternativ- und Reserverolle führt zu weiteren Krisen kommunaler Sozialpolitik, da die Familie infolge ihres Leistungsverlustes als traditionelles Subsystem die Folgewirkungen nicht mehr auffangen kann.

Während aus makrosoziologischer Sichtweise staatliche Sozialpolitik eine Dualität von Eingliederungs- und Ausgliederungsstrategien in den/aus dem Arbeitsmarkt ausweist, konzentrieren sich kommunale Strategien der Problembewältigung in sozialen Brennpunkten auf den reibungslosen Ablauf der Verwaltung einer vom Arbeitsmarkt zunehmend ausgeschlossenen Bevölkerungsgruppe. Nicht die offensive Erschließung von Wertquellen und Verwertungsbedingungen, sondern defensive Ausgrenzung, Vorbeugung und Vermeidung exterritorialer Strukturen sind der Systemnucleus kommunaler Sozialpolitik. In diesem Kontext stellen die LAG-Projektgruppen eine dem kommunalen Verwaltungsapparat vorgeschobene Kontrollinstanz einer weitestgehend ökonomisch funktionslos gemachten Gruppe von Personen dar, die Lebenstätigkeiten außerhalb des institutionalisierten Begriffes von Arbeit einer bürokratischen Kontrolle unterwerfen. Nirgends wird deutlicher als in kleinräumigen

Ghettos, daß der Vergleich der Verschiebung des Pauperismus eines frühkapitalistischen Proletariats zu den sogenannten depresses areas, dem strukturellen Zurückbleiben von Lebenssphären, den horizontalen Disparitäten in Bereichen des Bildungswesens, des Gesundheitswesens und der Wohnqualität (OFFE) nur noch bedingt gültig ist. Im Gegenteil zum Pauperismus der industriellen Revolution ist die Lage heute dadurch gekennzeichnet, daß der Pauperismus kein flächendeckendes Problem ist. Die von kultureller und materieller Armut betroffenen Personen nehmen den Überfluß der Wohlstandsgesellschaft in den Zentren der Geschäftswelt wahr, mit der Folge, daß an die Stelle der einst angenommenen Lohnverelendung zwischenzeitlich die umfassendere Form der universellen Verkümmerng allgemein psychischer, intellektueller und sittlicher Kräfte getreten ist (vgl. HOFFMANN, 1972).

Vor diesem skizzierten Hintergrund verlaufen kommunale Ausgliederungsstrategien, hier bezogen auf eine weitestgehend ökonomisch funktionslos gemachte Gruppe von Personen, nicht ohne schwerwiegende Konflikte. Der Zwang staatsinternen Managements besteht darin, die in kontradiktorischem Verhältnis stehende Bearbeitung der wirtschaftlichen Stabilität einerseits, der politischen Stabilität andererseits so anzugehen, daß die Problemlösung des einen Komplexes

nicht zur Verschärfung des anderen führt (vgl. GRAUMANN, 1983). Ohne in die Lage versetzt zu sein, Strukturen des Kapitalverwertungsprozesses zu verändern, führt der härter werdende Verteilungskampf im Gefolge der fiskalischen Krise kommunaler Haushalte zu schwerwiegenden legitimatorischen Krisen. Längst hat sich in den sozialen Brennpunkten gezeigt, daß die den staatlich organisierten und sanktionierten arbeitsmarkt-externen Existenzweisen zuzuordnenden repressiven Maßnahmen im Sinne der Abschreckung als Mittel zum Zweck der Legitimationssicherung, d.h. der sozialintegrativen Wahrung einer normativ bestimmten Gesellschaft (vgl. HABERMAS, 1976) ihre Wirksamkeit verlieren. Kommunale Strategien der Bewältigung von Systemrisiken bleiben damit zwangsläufig unvollständig. Sie erzeugen den politischen Automatismus einer nicht endenden Spirale von Gefährdungen der politischen Stabilität.

Relativ unabhängig von politischer Couleur, die die Hebel kommunalpolitischer Herrschaft bedient, liegen die tieferen Gründe von Unterscheidungsmerkmalen der Dienstaufträge von LAG-Projektgruppen im jeweiligen Grad der Professionalisierung von Sozialarbeit/Gemeinwesenarbeit. Entscheidend ist, inwieweit das berufliche Profil es ermöglicht, die heterogenen Interessen der von vertikalen und horizontalen Disparitäten betroffenen Bevölkerungsgruppen in die Schaltstelle kommunalpolitischer Herrschaft hincinzutragen.

Politische Innovationen mit dem Ziel in Gang zu setzen, daß das Instrumentarium kommunaler Fürsorge Eingliederungsprozesse in den Arbeitsmarkt dort optimiert, wo sie als möglich erscheinen, aber auch alternative Lebens- und Existenzweisen als Äquivalent zur Lohnarbeit für eine von Desintegration betroffene Bevölkerungsgruppe zu entwickeln, diesem beruflichen Profil kommen Teile von GWA-Projekten noch am nächsten, was exemplarisch an den wenigen Programmen der Jugendarbeit in den sozialen Brennpunkten zu belegen ist.

Positionen innerhalb des professionellen Selbstverständnisses der Projektgruppen, nicht die Verknappung finanzieller und personeller Ressourcen der Projekte, sondern vielmehr der unterschiedliche Grad des beruflichen Profils von Sozialarbeit/Gemeinwesenarbeit ist ausschlaggebend für die auf der Erscheinungsebene feststellbaren Indikatoren von Unterscheidungsmerkmalen der Dienstaufträge bei LAG-Projektgruppen. Zwei wesentliche Hauptmerkmale kennzeichnen das aus dem beruflichen Profil ableitbare professionelle

Tabelle 5: Bildungsaktivitäten für die Zielgruppe der Jugendlichen

Angebote der Projektgruppen	Dienstaufträge			Σ N = 36
	Gemeinwesenarbeit N = 14	Sozialarbeit N = 14	Kinderarbeit N = 8	
Bildungsaktivitäten insges.	n = 9 (64 %)	n = 4 (28 %)	n = 1 (12 %)	n = 14 (39 %)
Jugendclub/Jugendtreff	6	2	1	9
Diskotheken	5	2	—	7
Bildungsprogramm	4	3	1	8
Selbsthilfeprojekte	2	—	—	2

Auffallend und deshalb erwähnenswert ist, daß zwei GWA-Projektgruppen (Offenbach/Lohwald und Gießen/Margarethenhütte) jene politischen Rahmenbedingungen geschaffen haben, die über die traditionelle Jugendarbeit hinausgehend sich den Fragen der Sinnzerstörung im Falle langanhaltender Jugendarbeitslosigkeit gestellt haben.

Nicht die Ausgrenzung von Arbeitsschwerpunkten per Dienstanweisung durch den Träger, nicht divergierende

Handeln:

- Einblick in die Mechanismen kommunalpolitischer Problemlösungsstrategien räumlicher Verteilung von Armut und Entwicklung/Erprobung eines öffentlich wirksamen sozialpolitischen Innovationsinstrumentariums.

Dies verlangt freilich die Fähigkeit von Kongruenz zwischen Aktivitäten der Gemeinwesenarbeit und Sicherung politischer Stabilität im Rahmen der äußeren und inneren Rahmenbedingungen

kommunaler Sozialpolitik zu erarbeiten - eine Kongruenz, die keine statistische Größe darstellt, sondern immer wieder aufs neue zu diskutieren ist. Das wiederum setzt voraus, daß Mitarbeiter von Projektgruppen eine personelle Kontinuität aufweisen, Arbeitsprogramme langfristig sowohl für die LAG-Projektgruppen als auch für kommunale Sozialpolitiker und Agenturen staatlichen Krisenmanagements kalkulierbar und berechenbar werden. Die Landesarbeitsgemeinschaft soziale Brennpunkte Hessen sowie Teile der hier untersuchten LAG-Projektgruppen belegen die Annahme, daß die Soziale Arbeit nicht ausschließlich zum verlängerten Arm sozialbürokratischer Kontrolle wird.

Sie sind im Gegenteil Ausdruck eines zwar spannungsgeladenen, aber punktuell auch konstruktiven Verhältnisses zu staatlichen Administrationen.

- Das zweite Hauptmerkmal des beruflichen Profils liegt darin, daß die LAG-Projektgruppen ihr Klientel in ihre Überlegungen miteinbeziehen.

Die Mehrzahl der Zielgruppen von Sozialarbeit befindet sich in der Position der Systemdesorganisation. Die Geschichte der bundesrepublikanischen "Randgruppenarbeit" stützt die These, daß infolge der wachsenden Krise der Arbeitsgesellschaft Konzepte der Systemintegration als Domizilbindung, als Teilhabe an materiellen und kulturellen Ressourcen

und als Integration in die Arbeiterklasse gescheitert sind. Entscheidend ist, daß Konzepte der Bildungsarbeit im umfassenderen Sinne jene Voraussetzungen schaffen, die es dem Klientel ermöglichen, sich Optionen zur Existenzsicherung zwischen öffentlichen Versorgungsleistungen einerseits, Selbstversorgungsleistungen andererseits offenzuhalten.

#### LITERATUR

BLINKERT, BALDO: Benachteiligte Jugendliche - Lernen oder kriminell werden ? In: Soziale Welt 1981, 1, S. 86-118. Otto Schwarz & Co.: Göttingen 1981.

BUSELMEIER, KARIN: Medienpädagogik - Ästhetik und Kommunikation. In: Jahrbuch der Sozialarbeit. BARABAS, F./BLANKE, THOMAS/SACHSSE, CHRISTOPH/STASCHEIT, ULLRICH (Hrsg.). Rowohlt: Hamburg 1977.

DIESSENBACHER, HARTMUT/MÜLLER, ALBRECHT: Wissenschaftstheorie und Sozialpolitik. In: Handbuch zur Sozialarbeit/Sozialpädagogik. EYFERT, HANNS/u.a. (Hrsg.), S. 1251-1262. Luchterhand: Neuwied/ Darmstadt 1984.

EBERLING/WIESE: Sozialwissenschaftliche Forschungsprogramme. Zur Notwendigkeit von Gesellschaftstheorie für eine kritische sozialwissenschaftliche Untersuchungspraxis. Nicht veröffentlichte Dissertation am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Justus-Liebig-Universität in Gießen, 1980.

GRAUHAN, ROLF RICHARD: Kommune als Strukturtyp politischer Produktion. In: Gemeinwesenarbeit im Kontext lokaler Sozialpolitik. PETERS, FRIEDHELM (Hrsg.), S. 317-337. AJZ: Bielefeld 1983.

HABERMAS, JURGEN: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Suhrkamp: Frankfurt a.M. 1973.

HOFMANN, WERNER: Verelendung. In: Folgen einer Theorie. Essays über 'das Kapital' von Karl Marx. Edition Suhrkamp, S. 27-60. Frankfurt a.M. 1972.

KNAPP, WOLFGANG (Hrsg.): Die wissenschaftlichen Grundlagen der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Kohlhammer: Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1980.

KRIESTEN, ALFRED: Gemeinwesenorientierte Sozialarbeit in Unterschichtsquartieren. Wissenschaftliche Publikationen: Darmstadt 1982.

LENHARD, GERO/OFFE, CLAUD: Staatstheorie und Sozialpolitik. Politisch-soziologische Erklärungsätze für Funktionen und Innovationsprozesse der Sozialpolitik. In: Soziologie und Sozialpolitik, Sonderheft 19/1977 der Zeitschrift Soziologie und Sozialpsychologie. Westdeutscher Verlag: Opladen 1977, S. 98-127.

LIEBEL, MANFRED: Arbeitslust durch Arbeitsverlust? In: Jugendarbeitslosigkeit. LAUTURNER, SYBILLE/SCHON, BERNHARD (Hrsg.), S. 52-62. Rowohlt: Hamburg 1975.

OFFE/HINRICHS: Sozialökonomie des Arbeitsmarktes und die Lage benachteiligter Gruppen von Arbeitnehmern. In: Opfer des Arbeitsmarktes. OFFE, CLAUD (Hrsg.), S.3-61. Luchterhand: Neuwied und Darmstadt 1977.

OELSCHLÄGEL, DIETER: Literaturbericht zur Gemeinwesenarbeit. In: Rundbrief 2/83, S. 1-11. Berlin 1983.

PROJEKTGRUPPE SOZIALE BERUFE (Hrsg.): Sozialarbeit Ausbildung, Qualifikation, Expertisen I. Juventa: München 1981.

RÖDEL, ULRICH/GULDIMANN, TIM: Sozialpolitik als soziale Kontrolle. In: Starnberger Studien 2. Sozialpolitik als soziale Kontrolle, S. 11-55. Suhrkamp: Frankfurt a.M. 1978.

VASKOVICZ, LASZLO: Segregierte Armut. Campus: Frankfurt a.M./New York 1976.

1 Nach der Satzung der LAG ist es erklärte Absicht, durch einen überparteilichen Zusammenschluß die Lebensbedingungen in den sozialen Brennpunkten Hessens zu verbessern. Ausdrücklich wird darauf verwiesen, daß die LAG keine Standesorganisation von Sozialarbeit ist, sondern ein Verband, in dem Bewohner und Sozialarbeiter gemeinsam Programme zur Verbesserung der Lebensbedingungen entwickeln. 44 Projektgruppen sind der LAG angeschlossen bzw. mit dieser Organisation assoziiert.

2 Der Kritik an Forschungsprogrammen von "unten" liegen Gesellschaftsbilder zugrunde, innerhalb derer die Adressaten von Forschung ihre Interessen und Strategien bestimmen.

- "in ihnen werden gemachte Einzelerfahrungen in einen Zusammenhang eingeordnet und bewertet;
- in ihnen wird der Bereich nicht direkt erfahrbarer gesellschaftlicher Tatbestände und Zusammenhänge erschlossen und betrieben;
- in ihnen wird der Versuch gemacht, unterschiedliche und auch widersprüchliche Erfahrungen auf einen Nenner zu bringen;
- in ihnen wird die Vergangenheit in Form individuell und kollektiv gemachter Erfahrungen aufgearbeitet und auf die Gegenwart bezogen;
- in ihnen finden sich ebenso Zukunftsvorstellungen, die sowohl realen (so wird es wohl werden) als auch utopischen (so sollte es werden) Charakter haben;
- in ihnen und mit ihnen bestimmen soziale Gruppen ihre gesellschaftliche Stellung und Funktion (soziale Verantwortung)" (Eberling/Wiese, 1980, 541).

3 Soweit ich die einschlägige Fachliteratur überblicke, existieren nur wenige Beiträge zum Thema: Sozialarbeit und Forschung.

Drei Positionen schälen sich heraus: (a) Die Vielzahl der Einzelwissenschaften soll auf den Prüfstand der Unumgänglichkeit für Sozialarbeit/ Sozialpädagogik gebracht werden. Spezialisten der in Sozialarbeit gelehrtens Wissenschaftsdisziplinen

streichen die besondere Relevanz ihres Wissenschaftsgebietes für die Ausbildung der Sozialarbeit mit dem Ziel heraus, zumindest annähernd eine Integration der Basiswissenschaften in der Sozialarbeit zu erreichen. Fehlende theoretische Konzepte der Sozialarbeit und unzureichende praktische Bewährung von Theorien erschweren dieses Vorhaben (vgl. Knapp, 1980).

(b) Der Prozeß der Verwissenschaftlichung von Sozialarbeit gilt durch die Hierarchisierung der Berufsqualifikationen als abgeschlossen. Demnach wird, auf Sozialarbeit ausgerichtet, Forschung in erster Linie von Universitäten, Pädagogischen Hochschulen und Gesamthochschulen mit Studienschwerpunkt Sozialarbeit/ Sozialpädagogik betrieben. Die Ausbildung an den Berufsakademien und Fachhochschulen konzentriert sich auf die praktische Arbeit in den Berufsfeldern der Sozialarbeit (vgl. Projektgruppe Soziale Berufe, 1981).

(c) Mit der Umwandlung von höheren Fachschulen zu Fachhochschulen werden bestehende Parzellierungstendenzen des Fächerstudiums weiter verschärft. Interdisziplinäre Ansätze eines Curriculums setzen an jeweiligen Erkenntnissen der Einzelwissenschaften an. Im Gegensatz zu dem hier betriebenen "Schwatzbuden-Stil" bedarf es einer konkreten Herausarbeitung fachspezifischer Probleme der Sozialarbeit und einer auf die spezifischen Berufsprobleme ausgerichteten Forschung. Interdisziplinäre Seminare haben in diesem Sinne lediglich eine ergänzende Funktion (vgl. Budelmeier, 1978).

4 Auszug des Stadtverordnetenbeschlusses zur Gemeinwesenarbeit/Sozialarbeit im Rahmen des Modelles Lohwaldsiedlung am 16.12.1971, S. 14.

5 Konzeption und Maßnahmenkatalog zur Verhinderung und Beseitigung von Obdachlosigkeit, Sozialamt der Stadt Offenbach, 1979, S. 5.

## **Der Erlaß des Hessischen Sozialministers vom 7. 1. 1973: Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Obdachlosen Konzeption und Wirkungen**

**Heinrich Sydow**

Am 7.1.73 erließ der Hessische Sozialminister "Grundsätze zur Verbesserung der Lage der Obdachlosen". Diese handlungsorientierten Grundsätze gingen über die Regierungspräsidien den Magistraten der kreisfreien Städte und den Kreisausschüssen der Landkreise sowie den allen örtlichen Sozial-, Gesundheits- und Jugendämtern zu.

Vorläufer des Erlasses waren die "Empfehlungen für die Arbeit in Sozialen Brennpunkten, die der Landesjugendwohlfahrtsausschuß in seiner Sitzung vom 24.1.72 für die vom Landesjugendamt geförderten Arbeitsbereiche" sogen. "Offener Hilfen" beschlossen hatte. Diese waren von der Kommission "Soziale Brennpunkte" des Landesjugendwohlfahrtsausschusses (LJWA) in knapp 2 Jahren erarbeitet worden. Sie leistete wesentliche inhaltliche Vorarbeiten für den späteren Erlaß.

"Anstoß für die ... einstimmig im Landtag gebilligten Grundsätze waren die ungelösten sozialen Probleme der größeren Städte in Hessen" (Soziale Brennpunkte in Hessen, hg. vom Hessischen Sozialminister (HSM) Wies-

baden 1980, Einführung). Die Absichten der Landesregierung, die mit diesem Erlaß verbunden waren, wurden bereits am 15. Juni 1972 in einer Landtagsdebatte vom damaligen Hessischen Sozialminister Dr. Horst Schmidt erläutert. Weitere Anmerkungen befinden sich im Vorwort des Ministers zum Erlaß. Dort heißt es:

"Die Landesregierung beabsichtigt, mit dem vorliegenden Programm die Lage der Obdachlosen in den Sozialen Brennpunkten zu verbessern. Die Landesregierung nimmt damit den Auftrag der Hessischen Verfassung wahr, die Gleichbehandlung aller Bürger in sozialen Fragen durchzusetzen. Sie faßt die diesen Normen zugrundeliegenden Gedanken als bindende politische Verpflichtung auch für die Gruppen auf, die - wie die Bewohner Sozialer Brennpunkte - sich nicht aus eigener Kraft gleichwertige Lebensbedingungen verschaffen können." (S.1)

Es geht um die "Ausfüllung unseres sozialen Rechtsstaates", um den Ausgleich vorhandener Benachteiligungen, um die Anpassung der Lebenschancen von Obdachlosen an die der übrigen Bürger und damit um die Abschaffung von Ausnahmebehandlungen.

Der Minister verweist darauf, daß ein "Nicht-mehr fertig-werden" noch lange kein Verschulden der Betroffenen an ihrer Obdachlosigkeit bedeutet. Die Aufhebung der Diskriminierung als auch der Obdachlosen-Ghettos sei abgesehen von der Förderung von

Selbsthilfe, der Unterstützung der freien Gruppen sowie der Gemeinden ganz entscheidend von der aktiven Hilfe der übrigen Bevölkerung abhängig.

Der Sozialminister gibt in seinem Vorwort als einen weiteren für das Gelingen des programmatischen Ziels wichtigsten Faktor die notwendige Ergänzung der sozialpolitischen Maßnahmen durch Wohnungsbaumaßnahmen an.

"Steht aber erst ausreichender Wohnraum, der für die Bedürfnisse der Familien zugeschnitten ist, zur Verfügung, so wird es gelingen, Mietrecht auch für diesen Kreis unserer Mitbürger einzuführen". (S.2) Andernfalls blieben die sozialpolitischen Maßnahmen Teilwerk.

In der Landtagsrede vom 15.6.72 hatte Schmidt einige vertiefende Interpretationen zu den mit dem Erlaß angestrebten sozialpolitischen Zielsetzungen und vor allem zur Frage der Ursachen von Obdachlosigkeit und deren Folgen vorgenommen. Zuerst einmal erkennt er dort an, daß Obdachlosigkeit ein gesellschaftlich produziertes Elendsphänomen ist. Als wesentliche objektive Faktoren zur Entstehung von Randgruppen werden der Leistungsdruck in unserer Gesellschaft sowie mittelständige Maßstäbe und Muster genannt, mittelbar auch die unzureichende Wohnungsver-sorgung. In Abwandlung zur zitierten Vorrede wird aber die Bedeutung der Wohnungsver-sorgung für die Existenz Sozialer Brennpunkte abge-

schwächt, denn nach Ansicht des HSM kann diese Soziale Brennpunkte nicht verhindern. Er verweist hierzu auf die subjektive Ursachendynamik von Obdachlosigkeit:

- die Unfähigkeit, Konflikte angemessen auszutragen
- das Unvermögen, geregelter Arbeit nachzugehen
- Die Anfälligkeit für Konsumangebote
- Eheprobleme, Erziehungsprobleme
- Probleme mit dem Alkohol

Dieses individuelle mangelnde Anpassungsvermögen und auch die mangelnde Leistungsbereitschaft sei aber nicht mit individueller Schuld gleichzusetzen. Schuldhaftes Verhalten gebe es nur da, wo der Betroffene, obwohl er "Anpassungsvermögen" habe, sich nicht danach verhalte. (vgl. S.20) Schmidt widmet sich in seiner Rede sehr ausführlich diesen subjektiven Voraussetzungen als auch Folgen von Obdachlosigkeit und kommt mit Horst Eberhard Richter zu dem Resultat, daß Obdachlose eigentlich krank seien, da eine "tiefenpsychologische Gleichgewichtsstörung" vorliege. Die Gesellschaft erkenne aber dieses Kranksein nicht an, da sie bei diesen Personenkreisen aus Ablehnung und Abwehr heraus weiter beschuldige, sich abgrenzen wolle - statt helfen. Für die Wiedereingliederung sei deshalb das Gefühl der Zugehörigkeit, der Anerkennung für die Obdachlosen wichtig. Erstrebenswertes Ziel sei es daher, die Selbstbehauptung der Betroffenen zu erreichen und auf der anderen

Seite die Anerkennung durch die Gesellschaft, die Überwindung der Diskriminierungsdynamik. Nur so könne die Unfähigkeit, "eine Normalrolle im bürgerlichen Leben zu spielen überwunden werden. (S.28)

Die von Schmidt angeführten Einweisungsgründe jenseits der subjektiven Ereignisse wie Scheidung und wachsende Kinderzahl

- Umstrukturierung von Wohngebieten
- Eigenbedarf der Vermieter
- Mietschulden und andere finanzielle Probleme
- Einführung der Weissen Kreise
- schlechte Bausubstanz
- Räumungsklagen

verwiesen darauf, daß die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen erheblich in das Geschehen der von Obdachlosigkeit bedrohten einzelnen Haushalte eingreifen, ja, diese in den meisten Fällen völlig bestimmen. Auch die in der Rede aufgeführten Hindernisse bei der Rehabilitation Obdachloser wie

- Grundstückspreise in Ballungsgebieten
- erlahmte Bautätigkeit im Sozialen Wohnungsbau (1972!)
- die Bestimmungen des Hessischen Sicherheits- und Ordnungsrechts
- die Alleinzuständigkeit der Kommunen und die Überlastung der kommunalen Mitarbeiter

zeigen an, daß die politischen und gesetzlichen Gegebenheiten ein Netz

jahrelang gewachsener Fallstricke sind, die das Zurückkehren der Obdachlosen in ein normales bürgerliches Rollenleben, wie es Schmidt wünscht, systematisch behindern, verhindern.

Leider wird in den o.a. Faktoren zugrundeliegenden Ursachen und Zusammenhängen nicht weiter nachgegangen, das Bekenntnis Schmidts zur gesellschaftlichen Bedingtheit der Produktion des Obdachlosenelends bleibt insofern gegenüber der Analyse der individual- und sozialpsychologischen Folgedynamik flach und oberflächlich. In diesem Gewichtungszusammenhang hinterlassen seine Aussagen zur Bedeutung der Wohnungspolitik einen recht zwiespältigen Eindruck, der wahrscheinlich Wohnungsbaupolitiker und Baugesellschaften eher davon abhalten wird, neue Bauprojekte für Obdachlose zu planen und durchzuführen. Gerade diese Kräfte nämlich sind es, die mit dem Hinweis auf das subjektive Unvermögen der Betroffenen und mit dem Hinweis auf eine Aussage wie der, daß ausreichende Wohnungsversorgung Soziale Brennpunkte nicht verhindern könne (S.20), sich ihrer Pflicht zu entsprechenden Belegungs- als auch Baumaßnahmen elegant entledigen.

Der zu begrüßende Versuch des Ministers, eine Analyse der Entstehung von Obdachlosigkeit und der damit verbundenen Folgen zu geben, gerät so zu einem politisch ambivalenten

Balanceakt, dessen argumentative Verwertung der Eigendynamik der gesellschaftlichen Kräfte überlassen bleibt.

Es ist auch zu fragen, ob nicht die Benennung der Obdachlosen als einheitliche Gruppe völlig an der Realität vorbeigeht. In den Sozialen Brennpunkten selbst bilden die Obdachlosen keineswegs eine einheitliche, sondern eine höchst amorphe Ansammlung sehr unterschiedlicher Gruppierungen, deren Merkmale und Eigenheiten sich nicht über einen Kamm scheren lassen. Von daher muß auch der globale Wiedereingliederungsanspruch in die sogenannten bürgerliche Normalwelt, die im übrigen niemand richtig abgrenzen und beschreiben kann und die eher das gedachte Phänomen des bürgerlichen Mittelstandes ist, in seiner Umsetzbarkeit in Zweifel gezogen werden. Die Bewertung und Beleuchtung subkultureller Eigengesetzlichkeiten kommen in Schmidts Rede leider zu kurz.

Doch nun zu den Aussagen des Erlasses selbst:

Welche Zielgruppe will der Erlaß ansprechen?

Obdachlose im Sinne des Erlasses sind

- a) jeder Seßhafte, der ohne Unterkunft ist,
- b) jeder, dem der Verlust seiner ständigen oder vorübergehenden Unterkunft unmittelbar bevorsteht,
- c) jeder, dessen Unterkunft nach objektiven Anforderungen derart un-

zureichend ist, daß sie keinen menschenwürdigen Schutz vor den Unbilden der Witterung bildet oder die Benutzung der Unterkunft mit Gefahren verbunden ist, und der dabei nach seinen Einkommens-, Vermögens-, Familienverhältnissen sowie aus sonstigen Gründen nicht in der Lage ist, sich und seine engsten ... aus eigenen Kräften eine Unterkunft zu beschaffen.

Obdachlos ist auch, wer, ohne eine Wohnung zu haben, in der öffentlichen Hand gehörenden, nur der vorübergehenden Unterbringung dienenden Unterkünften untergebracht oder aufgrund des HSOG in eine Normalwohnung untergebracht ist.

Obdachlos ist nicht

- a) wer nicht seßhaft ist (...)
- b) wer unter einem Wohnungsnotstand leidet (...) (Erlaß S.8)

Die Ziele des Erlasses sich hochgesteckt:

- eine menschenwürdige Unterkunft soll ermöglicht werden
- Obdachlosigkeit soll verhindert werden
- bestehende Ghettos sollen beseitigt oder zu normalen Wohngebieten ausgebaut werden
- Wohnungen sollen bevorzugt an Obdachlose vergeben werden.

Mit dem Hinweis auf die Ausgestaltung der Art. 20 und 28 GG (Sozialstaatsverpflichtung) werden insbesondere die Sozialverwaltungen zum Handeln angeregt. Wörtlich heißt es: "Die

Sozialverwaltung kann sich erst dann zufrieden geben, wenn es keine sozialen Randgruppen aus materieller Not mehr gibt." (S.4) Bezogen auf Obdachlose heißt das u.a., daß im Sinne des Erlasses erst dann eine Verbesserung erreicht ist, wenn die Zahl der Obdachlosen rückläufig wird. (zur Zeit steigt sie wieder kräftig!) Der Erlaß soll, gestützt auf die bisherigen Erfahrungen, den Sozialverwaltungen Grundsätze an die Hand geben, mit denen diese zur Erreichung der o.a. Ziele vorgehen kann.

#### Mittel und Wege

Im Erlaß wird betont, daß die bestehende Rechtslage unberührt bleibt, es geht also um die extensive Auslegung bestehender gesetzlicher Regelungen zur Verbesserung der Lebenssituation der Betroffenen, BSHG und JWG als Grundlage der Sozialarbeit für Obdachlose sind voll auszuschöpfen, denn rechtzeitige Hilfe vermeidet erhebliche Folgekosten wie Heimeinweisungen bei Kindern, Arbeitslosigkeit etc. Maßnahmen nach dem Polizeirecht sollen überflüssig gemacht werden (Einweisungsverfahren).

Um eine möglichst effektive Hilfe zu organisieren sollen unter Federführung der Sozialämter Arbeitskreise und Koordinatoren bei den Ämtern installiert werden, in den Arbeitskreisen sollen alle mit dem

Problem befaßten Ämter vertreten sein und über die anstehenden Fälle gemeinsam beraten. Darüberhinaus werden Arbeitsgemeinschaften nach § 95 BSHG angeregt.

Auf diese Weise hofft man, durch umfassende Planungs- und Betreuungsmaßnahmen sowie durch sogen. Jahresprogramme Einweisungen zu verhindern, Obdachlosigkeit eindämmen zu können. Im Einzelnen wird empfohlen:

bei Gefährdung von Familien die Ursachen der Gefährdung zu analysieren, einen Therapievorschlagn zu machen und die Ursachen der Gefährdung zu beseitigen.

Familien mit Kindern, Kranke und Alte sollen in gar keinem Fall mehr eingewiesen werden, ein Teil der neuen Sozialbauwohnungen bevorzugt an Obdachlose vergeben werden.

Das Dreistufensystem, daß der Deutsche Städtetag 1968 in eigenen Empfehlungen noch gepriesen hatte, darf lt. Erlaß keine Anwendung mehr finden. Der Verschuldenbegriff ebenfalls nicht.

Der Erlaß betont das Prinzip der Eigenverantwortlichen Beteiligung der Bewohner von Obdachlosensiedlungen, da ohne deren Mithilfe gesteckte Ziele nicht erreicht werden können. Er sieht dieses Prinzip dann gewahrt, wenn ein Bewohnerrat gewählt wird, der als Sprecher der Siedlung seitens der Behörden anerkannt werden soll. Er soll folgende Aufgaben wahrnehmen:

- Beratung der Behörden in allen Angelegenheiten bzw. Heranziehung des Bewohnerrates durch die Behörden in allen die SBP betreffenden Fragen
- Mitwirkung und Beteiligung bei der Einrichtung und Unterhaltung der Gemeinschaftseinrichtungen
- Anhörung bei Einweisungen und bei Ausgliederungen (S. )

Den Beratungsdiensten wie z.B. den Gesundheitsämtern rät der Erlaß, ihre Dienste dezentral in den Stadtteilen anzubieten und sich bei den Angeboten den Verhaltensweisen der Ghettobewohner anzupassen.

Schließlich wird die Wichtigkeit präventiver Maßnahmen - neben der materiellen Hilfestellung - auch in der rechtzeitigen Information der Betroffenen und der Öffentlichkeit bei drohender Obdachlosigkeit betont.

Bei Umsiedlung in Normalwohnungen soll Nachbetreuung solange stattfinden, bis eine Wiedereingliederung erreicht ist.

Die Arbeit der freien Projekt- und Initiativgruppen wird als eigengewichtige und notwendige Ergänzung zur Tätigkeit der Sozialen Dienste angesehen, eine enge Zusammenarbeit wird empfohlen.

Parallel zum Erlaß wurden die Finanzierungsrichtlinien des HSM zur Förderung der "Obdachlosenhilfe in Sozialen Brennpunkten" verabschiedet, die vorrangig gemeinwesenorientierte Aktivitäten professio-

neller Gruppen und Bewohnerratsarbeit bis zu einer möglichen Höhe von 50 % des veranschlagten Gesamtetats eines Trägers solcher Maßnahmen fördert. Damit fanden die Richtlinien des Landesjugendamtes, deren Hauptsache die Förderung von Kinder- und Jugendarbeit zum Ziel hat, ihre notwendige Ergänzung für den Bereich der Erwachsenenarbeit.

#### Bemerkungen zu Bedeutung und Stellenwert des Erlasses im Rahmen seiner Entstehungsgeschichte

Die Durchsetzung und Verabschiedung des Erlasses war 1972 mit z.T. erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Promotoren waren damals die Mitglieder der schon erwähnten Kommission Soziale Brennpunkte des LJWA, in der auch der Landeswohlfahrtsverband und Vertreter der Praxis vertreten waren, das Landesjugendamt und das Sonderreferat Sozialhilfe des HSM.

Sowohl die inhaltliche Durchsetzung des Entwurfs des Erlasses im Hause des Ministers selbst war kontrovers wie auch die politisch notwendige Einvernahme mit dem Hessischen Landkreistag schwierig. Erst, nachdem von dort grünes Licht gegeben wurde und erst, nachdem im Hause selbst durch massiven Druck von oben ein wichtiges beteiligtes Referat zustimmte und seine Einwände zurückstellte (im HSM leistete vor allem die Gesundheitsabteilung Widerstand gegen die im Erlaß vorgestellte Konzeption einer stadtteilbezogenen Beratung und be-

wohnernahen Beratungsmethodik), konnte das Werk der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Die hessischen Kommunen, damals noch mehrheitlich in SPD-Hand, leisteten keinen nennenswerten Widerstand und nahmen den Erlaß zumindest ohne offenen Protest zur Kenntnis.

Reaktionen der Kommunen in den Jahren danach:

Die Kommunen sind in Hessen seit jeher für die Obdachlosen allein zuständig und verantwortlich. Ihr Einsatz für diesen Personenkreis war jedoch bis Ende der 60iger Jahre außerordentlich gering, Obdachlosigkeit und Armut wurde sozusagen verwaltet. Die zuständige Familienfürsorge war entweder aufgrund der hohen Fallzahlen in ihren jeweiligen Bezirken nicht in der Lage intensive sozialpädagogische Beratung und Betreuung bei den Obdachlosen zu leisten oder sie sahen sich aufgrund unzureichender inhaltlicher und methodischer Kenntnisse nicht fähig, auf diese Personen einzugehen. Etliche Kollegen scheuten auch einfach den Kontakt zu den Betroffenen.

Dafür engagierten sich Ende der sechziger Jahre zunehmend studentische Arbeitskreise und Bürgerinitiativen aus dem (hochschul-)politischen und dem kirchlichen Bereich, aufgeschreckt durch die Diskussionen der Studentenbewegung und deren Entlarvung der Diskrepanz zwischen Sozialstaatanspruch und Sozialstaatswirk-

lichkeit in der BRD, in den Obdachlosensiedlungen. Sie versuchten dort, mit viel ehrenamtlichem Einsatz, die größten Mißstände anzugehen und zu beseitigen. Die hessischen Kommunen reagierten in den meisten Fällen mit Mißtrauen, Unbehagen und auch Ablehnung. Oft war Konfrontation die Folge. Die Kommunen waren nicht oder nur sehr selten bereit zuzugeben, daß hier ein gesellschaftspolitischer Mißstand allerersten Ranges seit Jahren im Dunkeln gehalten wurde ohne den Willen auf eine maßgebliche Verbesserung der Lage der Betroffenen.

Im Gegenteil: Die Palette der Vorurteile gegenüber Obdachlosen und Räumungsfällen (Trunksüchtige, Arbeitscheue, Faulenzer usw.) war bei vielen Sachbearbeitern in den zuständigen Ämtern der kommunalen Verwaltungen so stark, daß diese z.T. bewußt jegliche Hilfestellung verweigerten. Vor allem der Begriff der Eigenverschuldung spielte in allen Auseinandersetzungen zwischen Bewohnern und kommunalen Ämtern eine große Rolle. Viele Sachbearbeiter sprachen den Bewohnern der Unterkünfte jeden Willen zur Veränderung ihrer Lage ab ("die wollen ja im Elend bleiben..").

Diese Einstellung wurde bestärkt durch das noch 1968 vom Deutschen Städtetag empfohlene Drei-Stufen-System bei der Vermittlung von Wohnraum, daß je nach Wohlverhalten der in eine Notunterkunft eingewiesenen Obdachlosen einen Bewährungsaufstieg in die qualitativ nächst bessere

Wohnungs- oder Unterkunftsart (von der Notunterkunft zur Übergangswohnung, von der Übergangswohnung zum Sozialen Wohnungsbau) versprach. Damit war die "Wiedereingliederung" der Obdachlosen in normale Wohnungen und Wohngebiete abhängig von der subjektiven Beurteilung des Sachbearbeiters beim Ordnungs-, Sozial- oder Wohnungsamt.

Die Auseinandersetzungen zwischen den Initiativen im OL-Bereich und den kommunalen Ämtern riefen einige Kommunalpolitiker auf den Plan, die das sozialpolitische Defizit, das hier herrschte, erkannten und für Abhilfe sorgen wollten. Das führte in den Kommunen Frankfurt und Offenbach z.B. vor und parallel zur Erarbeitung des Erlasses zur umfangreichen Programmbeschlüssen über die Beseitigung und Auflösung von Obdachlosen-Unterkünften. Später folgte auf diesem Wege Marburg.

Zugleich förderte, wie schon weiter oben erwähnt, seit 1968/69 das Land Hessen über das Landesjugendamt erstmalig sozialpädagogische Einrichtungen für Kinder und Jugendliche in Obdachlosensiedlungen, die im Gefolge der Initiativgruppenarbeit wie Pilze aus dem Boden wuchsen. (Spiel- und Lernstuben an oberster Stelle) Die Finanzierung von Gemeinwesenarbeit und Bewohnerratsarbeit durch das Land kam ab 1973 hinzu. Ebenfalls die Förderung von Ge-

meinschaftseinrichtungen (investive Maßnahmen).

Doch zurück zu den Reaktionen der Kommunen: Die Städte Frankfurt und Offenbach waren mit ihren detaillierten OL-Plänen eher untypisch. In der Regel reagierten die Kommunen in den ersten Jahren allergisch und mit Verunsicherung und Ablehnung. Es gab heftige Auseinandersetzungen zwischen Initiativen und Kommunen. Als einer der Höhepunkte in diesen Auseinandersetzungen muß die Besetzung der leerstehenden Belgier-Siedlung in Kassel durch in Baracken untergebrachte Obdachlosen-Familien im Jahre 1972 genannt werden, eine Aktion, die man als Vorläufer der jetzt üblichen Hausbesetzungen bezeichnen kann.

Insgesamt trat in der weiteren Entwicklung folgende Differenzierung ein: Während vor allem reformpolitisch orientierte Politiker die Anregungen der Initiativen und des LJWA und HSM aufnahmen und kommunale Entwicklungspläne zur Verabschiedung brachten, die ganze Skalen von Maßnahmen zur Beseitigung von Obdachlosigkeit und den Einsatz eigener kommunaler Projektgruppen für Gemeinwesenarbeit vorsahen (Ffm. und Offenbach), beschränkten sich andere Kommunen weiterhin auf rein reaktive administrative verwaltungstechnische Schritte, stellten sich taub. Wiedenum ein dritter Teil von Kommunen beschränkte sich auf die Subventionierung der freien Initiativen, die sich inzwi-

schen zu professionellen Projektgruppen z.T. unter Trägerschaft der Wohlfahrtsverbände gemausert hatten. Sie leisteten nicht selbständig Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation in Sozialen Brennpunkten ein, sondern delegierten die sozialarbeiterische Bearbeitung der Probleme an die freien Träger und waren nur von Fall zu Fall bereit, auf Forderungen aus den SBP einzugehen.

Die Tatsache der Bezuschussung der freien Initiativen und Projektgruppen durch das Land stieß lange Zeit bei vielen Kommunen auf Unverständnis, z.T. rief dies wütende Abwehrreaktionen hervor (z.B. in Fulda). Die zustimmenden und ablehnenden Reaktionen lassen sich dabei nicht generell nach Parteizugehörigkeit der Kommunalpolitiker zuordnen. Der Erlaß selbst wurde von vielen Kommunen auch deshalb mit Mißtrauen aufgenommen, weil er nach ihrer Ansicht den Versuch unternahm, in die Kompetenzen der Kommunen hineinzuregieren, ihnen vorzuschreiben, was richtig und was falsch sei in der Obdachlosen-Frage. Das Land versuchte, die Kommunen inhaltlich auf einen Kurs zu bringen, auf dem sie in den wenigsten Fällen schon waren und auch niemals sein wollten.

Das Land Hessen wiederum spielte die Rolle des sozialpolitischen Vorreiters, der nicht unmittelbar durch die Vor-Ort-Querelen der Stadtteil- und Stadtpolitik belastet war. Es konnte sich zumindest in diesem Fall

über diese "Niederungen" der städtischen Verteilungs- und Konkurrenzkämpfe hinwegsetzen und andere weiterführende Maßstäbe verkünden. Dieser Vorteil der funktionalen Herausgehobenheit im Gefüge der Zuständigkeiten war ein positiver Faktor für das "Einläuten" dieses für die Sozialpolitik im Obdachlosenbereich notwendigen innovatorischen Prozesses. Natürlich wollte das Land mit diesem Schritt auch sein eigenes schlechtes sozialpolitisches Gewissen beruhigen und den öffentlichen Pressemeldungen über Mißstände den Wind aus den Segeln nehmen.

Schwierig war und ist der mit der intendierten Innovation verbundene Versuch, die neuen Inhalte des Erlasses auch in der Praxis durchzusetzen. Die meisten Kommunen hatten den Erlaß nicht gewollt, sondern eher mürrisch hingenommen. So versuchten sie immer wieder Forderungen aus den Siedlungen nicht zur Kenntnis zu nehmen,, abzuwiegeln. Auch die Städte Frankfurt und Offenbach taten sich mit Forderungen aus den Brennpunkten schwer. Der Hintergrund dieser Abwiegeltaktiken: Die meisten Projektgruppen verstanden ihren Arbeitsansatz als parteilich im Sinne der Interessen der Bewohner arbeitend. Die Folge: bisher selbstverständliche Vorgehensweisen und Verwaltungsprinzipien der Ämter wurden infrage gestellt. Forderungen an die Politiker an die Öffentlichkeit gebracht, jahrelang abgedrängte Bedürfnisse verschafften

sich Geltung. Geradezu unerträglich wurde dieser Arbeitsansatz für die Sozialdezernenten dann, wenn ihre eigenen Gemeinwesenarbeiter zusammen mit Bewohnern die Forderungen zur Verbesserung der Lebenssituation in den Brennpunkten gegen ihren eigenen Dienstherrn vorbrachten. Ein solches Handlungsverständnis geziemt sich nicht für einen Angestellten der öffentlichen Verwaltung. Die städtischen Kolleginnen und Kollegen gerieten hier in einen sehr bedrohlichen Rollenkonflikt, der seitens der Verwaltungsspitze mit Disziplinierungsdrohungen und Rundverfügungen und schließlich mit der Auflösung der zentralen GWA-Gruppe zu neutralisieren versucht wurde (so in Frankfurt 1975/76, Offenbach folgte 1982). Nur sehr wenige Kommunen verstanden es, sich die Projektarbeit

- a) zu einem vorteilhaften technokratischen Instrument der Bürgerbeteiligung bei Planungsprozessen zu machen und/oder
- b) die Projektgruppen als willkommene Puffer zwischen Betroffenen und Verwaltung zu funktionalisieren.

Die Projektgruppen wurden in der Tendenz zu Verteidigern des Erlasses, obwohl dieser in erster Linie als Arbeitsgrundlage der kommunalen Ämter gedacht war.

#### Zur Überprüfbarkeit und Wirksamkeit des Erlasses im Besonderen

Die Realisierung der Hauptziele des Erlasses wie

- Auflösung bestehender Notunterkünfte und Schlichtbauten
  - die Verhinderung von Einweisungen
  - die sozialpädagogische Betreuung der Betroffenen
  - die Mitbestimmung der Bewohner durch den Bewohnerrat
  - der Vorrang des Sozialhilferechts vor dem Polizei- und Ordnungsrecht
  - die Vermittlung besseren Wohnraums
  - der Aufbau präventiver Maßnahmen und der nachsorgenden Betreuung
- ist von Landesseite nur einmal, nämlich 1977/78 durch einen Berichtsantrag der Abg. Zabel, Vorbeck u.a. der SPD-Landtagsfraktion überprüft worden. Eine weitere Überprüfung fand bisher weder politisch noch wissenschaftlich statt. Sie läßt sich allenfalls aufgrund der Berichte der in den SBP arbeitenden Projektgruppen, die in der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. auf Landesebene organisiert sind, vornehmen sowie aufgrund der eigenen Beobachtungen des Verfassers im Rahmen seiner hauptamtlichen Tätigkeit in der Sozialen Brennpunktarbeit in Hessen. In diesem Sinne findet hier eine kritische Kommentierung der im Folgenden vorgestellten Antworten der Kommunen auf die erwähnte Landtagsanfrage statt.

Eine kritische Beleuchtung der seitens des federführenden Innenministeriums den Landtagsabgeordneten unterbreiteten Zusammenfassung der einzelnen Antworten der kreisfreien Städte und Landkreise im Verhältnis

zu den Einzelantworten kann leider nicht stattfinden, da diese Einzelantworten als vertraulich und daher nicht zugänglich eingestuft wurden. Es kann aber begründet vermutet werden, daß die Einzelantworten im Gesamtbericht sehr neutralisiert und selektiv eingebracht und dargestellt wurden, um ein positives Bild zu schaffen.

Die Fragen der Landtagsabgeordneten:

- 1.) Wieviel obdachlos gewordene Familien bzw. Personen werden jährlich von den Ortspolizeibehörden in Notunterkünfte eingewiesen (unterteilt nach Kreisen und Städten)?
- 2.) Inwieweit werden die Empfehlungen des Hessischen Sozialministers zur Hilfe für Obdachlose von den Gemeinden, Kreisen und kreisfreien Städten beachtet?
- 3.) Wie kann bei diesem Problem das Verhältnis zwischen Polizeirecht eindeutig dahingehend geklärt werden, daß die volle Anwendung des Sozialhilferechts vor Anwendung des Polizeirechts geht?
- 4.) Welche Mittel wenden das Land Hessen, die Kommunen und die freien Verbände für die soziale Arbeit in Obdachlosenunterkünften auf?
- 5.) Welche Mindestanforderungen müssen nach Meinung der Landesregierung an die Qualität von Notunterkünften gestellt werden

und wie kann die Erfüllung einer solchen Norm erreicht werden?

Zu 1

Von 80 Gemeinden wurde das Bestehen von 415 Notunterkünften und Einfachst- und Schlichtbauwohnungen gemeldet. Von den kreisfreien Städten Frankfurt, Offenbach und Lahn sowie von drei Kreisen wurde berichtet, sie hätten solche Unterkünfte nicht mehr. Die Zahl der Einweisungen wird 1976 mit 201, 1973 mit 163 angegeben.

Kommentar:

Die Schwierigkeit der nicht vorhandenen begrifflichen Abgrenzung zwischen dem, was Notunterkünfte, was Einfachst- und Schlichtwohnungen und was Übergangswohnungen sind, läßt vermuten, daß die Gemeinden die Meldung von Unterkünften für Obdachlose und die Zahl der Einweisungen nach eigenem subjektiven Verständnis zugeordnet haben, die Zahlen müssen also von daher schon einmal grundsätzlich infrage gestellt werden. Es fehlen weiterhin jegliche Bezugs- und Vergleichszahlen wie z.B. der Anteil der Einweisungen an den Räumungsfällen insgesamt, der Anteil der Obdachlosen an der Bevölkerung u.ä. Es fehlen Angaben über die abgerissenen Notunterkünfte, Zahl der Räumungsklagen, Abwendung von Räumungsklagen, die Gründe dafür, die Zahl derer, die in anderer Form untergebracht wurden (z.B. Pension).

Aus eigener Anschauung und aufgrund der örtlichen Projektberichte weiß

ich, daß z.B. die Städte Lahn als auch Frankfurt noch Unterkünfte speziell für Obdachlose bereithalten. Entsprechend wurden auch Einweisungen vorgenommen. Die Stadt Lahn (jetzt wieder Gießen und Wetzlar) kommt z.B. zu einem solchen Ergebnis, indem sie den Obdachlosen nach Einweisung in die Unterkunft sofort einen Mietvertrag unterbreitet, den diese unterschreiben müssen. Dadurch sind dann die Obdachlosen im juristischen Sinne wegdefiniert. Die Stadt Frankfurt unterhält noch 66 umgebaute Übergangswohnungen, die für sogen. "Störerfamilien" (Jargon der Frankfurter Sozialverwaltung) offengehalten bzw. belegt werden.

Diese Tatsachen sind auch dem Hessischen Innenministerium bekannt, das sich aber nicht scheut, diese Angaben ohne Kommentar weiterzugeben (und ohne Korrektur).

Die Kommunen haben bei der Beantwortung solcher Fragen generell die Tendenz, Probleme abzuleugnen oder zu bagatellisieren oder wegzudefinieren. Das kommt auch in den weiter unten aufgeführten Fragen zum Vorschein, doch besonders kraß bei der Angabe von Zahlen. Die tatsächliche Zahl von Notunterkünften und Schlichtwohnungen sowie anderen Unterbringungsarten wie Pensionen und beschlagnahmten Wohnungen ist beträchtlich höher, wenn auch die Zahl der Baracken und Unterkünfte alten Stils durch Abbruchprogramme abgenommen hat. Ebenfalls die Zahl

der Einweisungen, denn diese werden ja nicht nur in die Unterkünfte vorgenommen.

Die Antwort auf die Frage 1 bringt also wenig Aufhellung über die tatsächliche Lage.

Zu 2

Dort heißt es auf S. 5: "Die aufgrund des Berichtsantrags durchgeführte Erhebung hat ergeben, daß diese Empfehlungen zur Hilfe von Obdachlosen in allen Gemeinden, Landkreisen und kreisfreien Städten beachtet werden." Sodann wird behauptet, daß "die Federführung bei allen der Linderung oder Beseitigung von Obdachlosigkeit dienenden Maßnahmen bei den Sozialämtern" liegen (S.5). Weiter wird berichtet: In Gebieten mit SBP werden kommunale Maßnahmenprogramme durchgeführt und Arbeitskreise gebildet, denen die Vertreter der genannten Ämter angehören.

Die Sozialämter erhalten rechtzeitig Kenntnis von Räumungsklagen, so daß rechtzeitig wohnungserhaltende Maßnahmen nach § 15 a BSHG anlaufen können. Trotzdem finden Räumungsvollstreckungen statt, vor allem bei Kündigung wegen sogen. mietwidrigem Verhalten (sozial Unangepaßte). Eine Einweisung erfolgt erst dann, wenn alle Hilfsmöglichkeiten ausgeschöpft sind. Ein genereller Einweisungsstop besteht selten, doch werden alleinstehende und alte Personen grundsätzlich nicht mehr eingewiesen. Eingewiesene Familien mit Kindern und Kranke werden bevorzugt bei der Wohnungsversorgung berücksichtigt. Problemfamilien werden möglichst nicht konzentriert untergebracht. Vorbeugende Maßnahmen wurden so intensiviert, daß in der weit überwiegenden Zahl der Fälle die drohende Obdachlosigkeit abgewendet werden konnte.

wiesene Familien mit Kindern und Kranke werden bevorzugt bei der Wohnungsversorgung berücksichtigt.

Problemfamilien werden möglichst nicht konzentriert untergebracht.

Vorbeugende Maßnahmen wurden so intensiviert, daß in der weit überwiegenden Zahl der Fälle die drohende Obdachlosigkeit abgewendet werden konnte.

Es werden sodann die verschiedenen Maßnahmenprogramme einzelner Städte und die sonstigen Aktivitäten der Ämter und freien Initiativen und Wohlfahrtsverbände kursorisch aufgeführt.

Hinsichtlich der Bewohnerbeteiligung wird berichtet:

Bewohnerräte sind mit Ausnahme in den Sozialen Brennpunkten Kassels sowie der Landkreise Bergstraße und Offenbach in allen SBP eingerichtet. Soweit dies nicht der Fall ist, werden ihre Funktionen durch Bewohnerversammlungen erfüllt..." (S.10) Die Bewohner..." nehmen die Möglichkeiten der Selbstverwaltung und Mitwirkung bei Wiedereingliederungsmaßnahmen weitgehend wahr." (S.11)

Zur Gesundheitsbetreuung:

"Ständige Beratungsstellen sind in der Regel nicht eingerichtet" (S.11). Es wird auf die zentralen kommunalen Einrichtungen sowie auf die Beratungsstellen der freien Einrichtungen und Wohlfahrtsverbände verwiesen. Von deren Angeboten wird auch Gebrauch gemacht.

Zur Wiedereingliederung:

Obdachlose, insbesondere Familien mit Kindern, werden bei der Vermittlung

von normalem Wohnraum bevorzugt berücksichtigt und systematisch umgesetzt. Obwohl Absprachen mit Wohnungsbaugesellschaften bestehen, weigern sich diese oft, obdachlose Haushalte in ihren Bestand zu übernehmen. Die Mitwirkung der Bewohnerräte bei der Auswahl der auszugswilligen Familien wird wenig praktiziert.

#### Nachgehende Betreuung:

Ihre Notwendigkeit wird anerkannt, aber sie kann oft aus personellen Gründen nicht im notwendigen Ausmaß durchgeführt werden. (Ausnahme: die Städte mit speziellen Auflösungsprogrammen) Es fehlt auch an sozialer Infrastruktur in den Stadtteilen. Das Dreistufensystem wird nicht mehr praktiziert.

Als Gesamteindruck zur Frage 2 wird resümiert, "daß die Empfehlungen in der gemeindlichen Praxis zu umfangreichen Maßnahmen für die Verbesserung der Lage der Obdachlosen geführt haben." (S.13)

Wegen des engen inhaltlichen Zusammenhangs wird hier gleich die Antwort des Hessischen Innenministers (HdMI) zur Frage 3 dargelegt. Hierzu heißt es:

Die Priorität der uneingeschränkten Anwendung des Sozialhilferechts vor dem Polizeirecht bei Obdachlosigkeit ist durch die bisher unzureichende Verknüpfung des Sozialhilferechts und des Polizei- und Ordnungsrechts zwar nicht eindeutig normiert, sie ergibt sich jedoch aus dem Rechts-

grundsatz, daß Sozialhilfe zu einem frühen Zeitpunkt als vorbeugende Maßnahmen einzusetzen hat (§ 6, Abs. 1 BSHG). (S.14) Zugleich wird auf S.4 erwähnt, daß das Verhältnis zwischen Sozialhilferecht und Polizeirecht in der Praxis durchaus umstritten sei. Trotzdem heißt es auf S. 15 der Antwort, daß der Erlaß "die volle Anwendung des Sozialhilferechts vor dem Polizeirecht (sichere)." Aus rein materiellen Gründen werde niemand mehr eingewiesen, allenfalls die sozial Unangepaßten.

#### Kommentar

Der Bericht beantwortet den Fragenkomplex 2 quantitativ am ausführlichsten und listet alle im Erlaß empfohlenen Maßnahmen auf. Unklar bleibt - und das ist auf alle Antworten zu beziehen - wie und durch welche Stellen die gemachten Aussagen zustande gekommen sind. Viele Fragen bleiben offen: welche Programme mit welchen Zielsetzungen und Ergebnissen wurden örtlich durchgeführt, mit welchem Erfolg laufen präventive Maßnahmen, weshalb waren in vielen Fällen Wohnungserhaltungsmaßnahmen nicht möglich, findet eine regelmäßige Kontrolle der Wohnverhältnisse durch die Gesundheitsämter statt, in welchen Punkten und in welcher Form wird die Mitbestimmung der Bewohner praktiziert, welche ihrer Forderungen konnte berücksichtigt werden usw.

Die zusammengefaßten Antworten des HdMI vermitteln ein außerordentlich schön gefärbtes Bild der grau-schwarzen Realitäten in den SBP. Dem Leser wird mit Sätzen wie dem, daß die Empfehlungen von allen Gemeinden etc. beachtet würden, suggeriert, daß doch alles in allem die Dinge zum Positiven stehen und alle Beteiligten das Beste tun und wollen. Es ist vor allem zu kritisieren, daß zu allen Punkten des Erlasses zwar irgendeine Einzelstellungnahme - meist eine positive - herangezogen wird, doch ob dies auch die mehrheitliche Tendenz der Antworten widerspiegelt, bleibt im Dunkeln. Man vermeidet so eine differenzierte, auch auf Widersprüche hinweisende Darstellung der Verhältnisse.

Gleichwohl kann der sach- und fachkundige Leser einige Risse im harmonischen Bild entdecken, die ein Schlaglicht auf die Konfliktebenen in der Obdachlosenarbeit werfen:

1.) Es ist bisher durchaus nicht üblich, umfassende Maßnahmeprogramme zu erarbeiten und verbindliche Regelungen für alle beteiligten Stellen zu beschließen. Die geringe Zahl der durchgeführten oder im Vollzug befindlichen Programme zeigt hier an, daß sehr viele Kommunen nicht "angebissen" haben bei dem, was der Erlaß empfiehlt.

Darüberhinaus gibt es nur wenige Fälle, wo kommunale Obdachlosenbeauftragte eingesetzt werden.

2.) Das Verhältnis von Sozialhilfe und Polizeirecht bleibt nach wie vor umstritten. (Siehe Bemerkung auf S.5) Damit läßt sich auch nicht ex cathedra in der Art eine juristische Deklaration wie in der Antwort auf Frage 3 behaupten, dieser Vorrang sei gegeben. Sozusagen, weil es rechtssystematisch logisch ist. Der Bericht widerspricht sich in diesem Punkt selbst. Die nach wie vor stattfindenden Einweisungen durch die nach wie vor bei Einweisungen federführenden Ordnungsämter beweisen es ebenfalls. (Ausnahme: Frankfurt/M) Auch die Tatsache, daß der Bericht für den Landtag federführend beim HdMI bearbeitet wurde, beweist, daß Obdachlosigkeit immer noch vorrangig als ordnungspolitische und ordnungsrechtliches Problem angesehen wird.

3.) Im Bericht wird zugegeben, daß noch Einweisungen - sogar bei Familien mit Kindern - vorgenommen werden, aber es handele sich da nicht mehr um materielle Notfälle, sondern eben um sozial Unangepaßte. Wo ist hier die Trennungslinie zu ziehen und wer zieht sie jeweils? In der Realität verwischen sich oftmals beide Faktoren und der Vermieter wendet seine Argumentation in die Richtung, in der sie ihm bei seinem Kündigungsverfahren nützlich ist. So werden oft Unterschriften-

listen der Nachbarn über das angeblich unerträgliche Verhalten der betreffenden Familien zusammengetragen, Behauptungen werden in den Raum gestellt, deren Wahrheitsgehalt niemand überprüfen kann. Hier wird der Willkür der Vermieter Tür und Tor geöffnet, denn der Begriff der Unangepasstheit ist äußerst dehnbar. (Auch die Nichteinhaltung von Zahlungsverpflichtungen wie Miete könnte beispielsweise darunter gefaßt werden und wird auch von einigen Vermietern so klassifiziert.) Die diesbezüglichen Aussagen des HdMI-Berichts wirken eher diskriminierend gegenüber den Betroffenen. Zudem bleibt die Frage, ob nicht bei besonderen sozialen Schwierigkeiten geeignetere Mittel und Wege zur Hilfe und Betreuung geboten sind (wie z.B. die vom Erlaß empfohlene Familienanalyse und Therapie) als die ordnungsrechtliche Unterbringung oder Einweisung in eine Notunterkunft. Meiner Ansicht nach wird hier auf leisen Sohlen der Begriff der Eigenverschuldung wieder eingeführt, ein Stempel für die Betroffenen, der doch gerade abgeschafft werden sollte.

- 4.) Die Zusammenarbeit mit den Wohnungsbaugesellschaften ist lt. Bericht in den Landkreisen schwierig. Doch nicht nur dort. Auch in den großen Städten gab es immer wieder massive Konflikte mit bestimmten Wohnungsbaugesellschaften, die

sich weigerten, Obdachlose unterzubringen. (In einem anderen Fall weigerte sich z.B. die Neue Heimat in Frankfurt, ehemalige Patienten psychiatrischer Krankenhäuser als Mieter zuzulassen) Diese Schwierigkeiten sind im Steigen begriffen, da sich die Einstellung zu diesen Personenkreisen bei den Baugesellschaften zum Negativen hin gewandelt hat. Man betreibt jetzt "sozialadäquate Mieterbestandspflege", zu deutsch: nur noch die gut Verdienenden sind genehm. Die bevorzugte Bereitstellung von Wohnraum für Obdachlose war - wenn überhaupt - nur in ganz wenigen Fällen, so in Ffm und Offenbach zur Zeit der Programmabwicklung Realität. Überall sonst war sie eine Frage des politischen Drucks von seiten der Aufsichtsräte an die Geschäftsführungen der Gesellschaften. Auch die Vermittlung bei den kommunalen Wohnungsämtern läßt sehr nach. Die Wohnungsvermittlungsstelle in Frankfurt weigert sich z.B. bestimmte Familien überhaupt noch zur Vermittlung anzunehmen und schiebt diese an das Amt für Soziale Wohnraumhilfe ab, eine Stelle, die sozusagen zu einem Wohnungsamt für sozial Schwache geworden ist. Diese Entwicklung ist aber nicht nur in Frankfurt zu beobachten.

5.) Eine nachgehende Betreuung findet lt. Bericht so gut wie nicht statt, da das Personal fehlt. Damit ist dieser sehr wichtige essentielle Teil des Erlaß-Konzeptes, die Familien nach Aussiedlung aus einem SBP nicht sich selbst und den oft schwierigen neuen nachbarschaftlichen Gegebenheiten zu überlassen mehr oder weniger gescheitert. Findet aber keine intensive Nachbetreuung statt, so ist das Konzept der gestreuten Unterbringung über mehrere Stadtteile hinweg sinnlos und zum Nachteil der Betroffenen. Eine solche Situation fördert das Scheitern der früher obdachlosen Familien in der neuen Umgebung, Rückzüge in den alten SBP sind nicht selten die Folge. (Darauf weist auch L. Vasovics in seiner Untersuchung hin) Aber nicht nur die nachgehende Betreuung funktioniert nicht! Die im Erlaß empfohlene Familienanalyse und Einleitung von Therapiemaßnahmen vor allem bei schwierigen Problemfamilien findet ebenfalls nicht statt. Weiter: Nur in wenigen Gemeinden und kreisfreien Städten wurde der Allgemeine Sozialdienst (Familienfürsorge) für die Schlichtbauwohngebiete personell verstärkt. Über Wirkung, Verbindlichkeit und Kompetenz der sog. Koordinations- und Arbeitskreise der für Obdachlosigkeit zuständigen Ämter und Stellen wird nichts ausgesagt.

Nach eigener Erfahrung haben diese Arbeitskreise oder Arbeitsstäbe nur in Ausnahmefällen funktioniert (z.B. in Marburg), allenfalls gibt es sie noch zwischen einzelnen Ämtern, oft stehen sie nur noch formal auf dem Papier oder existieren gar nicht. Die Kommunikation zwischen Ordnungsämtern und Sozialen Diensten verläuft z.B. in den Landkreisen oft noch so, daß der Sozialarbeiter erst von einem Räumungsfall erfährt, wenn der Betreffende schon eingewiesen ist. Dann taucht dieser Fall nämlich in seinem Bezirk auf.

Die Anwendung des § 15 a BSHG wird inzwischen von allen Kommunen praktiziert, z.T. sehr extensiv. Die damit verbundenen Schwierigkeiten werden nicht erwähnt:

a) die Finanzkraft vieler Kommunen ist so erschöpft, daß eine großzügige Übernahme von Mietschulden nicht mehr stattfinden kann (so z.B. in Ffm und Offenbach) oder zumindest eine Übernahme fast nur noch auf Darlehensebene abgewickelt wird. (Dazu weiter unten auf S.30)

b) Die Anwendung des § 15 a hat bei den Wohnungsbaugesellschaften z.B. in Frankfurt Befürchtungen hervorgerufen, die Mietzahlungsmoral könne in ihrem Wohnungsbestand sinken. Das hat auf dem Hintergrund einer Vereinbarung zwischen der Stadt Frankfurt und den dortigen Wohnungsbaugesellschaften über

die sofortige Unterrichtung des Sozialamtes beim Auftreten von Mietrückständen zu folgendem Schreiben der Stadt an die Gesellschaften geführt:

"Keinesfalls ist damit (die geäußerte Bitte, beim Auftreten von Mietrückständen sofort das Sozialamt zu unterrichten) jedoch beabsichtigt, daß nun ihrerseits auf jede weitere Maßnahme zur Eintreibung von Zahlungsrückständen verzichtet werden soll, vielmehr sind wir davon ausgegangen, daß Sie gleichzeitig auch weiterhin in der üblichen Weise mahnen und ggf. auch pfänden." (Rundbrief an alle gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften in Frankfurt seitens der Stadtverwaltung v. 14.8.79)

c) Selbst die Anwendung des § 15 a verhindert nicht, daß die Wohnungsbaugesellschaften zunehmend versuchen, unliebsame Mieter über den Kündigungsgrund "Mietwidriges Verhalten" (siehe Punkt 4 auf S. 18) herauszudrücken.

d) Die Anwendung des § 15 a in Verbindung mit einer sog. Wiedereinweisung in die bisherige Wohnung hat in Ffm zu einem Verwaltungsgerichtsurteil geführt, daß eine Wiedereinweisung zeitlich nicht unbegrenzt erfolgen kann, die Stadt also spätestens nach ca. 5/6 Monaten eine andere Wohnung ggf. Unterkunft bereithalten muß, wenn der Vermieter den

Mieter nicht mehr haben will. Wohnungserhaltungsmaßnahmen sind demnach ggf. rechtlich enge Grenzen gesetzt.

e) Die Übernahme von Mietschulden, besonders aber die laufende Übernahme der Mietkosten bei Sozialhilfeempfängern hat wegen der unter a) angeführten Finanznot zunehmend dahin geführt, daß Sozialhilfeempfänger angehalten werden, sich eine billigere Wohnung zu suchen, wenn sie z.B. im neuen Sozialen Wohnungsbau mit m<sup>2</sup>-Mieten von bis zu 8/9,-- DM (incl. Nebenkosten) wohnen. Auch über diese 'Schallgrenzen' wird im Bericht nichts ausgeführt.

6.) Über die Beteiligung und Mitbestimmung der Bewohner wird nur Dünnes ausgesagt und global behauptet, daß sie "bei allen Maßnahmen zur Bekämpfung der individuellen und gesellschaftlichen Ursachen von Obdachlosigkeit mit dem Ziel der Wiedereingliederung in die Gesellschaft regelmäßig beteiligt werden." (S.10) Außerdem gebe es überall Bewohnerräte oder Bewohnerversammlungen. Diese Aussagen sind schlichtweg falsch. Es gibt a) nur noch in zwei SBP Bewohnerräte (Wiesbaden-Mühlthal und Limburg) und b) einige Brennpunkte, in denen es weder Bewohnerräte noch Bewohnerversammlungen gibt. Die Gründe hierfür sind unterschiedlich und können hier nicht näher analysiert werden. Tatsache ist aber, daß die Beteili-

gung der Bewohner an allen sie betreffenden Fragen in keiner Stadt jemals selbstverständlich war oder ist. Die Behörden haben sich keineswegs angewöhnt oder das sogar formal festgelegt, daß die Bewohner(vertretung) gehört oder beteiligt werden muß und in welchen Fragen. Der LT-Bericht gibt die Nichtbeteiligung nur in einem Punkt zu, bei der Frage, wer ggf. aus einem SBP ausziehen kann, wenn andere Wohnungen zur Verfügung stehen. In der Praxis muß immer aufs Neue um Beteiligung und Einfluß gerungen werden, die Bewohner müssen sich mühselig Gehör verschaffen - sofern sie es aufgrund der oft erlittenen Mißerfolge überhaupt noch wollen.

Nach Auflösung Sozialer Brennpunkte verengen sich die wenigen Spielräume für Mitbestimmung meist bis zum Nullpunkt. Der Umzug in einen sog. normalen Stadtteil bringt eben auch die Mitbestimmungsmöglichkeiten der ehemaligen Brennpunktbewohner auf das normale übliche Maß: es bestehen keine!

Zu diesem Problemkreis sagt der Erlaß leider nichts aus. Immerhin haben sich aus dem Kreis ehemaliger Barackenbewohner schon einige Bürger- und/oder Mieterinitiativen gegründet, so in Kassel, Marburg, Offenbach und Frankfurt.

7.) Die Dezentralisierung der Gesundheitsberatung in die SBP hinein fand nicht statt. Damit haben sich im Nachhinein die Vorbehalte der Mediziner, die schon bei der Diskussion des Erlaß-Entwurfs im HSM nicht zu überhören waren, in der Realität faktisch durchgesetzt. Darüberhinaus ist es auch heute noch schwierig, die Gesundheitsämter zu regelmäßigen Begutachtungen der Notunterkünfte und Schlichtbauwohnungen zu veranlassen und ggf. eine Unbewohnbarkeitserklärung abzugeben. Das Interesse der Ärzte an den Lebensumständen in den SBP ist sehr gering, statt Hilfe ist den Bewohnern oft Arroganz begegnet, z.T. haben die Gesundheitsämter die Argumente der Wohnungsbaugesellschaften übernommen ("Die Feuchtigkeit der Wohnungen liegt an der schlechten Lüftung durch die Bewohner" etc.).

#### Zu Frage 4:

Hier wird eine umfassende Aufstellung sämtlicher Kostenarten, die im Rahmen der Finanzierung der professionellen Teams (Mischfinanzierung Land, LWV, Träger, Kommune) als auch der individuellen Unterstützung der Betroffenen anfallen, vorgelegt. Darüberhinaus werden Subventionen zu investiven Maßnahmen wie Gemeinschaftszentren genannt, Wohnungsbauprogramme erwähnt.

Kommentar:

Genauere Zählungen, aufgeschlüsselt nach Ortlichkeiten und Trägern der Maßnahmen fehlen. Ebenfalls Vergleichszahlen zu den früheren Jahren sowie Aussagen darüber, in welchem Verhältnis die jetzigen finanziellen Aufwendungen für die SBP zu anderen Ausgabeposten im Sozialhaushalt des Landes und des LWV stehen. Offenbar war für eine solche Erhebung der politische Wille nicht vorhanden. (1977 war in Hessen das Jahr, in dem über den Landeshaushalt die HELABA saniert wurde, Kürzungen in den Projekthaushalten waren die Folge!) Auch über den notwendigen Nachhol- und Zusatzbedarf an sozialen Fachkräften, deren Fehlen an anderer Stelle beklagt wird, werden keine Aussagen getroffen, obwohl dieser Bedarf den ministerialen Stellen sehr wohl bekannt ist durch die Zahl der negativ beschiedenen Anträge auf Bezuschussung. Die bestehenden Projektgruppen arbeiten seit Jahren mit einer Minimalbesetzung, die eine ständige Überlastung der Mitarbeiter zur Folge hat (eine 60-Stunden-Woche ist üblich). Bei selbst geringen Mittelkürzungen stehen - zumindest bei den Projektgruppen ohne großen Träger - gleich ganze Arbeitsbereiche zur Disposition.  
(Weitere Anmerkungen zur Haushaltslage 81/82 auf S.30 ff.)

Zu Frage 5:

Hier vertritt die Landesregierung die Auffassung, daß die Notunterkünfte in ihrer Beschaffenheit den § 4 und 7 des Hessischen Wohnungsaufsichtsgesetzes (HWOaufG) genügen sollten. Aber: "Rechtsvorschriften über Mindestanforderungen speziell für Notunterkünfte sind in Hessen nicht erlassen." (S.20) Die Landesregierung plädiert für eine Anpassung der Bauten an die Mindestanforderungen, vor allem aber für eine langfristige Beseitigung bestehender Notunterkünfte und die Bereitstellung neuen Wohnraums. Die Realisierung dieser Ziele sei eher mit erheblichem Mittelaufwand verbunden, die nur langfristig aufzubringen seien. (Abgesehen von Mitteln aus dem Wohnungsnotstandsprogramm)

Kommentar:

Diese Antwort sagt nichts Genaues über die z.T. katastrophalen Zustände in den noch bestehenden Notunterkünften/Schlichtwohnungen (insbesondere in den Landkreisen) aus. Sie sagt auch nichts zum zweiten Teil der Frage 5, wie diese Mindestanforderungen erreicht werden können. Die Vertröstung auf langfristige Programme heißt nichts anderes, als daß sich nicht viel verändern wird. Die Landesregierung ist damit dem Kern der Frage ausgewichen. Da die Kriterien des HWOaufG für Obdachlosenunterkünfte

extra nicht gelten, wurden in der letzten Zeit Versuche gestartet, das Gesetz zu ändern. Doch alle Versuche scheiterten. Man muß daher fragen, was die Menschenwürde der Landesregierung eigentlich in diesem Punkte wert ist.

Als erste Ergebnisse aus dieser LT-Anfrage können genannt werden:

1.) Es war bisher nicht üblich, umfassende Maßnahmeprogramme zur Auflösung und Bewältigung von Obdachlosigkeit mit verbindlichen Richtlinien für alle beteiligten Stellen auf kommunaler Ebene zu beschließen (Ausnahmen bestätigen die Regel).

2.) Die Notunterkünfte und Schlichtbauten sind offenbar weiterhin unentbehrliche Bestandteile der Wohnungsversorgung.

3.) Die Zahl der Einweisungen in Unterkünfte nahm zwar ab, dafür aber in anderen Unterkunftsarten zu.

4.) Die Informationssysteme über drohende und anhängige Räumungsklagen sind unterschiedlich. Die Zahl der abgewendeten Klagen sind nicht bekannt.

5.) Es fehlen statistisch regelmäßig erhobene Daten.

6.) Wohnungsversorgungsmaßnahmen reichen nicht, soziale Probleme aufzuheben.

7.) Die Prävention klappt nur sehr unterschiedlich, je nach Gemeinden, vor allem aber in den Landkreisen sehr schlecht. Besonders schwierige

Familien werden gar nicht intensiv betreut, sie sind besonders von Einweisungen betroffen.

8.) Eine nachgehende Betreuung scheitert an nicht vorhandenem Personal.

9.) Mitbestimmung und Beteiligung der Bewohner Sozialer Brennpunkte war nie selbstverständlich, sie muß in der Regel von Forderung zu Forderung erkämpft werden.

10.) Der Vorrang des Sozialhilferechtes vor dem Polizei- und Ordnungsrecht konnte nicht im Sinne des Erlasses durchgesetzt werden.

#### Rückblick auf 10 Jahre Erlaß, Resümee der Entwicklung, aktuelle Lage

Seit Veröffentlichung der Landtagsdrucksache sind weitere 5 Jahre vergangen. Weitergehende Untersuchungen über Wirksamkeit und Effizienz des Erlasses fehlen nach wie vor. Nur das Institut Wohnen und Umwelt in Darmstadt, Forschungseinrichtung des Landes Hessen und der Stadt Darmstadt, hat sich mit einem Eigenprojekt der Problematik angenommen und ist z.Z. dabei "Umfang und Struktur von Obdachlosigkeit in Hessen" zu ermitteln. Eine Analyse der bisherigen kommunalen Maßnahmenpläne und Schritt soll folgen - sofern das Projekt am Institut nicht selbst ein Randgruppenschicksal erleidet und mangels Geld oder inhaltlichem Interesse vorzeitig endet.

Der Hessische Sozialminister veröffentlichte immerhin 1980 zum hundertjährigen Bestehen des Deutschen Vereins für Öffentliche und Private Fürsorge eine Broschüre über Soziale Brennpunkte. In dieser wird ein kurzes Resümee gezogen (ein längeres blieb wohl dem Sachbearbeiter aus politischen Erwägungen heraus verwehrt), aus dem ich einige Passagen zitieren möchte:

"Das Programm des Hessischen Sozialministers ist, wie andere soziale Programme auch, von den Möglichkeiten der Sozialpolitik insgesamt abhängig. Die Rezessionsauswirkungen der vergangenen Jahre in den öffentlichen Kassen hat die Reformbestrebungen ebenfalls, wenn auch nicht nachhaltig, berührt. Die Zahl der Neueinweisungen in die Obdachlosensiedlungen konnte nicht auf das angestrebte Maß gedrückt werden." (S.3/4 Einführung)  
Und: "Rechtsgrundlagen zur Erstellung eines zwingenden Konzepts waren und sind bis heute nicht vorhanden. Der hohe Aufwand, den Sanierungen erfordern, läßt es bis heute nicht zu, die zuständigen Gebietskörperschaften auf eine verpflichtende Rechtsgrundlage festzulegen. Der Hessische Sozialminister stützt sich bei den Empfehlungen auf das Bundessozialhilfegesetz, dessen Kraft aber nur soweit reicht, als Hilfe geboten und angenommen werden kann. Die Hauptfragen des Einweisungsrechts bei Obdachlosen und des Wohnungsbaus sind dem Hessischen Minister des Innern

zugewiesen, der auch andere Gesichtspunkte als die der sozialen Sanierung zu berücksichtigen hat. Die zuständigen Magistrate und Kreisausschüsse haben zum Teil weder die politische Kraft noch das Geld, die Beseitigung der sozialen Brennpunkte (Obdachlosensiedlungen) zu verwirklichen.

Ein Schwerpunkt der Politik... auf diesem Gebiet bleibt unverändert: Die Selbstbeteiligung der Bewohner von Obdachlosensiedlungen wird als ein unabdingbares Erfordernis aller Hilfsmaßnahmen angesehen. Hilfe kann nur insoweit gewährt werden, als sie zur Stärkung des Selbstbehauptungswillens dient. Aus diesem Grunde werden personale Hilfen bei den Förderungsmaßnahmen an die Spitze gestellt, werden Sozialzentren gebaut ..."  
"Die Verbesserung des eigenen Umfeldes ist wichtiger als die völlige Herausnahme aus dem bisherigen Nachbarschaftszusammenhang, obgleich sie im Einzelfall möglich ist und gefördert wird." (Einführung S.2/3)

Diese Zitate sind für den kundigen Leser sozusagen ein Teil eines Offenbarungseides. Sie sind zugleich Zugabe der Kapitulation vor den damals schon geahnten, aber nicht offen gehandelten Untiefen des Erlasses als auch eine positive Bekräftigung der aussagestarken Seiten dieses Papiers. Vergegenwärtigen wir uns noch einmal wichtige Eckpunkte der Entwicklung, Vor- und Nachteile des Erlasses:

1.) Für den Zeitpunkt der Entstehung des Erlasses ist die damalige Reformphase und Reformfreude von nicht untergeordneter Bedeutung. "Unter dem Stichwort der 'Verbesserung der Lebensqualität' und der 'Bürgernähe' erinnerte man sich im Zuge des Infragestellen des politischen und ökonomischen Systems der Bürger, die vom sog. 'Wirtschaftswunder' bisher noch nicht profitieren" konnten. (Schaub, Das Zusammenwirken von Land, Kommunen, Trägern in Sozialen Brennpunkten und Landeswohlfahrtsverband aus der Sicht der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen, Manuskript, Frankfurt/M 82, im folgenden zitiert als Schaub, 82)

In diese Handlungslücke stiegen Initiativgruppen sozusagen als Lobby/Anwälte der Armen ein, für die und mit denen sie versuchten, ein soziale Infrastruktur in den SBP aufzubauen. Adressat der Forderungen von unten waren Land und Kommunen.

2.) Der Erlaß des HSM und die Empfehlungen des LJWA waren die Antworten der Sozialpolitiker, hier etwas tun zu wollen, aber auch ein Versuch, die Dinge inhaltlich in gewissem Sinne zu kanalisieren. Daß dabei ein recht fortschrittliches Verständnis von Sozialarbeit im Obdachlosenbereich und inhaltlich wichtige Problemlösungsvorschläge angeboten wurden, ist wohl dem linken Flügel der damaligen SPD-Landtagsfraktion und den zuständigen

Fachleuten in der Verwaltung und an der Basis zu verdanken.

3.) Die Schwäche des Erlasses ist, daß er

a) nur Empfehlungscharakter besitzt und die Behörden und Ämter an ihn nicht in juristischem Sinne verpflichtend gebunden sind. Sie sollen ihn bei der laufenden Arbeit "beachten". Die Empfehlungen sind für die Betroffenen als auch für die Profis nicht (inhaltlich einklagbar, sondern können nur als argumentatives Begründungsmaterial für die praktische Arbeit dienen. Von daher hängt die Bedeutung und damit Realisierung der Inhalte jeweils von der Zustimmung aller Beteiligten ab;

b) eine andere Schwäche ist, daß der Erlaß einen wesentlichen Aspekt der Lösung des Obdachlosenproblems - nämlich den der Wohnungspolitik - nicht zu vertreten hat, da dieser in einem anderen Ressort angesiedelt ist.

(HMdI) Wie die Ausführungen des HSM aus dem Jahre 80 beweisen, sind an dieses Ressort offensichtlich zu hohe und damit falsche Erwartungen gehegt worden mit dem Ergebnis, daß sich wohnungspolitisch nicht viel bewegt hat. Es ist darüber hinaus auch nicht klar, wieviel Veränderungsinteresse dort jemals und vor allem damals vorhanden gewesen ist. Die Äußerungen des damaligen Sozialministers Schmidt spiegeln immerhin schon 1972 leichte Unsicherheiten darüber, ob der HMdI wirklich inhaltlich mitziehen würde.

4.) Die Stärke des Erlasses besteht neben seinen inhaltlichen Aussagen in den monetären Leistungen, die mit ihm zur Verfügung gestellt wurden. Mit diesen Mitteln wurde und wird versucht, "auf freiwilliger Basis, von Landesseite aus, einen kommunalen Sozialpolitik-Bereich so zu beeinflussen, daß von kommunaler Seite als auch von den verschiedenen Trägern her Initiativen zur Beseitigung und Verhinderung von Obdachlosigkeit ergriffen und unterstützt werden." "Die vom Land bereitgestellten Mittel sollten den Einstieg anderer Träger von der materiellen Seite her erleichtern und zumindest im finanzpolitischen Sinne erträglich machen." (Schaub 82, S.4) Diese "Anreizfinanzierung" gebot (zusammen mit der Reform-euphorie) offenbar auch vielen Wohlfahrtsverbänden, sich (neu) auf dieses "Experiment" einzulassen. (Diese hatten sich bis dahin wenig mit dem Arbeitsansatz der Gemeinwesenarbeit beschäftigt, kannten ihn zumeist gar nicht) Mit eigenen kommunalen Projektgruppen engagierten sich nur die Städte Offenbach und Frankfurt. Die Problematik der für den einzelnen Gemeinwesenarbeiter auftauchenden Rollenkonflikte kann hier nur nebenbei angeschnitten werden (siehe S.11).

Beide Kommunen lösten ihre Projektgruppen, die wegen der besonderen Erfordernisse ihrer Arbeitsweise direkt dem Dezernenten unterstellt waren, in-

zwischen wieder auf. (Ffm 1976, OF 1982).

5.) Trotz des Einstiegs der etablierten Wohlfahrtsverbände fand das bisherige Subsidiaritätsprinzip insofern eine Erweiterung, als auch die Gruppen und Vereine, die sich nicht großen Trägern angeschlossen, weiterfinanziert wurden. Offensichtlich deshalb, weil sich in manchen Städten niemand von den Wohlfahrtsverbänden oder von kommunaler Seite her zu einer Trägerschaft in diesem experimentellen Arbeitsfeld bereit fand oder die dortigen freien Gruppen eine solche auch nicht suchten. (Vgl. Schaub 82, S.5)

6.) Die mit der Bezuschussung stattfindende notwendige Professionalisierung und Etablierung der freien Initiativen brachte naturgemäß auch neue Abhängigkeiten von den Finanzgebern und den großen Trägern, die "Rücksichtnahmen und einengende Handlungsformen" mit sich brachten (Schaub 82, S.5). Diese Entwicklung ist nicht nur negativ zu sehen. Zum einen konnten sich die Initiativen durch hauptamtliches Personal nach innen und außen hin personell stabilisieren und konsolidieren. Zum anderen gingen mit diesen Entwicklungen auch positive Veränderungen der Arbeitsformen etablierter Träger einschließlich der Sozialen Dienste der Kommune einher, die man unter die Schlagwortsätze "Von der Fürsorge zur Aktivierung der Betroffenen, von der Eingriffsverwaltung zur Leistungsver-

waltung" subsumieren könnte. Allerdings in weit geringerem Ausmaß als umgekehrt die Versuche der inhaltlichen Eingrenzung, Disziplinierung der Arbeitsteams, die in vielen Fällen mit dem Weggang von Hauptamtlichen endete. Selbst der sich durch die Mischfinanzierung und die Sachprobleme der Praxis ergebende Kooperationszwang zwischen ansonsten konträren Handlungspartnern konnte oftmals die Gegensätze nicht überwinden helfen. (So ließ z.B. die Stadt Hanau eine ihr unliebsame Initiativgruppe sozusagen "vor die Hunde gehen").

7.) GWA in Sozialen Brennpunkten hat immer in einem eminent politischen Raum gearbeitet, arbeiten müssen, denn es geht um die Beseitigung von Ohnmacht der Obdachlosen. Umso mehr mußte sie in Konkurrenz, in Konflikt zu den Berufspolitikern der Parteien geraten. Dieser sozusagen automatisch installierte Dauerkonflikt wird überlagert durch die Zuordnung der GWA zum System der sozialarbeiterischen Dienstleistungen, deren herkömmliche Aufgabe es immer war, Fürsorge zu bieten für und Konflikte zu befrieden bei den aus dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozeß Herausgefallenen. Dieses Verständnis von Sozialarbeit haben auch die meisten Politiker, zumindest die Kommunalpolitiker, aber auch viele Verbandsfunktionäre. Für sie mußte daher der Arbeitsansatz der GWA eine Provokation nach der anderen sein, denn durch sie

wurden in der Stadt erst einmal Konflikte verschärft statt befriedet. Auch sahen sie immer mehr Kostenanforderungen aufgrund der Forderungen der Bewohner und Sozialarbeiter auf sie zukommen, ohne unmittelbar verwertbare Erfolge zu sehen. War das nicht die traditionelle Einzelfallhilfe mit ihrem Individualansatz effektiver?

Genau dieser Arbeitsansatz und Arbeitsprozeß der Gemeinwesenarbeit war oft die Nagelprobe für das etablierte Zusammenleben von Stadt, Träger und Land. Dies konnte plötzlich durch Aktionen aus den Siedlungen über Nacht infrage gestellt sein.

8.) Heute ist GWA nicht mehr dran, scheinbar nicht mehr dran.

Aus zwei Strängen heraus:

a.) eine Reihe von Politikern vermutet nach wie vor in der GWA eine sinnlose Aufwiegelung von Bürgern und ein Verschleiß öffentlicher Gelder. Diese Ansicht wird auch in Teilen "wissenschaftlich" durch die Aussagen von L. Vaskovics in seiner Untersuchung für das BMJFH "Obdachlose in der BRD" gestützt. Dies sind meistens auch die Politiker, die es nicht vertragen können, wenn an ihrer Selbstherrlichkeit gekratzt wird.

b.) Die Struktur der SBP hat sich verändert. Die alten SBP sind ausgedünnt und werden von nur noch sehr schwer aktivierbaren alleinstehenden alten und jungen Männern, Alkoholikern und anderen sehr schwierigen Problemfamilien bewohnt. Die ausgesiedelten Fa-

milien wohnen meistens verstreut über die ganze Stadt, sie sind als Gruppe nicht mehr geographisch in einem Gebiet ortbar.

c.) Es könnte behauptet werden, "daß sich die Verbände und Kommunen 'neue Themen' in der sozialpolitischen Auseinandersetzung - so 1972 bei den Sozialen Brennpunkten - mehr symbolisch-additiv als inhaltlich verändernd zu eigen machen. Dies mit dem Ziel, z.B. den Verband legitimierend zu stärken und somit als nicht entbehrlich auszuweisen." (Schaub 82, S.6)

Gegenläufige Tendenzen sind aber feststellbar:

Armut breitet sich zunehmend in den sog. neuen Brennpunkten wie den Trabantenstädten und den Sanierungsgebieten, aber auch in alten Arbeitervierteln aus. Hohe Mieten, Anonymität, Vertreibung aus Sanierungsvierteln, zunehmende Verslumung, hohe Arbeitslosigkeit sind die Symptome. Hier bilden sich neue gemeinsame Betroffenheiten, die sozusagen klassische Eckpunkte für den Ansatz von aktivierender Gemeinwesenarbeit sein können und werden. (Es kann hier nicht näher auf die Entwicklung des Handlungsverständnisses von GWA eingegangen werden, siehe dazu D. Oelschlägel: Theorie, Methode, Politische Strategie? In: pädaextra sozialarbeit Heft 4/82)

1.) Die Obdachlosenpolitik der Kommunen ist in den letzten Jahren in zeitlicher wie inhaltlicher Sicht

sehr verschieden gewesen. Es gab Kommunen, die sich die Ziele des Erlasses schon vor seiner Verabschiedung zum Programm gemacht hatten wie Ffm und Offenbach, andere fangen jetzt mit dem Abriß der Unterkünfte an (z.B. plant dies jetzt Bad Nauheim). Ich habe die Reaktionen der Kommunen auf den Seiten 7 und 8 nachzuzeichnen versucht. Eine genaue Analyse der einzelnen örtlichen Politiken steht mit Ausnahme weniger Städte noch aus. Insgesamt sind die einzelnen Entwicklungen und Reaktionen weniger parteipolitischen Einflüssen zuzuordnen - obwohl es diese sicher auch gab - sondern sie waren eher von der sozialpolitischen Sensibilität der zuständigen Kommunalpolitiker abhängig.

2.) Angesichts der Verschiebung sozialer Elendsphänomene in andere neue Soziale Brennpunkte, die auch vom Deutschen Städtetag in seinen neuen "Empfehlungen zur Arbeit in Sozialen Brennpunkten" aus dem Jahr 79 sehr eingehend nachgezeichnet werden, sind Entscheidungen von Land und Kommunen notwendig, ob sie die im Erlaß befürworteten Arbeitsansätze und Maßnahmenprogramme auf diese neuen Sozialen Brennpunkte ausdehnen wollen. Die bisherige Eingrenzung auf die Unterkunftsgebiete alter Art wird den auftauchenden Problemen nicht mehr gerecht. Hierzu halten sich aber beide Seiten, Land wie Kommunen, bedeckt. Die Kommunen halten, jede für sich, die Empfehlungen ihres eigenen Ver-

bandes so für nicht übertragbar, das Land wiederum sagt, es habe kein Geld und bemängelt die fehlenden Kriterien für die Eingrenzung dessen, was nun die neuen Sozialen Brennpunkte von den "normalen" Stadtteilen unterscheidet. Ein circulus vitiosus!

#### 1. Aktueller Nachtrag (Basis: 1982)

Die aktuelle sozialpolitische Situation ist geprägt durch eine massive wirtschaftliche Rezession in der Bundesrepublik. Dies wirkt sich unmittelbar und mittelbar auf die Zahl der Räumungsfälle und Obdachlosen aus. Während wir bis zur Mitte der 70iger Jahre einen Rückgang der Einweisungszahlen beobachten konnten, sind in den letzten 4/5 Jahren enorme Steigerungen zu verzeichnen. Abrisse von Notunterkünften oder Schlichtbauten aus den letzten 4 Jahren sind nicht mehr bekannt, im Gegenteil, es sind Diskussionen im Gang, neue zu bauen.

Zugleich finden in den öffentlichen Haushalten gewaltige Mittelkürzungen statt: "Mietübernahmen von seiten der Kommunen zur Verhinderung von Neueinweisungen in Obdachlosensiedlungen werden weit weniger getätigt als in den Vorjahren und sollen möglichst nur noch als Darlehen gegeben werden. Leerstehender Wohnraum in den SBP (resultierend durch den Auszug von Familien aus Sozialen Brennpunkten in sog. normale Stadtteile), der ehemals Wohnraumerweiterungszwecken zur Verfügung stand (und damit zur Verbesserung des

Binnenklimas in der Familie beitrug) wird mit Neueinweisungen aus den 'normalen' Stadtgebieten belegt. In einigen Kommunen werden erste Überlegungen angestellt, obdachlos gewordene Menschen in sog. 'Wohncontainer' einzuweisen."

"Rechtsgespräche aus dem Bundessozialhilfegesetz werden in bezug auf die sog. 'Soll- und Kann-Leistungen' restriktiver gehandhabt. Die nach dem 2. Haushaltsstrukturgesetz beschlossene Erhöhung der Regelsätze nach dem BSHG in Höhe von nur 3 % - bei einer Steigerung der Lebenshaltungskosten von ca. 7 % - stellen, neben den anderen Kürzungen von Leistungen nach dem BSHG, einen Höhepunkt der sog. 'Operation 82' dar." (Schaub 82, S.3)

Die Zuschüsse zur Finanzierung der Projektarbeit wurden eingefroren (Landeswohlfahrtsverband) oder gekürzt.

Die Erfolge der Sozialen Brennpunktarbeit der letzten 10 Jahre und damit auch die inhaltlichen Perspektiven des Erlasses stehen durch die allgemeinen Restriktionen auf dem Spiel. Welche Erfolge waren das? Zusammengefaßt (eine örtliche Differenzierung kann hier nicht erfolgen) sind dies Erfolge im Bereich der

- Minderung der Sonderschulraten durch die Arbeit in den Spiel- und Lernstuben
- die Stabilisierung von Jugendlichen
- Ausbau der Projektarbeit
- die Stabilisierung von Familien und Nachbarschaften in den SBP

- die Verbesserung der sozialen Infrastruktur
- der Abriß vieler Notunterkünfte und Baracken
- die Modernisierung einiger Schlichtbauten, z.T. auf das Niveau des Sozialen Wohnungsbaus
- die Verhinderung von Neueinweisungen in die alten SBP
- die Entwicklung und Sicherung der Beteiligung der Bewohner an allen sie betreffenden Fragen
- die Beratung und Aufklärung der Betroffenen in allen Lebensfragen
- die Aufklärung der Öffentlichkeit über die Zustände in den SBP
- Schutz vor Diskriminierung.

Alle diese Erfolgsansätze sind gefährdet. Für die Randgruppe der Obdachlosen besteht kein öffentliches Interesse. Alte Vorurteile werden reaktiviert. Diese Menschen bilden somit keine gesellschaftspolitisch relevante Gruppe (mehr), für die es sich zu engagieren lohnt. Sie ist im Rahmen des Gesamtwohls nur bedingt zu berücksichtigen...

In allen Projekten macht sich angesichts der rezessiven Wirtschaftslage Ratlosigkeit breit: Bestand die Zielsetzung in der pädagogischen Arbeit mit Schülern vor allem darin, ihnen Qualifikation durch entsprechende Abschlüsse in der Schule zu vermitteln, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt dadurch entscheidend zu verbessern, so steht man jetzt vor der Situation, daß das alles angesichts mangelnder Arbeits- und

Ausbildungsplätze nichts nutzt und auch für die Jugendlichen nicht überzeugend ist. Hoffte man durch eine breite infrastrukturelle Versorgung der Siedlungen die Lebenssituation der Bewohner entscheidend zu verbessern, so werden die hier erreichten Erfolge jetzt durch eine noch größere materielle Existenzunsicherheit der Familien bzw. Haushalte konterkariert und unterlaufen. Baute man früher im Zuge der Hochkonjunktur die Projektarbeit durch systematische Erhöhung der Zuschüsse aus, so wird jetzt in den öffentlichen Haushalten gespart, wo es nur gerade geht.

Was bleibt?

Der Versuch, auf Parteien, Behörden und Wohlfahrtsverbände einen legitimatorischen Druck auszuüben, die legitimatorischen Grenzen des Systems, das weitgehend durch ökonomische Interessen bestimmt ist, das gleichzeitig aber auch von parlamentarischen Wahlen abhängig ist, auszunutzen. Die Projektarbeit in den SBP steht in der Defensive. Es ist der Zustand, in dem versucht wird, bisher Erreichtes abzusichern. Terrain nicht wieder herzugeben. Abschottungspolitik. Einbrüche haben aber schon stattgefunden und weitere werden kommen, z.B. die "Operation 83". Damit wird sich zugleich die Armutsfrage verschärfen. Genau hier tickt aber die Zeitbombe, die die Projekt- und Gemeinwesenarbeit nötiger denn je machen wird. Brennpunktarbeit darf sich nicht auf

die Funktion der reinen Reproduktionshilfe zurückstufen lassen und zu reinen Alibimaßnahmen werden, sondern muß gemeinsam mit anderen Arbeitsfeldern der Sozialarbeit den Versuch einer sozialpolitischen Gegensteuerung zur bisherigen Entwicklung starten. Am Erlaß ist festzuhalten, aber: er muß an die veränderten Erscheinungsformen von Armut und Obdachlosigkeit angepaßt werden.

## 2. Aktueller Nachtrag (Basis: Anfang 1985)

Inzwischen hat der Hessische Sozialminister seinen Erlaß erneut veröffentlicht und mit Wirkung vom 1. Januar 1984 in Kraft gesetzt. Dies bedeutet für Gemeinwesenarbeiter wie Bewohner ein Festhalten an der Politik der Bekämpfung und Eindämmung von Obdachlosigkeit und Elend in den Sozialen Brennpunkten. Dieser Schritt wird von allen Beteiligten sehr begrüßt.

Darüberhinaus schuf die besondere politische Situation in Hessen die Voraussetzungen für weitere wichtige Verbesserungen in der Brennpunktarbeit:

1.) SPD und Grüne schufen einen neuen Titel zur Förderung von stadtteilbezogener Sozial- und Gemeinwesenarbeit für diejenigen Wohngebiete, die nicht als die klassischen Sozialen Brennpunkte gelten (s.o.) und die auch nicht durch die Umsiedlung ehemaliger Bewohner von Obdachlosengebieten gekennzeichnet sind. Sie schufen

zweitens einen Titel, aus dem Schuldnerberatung gefördert werden kann.

Schließlich vereinbarten beide Parteien im sogenannten Vorschaltgesetz zum Haushalt 1983 wie auch im Haushalt 1984 und 85 eine Förderung von Vorhaben zur Modernisierung und Sanierung von Schlicht- und Einfachstbauten. Hierfür wurden 1983 1,2 Millionen, 1984 1,5 Millionen und 1985 3,0 Millionen vereinbart. Mit der eingesetzten Summe von 1,2 Millionen Mark sollten ein bis zwei Obdachlosensiedlungen bzw. einzelne Häuser in solchen Siedlungen modernisiert werden. Zusätzlich bewilligte der Landtag 300.000 Mark für die Erstellung einer Studie zur Erhebung des Modernisierungsbedarfs bei Wohnungen für Obdachlose in Hessen. Unterstützung für ihre Forderungen bekamen die Bewohner und Projekte durch das ebenfalls Anfang 1983 öffentlich gemachte erste Teilergebnis der auf sieben Jahre angelegten Untersuchung über Umfang und Struktur von Obdachlosigkeit in Hessen des landeseigenen Instituts Wohnen und Umwelt in Darmstadt. Diese hatte mit Beratung durch die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen in einem ersten Schritt eine Befragung sämtlicher hessischer Städte und Gemeinden vorgenommen und damit erstmalig für Hessen fundierte Zahlen über die Zahl der Räumungsfälle, Zahl der Einweisungen etc. erhalten. (Außer in Nordrhein-Westfalen gibt es keine regelmäßige Statistik auf Länderebene zu

diesem Thema). Die Zahlenergebnisse wiesen, obwohl sie nur von 1977 bis 1980 erhoben wurden, erhebliche Zuwachsraten bei der Zahl der Räumungsfälle und der Zahl der Einweisungen in Notunterkünfte auf. (Inzwischen nimmt diese Entwicklung seit 1981 erschreckende Ausmaße an, Zuwachsraten von 100 Prozent pro Ort in einem Jahr sind keine Seltenheit). Weiterhin erbrachte die Untersuchung, daß noch in sehr vielen Landesteilen Obdachlose in menschenunwürdigen und weit unter dem allgemein anerkannten Standard befindlichen Behausungen und Wohnungen untergebracht sind und werden (bis 50 Prozent). Der Nachweis, daß hier dringende wohnungspolitische Hilfen notwendig sind, war damit auch wissenschaftlich erbracht. Die Forderung nach Modernisierung der Schlicht- und Einfachstbauten war auch ein Teil der Empfehlungen des Zwischenberichts des Instituts.

Wie sieht nun der Vollzug der Beschlüsse im Vorschaltgesetz aus, und wie ist die anvisierte Untersuchung zum Modernisierungsbedarf inhaltlich angelegt?

Bewohner wie Sozialarbeiter aus den Sozialen Brennpunkten sind sich bewußt, daß mit der Modernisierung von Schlichtbauten der Versuch unternommen wird, aus der Not eine Tugend zu machen. Natürlich sollten keine Bauten modernisiert werden, die von ihrer Bausubstanz her einen solchen Aufwand überhaupt nicht mehr

zulassen und die aus sozialpolitischen Gründen sofort abgerissen werden müßten. In solchen Fällen werden Bewohner und Sozialarbeiter auch weiterhin für einen Abriß kämpfen, obwohl der Widerstand der Kommunalpolitiker angesichts steigender Räumungszahlen immer härter wird.

Modernisiert werden sollen Bauten, deren Bausubstanz eine Modernisierung noch sinnvoll erscheinen lassen und wo Bewohner mehrheitlich in ihren angestammten Wohnquartieren bleiben wollen. Eine solche Meinungsbildung ist ja nicht außergewöhnlich, sie stellt sicherlich ein Surrogat aus sozialpsychologischen Befürchtungen und pragmatischen materiellen Perspektiv-einschätzungen der Bewohner dar (Angst vor erneuter Diskriminierung im neuen Sozialen Wohnungsbau etc.). Die Projektgruppen haben in solchen Fällen zusammen mit den Bewohnern ein Konzept zu einer umfassenden Stabilisierung und Aufwertung dieses Wohngebietes entwickelt. Die Bereitstellung von baulichen Investivmitteln ist ein dringender Teil der anvisierten umfassenden Verbesserung der Lebenssituation der Betroffenen.

Bestandteil der Vereinbarungen zwischen Grünen und SPD war auch, daß ein Arbeitskreis aus Vertretern des Hessischen Innenministeriums, des Hessischen Sozialministeriums, der kommunalen Spitzenverbände und der Landesarbeitsgemeinschaft gebildet wird, der die Modalitäten der Vergabe der Mittel begleiten soll.

Diese Vereinbarung hat sich sehr bewährt, denn man muß bedenken, daß der Abfluß solcher bereitgestellter Mittel durchaus Schwierigkeiten bereiten kann, wenn nicht Initiativen der Betroffenen vor Ort mit in die Entscheidungsprozesse einfließen. Nur durch die Zuarbeit der Initiativen vor Ort kann erreicht werden, daß die Kommunalpolitiker Interesse an der Durchführung einer solchen Maßnahme bekommen (ohne kommunale komplementäre Mittel geht es nicht) und daß die Vorbereitung und Durchführung wirklich mit Beteiligung der Bewohner und der Projektgruppe stattfindet. Der notwendige Informations- und Transformationsfluß war letztlich nur durch die Vertretung der Landesarbeitsgemeinschaft im genannten Arbeitskreis gewährleistet. Im anderen Fall hätte die Gefahr bestanden, daß entweder die Mittel nicht in Anspruch genommen worden wären (im Bereich der bereitgestellten Mittel für den Ausbau von Wohnungen zu Behindertenwohnungen wurden z.B. kaum Mittel abgerufen, ein Arbeitskreis war nicht vorhanden) oder an nicht sinnvoller Stelle eingesetzt worden wären.

Das Mittelvolumen war und ist insgesamt unzureichend, aber für die ausgewählten Kommunen, wie sich herausstellte, doch angenehmes Geld: Leistet doch das Land mit verlorenen Zuschüssen materielle Hilfe für Aufgaben, die die Kommunen von ihrer Zuständigkeit her gesehen eigentlich allein leisten müßten.

In Zukunft soll der Betrag erheblich erhöht werden.

Für die Bewohner wiederum ist die Tatsache, daß das Land verlorene Zuschüsse gibt, günstig, weil das die zukünftige Miethöhe beeinflusst. Die Forderung nach "verlorenen Zuschüssen" war auch eine Forderung der Landesarbeitsgemeinschaft von Anfang an gewesen. Sie erleichtert den Betroffenen die Zustimmung zu Modernisierungsmaßnahmen erheblich, da diese nicht auf die Miete umgeschlagen werden. Trotzdem wird es durch die kommunalen Darlehensmittel Erhöhungen der Quadratmeter-Preise zwischen 50 Pfennig und einer Mark geben. Die genauen Preisentwicklungen werden erst nach Beendigung der Baumaßnahmen endgültig feststehen. (Angestrebter Quadratmeter-Preis: 3 bis 4 Mark). Ungemein wichtig gegenüber den Bauträgern (Stadt, Gemeinde und/oder städtische gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft) ist es, wenn Bewohner und Projektgruppe rechtzeitig ein Konzept darüber vorbereitet haben, was mit welchem Aufwand modernisiert werden soll (Modernisierungsstandard), welche Maßnahmen am wichtigsten sind (Prioritätsstufenkonzept), in welchem Ausmaß Selbsthilfe geleistet werden kann und wie die Finanzkraft der Bewohner bezogen auf eine lastengerechte spätere Miete eingeschätzt werden muß. Auch das Ziel des Statuswechsels von der Obdachlosigkeit zum Mieterdasein muß rechtzeitig mit

allen Konsequenzen diskutiert werden.

Im Fall des Wohngebiets Finken/Amselweg in Limburg war hier durch die Projektgruppe Sozialer Brennpunkt e.V. Limburg schon eine mehrjährige Vorarbeit geleistet worden, so daß hier nur noch Finanzierungsanträge an das Land gestellt werden brauchten. Die Bereitstellung von Landesmitteln beschleunigte in diesem Fall den kommunalpolitischen Entscheidungsprozeß zugunsten der Modernisierung erheblich. Die Mitbeteiligung der Bewohner und der Projektgruppe ist durch die Einrichtung einer gemischten Kommission aus Verwaltung und Betroffenen bzw. Projektgruppe gewährleistet.

Im Fall Gießen-Eulenkopf war diese Vorarbeit in diesem Umfang nicht gegeben, der zuständige Bauträger war auch nicht über die Aussicht einer Modernisierung eines Sozialen Brennpunktes, in dem ja eh nur "Problemfamilien" wohnen, erfreut. Da der Arbeitskreis beim Innenminister eine Modernisierung wenigstens einer der drei Brennpunkte in Gießen für dringend geboten hielt, konnte sich die Stadt dem Angebot des Landes und dem Votum der Projektgruppe nicht völlig entziehen. Dafür zog sie aber einen anderen Brennpunkt- gegenüber dem vom Land anvisierten - aus politischen Gründen vor: die Projektgruppe Eulenkopf, die dem Caritasverband angeschlossen ist, ist ihr lieber als Prozeßbegleiter als die selbständige Projektgruppe Margarethenhütte.

So ist es im Fall Gießen schwieriger, die Beteiligung der Bewohner rechtzeitig und ausreichend zu sichern. Hier wird eher für die Bewohner als mit ihnen gebaut und geplant.

Beide Vorhaben sind gerade begonnen worden. Eine Auswertung der Abläufe wird nach Abschluß der Maßnahmen Ende 1984 oder Anfang 1985 erfolgen. In beiden Fällen können viele Wünsche der Bewohner aufgrund der insgesamt doch recht mageren zur Verfügung stehenden Geldmittel nicht erfüllt werden. Aber angesichts sonst leerer Kassen, wirtschaftlicher Krise und Sozialabbau wollten die Betroffenen und die Projektgruppen auf dieses Geld nicht verzichten und ein Teil ihrer lange gehegten Ansprüche verwirklichen.

Auch zur Untersuchung über den Modernisierungsbedarf bei Wohnungen für Obdachlose in Hessen liegen noch keine Ergebnisse vor.

Wichtig war es, auch hierbei die Beteiligung der Bewohner durchzusetzen, damit dabei nicht eine realitätsferne "wissenschaftlich reine", Bedarfserhebung herauskommt. Diesem Gesichtspunkt ist dadurch Rechnung getragen, daß nicht nur bauliche Daten erhoben werden, sondern auch sozialplanerische.

Die Untersuchung gliedert sich in ihrer Anlage in einen bauplanerischen und einen sozialplanerischen Teil. Den ersteren bearbeitet das Architektenbüro Rittmannsperger in Darm-

stadt, den zweiten eine Arbeitsgruppe der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. Die Gesamtverantwortung trägt das Institut Wohnen und Umwelt in Darmstadt.

Die Untersuchung soll Klarheit darüber verschaffen,

- "welcher Modernisierungsbedarf bei der Unterbringung von Obdachlosen in Hessen genutzten Unterkunftsbeständen besteht und für welche Bestände eine Modernisierung nach dem vorgesehenen Landesprogramm infrage kommt,
- welche Versorgungs- bzw. Ausstattungsstandards für die Modernisierung zugrunde gelegt werden,
- welcher Kostenaufwand dafür erforderlich sein wird,
- welche Verfahren und Regelungen bei der Durchführung der Maßnahmen aus sozialer Sicht anzuwenden sind,
- welcher Bedarf an sozialer Infrastruktur besteht,
- welche investiven bzw. nichtinvestiven Kosten hierfür entstehen,
- wie die Maßnahmen auf örtlicher Ebene in ein integriertes Stadtentwicklungskonzept einbezogen werden können." (Voruntersuchung für ein Hessisches Landesprogramm zur Modernisierung von Obdachlosenunterkünften, S.2)

Nach intensiven Besuchreisen, durch hessische Städte und Gemeinden wurde nach Kriterien wie

- Gebäudeart (Notunterkünfte, Schlichtbauten, Altbauten etc.),

- Umfang und räumliche Verteilung der Unterkunftsbestände in der Gemeinde (Ghettoanlage, eingebundene Lage u.a.),
- Gemeindegröße,
- strukturräumliche und regionale Lage der Gemeinde

eine Auswahl von zehn Untersuchungsbeispielen getroffen, die für die jeweiligen Merkmale typische darstellen sollten, wobei sich die Kriterien bzw. Kategorien, Gebäudeart und räumliche Verteilung in der Gemeinde zu den eigentlich maßgeblichen entwickelten.

Die Untersuchung ist sehr umfassend angelegt. Sie erhebt die Sozialstruktur der Wohngebiete, die aktuelle Lage der Wohnungsversorgung (Wohnkosten, Belegung der Räume etc.), die baulichen Gegebenheiten (Grundrisse, bauphysikalischer Zustand etc.), den Zustand der Gemeinschaftseinrichtungen, den Zustand des Wohnumfeldes, die soziale Infrastruktur. Mit den Bewohnern sollen vor allem Einzel- und Gruppengespräche zu ihren bisherigen Wohn Erfahrungen sowie zu ihren Vorstellungen über eine mögliche Modernisierung und deren Durchführungsprobleme stattfinden. Am Schluß steht dann eine Kosten- und Finanzierungshochrechnung, die Grundlage für das weitere Landesprogramm sein soll.

Die Anlage dieser Untersuchung ist sicher für viele Fachleute nichts Neues, doch stellt sie m. E. die erste dieser Art auf Landesebene dar.

Alle Beteiligten hoffen, daß auf der Basis der Ergebnisse dieser Untersuchung, die Anfang 1985 vorliegen werden, kontinuierlich bauliche, infrastrukturelle und soziale Verbesserungen der Lebenssituation in den Sozialen Brennpunkten angekurbelt und erreicht werden können. Ein Versacken der Ergebnisse in den Schubladen der Ministerien soll verhindert werden. Aber das hängt natürlich auch von der Entwicklung der politischen Verhältnisse in Hessen ab. Inzwischen scheint die Bereitstellung weiterer Mittel zur Modernisierung einzelner Brennpunkte durch die offenbar länger stattfindende Zusammenarbeit zwischen SPD und Grünen gesichert. Ein Silberstreif am Horizont der Gemeinwesenarbeiter und der "Basis" gegenüber der dumpfen ablehnenden Wand der Verwaltungen und der Politiker.

**LAG-JUGENDBILDUNGSWERK:  
Bildungsarbeit mit Jugendlichen aus  
Sozialen Brennpunkten 1977-1985**

**Günter Pleiner**

Marokko-Blues (Auszüge)  
Text + Musik: Tune Up Band  
Margaretenhütte Gießen, 1983/85

Die Marokko sind acht Häuser/ganz  
am Rand von un'srer Stadt,  
die Marokko sind acht Häuser/ganz  
am Rand von un'srer Stadt.  
Ja ihr wißt schon, was ich meine  
und ihr wißt schon, wo's die hat,  
ja ihr wißt schon, was ich meine  
und ihr wißt schon, wo's die hat,  
denn wir singen den Marokko, singen  
den Marokko-Blues.

Ohne Arbeit, ohne Kohle/sehn die  
Jungen schon alt aus,  
ohne Arbeit, ohne Kohle/sehn die  
Jungen schon alt aus.

Zukunft kannste glatt vergesse,  
Zukunft hältste hier nicht aus,  
Zukunft kannste glatt vergesse,  
Zukunft hältste hier nicht aus.  
Ja wir singen jetzt den Stempel,  
singen jetzt den Stempel-Blues.

Klein-Marokko, Klein-Marokko rufen  
uns die Leute zu,  
Klein-Marokko, Klein-Marokko rufen  
uns die Leute zu,  
und das ist ein Scheiß-Gefühl, auf-  
falln mitten im Gewühl,  
und das ist ein Scheiß-Gefühl, auf-



falln mitten im Gewühl,  
ja wir singen den Marokko, singen den  
Marokko-Blues.

Schon seit Jahren reden wir/mit  
den hohen Herren hier,  
schon seit Jahren reden wir/mit  
den hohen Herren hier  
und sie haben viel versprochen und  
danach sich schnell verkrochen,  
und es ist noch nichts geschehn,  
darum müssen wir hingehn.

Un de tschuklo nascht de puri wie  
en nablo hinnerher,  
un de tschuklo nascht de puri wie  
en nablo hinnerher,  
Manisch pucke kann net jeder,  
manisch pucke is e Kunst,  
manisch pucke kann net jeder,  
manisch pucke is e Kunst.  
Ja mer singe jetz de tschuklo,  
singe jetz de tschuklo-Blues.  
Ja mer singe jetz de tschuklo,  
singe jetz de tschuklo-Blues.

**„Uns Jugendliche mit ihren  
Forderrungen und Problemen  
in der LAG ernstnehmen ...“**

**Etappen der LAG-Jugendbildungsarbeit  
1977-1985**

"Jetzt melden sich die Jugendlichen zu  
Wort!" (1977)

Anders als bei den kommunalen Jugend-  
bildungswerken in Hessen und anders  
als wohl auch bei den meisten sog.  
"freien" Jugendbildungsträgern, wird  
die Bildungsarbeit für Jugendliche aus

hessischen Sozialen Brennpunkten in  
der LAG nicht "von oben" eingesetzt,  
sondern - gleichsam "von unten" -  
Schritt für Schritt entwickelt und  
aufgebaut: Aktive Jugendliche aus  
einigen Siedlungen nehmen an LAG-  
Mitgliederversammlungen und Tagungen  
teil und entwerfen mit "Jugendarbei-  
tern" aus den Sozialen Brennpunkten  
erste Vorstellungen zur verstärkten,  
über das Vor-Ort-Geschehen hinaus-  
gehenden Zusammenarbeit im Rahmen  
der LAG.

Der Jugendclub Offenbach-Lohwald  
bringt diese Ausgangssituation 1977  
in einem Schreiben an die LAG-Ge-  
schäftsstelle zum Ausdruck:

An den Vorstand und an die Mitglieder-  
versammlung der LAG

Jetzt melden sich die Jugendlichen  
zu Wort!

Ich als jugendlicher Bewohner in einem  
sozialen Brennpunkt, muß feststellen,  
daß meine Interessen und Probleme bei  
der LAG so gut wie nicht vertreten  
sind. Die LAG sollte sich viel inten-  
siver mit den Aktivitäten befassen,  
die in vielen Jugendclubs und Jugend-  
initiativen in sozialen Brennpunkten  
laufen.

Ich als Jugendvertreter des Jugend-  
clubs Lohwald, würde es begrüßen, wenn  
wir durch die LAG unterstützt würden  
in der Kontaktaufnahme, im Informa-  
tionsaustausch und in der Zusammen-  
arbeit mit anderen Jugendlichen.

Das heißt auch regelmäßige Treffen abzuhalten, von Jugendlichen aus den verschiedenen Brennpunkten, das ist meines Wissens bisher noch nicht geschehen...

Die Jugend in den Sozialen Brennpunkten verkörpert die Zukunft, d.h. es liegt hauptsächlich an ihr ob das Problem der sozialen Randgruppen (wie man so schön sagt) weiter geduldig hingenommen wird, oder ob man sich wehrt und damit auseinandersetzt. In den Jugendlichen liegt die Kraft, die für die sozialen Auseinandersetzungen der Zukunft gebraucht wird. Auch können die Jugendlichen zukünftige Sozialarbeiter sein. Wir brauchen keine verbriefte und beglaubigte Ausbildung um unsere Probleme zu erkennen und ihre Lösung selbst in die Hand zu nehmen.

Eine Tatsache ist, daß das Jugendlichen aus den sozialen Brennpunkten am meisten unter den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen zu leiden haben. Man sehe sich nur die Arbeitslosigkeit an und die dadurch ständig anwachsende Kriminalisierung.

Wenn diese Schwierigkeiten nicht durch eine gezielte Jugendarbeit aufgefangen werden, wachsen sie uns bald über den Kopf. Das kann kein Sozialarbeiter allein aufhalten. Sozialarbeiter müssen die Jugendlichen mit ihren Forderungen und Problemen ernst nehmen, sie nicht leichtfertig beiseite schieben und unterdrücken. Partei für die Jugendlichen zu nehmen, das könnte

eine wichtige Funktion und Aufgabe der LAG sein, dadurch würde auch der Arbeit der interessierten Sozialarbeiter ein stärkerer Nachdruck verliehen...

Die LAG sollte, wenn der Vorstand eine neue Zusammensetzung hat (Vorstandstelle Jugendarbeit) eine eindeutige, ausführliche Konzeption zum Thema Jugendbereich erarbeiten, unter Hauptbeteiligung der Betroffenen.

Die LAG sollte zudem verstärkt auf Tagungen u.s.w. den Sozialarbeitern das Problem der Jugendlichen klar machen, oder was noch besser wäre, mehrmals im Jahr Tagungen zum Jugendbereich durchführen...

"Der Jugendarbeitslosigkeit in Sozialen Brennpunkten etwas entgegen setzen...!"

Die Mitarbeitertagung 1977 (Jugendhof Dörnberg)

Können die Möglichkeiten sozialer Arbeit den vielen verschiedenen Bedingungsfaktoren einer wachsenden strukturellen Arbeitslosigkeit, die Jugendliche aus Sozialen Brennpunkten vorrangig trifft und deutlich aus dem Arbeitsprozeß ausgrenzt, etwas - auf Dauer - Wirksames entgegensetzen?

Diese Frage steht im Mittelpunkt der Tagung von Jugendlichen und Mitarbeitern aus hessischen Sozialen Brennpunkten und bereits 1977 werden aus den Städten Gießen und Wiesbaden zwei

Ansätze vorgestellt, mit 'alternativen Organisationsformen Arbeitsmöglichkeiten für einige Jugendliche zu schaffen'.

### **Die Gießener Selbsthilfe (Margaretenhütte Gießen 1976-1978)**

#### Zur gegenwärtigen Situation

Die GSH ist eine von derzeit fünf, seit langem arbeitslosen Jugendlichen der Margaretenhütte in Eigenregie betriebene Einrichtung, in deren Rahmen Transporte, Entrümpelungen, Umzüge, Gebrauchtmöbelverkauf u.ä. durchgeführt werden. Sie besteht inzwischen - gegründet im Oktober 1976 - mit wechselnder Besetzung nahezu ein Jahr. Die Projektgruppe Margaretenhütte betrachtet die GSH als eine sozialpädagogische Maßnahme, in der

- arbeitslose und nur schwer vermittelbare Jugendliche der Siedlung verschiedene Grundqualifikationen erlernen können,
- jugendliche Sozialhilfeempfänger ihr Taschengeld aufbessern können,
- arbeitslose Jugendliche sinnvolle und regelmäßige Beschäftigung finden.

Unter diesen Zielsetzungen wurde die GSH bei ihrer Gründung auch vom Sozialamt Gießen unterstützt. (vgl. Presse).

Zur Zeit ist die begonnene und durchaus erfolgversprechende Arbeit der GSH stark gefährdet:

- 1.) Das Finanzamt meldet Steueran-

sprüche an.

- 2.) Die in der GSH tätigen Jugendlichen sollen trotz ihrer regelmäßigen Arbeit in der Selbsthilfe z.T. durch Arbeit auf Friedhöfen ihre Arbeitswilligkeit vor dem Sozialamt nachweisen.
- 3.) Die GSH-Jugendlichen beginnen angesichts der fehlenden Unterstützung durch die Behörden in Resignation zu verfallen. Das Projekt GSH ist damit akut in Gefahr.
- 4.) Immer dringlicher wird die Notwendigkeit, einen hauptamtlichen Sozialarbeiter, in der GSH zu beschäftigen, der den Jugendlichen als Berater bei den häufig auftretenden Konflikten und Schwierigkeiten mit Verwaltungsangelegenheiten zur Seite steht und den Selbsthilfeansatz stabilisieren hilft.

### **Modell „Dreisprung“, Wiesbaden (1976)**

Das Modell "DREISPRUNG" wendet sich an die Zielgruppe: 'arbeitslose Jugendliche mit und ohne Schulabschluß' und will in drei Etappen bis zum Facharbeiterbrief (Vollqualifikation) führen.

Wir wenden uns also an Jugendliche, die sozial als gescheitert angesehen werden.

Kann man bei arbeitslosen Jugendlichen mit Hauptschulabschluß immer noch davon ausgehen, daß sie zum

großen Teil nur zeitweise arbeitslos sind, so ist bei den Jugendlichen unserer Zielgruppe die Tatsache schon heute unabweisbar, daß sie lebenslang arbeitslos bleiben werden, Zu den Arbeitslosen zählen wir alle, die keine Gelegenheit zu regelmäßiger Arbeit haben. Bei diesen Jugendlichen liegt die letzte Chance erfolgreicher gesellschaftlicher Intervention un-mittelbar nach der Schulzeit. In der Schule wurden sie immerhin noch institutionell erreicht. Geschieht jetzt nichts, wird man diese Jugendlichen abschreiben können.

#### PROJEKTZIEL

Das Modell "DREISPRUNG" soll über einen Gesamtzeitraum von drei bis vier Jahren laufen.

Es ist unterteilt in drei Etappen, die jeweils als vollgültige Abschlüsse angesehen werden können, so daß den Jugendlichen ein überschaubares Fernziel angeboten werden kann.

Das erste Jahr ist als Förderkurs zur Erlangung der Berufsreife organisiert, wobei die Möglichkeit geschaffen werden soll, daß am Ende auch ein Hauptschulabschluß gemacht werden kann.

Im zweiten Jahr, der Grundstufe, soll eine Teilqualifikation vermittelt werden.

Das dritte und vierte Jahr oder die

Fachstufe schließt mit der Facharbeiterprüfung ab (=Vollqualifikation).

#### Bedingungen und Vorteile des Modells "DREISPRUNG"

- Teilnehmer dürfen nicht länger als 2 Jahre aus der Schule entlassen sein, um Aussicht auf Durchhalten der Maßnahme noch nicht verlernt zu haben.
- 'Nachsicht' bei Verstößen gegen die Arbeitsdisziplin, damit kein, von vielen Jugendlichen gefürchtetes, hierarchisches Klima aufkommt.
- Attraktive Verknüpfung von Freizeit und Arbeit. Keine sture Arbeitszeit und fachnahe Beschäftigung mit Hobby's, z.B. Mofa-Reparaturen.
- Bildung einer Gruppe in Arbeit und Freizeit, um durch Gruppendruck auch notwendige Leistungsmotivation zu erreichen.
- Die Ausbildung der letzten zwei Jahre in Betrieben wird für Kleingruppen gesichert. (Z.B. bei den Stadtwerken). Allerdings fällt hier die pädagogische Betreuung wieder in die Freizeit zurück. Es sei denn, es werden mit den Betrieben Extra-Abmachungen getroffen.

"Zwischen Disco und Arbeitsamt":  
Zur Situation der Jugendlichen in  
hessischen Sozialen Brennpunkten  
Jugendtagung April 1978 (Jugendhof  
Dörnberg)

Jugendliche und Mitarbeiter versuchen während einer weiteren 'Jugendtagung', anhand eigener Erfahrungen die vor Ort bestehende Situation zu beschreiben - und nennen z.B. folgende Schwerpunkte und Ansatzpunkte bei der Jugendbildungsarbeit:

- Arbeitslosigkeit/drohende Arbeitslosigkeit
- Schulunlust - Perspektivlosigkeit
- Mädchen Putzfrau  
Kinderbetreuung  
Prostitution
- Jungen Schrotteln  
Zwangsarbeit  
Sozialamt
- finanzielle und soziale Belastung der Familien
- Verstärkung innerfamiliärer Konflikte
- Kriminalität - individuelle Problemlösungsversuche
- Diskriminierung und Stigmatisierung

Ausgangssituation der Jugendlichen

- geringe Qualifikation
- "schlechte" Vorbilder (Lernen parasitärer Lebensformen)
- Zunehmender Realitätsverlust ("mal was Großes machen wollen")

Als entsprechende Angebote und Medien im Rahmen von außerschulischer Jugendarbeit werden aufgeführt:

Sport:

Fußball, Kegeln, Tischtennis, Schwimmen, Hallensport, Angeln, Schlittschuhlaufen.

Offene Angebote:

Disko, Filmabende, (Spielfilme, z.T. Problemfilme, z.B. Arbeitswelt), Fernsehen, Kicken, Basteln, Batiken, Feten, Grillen, Wochenendfreizeiten, Kochen, Besuche anderer Jugendzentren, Clubzeitung, Holzwerkstatt (Möbelbau), Spielabende, Quiz- oder Musikabende, Besuch kultureller Veranstaltungen (Wallraff, Theater etc.) Planung von Jugendräumen und Ausgestaltung.

Feste Jugendgruppen:

Mädchengruppen, Junge-Müttergruppen, AK-Jugendkriminalität (Besuche von Gefängnissen. Briefwechsel mit Inhaftierten, Gespräche mit Richtern), Mediengruppe: z.B. Hörspiel, Filmgruppe: Aussuchen von Filmen, Hausaufgabengruppe.

Mitbestimmungsformen:

Jugendversammlung, Jugendrat, Delegationen zum Trägerverein oder in den Stadtjugendring.

Selbstorganisation:

Ausbildung von Jugendfreizeitgruppen zur Herstellung von Ausweisen, Emblemen etc., Clubvorstand

zur Organisation der Disko und Verwaltung.

Kooperation:

VHS (Kurse für Arbeitslose), Arbeitsamt z.B. ABM in Offenbach, Internationaler Bund für Sozialarbeit, Berufsförderungswerk, Kurse für Berufsunreife.

Als Zielsetzungen der Jugendarbeit in Sozialen Brennpunkten werden 1978 genannt:

- Befähigung zur Wahrnehmung von Rechten am Arbeitsplatz
- Förderung der Schulbildung, Hauptschulabschluß
- Hilfestellung und Beratung bei Arbeits- und Ausbildungsplatzsuche
- Schaffung von Jugendwohnheimen für obdachlose Jugendliche/Konflikte mit den Eltern
- Verbesserung des Kommunikationszusammenhangs zur Arbeiterjugendbewegung
- Wahrnehmung der Mitbestimmungsmöglichkeiten in vorhandenen Gremien

**„In die Arbeitslosigkeit hineingeboren ...“**

Das 1. zentrale Jugendtreffen 1978  
(Jugendhof Dörnberg)

Mehr als 100 Jugendliche aus hessischen Sozialen Brennpunkten nehmen am 1. zentralen Jugendwochenende der LAG im Jugendhof Dörnberg teil. Neben sportlichen Veranstaltungen und gemeinsamen Festen steht erneut das Thema "Arbeitslosigkeit" im Vordergrund der Diskussion verschiedener Arbeitsgruppen.

Arbeitsgruppe: Arbeitslosigkeit

Viele bei uns im "Lohwald" sind arbeitslos, aber das ist auch kein Wunder. Bei unserer Geburt schon werden wir in die Arbeitslosigkeit hineingeboren.

Schon in der Schule werden wir als unfähig abgestempelt und an den Rand geschoben. Keiner macht sich die Mühe, uns zu helfen, damit wir unsere Fähigkeiten herausfinden und entwickeln können.

Arbeit, das begreifen wir nicht als einen Teil unseres Lebens und unserer Person, denn daß der Beruf freige wählt werden kann, nach Fähigkeit und Interesse ist sowieso eine Lüge, auch andere können da nicht frei wählen, und wir schon gar nicht.

Wenn wir arbeiten, dann nur um Geld zu verdienen, weil wir eben auch leben müssen. Bei der Drecksarbeit, die wir bekommen, ist es auch nur der Lohn,

der uns das alles aushalten läßt. Viele hören schon nach ein paar Monaten wieder auf. Nach außen sieht das dann wie Faulheit aus, das ist klar. Wir würden gerne arbeiten, wenn es eine Arbeit gäbe, die uns nicht einzwängt sondern danach fragt, was wir können.

Aber die Fabrikanten interessiert nur, ob wir funktionieren. Es ist das gleiche wie in der Schule, wer da nicht funktioniert hat, wurde rausgeworfen.

Da ist die Frage - sollen wir uns anpassen und uns verleugnen und verraten, bloß wegen einem Arbeitsplatz, bloß weil man uns dann für mehr Wert hält? Wenn man uns eine Grundlage geben würde, könnten wir uns selbst Arbeit organisieren. Wir sind z.B. perfekte Automechaniker, können alle Mopeds reparieren, wir können Fernseher und Radios reparieren, Wohnungen renovieren und noch vieles mehr. Aber wir dürfen das nicht ausführen, wir müssen uns eingliedern, selbständig sollen wir nicht werden.

#### Arbeitsgruppe: Konflikte am Arbeitsplatz

Die Jugendlichen, die bei uns arbeiten, tun das meistens in Fabriken oder auf Baustellen. Manche sind versichert, aber die meisten arbeiten schwarz, vor allem die Mädchen bei Putzkolonnen.

Die, die schwarz arbeiten, sind zwar ohne Kranken- und Unfallversicherung, haben aber die Möglichkeit aufzuhören, wenn es ihnen zu viel wird. Sie

sind auch oft mit anderen zusammen. Wer regulär arbeitet steht unter einem unheimlichen Druck. Einmal soll er froh sein, daß man 'so einen' überhaupt beschäftigt, wenn einer aus dem Knast kommt, ist das noch schlimmer. Zum anderen muß er dauernd Katz und Maus spielen. Damit die Kollegen überhaupt mit ihm reden und ihn ernst nehmen und akzeptieren, muß er sein Herkommen entweder ganz verbergen oder aber er muß ein Märchen erfinden und sich so geben, als ob er etwas 'besseres' wäre. Heuchelei ist also an der Tagesordnung wenn einer aus der Haft entlassen ist, kann er bei diesem Spiel, weil er sowieso schon verunsichert ist, draufgehen. Immer müssen wir Angst haben, daß man die Wahrheit über uns erfährt und wir dann diffamiert werden. Es ist schon oft geschehen, daß einer, nur weil er aus dem 'LOHWALD' war, als Klauer verdächtigt worden ist. Oder man sagt: 'Die Kerle können doch nichts', und vor lauter Aufregung machen wir dann alles verkehrt, in der Fabrik stehen - acht Stunden lang - ist schon schlimm genug, wenn dann zusätzlich noch so ein Druck dazu kommt, ist alles aus. Die Arbeiter sind auch Spießer, die meinen, sie wären, bloß weil sie woanders wohnen, schon etwas besseres, es gibt auch bei uns in der Siedlung Leute, die sich besser vorkommen, weil sie regelmäßig arbeiten und kein Geld

vom Amt brauchen und nicht klauen gehen.

Es ist leicht, uns als Faulenzer zu beschimpfen. Aber wer die Schwierigkeiten erleben könnte, die wir haben, wenn wir arbeiten, der würde begreifen, weshalb wir es lieber bleiben lassen.

**„Die Mitgliederversammlung möge beschließen ...“  
Das Thema „Jugend in der LAG-Mitgliederversammlung“ (Eschwege 1979)**

Während der LAG-MV 1979 in Eschwege wird der folgende Antrag auf Einrichtung sog. "ständiger Arbeitsgruppen" für die Bereiche

SOZIALHILFE

GEMEINWESENARBEIT

ARBEITSLOSIGKEIT

WOHNEN UND MIETEN

NEUDEFINITION SOZIALER BRENNPUNKTE

JUGENDLICHE

angenommen:

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Um die inhaltliche Arbeit der LAG zu verbessern und wesentliche Probleme der Arbeit auf breiterer Basis diskutieren und bearbeiten zu können, werden ständige Arbeitsgruppen eingerichtet.

Aufgabe dieser Arbeitsgruppen ist die Beschaffung und Auswertung von Materialien und Informationen sowie die Planung und organisatorische Vorbe-

reitung von Aktivitäten in ihren Arbeitsbereichen. Die dazu nötigen finanziellen Mittel sind von der LAG zur Verfügung zu stellen.

Die Arbeitsgruppen sollen sich mindestens einmal im Monat treffen und zwar reihum in den mitarbeitenden Projekten. Die dabei entstehenden Kosten sind von der LAG zu tragen.

Um die Probleme konkret angehen zu können, ist die Mitarbeit von Bewohnern erforderlich. Dies muß durch die Gruppenorganisation sichergestellt werden.

Die Arbeitsgruppen sollten mindestens 5 und höchstens 8 Mitarbeiter haben und sich einen Sprecher wählen, der mit beratender Stimme an den Vorstandssitzungen der LAG teilnimmt.

Begründung und Erläuterung:

Bereits schon bisher wurden bei wichtigsten Problemen und aktuell zu lösenden Fragen Arbeitsgruppen oder Kommissionen gebildet. Dies wird auch zukünftig erforderlich sein. Unabhängig davon hat sich jedoch gezeigt, daß in einigen wichtigen Fragen eine ständige und intensive Arbeit geleistet werden muß. Dies kann nur ungenügend durch die Geschäftsstelle bzw. den Vorstand erfolgen.

Um diese Arbeit besser leisten zu können, ist es unbedingt erforderlich, daß sich mehr Bewohner als bisher daran beteiligen. Ihre Erfahrungen und Vorstellungen tragen hauptsächlich dazu bei, daß die Grup-

penergebnisse auch in praktisches Handeln umgesetzt werden können. Indem durch die Organisation und finanzielle Ausstattung der Arbeitsgruppen speziell auf die Möglichkeiten der Bewohner Rücksicht genommen wird, sind sie wahrscheinlich auch eher bereit und in der Lage sich an den Arbeitsgruppen zu beteiligen. Eine Mitarbeit von haupt- und nebenamtlichen Projektmitarbeitern sollte dadurch sichergestellt werden, indem die betreffenden Projekte diese dafür freistellen. In Anbetracht unserer finanziellen und personellen Möglichkeiten ist die Anzahl dieser Arbeitsgruppen auf zentrale Aufgaben beschränkt. Um inhaltlich arbeiten zu können, ist die Festlegung der angegebenen Mindest- und Höchstmitgliederzahlen erforderlich. Die Mitglieder sollten aus unterschiedlichen Projekten kommen und können sich am besten nur an einer Arbeitsgruppe beteiligen.

#### "Sport, Musik, Mädchengruppen, Arbeitslosigkeit..."

Die überregionale Jugendbildungsarbeit der LAG erhält Struktur (1979-1981)

Während verschiedener überregionaler Wochenendveranstaltungen kommen Jugendliche aus Sozialen Brennpunkten zusammen und setzen sich mit verschiedenen Themen auseinander. Als Beispiele seien in diesem Zusammenhang die Bereiche "Mädchengruppen", "Sport" und "Musik" durch Texte verschiedener Mitarbeiter beschrieben:

- A. Mädchengruppen (Marion Lange, Darmstadt-Rodgaustraße)
- B. Sport ( Jürgen Vieth, BSF-Marburg)
- C. Musik (Günter Pleiner, LAG)

#### **„Die Jugendbildungsarbeit in den Hessischen Sozialen Brennpunkten intensivieren ...!“ Die Einrichtung des Jugendbildungswerkes in der LAG Hessen (1981)**

Die Arbeit der AG-Jugend ist ab etwa 1980 auch von folgender Fragestellung geprägt:

Wie kann die überörtliche Jugend- und Bildungsarbeit im politischen, kulturellen und sozialen Bereich der LAG inhaltlich, organisatorisch und finanziell intensiviert werden?

Durch Beschluß der Mitgliederversammlung und Satzungsänderung Ende März 1982 und in Gesprächen mit dem Kuratorium für Jugendbildung des Landes Hessen und dem Hessischen Jugendring werden organisatorische Vorbereitungen getroffen, durch einen Antrag als "sonstiger Träger außerschulischer Jugendbildung" (Hessisches Jugendbildungsförderungsgesetz) die überörtliche Jugendarbeit und Jugendbildungsarbeit auszuweiten (Schaffung eines LAG-Jugendbildungswerkes).

D.h. es geht nun um den organisatorischen, finanziellen und personellen Ausbau der LAG-Jugendbildungsarbeit im Sinne des Hessischen Ge-

setzes "Zur Förderung der außerschulischen Jugendbildung" (Jugendbildungsförderungsgesetz) in der Fassung vom 05.06.1981 (Nr. 12 - Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen, Teil I - 16. Juli 1981).

Nachdem die LAG als sog. "freier Träger" der hessischen Jugendbildung durch das Hessische Sozialministerium anerkannt ist, kann zum 1.1.1984 das "LAG-Jugendbildungswerk" eingerichtet werden. Erster hauptamtlicher "Jugendbildungsreferent" wird, unterstützt durch eine Verwaltungs-Halbtagskraft, Dipl.-Päd. Michael Palcovich. Seit 1.5.85 ist Dipl.-Päd. Günter Pleiner Nachfolger von M. Palcovich, der seither im Rahmen des LAG-Existenzsicherungsprojekts ("Beratung") mitarbeitet.

Bereits 1983 hatten Mitarbeiter aus verschiedenen Projekten und einige Jugendliche Zielsetzungen für die "überregionale Jugendbildungsarbeit im LAG-Jugendbildungswerk entwickelt, die bis heute verfolgt werden:

Ausgangslage für unser Bildungsangebot bilden die in der örtlichen Arbeit verschiedener unterversorgt gehaltener Wohngebiete erkannten und benannten sozio-ökonomischen, kulturellen und gesellschaftspolitischen Problem-, Bedürfnis- und Interessenlagen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen (etwa: Schule und berufliche Qualifikation; Wohn-, Familien- und Existenzbedingungen in Sozialen Brennpunkten; gesellschaftliche Integration und Ausgrenzung von Randgrup-

pen, demokratische Interessenartikulation und -durchsetzungsmöglichkeiten und benachteiligte Bevölkerungsgruppen; gesellschaftliche Normen und soziale Identität; Ursachen und Folgen von Armut und Obdachlosigkeit; Probleme mit Schule, am Arbeitsplatz, mit Eltern und Nachbarn, in Jugendclubs; Suchtgefahren, Sexualität und zwischenmenschliche Beziehungen usw.).

Auf überörtlichen und gruppenübergreifenden Bildungsveranstaltungen sollen mit situationsgerechten didaktischen und medialen Methoden Jugendliche aus Sozialen Brennpunkten

- \* befähigt werden, im Rahmen der vor Ort stattfindenden integrierten Gemeinwesenarbeit einen Beitrag zum Abbau bestehender Benachteiligungen in den Sozialen Brennpunkten zu leisten;

- \* die Möglichkeit gegeben werden, die Einsicht in ihre Problem- und Interessenlage als Bewohner Sozialer Brennpunkte und deren gesellschaftliche Bedingtheit zu erweitern und zu vertiefen. Gleichzeitig sind sachgerechte, soziale und demokratische Artikulations- und Handlungsmöglichkeiten aufzugreifen, aufzuzeigen bzw. Handlungsschritte einzuüben, um sie zu einer aktiven und solidarischen Interessenwahrnehmung und Gestaltung ihrer Lebensperspektiven und sozialen und politischen Umwelt zu befähigen;

- \* ihnen Kontakte zu anderen gesellschaftlichen Gruppen und Verbänden eröffnet werden, um die Isolation und Stigmatisierung der Sozialen Brennpunkte zu durchbrechen und Jugendlichen neue Erfahrungen zu ermöglichen.

Diese Veranstaltungen sind durch den Jugendbildungsreferenten der LAG in

Zusammenarbeit mit örtlichen Mitarbeitern und aktiven Jugendlichen zu konzipieren und grundlegend an den Bedürfnissen (Erwartungen) und Erfordernissen (Interessen) der Jugendlichen auszurichten.

Außerdem sind durch überörtliche Fachseminare, Fortbildungsveranstaltungen und ständige Arbeitsgruppen zu einzelnen Problembereichen die Kenntnisse und Fertigkeiten von aktiven Jugendlichen und Mitarbeitern (Multiplikatoren/Teamer/in) sowohl für die örtliche Jugend(bildungs)arbeit als auch für die überörtliche Jugendbildungsarbeit zu verbessern und fortzuentwickeln; sowie ein Fachberatungs- und Supervissionsangebot für die Jugendarbeit in den Siedlungen anzubieten. Derartige Multiplikatoren in Sozialen Brennpunkten sind haupt-, neben- und ehrenamtlich arbeitende Sozialarbeiter/Sozialpädagogen, Erzieher, Praktikanten, Stud. Mitarbeiter/innen (alle meist älter als 25 Jahre) und aktive Jugendliche/junge Erwachsene.

Allgemeine Ziele der Multiplikatoren-schulung sind, ihnen:

- regelmäßigen Erfahrungsaustausch zu gewährleisten;
- sie bei Problemen und Konflikten in ihrer Arbeit zu beraten;
- sie durch die Vermittlung fachlicher und methodischer Informationen weiterzuqualifizieren;
- Anleitung zur Reflexion und zu einer besseren Transparenz der Arbeit zu kommen zu lassen;
- traditionelle Inhalte der Sozialarbeit/Sozialpädagogik der Jugend(bildungs)arbeit in Sozialen Brennpunkten mit ihnen zu überprüfen und

ggf. neue Formen (z.B. innovative Versuche arbeitsweltbezogener Jugendarbeit) herauszuarbeiten und auf Anwendbarkeit zu untersuchen;

- mit ihnen die Problemlage und das soziale Umfeld zu analysieren bzw. zu beschreiben und Entwicklungstendenzen gesellschaftlicher Art und deren Auswirkungen frühzeitig zu erfassen.

Bei den Veranstaltungen des LAG-Jugendbildungswerkes ist eine enge Kooperation mit Trägern der außerschulischen Jugendbildung in Hessen angestrebt. Erfahrungen und Modelle des LAG-JBW sollen den Trägern zur Verfügung stehen.

Als Veranstaltungsformen sind zu nennen:

- Projektbesuche/-kontakte vor Ort zur Unterstützung von Jugendinitiativen
- Örtliche, regionale und landesweite Arbeitstreffen, Seminare und Wochenend-/Wochenlehrgänge mit Jugendlichen
- Schriftliche Anleitungen, Infos, Arbeitsmaterialien für die örtliche und überörtliche Jugend(bildungs)arbeit/Lehrgänge im Rahmen von Bildungsurlaub (mittelfristig)
- Organisation kollegialer Beratung
- Fortbildungsveranstaltungen (nach Bedarf und Finanzen) für haupt-, neben- und ehrenamtliche Mitarbeiter in der örtlichen Jugend(bildungs)arbeit und Jugendliche
- Jugendbildungsbeirat
- Kontinuierliche Fachgruppensitzungen unter Beteiligung von Fachrefe-

renten anderer Bildungsträger, etc. Analog heißt in § 1 des Hessischen Jugendbildungsgesetzes v. 5.6.1981 zu den Zielen der außerschulischen Bildungsarbeit:

(1) Der Inhalt der außerschulischen Jugendbildung richtet sich nach den Bildungsbedürfnissen der Jugendlichen.

(2) Zielsetzung der außerschulischen Jugendbildung ist es, die Jugendlichen zu befähigen, ihre persönlichen und sozialen Lebensbedingungen selbst zu erkennen, ihre gesellschaftlichen Interessen durchzusetzen und die Demokratisierung in allen Bereichen zu verwirklichen. Dazu haben die Veranstalter der außerschulischen Jugendbildung die Aufgabe, den Teilnehmern ihrer Veranstaltungen Möglichkeiten zur Emanzipation zu eröffnen und ihnen die Aneignung von Kenntnissen und Fähigkeiten für Arbeitswelt, Freizeit und gesellschaftliche Tätigkeit zu ermöglichen. Die Bildungsangebote richten sich an alle jungen Menschen bis zur Vollendung des fünf- undzwanzigsten Lebensjahres.

"Durchgeführt wurden..." -

AUS DEM TÄTIGKEITSBERICHT DES LAG-  
JUGENDBILDUNGSREFERENTEN 1984

(Auszüge)

Zur Situation der Jugendlichen

Durchschnittlich die Hälfte der Bewohner in Sozialen Brennpunkten sind Kinder/Jugendliche und junge Erwachsene im Alter bis 25 Jahre.

Viele von ihnen kommen aus kinderreichen oder sog. "unvollständigen" Familien (Alleinerziehende).

Trotz aller Anstrengungen und Innovationen früherer Jahre ist das Leben dieser Jugendlichen weiterhin bestimmt durch:

- sehr beengte und bausubstanziell häufig schlechte Wohnungen,
- geringe materielle Ressourcen ihrer Familien,
- die besonderen Strukturbedingungen einer öffentlich-rechtlichen und behördlich verwalteten Wohnumwelt,
- gesellschaftlicher Diskriminierung, räumliche und soziale Ausgrenzung,
- häufige und frühzeitige Überführung in Sonderschulen, oft mehr aus sozialen, denn aus intellektuellen Schwierigkeiten,
- hohe Arbeits- und Erwerbslosigkeit und damit verbundene Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen,
- fehlende kurz- und langfristige Lebensperspektiven.

Diese Bedingungen führen oft zur frühzeitigen Störung der familiären und schulischen Sozialisation, chronischer Existenzunsicherheit und selbstzerstörerischer Resignation, - etwa im beruflichen Sektor - und behindern die beruflichen und sozialen Entfaltungsmöglichkeiten.

Wir stellen fest, daß das Problem der Jugendarbeitslosigkeit und Berufsnot in Sozialen Brennpunkten Hessens den bundesweiten Durchschnitt

(Veröffentlichungen der Bundesanstalt für Arbeit) weit übersteigt.

Regional unterschiedlich sind zwischen 50 und 80% der Jugendlichen und jungen Erwachsenen (beiderlei Geschlechts) ohne existenzsichernden Arbeits- oder beruflichen Ausbildungsplatz.

Das betrifft vor allem: (Deutsche und Ausländische)

- männliche und weibliche Jugendliche mit oder ohne Hauptschulabschluß/ mit Sonderschulabschluß;
- Schulabbrecher; Analphabeten;
- Haftentlassene;
- Suchtmittelabhängige, -gefährdete;
- Jungmütter (ab 15 Jahren).

Daran haben 10. Schuljahr oder isolierte berufsvorbereitende Maßnahmen (Eingliederungs-, Förder-, Grundausbildungs-Lehrgänge) nichts ändern können...

#### Schwerpunkte des Jugendbildungswerks

Die Arbeit des JBW der LAG baut auf den beschriebenen Ausgangslagen/Interessenlagen/örtlich vorgefundenen Strukturen auf. Die als Teamer Mitarbeiter/innen der örtlichen Jugendarbeit gewährleisten dabei die Nähe zum sozialen Lernbereich der Jugendlichen und den persönlichen Kontakt (Beziehungsarbeit) sowie die Einbeziehung der Alltagsrealität in Fragen nach möglichen Lösungsperspektiven und praktischen Handlungsansätzen.

Die notwendige inhaltliche Anbindung an die örtliche Jugendarbeit als unabdingbare Voraussetzung für die sinnvolle Jugendbildungsarbeit mit emanzipatorischem Anspruch, reduziert die Funktionen des LAG-JBW stärker auf Initiativ- und/oder Unterstützungsfunktion.

Die inhaltlichen Schwerpunkte örtlicher Jugend(bildungs)arbeit:

- Integration in die Arbeitswelt/ Berufsnot ergänzt um individuelle Hilfen bei Schulproblemen/Arbeitslosigkeit/Familienkonflikten und individuellen Fluchttendenzen (Alkohol, Jugendkriminalität/Gewalt, Orientierung zu Rechtsradikalen...)
- Mädchenarbeit (meist nur durch neben- oder ehrenamtliche Kräfte)
- Sozio-kulturelle Bildungsarbeit
- Sport- und Freizeitorientierte Arbeit/Werkangebote
- Jugendarbeit als GWA, Bewußtmachung gesellschaftlicher Widersprüche und Hintergründe, Ent-/ Weiterentwicklung demokratischer Strukturen und solidarischer Verhaltensweisen
- Zusammenarbeit mit anderen Jugendlichen/Jugendclubs aus Sozialen Brennpunkten innerhalb und außerhalb des LAG-JBW
- Mitarbeit in der ständigen AG-Jugend des LAG-JBW und als Teamer/in
- Öffnung zu kommunalen Jugendbildungsträgern (Bsp. Gießen) und Jugendverbänden (Bsp. Hess. Sportjugend) über das LAG-JBW.

Punktuelle Ansätze, wie sie Wochenend- und Wochenveranstaltungen u.a. darstellen, (gleichzeitig sind sie die Voraussetzung zur Zusammenführung von Jugendlichen mit ähnlichen Problemlagen, zum intensiven Erfahrungsaustausch und solidarischer Unterstützung sowie Ausgangspunkt, um

Kontakte zu anderen gesellschaftlichen Gruppen und Verbänden herzustellen), und die dort entwickelten Handlungsmöglichkeiten wurden im Rahmen örtlicher Ansätze im schulischen, beruflichen und außerschulischen Bereich ent- und weiterentwickelt.

Dabei kam dem JBR die Aufgabe zu,

- die Zielgruppen (weitere Jugendclubs/Jugendliche) formell und inhaltlich zu erweitern,
- den organisatorischen und finanziellen Rahmen und deren Abwicklung zu gewährleisten,
- beratend und qualifizierend tätig zu werden,
- inhaltliche Verbindungslinien aus der Jugendbildungsarbeit der vergangenen Jahre in die Zukunft zu verlängern,
- die Basis und Motivation für überörtliche Interessenvertretung, aufbauend auf örtlich vorhandene Strukturen, zu stärken und zu organisieren,
- gesellschaftliche Entwicklungen (Daten) und Jugenddiskussionen aufzubereiten und daraus mit Jugendlichen geeignete Lebensperspektiven zu entwickeln.

#### a) Schwerpunkt: Arbeitswelt

Im Rahmen der kontinuierlichen Arbeitsgruppensitzungen der AG-Jugend (Arbeitsgemeinschaft für überörtliche Jugendarbeit und Jugendbildung) wurde zum einen über die Integration ar-

beitsloser Jugendlicher und junger Erwachsener in den Arbeitsmarkt und über 'Selbsthilfen als Lebensperspektiven' diskutiert. Die Diskussion um Arbeit und Ausbildung für Jugendliche führte zur Erstellung verschiedener Konzeptionen arbeitsweltbezogener, siedlungsnaher Selbsthilfe- und Ausbildungsprojekte einzelner LAG-Mitgliedseinrichtungen.

Die AG-Jugend unterstützte diese Ansätze durch systematische Beratungen und Versuche, derartige Projekte einer Finanzförderung und Trägerschaft zugänglich zu machen. Dem JBW kam weiterhin die Funktion zu, innerhalb der AG-Jugend und mit Jugendlichen gemeinsam Möglichkeiten und Grenzen von Handlungsperspektiven im Arbeits- und Ausbildungsbereich zu entwickeln:

- Arbeitsgemeinschaft - Jugendarbeitslosigkeit Offenbach  
begleitende Bildungsveranstaltungen zu einem ABM-Programm mit primär Jugendlichen aus Sozialen Brennpunkten
- Wochenseminar: Theater und Rollenspiel zum Thema: Arbeit - "Freizeit" - Schule
- Rechte und Pflichten des Arbeitnehmers/Arbeitgebers und Besonderheiten von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
- Multiplikatorenveranstaltungen (AG-Jugend) zur Arbeitslosigkeit: Inhaltliche, organisatorische und finanzielle Möglichkeiten für Qualifikations-, Ausbildungs- und Arbeitsprojekte mit jugendlichen und jungen Erwachsenen in verschiedenen Stadtteilen.
- Kooperation mit der HSJ: Thema: Maloche und Sport  
Seminar der Hess. Sportjugend

b) Schwerpunkt: Identifikations-  
findung junger Frauen

Ausgangspunkt für eigenständige Mädchen- und Jungmütterseminare bildet die besondere Lebenssituation (s.o.) der Mädchen in den Sozialen Brennpunkten (Ausgrenzungsprozesse aus dem Arbeitsmarkt) und der hohe Anteil alleinerziehender Mütter bzw. der "Jungmütter" in einzelnen Siedlungen.

Marion Lange, Sozialarbeiterin im Jugendhaus Darmstadt-Messeler Str., beschreibt an anderer Stelle die "Situation der Mädchen im Sozialen Brennpunkt" (Jahresbericht 1984):

"Die Situation der Mädchen im Sozialen Brennpunkt spiegelt im extremen Maß die Rolle der Frauen in unserer Gesellschaft wider. Noch selbst im Kindesalter müssen sie häufig in der Familie die Funktion der Mutter übernehmen, sei es, für die Familie zu kochen und zu putzen oder die Erziehung der jüngeren Geschwister zu übernehmen. Die zum Teil erst zwölfjährigen Mädchen sind mit diesen Aufgaben völlig überfordert und haben für ihre eigene persönliche Entwicklung kaum eine Möglichkeit. Innerhalb der Familie sind sie isoliert. Freiräume, in denen sie ein eigenes Selbstverständnis und Selbstvertrauen entwickeln und erproben können, bieten sich nur selten. Im Gegenteil, in der Familie und außerhalb erleben sie, daß den Jungen eine größere Beachtung geschenkt

wird, als ihnen. Sie erfahren täglich, daß sie noch Arbeiten im Haus erledigen müssen, während die Brüder ihren Interessen nachgehen können; sie müssen in der Regel abends früher zu Hause sein oder dürfen überhaupt nicht außer Haus. Auch der Besuch des Jugendzentrums in der Siedlung wird ihnen häufig untersagt.

Wenn es um die schulische oder berufliche Entwicklung der Mädchen geht, wird diese hinter die der Jungen ersteinmal zurückgestellt, um deren Perspektiven die Familie besorgt ist. Die Mädchen brauchen in den Augen vieler Eltern keine Berufsausbildung, da sie ja "sowieso später heiraten sollen und einen Haushalt zu versorgen haben." Somit haben die Mädchen in vielem die schwächere Position und später eine Familie zu gründen, wird ihnen als dominierende Perspektive vermittelt und von den gesellschaftlichen Realitäten des Arbeitsmarktes unterstützt. Einen Arbeitsplatz zu finden, oder gar einen Ausbildungsplatz ist für ungelernete, berufsschulpflichtige Mädchen und Sonderschülerinnen, Hauptschülerinnen fast aussichtslos. In ihrer Vereinsamung hat die Vorstellung, selbst ein Kind zu bekommen und damit eine Aufgabe und Anerkennung für die Mädchen durchaus einen Reiz und somit wird Empfängnisverhütung häufig nicht ernst genommen und vernachlässigt.

So schließt sich der Kreis: Selbst noch in der Entwicklung der eigenen

Persönlichkeit begriffen, werden Mädchen mit 14/15 Jahren selbst erziehende Mütter und die Gefahr für das Kind, in den gleichen Kreislauf zu geraten, wie Mutter..."

Die unterschiedlichen Inhalte, die sich während gemeinsamer Vorbereitungs/und Fortbildungsveranstaltungen in den Schwerpunkten biologische (Körper) und gesellschaftliche Komponenten (Rolle der Frau in der Gesellschaft) herauskristallisierten, führten zu folgenden Veranstaltungsthemen:

- Schwerpunkt "Mädchen": - Menstruationserfahrungen, Körpererfahrungen; ansatzweise Verhütung und weibliche Verhaltensmuster
- Schwerpunkt "Jungmütter": - Situation alleinerziehender Mütter in Sozialen Brennpunkten/in der Gesellschaft; Mutter/Kind - Beziehungen
- Schwerpunkt "Sexualität und Partnerschaft": - Einen weiteren Ansatz bildete ein Seminar, das den Umgang der Geschlechter untereinander in den Mittelpunkt rückte. Hierbei wurde bewußt auf die Mischung der Teilnehmer (Jungen/Mädchen) abgezielt, um Konflikt- und Auseinandersetzungsformen zwischen den Geschlechtern im selbstbewußten Umgang mit der eigenen Sexualität/Körperlichkeit, sowie mit rollenspezifischen Verhaltensweisen den Jugendlichen bewußt machen zu können.

c) Schwerpunkt: Sozio-kulturelle Bildung - Beispiel "MUSIK"

Unter der Überschrift "Einmal so wie Elvis singen...!" - Musikgruppen in den hessischen Sozialen Brennpunkten"

skizziert ein Mitarbeiter der Margaretenhütte Gießen das musikorientierte Bildungspotential (1984)

"Musik - eines der gerade bei Jugendlichen für wichtig erachteten Dinge, in "Sozialen Brennpunkten" ebenso wie anderswo. Musik zugleich einer der Bereiche und Lernfelder, in dem pädagogische Bildungsarbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Sozialen Brennpunkten ansetzen kann. Der auf das nötige Interesse stößt, der zur Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Kulturangebot herausfordert und nicht zuletzt vielfältige Formen selbstbestimmter Eigenproduktionen zuläßt. Musik wird in dieser Funktion zum Medium, das zielgerichtetes pädagogisches Handeln ermöglicht, zu nachvollziehbaren Lernergebnissen führt und - oft erst zu entdeckende - Fähigkeiten entfalten hilft.

Musik hören, Musik als gesellschaftlich bedingtes Kulturprodukt verstehen, mit anderen durch Musik kommunizieren, schließlich Musik und Texte selbst erarbeiten und anderen selbstbewußt vorstellen - vier Schritte auf dem Weg kultureller Bildungsarbeit, wie sie derzeit in mehreren hessischen Sozialen Brennpunkten anzutreffen ist und im Rahmen des Jugendbildungswerkes gefördert wird.

Musikgruppen und Bands spielen vor einem solchen Hintergrund in den hessischen Sozialen Brennpunkten seit 1976 zusammen. Sie nennen sich "Underdogs",

"Rollensplit", "Lahnkies" und "Lonestars", "Griffbereit" und "Tune Up" und sind ohne Ausnahme Ergebnisse der etwa in Gießen, Marburg und Darmstadt tätigen Gemeinwesenprojekte. Seit 1980 treffen sich die Gruppen regelmäßig im Rahmen von Musikwochenenden, tauschen Tips und Erfahrungen aus und spielen gemeinsam Musik. Nicht selten gelingt es einer Band, zu einer Art "Markenzeichen" zu werden, das "seine" Siedlung in der Öffentlichkeit vertritt und mithilft, vorurteilsbeladene Bilder zurechtzurücken."

d) Schwerpunkt: Sport als "Bildungsmedium"

Seit vielen Jahren wird im Rahmen der Jugendarbeit in Sozialen Brennpunkten der Sport als "Bildungsmedium" eingesetzt, das bei einem Großteil der jugendlichen Zielgruppe auf starkes Interesse stößt und soziale und bildungsbezogene Lernprozesse in Gang setzt. Das Thema "Sport" fand von daher wie selbstverständlich Eingang in den Veranstaltungskatalog des LAG-JBW.

Jürgen Viets, Jugendarbeiter in Marburg (Bürgerinitiative für Soziale Fragen, Damaschkeweg), stellt die Bedeutung sportbezogener Aktivitäten im BSF-Jahresbericht 1984 wie folgt dar (Auszüge):

"Einen nicht unerheblichen Stellenwert in der Jugendarbeit der BSF nimmt die sportbezogene Sozialarbeit ein,

auf die im folgenden besonders eingegangen werden soll:

Von jeher war das Interesse der Jugendlichen des unteren Richterbergs am Sport sehr groß, es mangelte jedoch lange Zeit an lokalen Realisierungsmöglichkeiten. Zwar wurde im Jahre 1974 der Sportverein "Ballsporthreunde Richtersberg", der aus der BSF hervorging gegründet, die Monostruktur (Fußball) dieses Vereins bietet den meisten Jungen und Mädchen allerdings kaum Möglichkeiten, ihren vielseitigen sportlichen Interessen nachzugehen. Einschlägige Untersuchungen konnten zudem belegen, daß gerade jugendliche Unterschichtsangehörige nur sehr schwer in Sportvereine zu integrieren sind, was einerseits an der übersteigerten Leistungsorientiertheit, andererseits an der Anlehnung des konkreten Sportbetriebs an rigiden und formalisierten Übungs- und Trainingsformen liegt.

Konkret bedeutet das für unsere Zielgruppe, daß die Versuche vieler Jugendlicher, eine Sportart in einem Verein nachzugehen, oft nur von kurzer Dauer sind.

Aus dem Abschlußbericht des Projekts "Arbeitslosigkeit und Sport" (das Projekt wurde seit 1980 an der Fachrichtung Sportwissenschaft der Philipps-Universität Marburg durchgeführt; Grundannahme der Projektleitung war, dem Sport die Funktion zuzuschreiben Folgerscheinungen von Jugendarbeitslosigkeit wie Schwächung

des Selbstwertgefühls, Isolation, Verhinderung von Identitätsbildung etc. abschwächen zu helfen. Der Abschlußbericht in dem die Ergebnisse des Projekts zusammengefaßt sind, bildet den theoretischen Hintergrund der sportbezogenen Sozialarbeit der BSF) geht hervor, daß der Sport im Idealfall für Jugendliche ein Weg sein kann.

- zur aktiven Gestaltung der vorhandenen Zeit
- zur Steigerung des Selbstbewußtseins und zur Anerkennung der Person
- zu neuen Erlebnissen und Erfahrungen
- zur Erhaltung und Förderung neuer Kontakte, sozialer Beziehungen und eines Gemeinschafts- und Zugehörigkeitsgefühls
- zu körperlichem Wohlbefinden
- zur Förderung der Bereitschaft aktiv und selbständig zu handeln.

Konkrete Ziele der sportbezogenen Sozialarbeit der BSF sind:

- den Sportbetrieb der in den vergangenen Jahren festgewachsenen Fußballmannschaften weiterhin zu ermöglichen,
- im offenen Bereich durch ein vielfältiges Angebot die Konzentrierung auf eine Sportart (Fußball) zu verhindern,
- Jungen und Mädchen zu gemeinsamen Sportaktivitäten zu motivieren,
- die vor allem bei den Jungen stark ausgeprägten Leistungsorientierungen zu vermindern,
- den Jugendlichen die Möglichkeit zu bieten, Sportarten zu erlernen, von denen sie auf Grund ihrer materiellen Situation ausgeschlossen sind."

#### e) Schwerpunkt: Politische Bildung

Ausgangspunkt für ein regionales Seminar einschließlich der begleitenden Arbeitsgruppen zum Thema: "Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik Deutschland - Neonazis in Marburg" bildete das Auftreten einzelner Jugendlicher im Jugendclub einer Siedlung, die sich sowohl selbst als Neonazis bezeichneten, als auch Kontakte zu bekannten Gruppierungen in Marburg unterhielten. Die dadurch entstehende Diskussion und Verunsicherung wurde aufgegriffen mit dem Ziel ein Stück historische Vermittlung der faschistischen Aera in Deutschland zu leisten. Dazu gehörten sowohl eine Exkursion nach Buchenwald und ein Interview mit älteren Menschen zur Vergangenheit. Ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt, der auch in 1985 weiterverfolgt werden soll ist der Umgang mit zunehmender Gewalt in Siedlungen. Dazu führte das JBW 1984 zunächst ein Fortbildungseminar mit Mitarbeitern/innen sowie ein Seminar zum Thema Konflikte im Jugendclub durch.

#### Perspektiven

Im zweiten Jahr des LAG-Bildungswerks ist die Stabilisierung und Erweiterung der bisherigen Bildungsangebote geplant. D.h. das bestehende Angebot soll, entsprechend den vor Ort bestehenden Interessen der Jugendlichen fortgeführt und nach

Möglichkeit in Form längerfristiger "Projekte" gestaltet werden. Die Inhalt der jeweiligen Bildungsveranstaltungen ergeben sich dabei aus den im letzten Kapitel genannten Schwerpunkten.

1985 werden dementsprechend etwa die folgenden Wochenendseminare durchgeführt:

1. "Thema Gewalt" (März)
2. "Drucknach" (März)
3. Video: Filme selber machen (April)
4. Musiktreff '85 (10.-12.5.)
5. DGB-Landesjugendtreffen in Wetzlar (14.-16.6.)
6. Mädchenwochenende (5.-7.7.)
7. Video: "Jugendliche in Sozialen Brennpunkten" (23.-25.8.)
8. Sport (6.-8.9.)

Zum anderen sollen Bildungsveranstaltungen abgeboten werden, die sich im Rahmen der Sozialen Brennpunkte mit "neuen", wenngleich bedeutsamen Themen befassen. Ein Beispiel ist das Thema "Umwelt - Umweltzerstörung - Umweltschutz", das im Herbst 1985 mit einem Weltenmeer-Wochen-Seminar an der Nordsee eröffnet wird. In der Folge sollen, darauf aufbauend, Veranstaltungen zu den Bereichen "Waldsterben" und "Landwirtschaft" weitgehend in die Problematik einführen.

Drittens - und als Ausgangspunkt der LAG-Jugendbildungsarbeit - finden auch in Zukunft mithin die monatlichen Treffen der LAG-"AG

Jugend" statt. Sie stehen für Jugendliche und Mitarbeiter und stellen ein Forum dar, das einerseits Möglichkeiten zum praxisnahen Erfahrungsaustausch zu festgelegten Themen bietet, andererseits der Planung aller Bildungsveranstaltungen dient.

#### Literatur zur Jugendbildungsarbeit der LAG

- 1.) LAG-Jugenddokumentation, Frankfurt 1985
- 2.) LAG-Jugendbildungswerk: Tätigkeitsbericht 1984
- 3.) Merz, R.: Jugendarbeit als Gemeinwesenarbeit, Darmstadt 1980
- 4.) Dt. Städtetag: Hinweise zur Arbeit in Sozialen Brennpunkten. Reihe D, DST-Beiträge zur Sozialpolitik, H. 10, 1979
- 5.) Projektgruppe Margaretenhütte e.V.: Die Siedlung am Rande der Stadt - Margaretenhütte Gießen, Gießen 1985 (Selbstverlag)

4

Totoz  
Diponegoro  
College

## **Alle Last fällt auf die Familie** **Monika Neumaier/Gisela Scheer**

Die Kürzungen bedeuten tiefe Not für die Familien in den "Sozialen Brennpunkten". Und nicht nur materielle Not. Zukunftslosigkeit, Enge, unfreiwillige Rückkehr ballt sich in den Familien zu einem psychischen Konfliktstoff, der alle bedroht.

Am Monatsende gibt's Kartoffeln und Margarine, Brot und Marmelade. Nicht weil wir das Geld nicht einteilen können, sondern weil wir kein's haben."

Dazu ein Beispiel:

Es handelt sich um einen 5-Personen-Haushalt mit drei Kindern im Alter von 14, 16 und 18 Jahren. Der Vater arbeitet und bringt ein monatliches Nettoeinkommen von 1.100 DM nach Hause.

### Einkommen:

1.100,00 DM Lohn  
150,00 DM Kindergeld  
43,00 DM Wohngeld  
70,00 DM Arbeitslosenhilfe eines Kindes

---

1.363,00 DM

---

### Ausgaben:

198,50 DM Miete  
145,00 DM Strom/Gaspauschale  
18,00 DM Versicherung  
50,00 DM Moped  
84,00 DM Monatskarten

---

495,50 DM

---

Da bleibt pro Person und Woche 40,39 DM zum Lebensunterhalt, d.h. für Essen, Kleidung, Hausrat, Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben...

Die Konsequenz heißt: "Ich muß meine Familie satt kriegen. Sparen können wir nur noch am Essen und an der Kleidung."

"Oft habe ich das Geld gerade dann nicht, wenn ich besonders günstige Angebote ausnützen könnte und wenn ich es habe, dann kann ich den Vorrat nicht einfrieren oder haltbar aufbewahren." Es gibt in den Schlichtwohnbauten in der Regel keine Speisekammern und in den winzigen Küchen fehlt der Platz.

"Die Armen zahlen doppelt und dreifach!" Diese Berechnungen zeigen, daß bei solchen Einkommen nichts für Anschaffungen (Mobiliar, Hausrat, Bekleidung) und unvorhergesehene Ausgaben auf die Seite gelegt werden kann. "Wenn wir nicht auf Raten kaufen, kommen wir nie zu was." Schon kann man in den Siedlungen wieder beobachten, daß wieder stärker auf Almosen der Wohlfahrt zurückgegriffen wird (Möbellager, aus Haushaltsauflösungen beim Diakonischen Werk, Kleidersammlungen bei dem Deutschen Roten Kreuz und Caritas oder von privat).

Gerade dies aber schafft und erhöht das Bedürfnis, wenigstens einmal was Schönes, Neues zu bekommen. Darauf zielen die Verkäufer an den Haustüren ab und verführen die Leute zu Ratenkäufen mit langen Laufzeiten

und hohen Zinssätzen (14 Prozent). "Irgendwie schaffe ich es schon mit den Raten".

Dieses höchst brüchige Konzept muß zwangsläufig immer wieder scheitern. Manche werden zahlungsunfähig und infolge dessen wird oft die Ware wieder abgenommen. Während die Rest-Zahlungen weiterlaufen.

Der 2-monatige Auszahlungsmodus des Kindergeldes erweist sich als einzige Form um zu einer größeren Verfügungssumme zu kommen, die für diverse Zahlungsverpflichtungen eingeplant wird. Die vorgesehene Ratentilgung durch das Kindergeld wird oft durch notwendige unaufschiebbare Zahlungsverpflichtungen durchbrochen (Strom- und Gasabrechnungen, Anschreibschulden beim mobilen Einzelhändler, Reparaturen). "Ein Loch wird mit dem anderen gestopft!"

"Du bist daheim, du mußt gucken, laufen und wirtschaften." So müssen die Frauen nahezu täglich Kaufhäuser und Supermärkte auf ihre Sonderangebote hin abfragen. Informiert durch Reklamezettel oder Zeitung, meist aber "muß ich zu Fuß drei oder vier Supermärkte in der Umgebung abklappern, die Angebote vergleichen und dann entscheiden, was ich wo kaufen kann." Dabei muß man sich vor Augen halten, daß die Wohngebiete oft 4-5 Kilometer am Stadtrand von den Einkaufsgelegenheiten entfernt sind. Die Frauen müssen somit täglich lange Wege schwer

bepackt mit Einkaufstüten zurücklegen. Das für den Bus eingesparte Fahrgeld wird für süße Mitbringsel für die Kinder verwendet. Die Frauen sind erschöpft, wenn sie dann heimkommen. Die alltägliche Hausarbeit ist liegengeblieben und muß dann im Eiltempo nachgearbeitet werden oder sie bleibt eben mit schlechtem Gewissen liegen.

Das Wenigere im Geldbeutel zwingt die Frauen zu mehr körperlicher Plackerei und setzt sie unter erhöhten Streß - "ich darf nicht zuviel ausgeben" - von Kalkulationen, Umsicht und Verzichtleistungen. Um die Mäuler trotzdem immer wieder satt zu kriegen, bewältigen sie ihr Tagwerk mit viel Phantasie, Geschick und praktischer Intelligenz.

Der ständige Begleiter der Familien in den sozialen Brennpunkten ist eh: Dies geht nicht, dafür ist kein Geld da, jenes Bedürfnis muß unbefriedigt bleiben.

Frau S. schildert eindrucksvoll, wie die Interaktion zwischen ihr und ihrem Sohn durch die materielle Mangelsituation bestimmt wird. Der Sohn braucht für die Schule Wachsmalstifte. Die Lehrerin verlangt eine bestimmte Sorte, die 10 DM kosten. Frau S. verhandelt mit ihrem Sohn, ob die für 4 DM nicht auch akzeptabel wären. Aber nein, die Lehrerin wird sauer sein, denn die billigeren Stifte schmieren. Um dem Kind die Auseinandersetzung zu ersparen, kauft sie die Wachsmalstifte für 10 DM. Dafür gibt es dann

weniger Käse und Wurst. "Ich will nicht, daß alle in der Schule auch noch wissen, daß wir arm sind, ich will nicht ständig meine Einkommenssituation offenlegen. Ich erfahre eh nur Mitleid und mein Geld wird dadurch auch nicht mehr."

"Ich trage die Situation in meinen eigenen vier Wänden aus. Oft führt dies zu unerträglichen Spannungen und "von meinem Kind wird ein unangemessenes Verständnis und Verzicht abverlangt, was durch Liebe nicht zu kompensieren ist." Was bleibt, ist eine unersättliche Gier nach allem was er nicht haben kann und die Mutter ihm nie gewähren wird.

Es entwickelt sich eine Beziehung, die sich in Verhandlungen um das Unerreichbare bestimmt!

Realer Mangel, die Scham arm zu sein, wird durch Geheimhaltung, Privatisierung bewältigt. Das läßt sich bei einem Kind noch durchhalten, bei mehreren jedoch werden anstehende Klassenausflüge, und die Wachsmalstifte für 10 DM zum Offenbarungseid, zur öffentlichen Zuschreibung "arm zu sein."

Die Familien haben nicht nur weniger Geld in der Tasche, es müssen auch mehr Personen und das über längere Zeit hindurch davon leben.

Die Hoffnungen, daß Herangewachsene allmählich aus dem Haus gehen, nicht mehr die Beine unter den Tisch der Eltern stellen, ihr Einkommen durch eigene Arbeit sichern können und

selbst langsam erwachsen und unabhängig werden, lassen sich für die meisten Familien nicht realisieren. Die Phase der Kinderversorgung, der reinen "Elternfunktionen" wird insbesondere für die Mütter bis ins Unabsehbare verlängert. Jugendliche ohne Qualifikation (Lehrstelle, Arbeitslosengeld/hilfe, Ausbildungsbeihilfe, jetzt auch ohne Kindergeld) sind mehr den je auf die Versorgung in den Familien angewiesen.

Der oft beschriebene Vorwurf, die Mütter der Unterschicht seien an ihr Muttersein als einziges Identitätsmerkmal so gebunden, daß keine Individuierung der heranwachsenden Kinder stattfinden kann, hat hier seine reale Grundlage und wird besonders jetzt von den wirtschaftlichen Verhältnissen erzwungen.

"Soll ich denn mein eigenes Fleisch und Blut auf die Straße setzen? Das kann ich nicht!"

Die geheimen Wünsche der Mütter/Eltern von den Kindern entlastet zu sein, selbst sich mal was gönnen zu können oder auch von den Kindern mal versorgt zu werden bleiben unerfüllt.

Die Kinder rebellieren gegen die fortdauernde Abhängigkeit und Entwertung sich als Versager fühlen zu müssen. Aus diesen Frustrationen entwickeln sich häufige zerstörerische Konflikte in den Familien, die auch in die gesamte Siedlung ausstrahlen.

Wo können die Jugendlichen Entlastung und Selbstbestätigung finden? Selbst

wenn sie sich über Negativzuschreibungen hinwegsetzen, erschließt sich ihnen außerhalb der Siedlungen fast nichts. Jugendzentren mit offenen Angeboten wurden geschlossen oder auf mittelständisch orientierte Gruppenarbeit umorganisiert. Schwimmbäder (Eintrittspreise um 3 DM). Kino (5-7 DM) oder Kosten bei Sport- bzw. Musikzugvereinen (Ausflüge, Beiträge, Ausrüstung) können sie nicht aufbringen. Was bleibt, sind die Jugendclubs in den Siedlungen, sofern sie es überhaupt dort gibt. Selbst diese sind bei den teils schon vollzogenen, teils drohenden Projektmittelseicherungen gefährdet. Die oft von den Bewohnern ausgedrückte Angst, ihre heranwachsenden Kinder würden kriminell und Alkoholiker, hat ihre Berechtigung. Wenn man einem Teil der Unterschichtsjugendlichen in der Tat "no future" läßt, da sind wohl große Neubauten für Jugendgefängnisse die logische Folgerung!

Es ist eine Zumutung, daß die Familie soviel Zündstoff entschärfen kann - ständige Reibereien, Verzichtforderungen und Vorhaltungen sind an der Tagesordnung.

Für die Mädchen gestaltet sich die Situation noch anders: einen Arbeitsplatz außerhalb von stundenweise Putzen zu bekommen ist noch illusionärer. Gleichzeitig sind sie im Haushalt und der Versorgung jüngerer Geschwister schon von früh an stark eingebunden. Einzige Chance,

zu einem selbstorganisierten Leben zu kommen ist dann, selbst ein Kind zu bekommen, einen eigenen Hausstand aufzubauen und damit die Versorgung durchs Sozialamt sicherzustellen.

Richteten sich solche Versorgungs- und Sicherheitsbedürfnisse früher mehr auf den Mann, so haben sie jetzt erkannt, daß diese Männer, die als Partner für sie in Frage kommen, dies nicht mehr einlösen können. Sie heiraten nicht mehr ohne weiteres, wenn sie schwanger werden. So kümmerlich das Leben von Sozialhilfe ist, aber es garantiert die Sicherheit des monatlichen Existenzminimums. Es ist nur folgerichtig, daß eine Gesellschaft, die diesen Mädchen überhaupt keine anderen Chancen läßt, dann für ihren Unterhalt aufkommt.

Die Ablösung aus der bisherigen Familieneinheit ist zwiespältig: einerseits überlassen die Familienmütter die Töchter sich selbst: "Um die können wir uns nicht auch noch kümmern, die müssen selbst fertig werden, wie wir auch. Andererseits werden sie immer noch gebraucht und bieten sich an als die erfahrene Hausfrau und Mutter, die dann auch noch zeitweise die Enkelkinder mitversorgt, damit die Töchter ihren stundenweisen Putzjobs nachgehen können.

In den letzten zwei Jahren kommen vermehrt auch wieder erwachsene Kinder in die Familie zurück, weil sie arbeitslos und ohne Perspektive sind. Dadurch wird eine schon ein-

mal gewonnene Unabhängigkeit von der Versorgungseinheit Familie zerstört. Vor allem die Mütter können nicht nein sagen, nehmen den Sohn oder die Tochter doch wieder auf: "Lieber Krach mit meinem Mann, als den Sohn auf die Straße setzen!"

Alle alten Familienkonflikte brechen wieder auf und werden noch verstärkt, durch die wieder enttäuschte Erwartung der Männer, daß ihre Frauen sich ihnen mehr zuwenden würden; sie müssen hinnehmen, ihr wenig und mühevoll verdientes Geld wieder in die Familienversorgung einfließen zu lassen, statt daß sie "es sich mal ein bißchen schön machen können". Arbeiten, nur um die Familie satt zu kriegen, und das auf unabsehbare Zeit hin, ist eine bedrückende Perspektive.

Billiggüter für die gesamte Lebenshaltung, zeitweise fast nur kohlenhydratreiche Füllspeisen als Nahrung sind an der Tagesordnung. Statt ausgewogener Babynahrung für Kleinkinder müssen die Mütter auf Schmelzflocken zurückgreifen. Feuchte, zugige und zu enge Wohnungen, für die noch bis letztes Jahr Sanierungsprogramme in Aussicht standen, werden jetzt so bleiben und weiterhin für die erhöhte Krankheitsanfälligkeit der Kinder sorgen. Immer noch gibt es auf Gesundheitsämtern oder in freien Praxen Ärzte, die nur die Erkenntnisse von Mangelernährung, Feuchtigkeit, billigstem Schuhwerk konstatieren (z.B. Plastikschuhe von ALDI für 10 DM), und dies

den Eltern als individuelles Fehlverhalten vorwerfen. Sie stellen Anforderungen, wie z.B. einer Mutter zu empfehlen, für ihr Kleinkind nur Baumwollwindeln zu kaufen, oder teure Pflegepräparate, ohne sich Gedanken zu machen, wie diese das Geld dafür beschaffen soll.

Die seelischen, körperlichen und sozialen Belastungen haben zugenommen. Gleichzeitig werden die Entlastungsspielräume, die Entspannungsmöglichkeiten z.B. durch Kuraufenthalte auch noch reduziert. Kommunale Zuschüsse für die jährlich von Projektgruppen durchgeführten Freizeiten für Kinder und Jugendliche sind reduziert bzw. ganz gestrichen worden. Wenigstens einmal im Jahr konnten die Kinder mal eine neue, andere Umgebung erforschen, mit anderen Angeboten als gewohnt und die Eltern genossen ein wenig Ruhe und Entspannung für sich. All dies ist nun hinfällig. Man bleibt mit allen Konflikten aufeinander hocken.

Der Teufelskreis von Entbehrung - Problemen - noch mehr Mangel - noch mehr Problemen schafft einen Problemüberdruck, der sich Ventile sucht: eines liegt darin, daß sich die Bewohner in den Siedlungen noch mehr voneinander abgrenzen. Arbeiter entwerten Sozialhilfeempfänger, diese wieder Alkoholiker und alle zusammen sind gegen die Ausländer.

Aber es gibt auch eine gegenläufige Tendenz: in den seit Jahren in den Siedlungen bestehenden Gruppen wie

Sportvereinen, Frauenclubs und Mieter-  
rätern schließt man sich wieder enger  
zusammen um sich gegenseitig mehr zu  
unterstützen und zu beraten. Es bleibt  
abzuwarten wie diese Gruppen mit den  
neuen Funktionen und den gestiegenen  
Erwartungen fertig werden, ohne daß  
sie dabei überfrachtet werden.

*Handwritten notes, possibly "Kommunisten"*

⑤

*Rechtlich mit 1 Strafe zusammen-  
kopieren*

Toto

Trace a few more

and page 6.

for a few more pages.

## **„Wir Weiber machen's ja doch“ oder wie alles anfang**

**Alma Born, Mühlthal, Wiesbaden,**

Bereits 1972 gründeten sich die ersten Frauengruppen, Hausfrauenclubs, Mütterkreise oder Mieterinitiativen in den verschiedenen Städten und sozialen Brennpunkten. Inzwischen sind es ca. dreißig Frauengruppen, die teilweise schon mehr als zehn Jahre zusammen und kontinuierlich aktiv sind. Bis auf wenige Ausnahmen arbeiten in den Gruppen Bewohnerinnen und Sozialarbeiterinnen gemeinsam. Die Initiativen und Aktivitäten sollen jedoch von den Bewohnerinnen als unmittelbar Betroffene bestimmt sein.

Die Entstehung der Frauengruppen vor Ort vollzog sich vor dem Hintergrund der praktischen Erfahrung: "Die Arbeit in den Siedlungen wird eh' von den Frauen gemacht!". Das liegt darin begründet, daß die Frauen in den sozialen Brennpunkten von der Auseinandersetzung mit der materiellen Not, der Abhängigkeit vom Sozialamt und von der Diskriminierung in vielfältigen Lebensbereichen wesentlich stärker betroffen sind, als die meisten Männer. Diese arbeiten oft außerhalb, haben ihren Fußballverein, ihren Stammtisch. Die Frauen sitzen zuhause mit den Kindern, in ihrem eingeschränkten Lebensraum, haben kaum Möglichkeiten, Außenkontakte herzustellen und sind täglich aufs Neue mit den Problemen in der Siedlung und in der Familie konfrontiert. Wenn sie ihre Situation verändern wollen, da

müssen sie sich auf ihre eigenen Kräfte besinnen, sich gemeinsam stärken und zu helfen suchen. Angst vor Konfrontationen mit der Außenwelt, vor allem auf den Ämtern und Vorurteile abzubauen, Mißstände beseitigen zu lernen waren und sind einige Ziele der Frauenarbeit.

Frauen wurden aktiv als Reaktion auf die täglichen negativen Erfahrungen. Sachbearbeiter auf den Sozialämtern informieren oft unzureichend und handeln undurchschaubar. Die Frauengruppen haben in mühsamer Kleinarbeit gelernt, sich mit dem Bundessozialhilfegesetz vertraut zu machen, sich gegen Benachteiligungen zu wehren und gemeinsam ihre Rechte zu vertreten.

Doch inzwischen ist das soziale Netz brüchiger geworden und das bedeutet, daß die Frauen sich zur Sicherung ihrer Existenz nicht nur auf die gesetzlich garantierten Hilfen und deren volle Ausnutzung verlassen können.

Durch die vielfachen Kürzungen im Bereich der Sozialhilfe und bei der Arbeitsverwaltung ist das Geld in der Familienkasse für die meisten Frauen merkbar weniger geworden, während häufig mehr Personen als jemals davon versorgt werden wollen. Die Hoffnung, daß ihre Partner oder erwachsene Kinder eine gesicherte Arbeit finden, können sie in der Regel abschreiben. Daher ist die Beschäftigung mit der

Problematik der Arbeitslosigkeit zunehmend in den Vordergrund getreten - und zwar nicht nur auf der Ebene allgemeiner Ursachen und Auswirkungen, sondern ganz praktisch in der Frage: Was können sie tun, um ihre Existenz und die ihrer Familien sicherzustellen. Hier gilt es, neue Ansätze auszuprobieren.<sup>1</sup>

Neben diesen Existenzsicherungs-, Siedlungs- und Stadtteilproblemen haben Gespräche, Gedankenaustausch und gegenseitige Unterstützung bei persönlichen Problemen tiefgehende Bedeutung. Die Mitarbeit in Frauengruppen ermutigt z.B. gemeinsam zum Frauenarzt zu gehen. Andere Gruppen helfen mißhandelten Frauen durch Kontakte zu Frauenhausinitiativen oder bieten direkte Hilfe an.

Zudem haben die Frauengruppen ebenfalls die Funktion, einfach mit Abwechslung vom Alltag zu bekommen, sich ein wenig entspannen zu können, mit anderen Menschen in ähnlichen Situationen reden und etwas unternehmen zu können, um danach die eigenen Probleme vielleicht unter einem anderen Blickwinkel sehen zu können.

Persönliche Probleme und auch Anliegen des Stadtteils werden nicht mehr als unabänderlich hingenommen.

---

<sup>1</sup> siehe dazu: Projektskizze zum "Handlungsforschungsprojekt" ..., Zentrum für Frauenkooperativen, S.

Die Frauen haben gelernt sich Konflikten besser zu stellen. Innere und äußere Schwierigkeiten können teilweise bewältigt werden. Ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung und langjährigem Bestehen der Gruppen ist der Erfahrungsaustausch mit anderen Frauengruppen, sei es durch die Treffen der Gruppen untereinander oder durch die Tagungen der LAG oder HLZ.

## 2. Organisatorischer Rahmen

HESSISCHE LANDESZENTRALE FÜR  
POLITISCHE BILDUNG

Die Hessische Landeszentrale für politische Bildung ist eine Landesbehörde und dem Hessischen Ministerpräsidenten direkt unterstellt. Sie veranstaltet Seminare zu aktuellen Fragen der Zeit und gibt Publikationen zu wichtigen und aktuellen Problemen heraus.

Die Landeszentrale fördert nicht Institutionen sondern einzelne Maßnahmen.

Zu den ständigen Aktivitäten der Landeszentrale gehören:

Erstellung und Herausgabe von Zeitungsseiten zu verschiedenen Themenbereichen

Herausgabe der Informationsschrift "zum nachdenken"

# DIE TRÄGER DES PROJEKTES

## LAG

Landesarbeitsgemeinschaft  
Soziale Brennpunkte  
Hessen e.V.

Moselstraße 25

6000 Frankfurt

Tel.: 0611/234397



**HESSISCHE**  
Landeszentrale für  
politische Bildung

Rheinbahnstraße 2

Postfach 32 20

6200 Wiesbaden 1

Tel.: 06121/3682792

Auf Anfrage kostenfreie Vergabe von Publikationen zu unterschiedlichen politischen Themenbereichen

Ausleihe ausgewählter Werke der politischen Literatur

Herausgabe der ARBEITSHEFTE zu aktuellen und in der politischen Diskussion stehenden Fragen

Organisation von Seminaren für Schülervertreter

Kurse und Wochenendlehrgänge für Jugendliche

Organisation und Veranstaltungen zum Bildungsurlaub

Zusammenarbeit bei Bildungsveranstaltungen mit Verbänden

Mitarbeit bei regionalen und überregionalen Kursen der Lehrerfortbildung (zusammen mit dem Institut für Lehrerfortbildung)

Förderung von Vertrags- und Seminarreihen zu verschiedenen politischen Themen

Vermittlung von Referenten für verschiedene Sachgebiete der politischen Bildung

Entwicklung von Modellen für politische Bildungsveranstaltungen

Zur Wahrung ihrer parteiunabhängigen Haltung besteht ein Kuratorium aus neun Abgeordneten der verschiedenen im Hessischen Landtag vertretenen Parteien.

Mit der Hessischen Landeszentrale und der Arbeitsgemeinschaft diskutieren wir regelmäßig unsere Probleme, Inhalte und Perspektiven des Frauenprojektes. Die HLZ ermöglicht durch Vorbereitungsseminare die notwendige Vorarbeit, die von den Teamerinnen in Zusammenarbeit mit Vertreterinnen aus den Frauengruppen erfolgt.

Die Einladungen und die Suche nach Tagungsstätten werden von der LAG übernommen, während die Abrechnung der Tagungen über die HLZ abgewickelt wird.

Das Team bereitet mit Frauengruppenvertreterinnen die Tagungen vor (Inhalt, Organisation) und führt sie auch durch. Die Vorbereitungstreffen finden in verschiedenen Siedlungen, Stadtteilen Hessens statt, um die Probleme und Anliegen vor Ort mit einzubringen und

den wesentlichen Erfahrungsbereich der Frauen, den Stadtteil und somit den Ort des gemeinsamen Handelns der Frauengruppen kennenzulernen.

Die Teamerinnen oder auch Gruppenleiterinnen sind Frauen, die seit Jahren die Lebensbedingungen der Frauen in sozialen Brennpunkten genau kennen. Sei es als Sozialarbeiterin im Wohngebiet, oder als Honorarkraft, Praktikantin im Frauenclub. Alle haben langjährige Erfahrungen mit den Frauen und ihren Gruppen - eine unerläßliche Voraussetzung.

### **Selbstdarstellungen verschiedener Frauengruppen**

#### **Müttergruppe Marburg-Waldtal**

"Wir haben uns auf dem Spielplatz immer getroffen und haben überlegt, daß es mal was geben müßte für die Frauen."

Die Müttergruppe besteht seit sieben Jahren. Wir treffen uns einmal in der Woche, Montagnachmittag. Eine Frau, die schon von Anfang an dabei ist und das Entstehen der Gruppe mitbegründete, beschreibt die damalige Situation.

"Die Gruppe gibt es seit Juni '77. Wir haben uns auf dem Spielplatz immer getroffen und haben überlegt, daß es mal was geben müßte für die Frauen. Dann haben wir überall rumgefragt, wer Lust dazu hätte. (...) Am Anfang waren wir nur drei Frauen. Dann sind immer ein paar dazugekommen bis wir 1979 zehn Frauen

mit Kindern waren. Dann ist es langsam eingeschlafen, dann waren wir wieder mal nur drei."

Neue Frauen kamen über Bekannte in die Gruppe. Eine Frau, die seit zwei Jahren dabei ist, erzählt, wie sie in die Gruppe kam.

"Durch die Gudrun, die schon ganz lange dabei ist. Die Gudrun hab ich auf dem Spielplatz kennengelernt, und dann bin ich mal hierhergekommen."

Auf die Art und Weise ist gewährleistet, daß Frauen zusammenkommen, die sich verstehen und miteinander umgehen können.

"Die muß schon zu uns passen und wenn nicht, dann geht das nicht. Wir müssen uns auch unterhalten und diskutieren können über irgendwas. (...) Dann gibt's mal was im Fernsehen, was wir gesehen haben, dann können wir uns darüber ganz gut unterhalten. Oder über sonstige Sachen, was ein bißchen aus der Öffentlichkeit kommt."

Die Müttergruppe trifft sich Montag-  
nachmittag im St. Martin-Haus im Wald-  
tal. Das Haus steht unter ökumenischer  
Trägerschaft. Schwerpunkte der Arbeit  
sind die Jugend- und Erwachsenenarbeit.  
Seit Bestehen der Müttergruppe mußten  
wir jedoch einige Male umziehen.

"Zuerst haben wir angefangen im Martins-  
Haus, oben im Raum des Altenclubs. Da  
ging der Hausmeister an, weil die Kinder  
so laut waren und überall drangegangen  
sind. Da hatten wir keinen Platz, kein  
Spielzeug und nichts. Da fing der an rum-  
zuschimpfen, wenn die Kinder mal im  
Flur rumgelaufen sind und so. Dann sind  
wir runter in die Räume des 'Arbeits-  
kreises Soziale Brennpunkte' (AKSB), in  
die Spielstuben. Von den Spielstuben  
runter ins Spielhaus. Dann haben wir es  
über ein Jahr reihum, immer bei jemand  
anders von uns, in der Wohnung gemacht.  
Wir mußten aus dem Spielhaus raus, weil  
sie die Räume für die Hausaufgabenbe-  
treuung brauchten. Über ein Jahr haben

wir das so gemacht, uns immer bei jemand  
anders getroffen. Und dann haben wir  
den Raum im Martins-Haus gekriegt. Weil  
es dann irgendwie auch nicht mehr ging.  
Die eine hatte eine große Wohnung, wie  
ich. Da hatten die Kinder viel Platz.  
Andere hatten eine Zwei- oder Dreizimmer-  
wohnung. Und zu dem Zeitpunkt, da waren  
wir so neun Frauen und fünfzehn Kinder.  
Da kannste dir vorstellen, wie das  
hinterher aussah. Da hab ich dann auch  
gesagt: 'Es geht nicht mehr.' Dann hat  
uns die Sozialarbeiterin im Martins-  
Haus, die auch in der Gruppe heute ist,  
den Raum hier besorgt. Und der ist  
speziell nur für uns."

Viele von uns sind mit der Einrichtung  
des Raumes noch nicht zufrieden. Die  
Wände sind kahl, es fehlt ein Teppich,  
worauf die Kinder spielen können und  
ein kleiner Tisch für die Kinder.

"Es ist auch manchmal ein bißchen wenig  
zum Sitzen. Wenn wir alle da sind, dann  
wird es eng. Dann haben die Kinder  
keinen Platz zum Sitzen. Wenn wir  
vielleicht noch eine Couch vors Fenster  
stellen könnten und davor ein Tischchen,  
könnten die Kinder gut spielen. Mit  
der geringen finanziellen Unter-  
stützung des St. Martin-Hauses können  
wir jedoch keine Einrichtungsgegen-  
stände beschaffen.

"Im Martin-Haus gibt es einen festen  
Etat für die Müttergruppe. Das ist  
aber nicht viel. Das reicht mal für  
Kaffee. Kuchen machen wir meist selbst.  
(...) Und dann, wenn wir mal wegfahren.  
Der Eintritt wird davon bezahlt. Aber

sonst, was wir zum Essen brauchen, bringen wir auch wieder selbst mit. (...) Wenn wir mehr Geld hätten, könnten wir auch mal ein Wochenende wegfahren."

Wenn wir uns in der Müttergruppe treffen, trinken wir zusammen Kaffee und reden dabei über alles Mögliche, was uns gerade beschäftigt. Oft geht es um die Kinder, die Schwierigkeiten, die wir manchmal mit ihnen haben, ihre Krankheiten, aber auch über ihre Fortschritte und Entwicklungen. Einige von uns sind alleinerziehende Mütter, die für die Versorgung und Erziehung ihrer Kinder alleinverantwortlich sind. Es ist deshalb oft wichtig, mit anderen Frauen über anstehende Entscheidungen und Probleme sprechen zu können. Die finanzielle Situation als Sozialhilfeempfängerinnen bestimmt den Alltag und schafft viele Schwierigkeiten, über die wir auch in der Gruppe sprechen.

"Ich bin der Meinung, ich werde alles versuchen, meinem Kind zu geben. Ich weiß aber, daß es das, was es nötig hat, ich ihm gar nicht alles geben kann, weil es finanziell nicht geht."

Für uns Frauen ist die Müttergruppe wichtig, um einmal in der Woche gemeinsam mit anderen Frauen unsere Freizeit zu verbringen. Wichtig ist auch die Entlastung von den Kindern, die erst Gespräche der Frauen ermöglicht.

"Weil da in der Gruppe ja auch noch jemand anders nach den Kindern guckt als

wie nur ich. Zu Hause renn ich ja nur den Kindern hinterher. In der Gruppe ist die Sozialarbeiterin, die Studentinnen und auch andere Frauen. Die gehen schon mal mit den Kindern auf die Toilette. Und das ist ja das, was für mich dann schon wieder Erholung ist. (...) Wichtig ist auch, daß du mal rauskommst. Dir fällt ja zu Hause die Decke auf den Kopf. Du kommst ja sonst nicht raus. Das ist ja das Schöne daran. Du kommst mal raus, du siehst auch mal andere Leute. Ich geh jetzt schon sieben Jahre in die Gruppe."

Auch eine Frau, die erst zwei Jahre dabei ist und nur alle zwei Wochen kommen kann, betont die Wichtigkeit der Gruppe für sie. Andere, ihr Mann oder Verwandte, können das nicht verstehen und versuchen, ihr die Gruppe 'auszureden'.

"Die Gruppe ist mir sehr wichtig. Ich häng an der Gruppe. Mein Mann sagt: 'Jetzt wohnen wir nicht mehr da oben. Daß du immer noch da hingehst.' Die Gruppe ist was, wo - wenn ich arbeite - mich alle vierzehn Tage drauf freue. Doch! Ich könnte ja auch zu Hause bleiben oder mich mit anderen verabreden. Aber die Gruppe ist für mich irgendwo was, wo ich gerne hingeh. (...) Dann reden wir mal darüber, was die Woche über so passiert ist. Oder du hast wieder was Neues gestrickt, das willst zeigen. Oder die Kinder haben irgend etwas angestellt, was du unbedingt wieder loswerden willst.

(...) Das hat sich irgendwo schon so eingebürgert. Montag ist ein Tag, da

nimmst dir nichts vor. Da machste morgens das, was du zu erledigen hast und nachmittags ist Müttergruppe. Andere Leute, wie meine Geschwister und so, die fragen, 'was ich da überhaupt will'. Die akzeptieren das überhaupt nicht. 'Was ich mit diesen Weibern überhaupt will? Was ich mir davon verspreche? Warum ich da immer wieder hinrennen muß? Kaffeetrinken könnte ich auch zu Hause.' Die können das nicht verstehen. Ich find es gut in der Gruppe."

Wichtig sind die Unterhaltungen, aber auch gemeinsame Unternehmungen und Ausflüge. Seit es 1979 einen Bus im St. Martin-Haus gibt, fahren wir im Sommer öfter raus, ins Schwimmbad oder einfach 'ins Grüne'. Ganztägige Ausflüge zum Pony-Hof Lochmühle oder in den Frankfurter Zoo haben wir auch ab und zu unternommen.

Ob Frauen in die Müttergruppe kommen, hängt auch davon ab, ob sich ihre Kinder mit den anderen Kindern verstehen.

"Die Kinder sehen sich dann immer montags in der Gruppe. Meine Tochter freut sich immer darauf. Da fragt sie morgens schon, wer kommt. Sie spielt gern mit den anderen Kindern. Das ist für mich schon ein Grund, warum ich gern in die Gruppe gehe."

Zur Zeit sind etwa neun Frauen und neun Kinder in der Gruppe, davon eine Sozialarbeiterin, die im St. Martin-Haus angestellt ist, und zwei studentische Mitarbeiterinnen, die abwechselnd je-

weils einen Montag teilnehmen. Ab und zu ist auch noch eine Praktikantin in der Gruppe. Sozialarbeiterin und Mitarbeiterinnen beschäftigen sich öfter mit den Kindern, spielen oder lesen mit ihnen. Zu ihrer Anwesenheit in der Gruppe meinen die Frauen:

"Ich finde gut, daß sie dabei sind. Erstensmal, was wollen wir allein. Keine von uns hat einen Führerschein. Wir können nirgends hin. Und das alles zu organisieren, wenn wir mal irgendwo hinfahren. Da haben wir ja gar keine Zeit zu. Und zweitens, wir wollen uns mal unterhalten, eine von euch nimmt dann die Kinder. (...) Das finde ich nämlich ganz wichtig. Wenn ihr dabei seid, dann biste auch mal 'ne Stunde dein Kind los. Dann kannst dich mal unterhalten. Zum Beispiel, wir unterhalten uns. Dann muß der David aufs Klo, dann die Jasmin und die Melanie. Dann geht schon mal jemand von euch mit den Kindern aufs Klo oder spielt schon mal mit denen in der Ecke was oder liest mal ein Buch vor oder so, wo wir uns unterhalten können. Wenn wir uns treffen würden, dann müßtete dich ständig selbst um dein Kind kümmern. Dann kannst dich nicht unterhalten."

Dieser Bericht entstand aus einem Interview mit Frauen der Müttergruppe, das ich als studentische Mitarbeiterin machte und zu einem Bericht über uns und unsere Aktivitäten verfaßte.

## **Frauengruppe Petersweg, Mainz-Kastel**

Unsere Frauengruppe wurde 1980 gegründet. Wir hatten von der Frauengruppe Mühlthal über ihre Treffen erfahren und daß die Frauen an Tagungen teilnahmen. Deshalb wollten wir auch in unserer Siedlung eine Frauengruppe organisieren.

Einige Frauen von uns fahren regelmäßig zu Tagungen der LAG mit und zu Mütterfreizeiten. Andere nehmen an Frauentreffen teil, die innerhalb der Siedlung Petersweg stattfinden.

Zur Zeit treffen wir uns einmal im Monat und jede Frau zahlt 3,-- DM pro Monat Beitrag.

Unsere Sozialarbeiterin ist mit in der Frauengruppe. Wir machen Spielabende, Ausflüge, Basteln und helfen mit, Feste in der Siedlung zu organisieren.

Die Frauengruppe hilft uns, miteinander auszukommen und gemeinsam etwas zu unternehmen.

Zu den Frauengruppen aus Wiesbaden haben wir Kontakt. Wir besuchen uns gegenseitig. Die Teilnahme an Tagungen war für uns besonders wichtig. Die Themen, z.B. Sozialhilfe, Erziehungsprobleme, Rentenversicherung haben uns gefallen. Einmal aus dem Alltag rauszukommen, Zeit für sich zu haben und andere Frauen kennenzulernen war sehr schön.

## **Frauengruppe Frauensteiner Straße, Wiesbaden**

Unsere Frauengruppe besteht seit Anfang 1982. Einschließlich der Sozialarbeiterin und der jeweiligen Praktikantin der Wiesbadener Fachhochschule für Sozialwesen sind wir 17 Frauen im Alter von 17 bis 57 Jahren. Wir treffen uns regelmäßig einmal in der Woche. Infolge längerer Diskussionen haben wir uns feste Regeln gesetzt betreffs Ein- und Austritten in bzw. aus der Gruppe, regelmäßiger Anwesenheit, 'Schweigepflicht' gegenüber Nicht-Gruppenmitgliedern bezüglich in der Gruppe besprochener persönlicher Probleme, monatlicher Beitragszahlungen usw.

Die Gruppe bietet uns auf der einen Seite die Möglichkeit auf der Basis gegenseitigen Vertrauens private, oder auch die Siedlung betreffende Probleme zu besprechen und gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Auf der anderen Seite ist es auch für viele die einzige Möglichkeit, dem Alltagstrott zu entkommen und bei den verschiedensten Aktivitäten die Freizeit angenehm zu verbringen. Hierzu ist z. B. der monatliche Kegelabend, Theaterbesuche, Schwimmengehen, Grillabende, Minigolfspielen, gemeinsam Lieder singen, 'Frauendisco', zu der auch die Frauengruppen aus den anderen sozialen Brennpunkten Wiesbadens, Freundinnen und Bekannte eingeladen werden, usw. zu nennen.

Neben den wöchentlichen Treffen werden auch verschiedene andere Aktionen durchgeführt. So veranstalten wir Feste für alle Siedlungsbewohner und Gäste in unserem Sozialzentrum, haben 1983 nach einer Spendenaktion die Weihnachtsfeier für die Spielstube selbständig ausgerichtet, machen regelmäßig Flohmärkte usw.

Die Putzstelle im Sozialzentrum wird von den Mitgliedern der Frauengruppe ausgefüllt. Die Hälfte des Lohns wird sofort in die Frauenkasse eingezahlt, in die auch die Beiträge und der Erlös von Festen und Flohmärkten gehen. Von diesem Geld konnten wir uns diesen Sommer eine einwöchige Reise nach Mallorca finanzieren.

Wir nehmen auch an der von allen Wiesbadener Sozialen Brennpunkten gemeinsam veranstalteten jährlichen Mütterfreizeit teil. Da die Finanzierung dieser Maßnahme für 1984 nicht mehr ganz gesichert war, beschlossen wir Frauen aus den Frauengruppen gemeinsam mit den Sozialarbeiterinnen, es durch die Beschaffung von zusätzlichen finanziellen Mitteln einerseits und durch Einsparungen (das Frühstück wurde von den Frauen selbst finanziert) andererseits, möglich zu machen, auch 1984 wieder 5 Tage gemeinsam wegzufahren. Zu diesem Zweck wurde 1983 auf dem durch die Stadt Wiesbaden veranstalteten 3tägigem Fest 'Folklore im Garten' ein Verkaufs- und Informationsstand gemacht. Hierzu leisteten alle Frauen einen Beitrag, sei es in

Form von Kuchenbacken oder Dienst am Stand tun. Auch dieses Jahr haben wir auf diesem Fest wieder einen gemeinsamen Stand von allen Frauengruppen der Wiesbadener Sozialen Brennpunkte.

Auch die Frauentagungen der LAG, an denen immer einige von uns teilnehmen, nehmen bei uns einen festen Platz ein. Man bekommt immer wieder Anregungen und wir merken auch, daß wir mit unseren Problemen nicht alleine dastehen.

### **Frauenclub Gummiinsel, Gießen**

Über den Zeitpunkt des Gründungstreffens unserer Gruppe besteht keine Klarheit - es gibt Hinweise auf das Jahr 1973 und auf den Oktober 1975. Wie dem auch sei: selbst wenn es uns erst seit 1975 gibt, können wir auf eine lange Geschichte zurückblicken und nächstes Jahr unser 10jähriges Jubiläum begehen.

Die etwa 8 Frauen, die sich damals mit Unterstützung durch eine Sozialarbeiterin zusammengetan haben, hatten Lust auf Abwechslung, wollten mal unter sich sein und wenigstens einmal in der Woche etwas abschalten können und tun, was Spaß macht.

Es wurde ein wöchentlicher Termin eingerichtet; mit den Mitarbeitern/innen der Spielstube wurde vereinbart, daß die Kinder dort während der Frauenclub-Zeiten betreut werden. Bald konnte die Gruppe auch ihr Provisorium in einem Raum der Spielstube zugunsten des

alten "Reweladens" aufgeben. Den Reweladen hat die Frauengruppe damals mit den Jugendlichen hergerichtet und zusammen mit ihnen benutzt, bis der Jugendclub seine "Baubude" hatte.

Es hat große Probleme gegeben, weil wir uns mit den Jugendlichen arrangieren mußten. Außerdem war eine Frauengruppe etwas ganz Neues, und der größere Teil der Bewohner war ausgesprochen mißtrauisch; insbesondere versuchten einige Ehemänner, ihre Frauen unter Druck zu setzen bzw. ihnen die Beteiligung an der Gruppe zu verbieten. Auch das hat bewirkt, daß immer mal ein paar Frauen bei einem Frauenclubtreffen nicht da waren oder das Zusammensein manchmal mangels Beteiligung gar nicht stattfinden konnte. Es traten auch einige Mißverständnisse deswegen auf, die so nicht geklärt werden konnten. Trotz des Angebots der Spielstube brachten häufig Frauen ihre Kinder mit, um dem Vorwurf zu entgehen, diese zu vernachlässigen. Das brachte natürlich einige Unruhe mit sich.

Durch Tratsch, Ablehnung durch die Siedlung und Schwierigkeiten mit ihren Männern, sind heute die meisten der "Gründungsfrauen" und auch einige von denen, die später dazukamen, nicht mehr dabei. Dennoch ist die Gruppe im großen und ganzen mittlerweile ziemlich stabil geworden: Wir sind in den letzten drei, vier Jahren von etwa 14 auf ca. 20 Frauen kontinuierlich angewachsen, der größte Teil von uns hat schon einige Club-Jahre "auf dem Buckel", und in der

letzten Zeit ist keine Frau mehr gegangen, wohl aber haben wir einige neue Mitgliederinnen dazugewinnen können.

Wir haben in all den Jahren einige Aktivitäten entwickelt. Manchmal jagte eine Unternehmung oder Aktion die andere, und dann gab's auch mal wieder ruhigere Zeiten - das ist heute noch so.

Wir reden viel miteinander beim Kaffeetrinken, wir tauschen Erfahrungen aus, besorgen uns Informationen über persönliche, familiäre und Siedlungsbelange, haben Kontakt zu pro familia, zum Gesundheitsamt, zur Evangelischen Familienbildungsstätte, zur LAG, zum Bürgergraben in Landau - früher auch zur Frauengruppe Richtsberg (Marburg). Wir organisieren und feiern unsere Feste, dazu gehören auch Bewohner- und Kinderfeste; wir veranstalten Flohmärkte und Weihnachtsbasare für unsere Kasse und unterstützen oder initiieren Aktivitäten in Mieterangelegenheiten und machen bei der Siedlungszeitung mit. Ab und zu sehen wir uns einen Film zusammen an. Regelmäßig gibt's alle 4

Wochen Kegeln (mit Ehemännern, Verwandten und Freunden), etwa alle 6 Wochen Schwimmen bzw. Schlittschuhfahren nebst anschließendem Essen gehen, und außerdem haben wir vor 3 Jahren einen 14tägigen Gymnastikabend eingerichtet, an dem mittlerweile mehr Frauen aus der Siedlung als aus dem Frauenclub teilnehmen.

Ausflüge finden je nach Lust und Laune, Zeit und Geldbeutel statt. Zu einem jährlichen Tagesausflug mit den Familien hat's bis jetzt mindestens gereicht; darüber hinaus nehmen wir in wechselnder "Besetzung" seit 1977 unregelmäßig, seit 1981 immer an den Frauentagungen von LAG und HLZ teil. Seit mehr als zwei Jahren haben wir Kontakt zum Bürgergraben in Landau (Pfalz), mit dem wir zusammen im August 1983 im Landauer

Goethepark unter den Augen der Öffentlichkeit mitsamt Presse und Rundfunk in festlichem Rahmen eine - sicherlich bislang einmalige - Siedlungspartnerschaft gegründet haben. Daß wir das auf die Beine gestellt haben, erfüllt uns mit einem gewissen Stolz und gehört ebenso zu den Höhepunkten unserer Frauenclub-Geschichte wie die Tatsache, daß wir in diesem Jahr zum ersten Mal einen Urlaub miteinander verbracht haben: Wir waren im Juli für acht Tage in der Rhön, einige von uns konnten nur am Wochenende dabei sein, andere waren gar nicht da, aber das war schon mal ein guter Anfang.

Eigentlich tun wir die meisten Dinge, die heute bei uns laufe, immer schon;

nur die Beteiligung und Einsatzbereitschaft war unterschiedlich und hat durch unsere Geschichte hindurch immer wieder Anlaß zu Auseinandersetzungen gegeben, die manchmal sehr hart sind, aber meistens zu mehr

Verständnis und Klarheit führen und unserem Zusammengehörigkeitsgefühl keinen Abbruch tun. Eher im Gegenteil: Im Winter haben wir mal gesammelt, was sich in den vier Jahren vorher, die für die meisten von uns zu überblicken sind, im Frauenclub geändert hat. Da kam erfreuliches zutage: Was heute so ist, aber früher nicht selbstverständlich war, ist z.B., daß jede Frau sich an Diskussionen beteiligt, daß wir uns ausreden lassen, daß wir Konflikte unter dem Gesichtspunkt angehen, daß wir uns "zusammenraufen" müssen und niemanden und vor allem unsere Gruppe nicht verlieren wollen, daß niemand mehr ohne Erklärung bei den Treffen fehlt, daß mittlerweile die Pflichten recht gleichmäßig verteilt sind und übernommen werden und daß die Treffen auch dann stattfinden, wenn die Sozialarbeiterin nicht da ist (eine Praktikantin und eine Studentin sind auch dabei, aber es können auch mal alle drei weg sein).

Auch die Vorbereitungen für Feste, Flohmärkte und Bazare laufen oft ganz ohne Sozialarbeiterin, und die Organisation und Durchführung der Mütterberatung und Impfungen hat eine Bewohnerin aus dem Frauenclub übernommen.

Es gibt zwar immer noch genug Anlaß zu Unzufriedenheiten bei uns, aber niemand

schmeißt mehr so schnell die Flinte ins Korn wie das früher manchmal geschah. Deshalb bewegt sich immer etwas bei uns und aus so mancher Unzufriedenheit ist eine gute Idee geboren.

### **Frauengruppe Lohwald, Offenbach**

Die Frauengruppe wurde 1977 gegründet. Heidi, die Praktikantin, hat die Frauen angesprochen, ob sie nicht Interesse hätten, sich über ihre privaten und auch siedlungsbezogenen Probleme zu unterhalten. Wir haben uns über Sozialhilfefragen unterhalten und über Schwierigkeiten mit unseren Männern und Kindern.

Damals wurden Privatprobleme nicht rausgetragen.

Wir waren am Anfang 20 Frauen, jetzt sind wir 15, wenn alle kommen.

Die erste große Aktion der Frauengruppe war die Kindergelddemonstration in Bonn. Dann haben wir uns die Frauenwohnung erkämpft. Das war so eine Nerverei, daß zwei Frauen darüber fast krank geworden sind. In der Frauenwohnung treffen wir uns seitdem, außerdem kommt die Jungmüttergruppe in die Frauenwohnung.

Die Räume werden auch für Besprechungen und für Hausaufgabebetriebe benutzt.

Das nächst größere Ereignis war die Planung und Durchführung des Abenteuerspielplatzes, wo wir eifrig mitgemischt haben. Wir sind z.B. mit aufs Rathaus gegangen und haben ein Einweihungsfest auf dem ASP veranstaltet.

Überhaupt sind wir früher öfters aufs Rathaus gegangen.

Seit 5 Jahren machen wir jedes Jahr eine große Fahrt mit der Frauengruppe. Angefangen hat es mit Berlin, dann waren wir in Prag, Hamburg, Lugano und jetzt fahren wir nach Budapest. Im Rathaus werden wir gefragt, warum wir immer in den Osten fahren, Deutschland ist doch auch so schön, aber eben teuer.

Bezahlen tun wir die Reise aus Geldern der Frauenkasse, im ganzen Jahr werfen wir in die Kasse etwas hinein. Außerdem haben wir den Erlös von einem Siedlungsfest. Von der Stadt bekommen wir einen Zuschuß und von einigen uns wohlgesonnenen Leuten und Parteien haben wir kleine Spenden bekommen.

Wir haben uns zwei Regeln aufgestellt:

Kein Alkohol auf den Sitzungen -  
Keine privaten Dinge raustragen.

Leider wurde in letzter Zeit öfters Privates herausgetragen. Das hat zu einigen Querelen unter den Frauen geführt. Wir werden in der Siedlung auch schon Stichelkabinett gerufen, aber überwiegend von den Männern.

Zur Zeit beschäftigen wir uns mit den bevorstehenden Sozialhilfekürzungen. Leider kümmern sich die Leute, die es am meisten trifft, am wenigstens um diese Sozialhilfekürzungen. Wir haben einen Protestbrief verschickt, der als 'Offener Brief' an den Deutschen Städtetag soll und in der 'Offenbach Post' erscheinen soll.

Wir haben vor, eine Reporterin einzuladen, die in der 'Frankfurter

Rundschau' über unsere Frauengruppe berichten soll.

Vor allem wollen wir erzählen, wie schlecht man von Sozialhilfe lebt.

### **Frauengruppe Finken/Amselweg, Limburg**

Im Sommer 1976 entstand in der Siedlung Finken/Amselweg ohne Beteiligung von Sozialarbeiter/innen eine Damenfußballmannschaft, die eine Art "Verein" mit Mitgliedsbeiträgen usw. als Reaktion auf die in der Siedlung existierende Männermannschaft. Es hatten sich ca. 15 Frauen zusammengefunden, die einmal in der Woche trainierten. Der Trainer war ein Mann aus der Siedlung.

Anfang 1977 gab es die ersten Schwierigkeiten. Die Gruppe begann wegen Streitigkeiten untereinander auseinanderzufallen. Außerdem hatten einige Frauen kein Interesse mehr, da während

des Winters im Freien kein Sport getrieben werden konnte und eine Sporthalle nicht zur Verfügung stand. Die Gruppe traf sich jetzt in der Spiel- und Lernstube. Dies dauerte aber nicht lange an und der Verein löste sich auf.

Einige Frauen aus dem Verein trafen sich zwar weiterhin in der Spiel- und Lernstube, jedoch wußten sie nicht so recht, was sie miteinander anfangen sollten. Im Dezember 1977 kamen auf Wunsch der Frauen zwei Mitarbeiterinnen aus dem Projekt hinzu. Im Vordergrund stand zunächst die gegenseitige Hilfe bei Bastelarbeiten für Weihnachten. Unter Mitarbeit einer Sozialarbeiterin und einer Studentin entwickelte sich eine feste Gruppe, die sich regelmäßig einmal die Woche traf. Es kamen 10 Frauen.

Die Aktivitäten waren: miteinander reden, gemeinsame Feste wie Fasching, Weihnachten und Geburtstage von Rauengruppenmitgliedern, basteln für Basare, Essen gehen, Kegeln usw. Die Motivation der Frauen zur Teilnahme an der Frauengruppe war für alle gleich. Allerdings gab es unterschiedliche Vorstellungen wie die Abende gestaltet werden könnten. Es gab immer mehr Konflikte in der Gruppe, meist waren es Auseinandersetzungen, die außerhalb zum Ausbruch kamen. Es blieben immer mehr Frauen weg. Die Gruppe bestand noch aus 5 Frauen. Später hatten auch diese Frauen keine Lust mehr, mit der Begründung, daß sie sich ja sowieso privat treffen würden,

auch ohne die Frauengruppe. Es entstand eine Pause von zwei Jahren.

Im November/Dezember 1982 kam in der Siedlung der Wunsch nach einer neuen Frauengruppe auf. Viele Frauen aus der früheren Gruppe kamen zu Mitarbeitern von der Projektgruppe mit dem Anliegen: Es muß wieder mal was geschehen.

Am 24. März 1983 fand dann der erste Gruppenabend statt, zu dem 14 Frauen aus der Siedlung kamen. Heute sind wir noch 12 Frauen in unserer Gruppe. Wir treffen uns wöchentlich in der Spiel- und Lernstube. Zu unserer Gruppe kommt eine Mitarbeiterin von der Projektgruppe hinzu, mit der wir uns gut verstehen. Seit dem Neubeginn im März 1983 haben wir viel unternommen. Unsere Abende waren mit Gymnastik, Kochen, gemeinsame Spiele, Essen gehen, Kegeln, vorbereiten von Veranstaltungen, Berichte von den Frauentagungen, gefüllt.

Für unser Bewohnerfest haben wir einen Tanz eingeübt, für den Tanz haben wir uns die Tanzschritte selbst ausgedacht, die Kostüme genäht. Unsere nächste Vorbereitung galt dem Limburger Flohmarkt, der nur einmal im Jahr in der Stadt stattfindet. Bei dieser Aktion halfen uns auch unsere Ehemänner. In der Faschingszeit veranstalteten wir einen 'Bunten Nachmittag' mit Tanz, Büttensreden und Sketchen, auch haben wir einen Spulecafenachmittag gestaltet. Aus diesen Veranstaltungen sichern wir uns unsere Finanzierung.

Jede Frau in der Gruppe bezahlt pro Woche 1,-- DM. Aus unserer Kasse bestreiten wir Essen, Feste für uns, Geschenke, Kaffee und unseren sonstigen Eigenbedarf für die Abende.

Was unsere Aktivitäten angeht, so haben wir früher mehr gebastelt. Heute machen wir mehr Aktionen und Veranstaltungen, dadurch bleibt für uns selbst in der Gruppe weniger Zeit übrig.

Unsere bisherigen Höhepunkte waren unsere Aufführungen und unsere "Baumklageschichte". Eine Frau aus der Gruppe hatte ein Baby bekommen. Wir wollten für sie einen schönen Baum holen und ihn dann vor ihrer Tür aufstellen. Dabei wurden wir von der Polizei erwischt. Trotz dieser Konfrontation hatten wir viel Spaß und die Aktion wird uns in Erinnerung bleiben.

Tiefpunkte gab es immer dann, wenn eine Frau wegen einem Konflikt wegblieb, dies hat immer unangenehme Spuren hinterlassen. Für jede einzelne von

uns bedeutet der Frauengruppenabend sehr viel; einmal in der Woche weg vom Haushalt sein, Abstand zu den Kindern, einmal tun und lassen können zu was wir gerade Lust haben.

Im März 1983 waren wir zum ersten Mal auf einer Tagesveranstaltung der LAG in Gießen. Seit dieser Tagung nehmen wir regelmäßig an den Tagungen teil. Wichtig für uns ist der Austausch mit Frauengruppen aus anderen Siedlungen. Auf den Tagungen bekommen wir viel an Anregung mit. Wichtig für uns ist auch, was sich so in Hessen tut. Die Feste auf den Tagungen finden wir gut, die lockern die Atmosphäre und man bekommt dadurch schneller Kontakt zu den anderen Frauen aus den Siedlungen.

### **Frauengruppe Rodgaustraße, Darmstadt**

Unsere Gruppe besteht schon seit 1975. Sie hieß damals Elterngruppe. Sie entstand aus ein paar Elternpaaren, die sich bereit erklärten, für Weihnachten für die Kinder des Gebiets zu basteln. Deutsche sowie türkische und italienische Eltern halfen dabei. Es war sehr lustig und interessant. Bald merkten wir, daß es gut wäre, wenn sich die Frauen unter sich unterhalten könnten. Es gab Frauen- und Eheprobleme, bei denen kein Mann bei den Gesprächen erwünscht war. So entstand die Müttergruppe. Wir waren damals 15 Frauen. Eine Erzieherin begleitete die Elterngruppe. Als wir uns denn Müttergruppe nannten, war eine Sozialarbeits-

Praktikantin dabei. Häufige Themen waren in der Müttergruppe: Eheprobleme, Kindererziehung und Schulprobleme, auch sprachen wir oft über das Wohngebiet. Manchen Abend war es sehr lehrreich für uns. Wir bekamen einen eigenen Gruppenraum im Gebiet, den wir uns selber einrichten konnten.

Aus der Müttergruppe wurde dann die Frauengruppe, weil auch junge Frauen dabei waren, die noch keine Mütter waren.

Eine wichtige Sache war für die Frauengruppe mit den Bewohnern des Gebietes zusammen die Erkämpfung eines Kinder- und Jugendhauses sowie eines großen Spielplatzes.

Wir treffen uns alle 14 Tage. Das war schon von Anfang an so. Leider wechseln die Praktikantinnen jedes Jahr; man hat sich an eine gewöhnt, muß sie leider schon wieder gehen, weil ihr Jahr um ist. Das ist für die Gruppe nicht gut.

Die Praktikantin organisiert die Fahrten, z.B. zu Frauentagungen, Fahrten zu anderen Frauengruppen. Wir nehmen jetzt einen monatlichen Gruppenbeitrag von 3,-- DM. Von anderen Stellen bekommen wir kein Geld. Wir haben eine Kassiererin, die auch gleichzeitig die Kasse verwaltet. Aus der Kasse bestreiten wir alles, was an Kleinigkeiten in der Gruppe anfällt, z.B. Geburtstagsstrauß für die Frauen aus der Frauengruppe und kleinere Geschenke zu festlichen Anlässen wie Hochzeit, Verlobung und Abschiedsgeschenk für die Praktikantin. Die

Frauengruppe nimmt an allen Veranstaltungen im Wohngebiet teil. Sie organisiert z.B. Alternachmittage und Weihnachtsfeiern. Auch ist sie beim Bewohnerfest immer mit dabei. In der Zeitungsgruppe, sowie in der Sozialhilfegruppe sind Frauen von der Frauengruppe vertreten. Die Frauengruppe besteht jetzt nur noch aus einem festen Kern von 8 Frauen. Ab und zu kommen neue Frauen, die aber nicht lange bleiben. Auch sind einige Frauen, die in der Frauengruppe waren, aus dem Gebiet fortgezogen. Sie können deshalb nicht mehr an den regelmäßigen Treffen teilnehmen. Wir sind auch bereit, andere Frauengruppen zu unterstützen, z.B. in Form von Protestschreiben. Die Frauentagungen sind für uns sehr wichtig, da wir dort mit anderen Frauen unsere Erfahrungen austauschen können. Auch bringen wir manche Anregung von diesen Tagungen mit. Unsere Frauengruppe macht jedes Jahr ein Arbeitswochenende, zu der nur Frauengruppenmitglieder mitfahren können. Einen Teil der Kosten bekommen wir vom Sozialamt, wenn wir unsere Fahrt unter ein bestimmtes Thema stellen, z.B. Jugendarbeitslosigkeit. Alle anderen Kosten bestreiten wir aus unserer Frauenkasse. Kontakte zu anderen Frauengruppen hatten wir auch. Zum Beispiel sind wir zu einem gemütlichen Abend nach Hanau und Gießen gefahren. Dann unterstützten wir eine Gruppe in Lampertheim mit Vorschlägen, wie sie zu einem eigenen Jugendhaus mit Hort

für die Kinder und einem Spielplatz kommen können. Leider sind alle Kontakte wieder eingeschlafen. Wir lernten alle diese Frauengruppen auf großen Frauentagungen kennen. 1977 traten wir der LAG bei. Unsere erste große Frauentagung war in Kirchheim-Seepark. Wir waren sehr beeindruckt, daß sich alle Frauen mit Du ansprachen. So fühlten wir uns wie in einer großen Familie. Auch konnte man offen miteinander reden. So wurden schon manche Probleme miteinander gelöst. Nicht so gut finden wir, daß auf den Frauentagungen so viele Kinder dabei sind. Es ist für die Mütter schwer, da sie laufend von den Kindern gestört werden. So können sie nicht richtig bei der Sache bleiben. Wir wissen zwar, daß viele Frauen nur mitfahren können, wenn sie die Kinder mitnehmen und stehen deshalb auch in einem Konflikt. Auch fänden wir es richtig, wenn jede Frau bei Festen auf den Tagungen ihren Beitrag zahlen würde. Ob sie nun am Fest teilnimmt oder nicht.

## **Frauengruppe Schelmengraben, Wiesbaden**

Wir sind sieben Frauen aus einem Neubauviertel in Wiesbaden. Eine Trabantenstadt mit über 10.000 Bewohnern. Unsere Gruppe setzt sich zusammen aus Sozialhilfeempfängerinnen, Arbeitslosen und Angestellten. Zwei unserer Frauen wohnen nicht im Schelmengraben. Wir sind im Alter zwischen 32 und 52 Jahren.

Zu der Entstehung der Frauenarbeit im Schelmengraben:

Frauen aus dem Schelmengraben besuchten Ende 1977 auf Einladung der LAG eine Frauentagung. Diese Tagung und der Erfahrungsaustausch mit anderen Frauen machten bei den Frauen des Schelmengrabens einen großen Eindruck. Daher war es selbstverständlich, daß der Wunsch nach einer Frauengruppe bei ihnen entstand.

Im Januar 1978 fand dann die erste Frauengruppe statt, zu der ca. 10 Frauen kamen. Nach anfänglichen inhaltlichen Diskussionen war klar, daß man keine Kaffeeklatsch- und Handarbeitsgruppe werden wollte. Vielmehr war der Wunsch, Siedlungsprobleme, Teilnahme an kulturellen und politischen Veranstaltungen, Nachbarschaftshilfe, Kontakt zu anderen Wiesbadenern Frauengruppen, der Inhalt dieser Gruppe sein sollte. Nach ca. 4 - 5 Treffen war die Gruppe auf 5 Frauen geschrumpft, die die begonnene Arbeit kontinuierlich fortsetzten.

Wie auch jetzt bei unserer Gruppe, war die Fluktuation hoch. Um mehr Frauen

ansprechen zu können, wurden die Gruppentreffs abwechselnd nachmittags oder abend vorgenommen. Trotzdem blieb es bei einem Stamm von 5 Frauen. Manche Ehemänner der Frauen durchkreuzten oft die Pläne der Frauengruppe, so daß dies auch Probleme in der Gruppe auslöste. Frauen, die noch angesprochen wurden, wollten nur kommen, wenn die Gruppe eine Handarbeitsgruppe würde. Das wollten die Frauen aus der bereits bestehenden Gruppe nicht. Nach ca. einem halben Jahr tauchten öfters Meinungsverschiedenheiten in der Gruppe auf, so daß die Gruppe in 2 Teile gespalten wurde. Als auch noch zwei Frauen aus der Gruppe ausschieden, wurde die Gruppe im September 1978 wieder aufgelöst.

Die jetzt bestehende Frauengruppe wurde ungefähr ein halbes Jahr später, wieder durch die positiven Erfahrungen einiger Frauen durch eine Frauentagung ins Leben gerufen. Und am 09.05.1979 war dann das erste Treffen. Wir waren 7 Frauen (1 Sozialarbeiterin). Unsere ersten Aktivitäten waren ausschließlich Stadtteil bezogene Aktivitäten. Aber den größten Teil des Jahres 1979 war der Kindergeld-Aktion gewidmet. Wir nahmen an den Vorbereitungen, Tagungen der LAG, Infostände usw. teil. Natürlich fuhren wir auch mit nach Bonn.

In den ersten beiden Jahren waren die Schwankungen in der Gruppenstärke sehr groß. Die Frauen, die kamen und wieder weg blieben, gaben die unterschiedlichsten Begründungen an: z.B. wir sind zu politisch, wir sind zu unpolitisch,

wir machen zu viele Handarbeiten, wir machen zu wenig. Jedenfalls von den Gründerinnen ist z.Z. nur noch eine Frau seit dieser Zeit noch in der Gruppe. 3 der Frauen sind auch schon fast 4 Jahre in der Gruppe, die anderen kamen im Laufe der letzten 1 1/2 Jahre zu der Gruppe.

Wir treffen uns einmal wöchentlich im Gemeinschaftszentrum. Teilweise hatten wir uns auch früher nur alle 14 Tage getroffen. Die Wochentage sowie die Zeiten haben sich im Laufe der Jahre auch öfters verschoben. Wenn eine Frau aus irgendeinem wichtigen Grund zu den vereinbarten Zeiten nicht mehr kommen konnte, wechselten wir lieber die Zeit, als daß wir die Frau aus der Gruppe verlieren wollten. Seit 2 Jahren treffen wir uns mittwochs von 17.30 bis 19.30 Uhr.

Im ersten Jahr unserer Gruppe nahm eine Sozialarbeiterin teil, die nach dem Ausscheiden aus dem Projekt bis heute noch Kontakt zur Frauengruppe hat. Nach dem Ausscheiden gab es jahrelang mehr oder weniger heiße Diskussionen über eine neue Sozialarbeiterin in der Gruppe. Die Gruppe lehnt es nach wie vor ab, eine Sozialarbeiterin des Projektes in die Gruppe aufzunehmen. Es war sogar schon so weit, daß die Gruppe ernsthaft in Erwägung zog, sich von dem Projekt zu trennen und auf privater Ebene weiterzumachen. Im Frühjahr dieses Jahres wurde dann der Zwist zum Teil beigelegt. Wir einigten uns mit dem Projekt, daß eine

Sozialarbeiterin bei aktuellen Anlässen uns zum Treffen berichtet, und wir über unsere Arbeit in der Bewohnerversammlung berichten.

Die Projektgruppe hat schon klar erkannt, daß ihr mit der Frauengruppe potentiell Arbeitsmaterial verloren geht. Denn in den meisten Projekten sind es die Frauengruppen, die die meiste Arbeit leisten und dies fällt bei unserem Projekt zum größten Teil weg. Was natürlich nicht heißen soll, daß die Frauengruppe sich nicht an der Arbeit des Projektes beteiligt.

Wir sind bei jedem Kinderfest, Weihnachtsfeiern und sonstigen Veranstaltungen dabei und helfen tatkräftig mit. Zwei von unseren Frauen fahren seit Jahren zu der Sozialhilfe-AG der LAG, nehmen als AGS-Mitglieder an den Tagungen im Sozialbereich sowie an den LAG-Mitgliederversammlungen teil. Dabei gibt es auch immer wieder Differenzen mit den anderen Bewohnern. Manche Bewohner sagen dann, die Frauengruppe fährt schon wieder zu einer Tagung der LAG; unseren Beteuerungen, daß wir nicht als Mitglieder der Frauengruppe, sondern als Vertretung der AGS teilnehmen, ist schwer begreiflich zu machen. Aber bei der nächsten Tagung, die auf dem Terminplan steht, will doch kein anderer fahren.

Unsere finanzielle Lage war am Anfang sehr schlecht. Durch den ersten Basar, den wir veranstalteten, kam etwas Geld in unsere Kasse. Vor 2 Jahren entschlossen wir uns, daß jede Frau aus

der Gruppe einen monatlichen Beitrag von 2,-- DM zahlen soll. Seit Frühjahr dieses Jahres werden wir auch durch einen monatlichen Betrag aus dem Projekt unterstützt. Es gab harte und lange Kämpfe deswegen.

Beim Ausgeben haben wir natürlich keine Probleme; wir kaufen uns Material für unsere Basare usw. Dann darf nicht vergessen werden, daß jede einmal Geburtstag hat, dann bekommt sie aus der Frauenkasse eine Kleinigkeit. Außerdem veranstalten wir jedes Jahr eine kleine interne Weihnachtsfeier. Jeder stiftet 5,-- DM extra und dann gehen zwei der Frauen in die Stadt und suchen stundenlang nach etwas, das jedem gefallen könnte. Wir machen das dann so, daß die Kleinigkeiten schön verpackt und nummeriert werden.

Kleine Zettel werden auch nummeriert und jede zieht eine Nummer, und bekommt dann das entsprechende Geschenk. Wir gehen auch gemeinsam Essen, wandern oder machen einen gemütlichen Abend bei jemandem zu Hause. Wir haben vor ein paar Jahr ein sehr schönes Wochenende in einem alten Bauernhaus in der Nähe von Marburg verbracht. Was wir auch dieses Jahr wieder vorhaben.

1980 versuchten wir mit anderen Frauengruppen aus Hessen Kontakt aufzunehmen, was für uns eine große Enttäuschung wurde. Wir schrieben 58 Frauengruppen an und bekamen nur 3 Antworten. Bei diesem Versuch ist es auch geblieben. Wir waren sehr frustriert, was wir dann auf der

nächsten Tagung von den anderen Gruppen über unseren Brief hörten, daß wir es aufgaben, mit anderen Gruppen in Kontakt zu treten. Dabei wollten wir uns nur informieren, was andere Frauengruppen so machen. Die Gruppen, die uns geantwortet haben, haben uns besucht oder wir waren bei ihnen. Was uns auch sehr gut gefallen hat. Wir hoffen, den anderen Gruppen, die uns besuchten, erging es auch so.

Ein besonderer Höhepunkt waren auch die beiden Fahrten mit anderen Wiesbadener Frauen nach Berlin. Wir lernten die Frauen, die wir schon von anderen Aktivitäten oder Tagungen her kannten, besser kennen. Denn es ist doch ein Unterschied, wenn man sich auf einer Tagung trifft, Arbeitsgruppen im Galopp durchläuft oder wenn man eine ganze Woche zusammen etwas unternimmt. Auf eine solche Fahrt warten wir schon wieder. Eine unserer Frauen fährt auch immer mit zu den Mütterfreizeiten der anderen Wiesbadener Projekte. Leider können wir nicht fahren aus verschiedenen Gründen. Dasselbe gilt auch für die Frauentagungen. Wir fahren mit 2-3 Frauen und den dazugehörigen Kindern zu den Tagungen. Was uns immer wieder gefällt, ist der Erfahrungsaustausch mit den anderen Frauen. Nach jahrelangen Tagungen kennt man jetzt einige so gut, daß man sich immer wieder freut, sie zu sehen, auch mit ihnen über private Sachen reden kann. Man lernt auch wieder neue Frauen kennen. Was uns absolut an den ersten Tagungen

nicht gefallen hat, waren die vielen Arbeitsgruppen. Alle waren so wichtig und interessant, daß man sich schwer entschließen konnte, an welcher Gruppe man teilnehmen soll. Auch war es oft beschiessen, wenn die Arbeitsgruppe abgebrochen wurde, weil die Zeit nicht reichte. Die Diskussionen waren so randvoll, daß man am Schluß überhaupt nicht mehr konnte. Man war sauer, daß die Themen nicht richtig zu Ende geführt wurden. Dann kommt das bei raus:

Diskussion!

20 Leute!

Was gibt es heute?

Eine spricht, eine Stimme ohne Gesicht.

Diskussion?

Ein Text, gelesen, gesprochen,

Gedanken?

Stimmen,

Diskussion? Schemen, Stimmen laut,

leise?

Eine spricht. Eine Stimme ohne

Gesicht.

Diskussion?

Wir sind oft mit Wut im Bauch wieder heimgefahren, weil wir das unbefriedigende Gefühl der Unvollständigkeit hatten. Denn auf der nächsten Tagung waren wieder viele andere Arbeitsgruppen auf der Tagesordnung. Wogegen wir es jetzt begrüßen, daß die Arbeitsgruppen auf der nächsten Tagung fortgesetzt werden.

Was uns auch gefällt, daß man jetzt öfters Fachreferenten zu bestimmten Themen einlädt, die durch ihre Fachkenntnisse doch viele Fragen beant-

worten können.

Weniger Arbeitsgruppenthemen und mehr Weiterarbeiten an den begonnenen Themen sind uns wichtiger als jedesmal ein neues Thema. Obwohl alle Themen sehr wichtig sind. Wichtig war für uns auch dabei zu sein und die Erfahrung mit zu machen bei der Erstellung der Broschüre "Auch uns igibts". Das war wirklich gut. Auch wenn mehr Sozialarbeiterinnen da waren als Frauen aus den Brennpunkten.

Zum Ende der Tagung heißt es dann wieder:

Termine, Termine, Termine.

Wann gibt es keine?

Zeit, für Termine,

Zeit, für Dich,

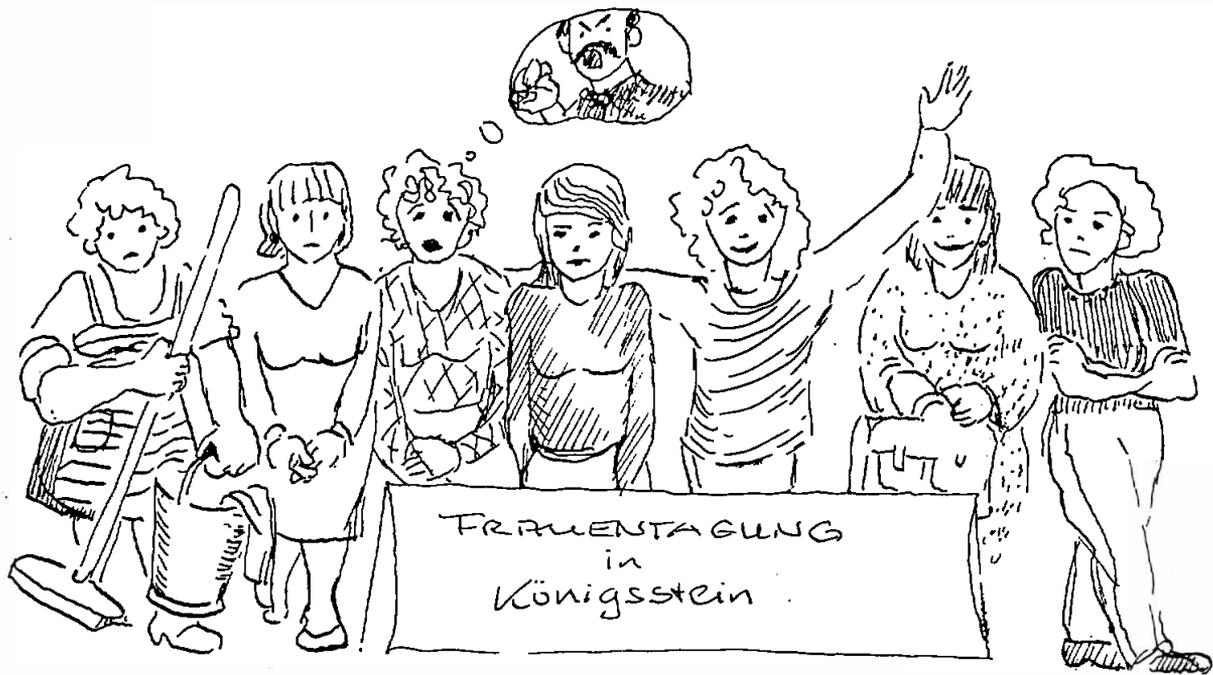
Zeit, für mich?

Zeit für Termine!!!

Was gibt es ohne?

Termine????

Wir wünschen uns für die Zukunft, daß die Hessische Landeszentrale für politische Bildung auch weiterhin die Gelder für die Tagungen bereitstellt und wir noch oft Seminare besuchen können, die wirklich sehr wichtig für uns alle sind. In diesem Zusammenhang wollen wir der HLZ, sowie allen denjenigen, die für die Vorbereitung und Organisation der Tagungen verantwortlich sind, einmal unseren herzlichen Dank sagen; besonders Monika Neumaier, die sich sehr für alles, was uns Frauen betrifft, besonders Mühe macht, um uns diese Möglichkeiten der Tagungen zu ermöglichen.



Zum Schluß:

Das Lied von der Frauentagung:

Acht kleine Weiberlein,  
die wollten mal nach Königstein,  
die Erste muß' daheim den Schrubber  
schieben,  
da waren's nur noch Sieben.

Sieben kleine Weiberlein,  
die wollten mal zusammensein.  
Die Zweite wußt nicht zu welchem Zweck'  
da waren's nur noch Sechs.

Sechs kleine Weiberlein,  
die wollten ohne Männer sein.  
Die Dritte fürchtet vom Mann die Schümpf'  
da waren's nur noch Fünf.

Fünf kleine Schelmengräber-Frauen,  
wollten an neuen Ideen bauen.  
Die Vierte meint', das können doch nicht  
wir von hier,  
da waren's nur noch Vier.

Vier Frauen aus dem Schelmengraben,  
wollten mal was anders haben;  
die Fünfte meint's ist doch einerlei,  
da waren's nur noch Drei.

Drei kleine Weiberlein,  
die wollten mal sich selbst befrein,  
die Sechste denkt, dann wär ich ja ent-  
setzlich frei,  
da waren's nur noch Zwei.

Zwei kleine Weiberlein,  
die dann noch übrig waren,  
die Siebte dacht, das schaffen doch nicht  
wir alleine,  
da war es nur noch Eine.

Und die Moral von der Geschichte.  
die Sozialarbeiterin alleine,  
schafft Frauensolidarität auch nicht!!!!

(Frauengruppe Schelmengraben)

## **Frauengruppe Mühlthal, Wiesbaden**

Die Frauengruppe Wiesbaden Mühlthal besteht seit 1977. Als die Idee der Bildung einer Frauengruppe aufgekomen war, haben sich Frauen zu einem ersten Abend getroffen und wußten noch nicht, wie alles weitergeht. Es folgten aber weitere Abende und so wurde im Laufe der Zeit eine feste Gruppe daraus.

Nicht jeder Abend war begeisternd und über manche Abschnitte war der Wurm drinnen:

Die Gruppe war gelähmt und wußte nicht recht, wie sie weitermachen sollte. Daß es die Frauengruppe jetzt aber seit 7 Jahren gibt und sich wie am Anfang wöchentlich trifft, ist etwas, worauf die Mitgliederinnen stolz sind. Schon nach wenigen Treffen hatte die Frauengruppe einen eigenen Raum, den sie zunächst mit einem Beratungsdienst teilen mußte. Dieser Raum lag in einer Wohnung der Siedlung, die für Gemeinschaftszwecke zur Verfügung stand. Seit einigen Jahren kann die Frauengruppe einen von ihr eingerichteten, tapezierten und gestalteten Raum in einer Wohnung nutzen, in der die anderen Räume für Altenarbeit und für Beratung dienen.

Über die ganzen Jahre war die Frauengruppe eine aktive Gruppe, die - wenn etwas zu unternehmen war - nie gepaßt hat. Gab es anfangs mehr Freizeitaktivitäten (wie Grillen, Busfahrten, Theaterbesuche usw.), so wurden im Laufe der Jahre mehr und mehr größere Vorhaben angepackt.

Bei großen Siedlungsaktivitäten wie z.B. Kulturfest des Mühlthals 1982 und 10jähriges Bestehen des Gemeinschaftszentrums Mühlthal 1983 hat die Frauengruppe ihre Beiträge über lange Wochen vorbereitet, Verkaufsstände mit Handarbeiten und Selbstgebasteltem sowie mit Kaffee und Kuchen ausgerichtet und 1982 ein selbstgeschriebenes Theaterstück aufgeführt, das soviel Anklang fand, daß es noch mehrmals bei anderen Gelegenheiten gespielt werden mußte. Mit Frauengruppen aus anderen Wiesbadener Siedlungen wurden Verkaufsstände bei großen Wiesbadener Sommerfesten wie "Folklore im Garten, internationales Sommerfest" organisiert. Diese Projekte dienten in den letzten zwei Jahren der Mitfinanzierung von Tagungen der Frauengruppen aus Wiesbadener Siedlungen, die in Vergangenheit besser bezuschußt worden waren. Vorbereitung und Teilnahme solcher seit 1977 durchgeführten Tagungen ziehen sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der Frauengruppe.

Neben den Tagungen auf Wiesbadener Ebene, die in Verbindung mit der Katholischen Erwachsenenbildung durchgeführt werden, beteiligte sich die Frauengruppe Mühlthal seit 1979 an Frauentagungen der LAG und HLZ.

Alle diese Tagungen werden von der Frauengruppe Mühlthal und den anderen Frauengruppen vorbereitet. Entweder stehen Informationsthemen, Problemfragen oder auch Diskussionen mit Politikern und Behördenvertretern im Vordergrund der Tagungen.

In der Frauengruppe Mühlthal wurde zu den Tagungen gesagt:

Sie ermöglichen, Kontakt zu anderen Frauengruppen zu halten, Informationen aus anderen Städten und Brennpunkten zu bekommen, Kenntnisse über Recht und Möglichkeiten zu erwerben, sich durch den Austausch von Erfahrungen, gegenseitig den Rücken zu stärken. Die Frauen empfinden, daß sie insbesondere durch die Tagungen gelernt haben, sich besser durchzusetzen, selbstbewußter zu sein und sich weniger in den eigenen Schwierigkeiten einzuigeln.

Die ersten zentralen Frauentagungen, an der die Frauengruppe Mühlthal teilnahm, war 1978 in Kirchheim/Seepark und ist noch in guter Erinnerung, im Rahmen einer Arbeitsgruppe über Sozialhilfefragen hatten dort zwei Frauen aus dem Mühlthal die Situation "Vorsprache beim Sozialamt" im Rollenspiel dargestellt. Auf den Tagungen wurde nicht nur geredet und zugehört: Die Wiesbadener Frauen stellten bei ihren eigenen Tagesveranstaltungen 3 Zeitungen: "Frauen informieren Frauen" zusammen.

Die Frauengruppe Mühlthal war 1981 und 1983 jeweils eine Woche in Berlin, um sich dort in einer evangelischen Akademie mit allgemeineren politischen Themen wie z.B. Wohnungsmarkt und Wohnungsfragen zu befassen. Die Seminare wurden speziell für die Frauengruppen der Wiesbadener Siedlungen durchgeführt und so konnte dort die Zusammenarbeit auf Wiesbadener Ebene fortgesetzt werden.

Die Zusammenarbeit mit den anderen Wiesbadener Frauengruppen in den Siedlungen war von Anfang an selbstverständlich, weil es schon immer zahlreiche Verbindungen zwischen den Siedlungen gab, durch die Teilnahme an den gemeinsamen Tagungen haben sich die Kontakte verbessert.

In den Zeiten, in denen im Mühlthal kein Wohnerrat bestand, hat die Frauengruppe an vielen Punkten diese Funktion wahrgenommen. Sie ist heute auch noch die Stelle, von der die ersten Planungen für Familienfreizeiten ausgehen. In der Gruppe selbst sind die Mitgliederinnen unterschiedlich stark orientiert. Daraus entstehen gelegentlich Probleme zwischen dem festen Kern und denen, die sich unregelmäßiger und mit wechselndem Interesse beteiligen. Trotzdem gibt es keinen "Funktionärsstamm" in der Frauengruppe.

Aufgaben werden eher gemeinsam angegangen, es gibt nur wenige festverteilte Zuständigkeiten.

Jedes Mitglied zahlt einen Monatsbeitrag von 3,-- DM in die gemeinsame Gruppenkasse. Weitere Einnahmen kommen durch das Spiel mit der "Lotto-Zusatzzahl" in die Kasse. Von diesem Geld möchte die Gruppe nächstes Jahr eine selbstfinanzierte Urlaubsreise durchführen. Für einige Aktivitäten stehen Mittel aus dem Etat des Gemeinschaftszentrums Mühlthal zur Verfügung.

In der Gruppe ist Platz zum Besprechen von persönlichen Problemen, zeitweise wurden über mehrere Abende an Fragen wie Gesundheit, Verhältnisse zu

Männern usw. geredet. Durch die Gruppe haben sich Beziehungen entwickelt, die viel gegenseitige Hilfeleistungen einschließen. Sie erwiesen sich bei einzelnen auch als tragfähig, um schwierigere Veränderung der familiären Situation durchzustehen. Der Frauengruppe gehört seit Anfang an 1 Sozialarbeiterin als gleichberechtigtes Mitglied an. Auch Praktikantinnen waren als Gäste willkommen. Seit 2 Jahren ist eine weitere Sozialarbeiterin dazugekommen.

Die Frage, ob Sozialarbeiterinnen Mitglied der Gruppe sein können, wurde in der Frauengruppe Mühlthal nicht aufgeworfen.

Die Frauen äußerten, daß an der Frauengruppe insgesamt für sie wichtig ist, Kontakte zu anderen Frauen zu halten, über Probleme zu reden, die mit Männern nicht ohneweiteres besprochen werden können und etwas ohne Männer zu unternehmen.

## **Mieterinitiative Forstfeld Irmgard Schneider**

An  
LAG  
Moselstraße 25

6000 Frankfurt/M. 1

Bericht der Mieterinitiative über  
ihre Arbeit

Seit nunmehr 9 Jahren trifft sich die MI Forstfeld regelmäßig jeden Mittwoch ab 20 Uhr im Sozialzentrum. Unsere Gruppenstärke hat in den ganzen Jahren stark variiert, mal waren wir 20 dann eine Zeitlang auch nur 8, je nachdem was wir für eine Aktion gemacht haben. Unsere jetzige Gruppenstärke liegt bei 12 Personen. Mit uns zusammen arbeiten 2 Praktikanten und ein Sozialarbeiter der Stadt Kassel. Diese Zusammenarbeit gestaltet sich recht gut und zeitweise auch ganz lustig. Gelernt wird dabei wohl auf beiden Seiten!

Das Thema, das uns seit Oktober 83 beschäftigt, ist die Verkehrsberuhigung und Umweltbesserung in unserem Stadtteil. Wir erarbeiteten daher mühselig, in unserer Freizeit, einen fertigen Plan und stellten diesen dann im März dieses Jahres in der Ortsbeiratssitzung vor.

Der Ortsbeirat war überrascht von unserem Plan, und fand ihn auch ganz

annehmbar. Wir dachten, daß einer Zusammenarbeit nun nichts mehr im Wege stehen würde, doch man unterschätzt oft die Eitelkeit gerade oder auch der politisch tätigen Leute.

In der nächsten Ortsbeiratssitzung sollte über das Thema Verkehrsberuhigung ausgiebig geredet werden, deshalb schickten wir unseren Plan mit ausführlicher Erläuterung an einige Ortsbeiratsmitglieder, damit sie über unsere Vorstellungen vorher nachdenken konnten.

Die kommende Ortsbeiratssitzung lief dann aber alles andere als nach unseren Vorstellungen, erstens erhielten wir mit Hinweis auf die Hessische Gemeindeordnung kein Rederecht, zweitens wurden wir auch noch beschuldigt, einen Spion bei der SPD zu haben;

denn das Konzept unserer Verkehrsberuhigung stimme genau mit dem der SPD überein. Wir konnten uns nicht erinnern jemals ein Konzept der SPD zu diesem Thema veröffentlicht gesehen zu haben. Nach dieser üblen Verleumdung verließen wir die Sitzung geschlossen und waren ganz schön sauer, was aber keineswegs zur Resignation führte. Wir haben ein Flugblatt gemacht mit dem Thema "Der Lauschangriff", indem wir unseren Unmut zum Ausdruck brachten.

Im Moment verhandeln wir gerade mit den Grünen und dem Büro 7000 Eichen über unseren Plan. Die Chancen stehen im Moment gar nicht schlecht, daß sich mit der Verkehrsberuhigung etwas tut.

Wir kämpfen und verhandeln jedenfalls

weiter, auch ohne Ortsbeirat. Auf unserem diesjährigen Wochenendseminar haben wir uns intensiv mit Möglichkeiten zur Durchsetzung beschäftigt.

Wir haben noch ein Foto beigelegt, daß unsere Gruppe mit Kindern zeigt.

Tschüss, bis zur 10. Jahresfeier

Ortsbeirat nicht bereit die Interessen der Bürger zu vertreten?  
=====

Wir, die Mieterinitiative, Frauen mit Familie und Kindern, beschäftigen uns seit Monaten in unserer Freizeit mit dem Thema Verkehrsberuhigung in der Städtischen Siedlung.

Da wir der Meinung sind, daß die Gefährdung unserer Kinder und die Belästigung durch Verkehrslärm und -dreck in letzter Zeit rapide zugenommen hat, haben wir einen ausführlichen Plan entwickelt. Damit gingen wir in den Ortsbeirat. Dort haben wir unseren Plan schriftlich vorgelegt, durften ihn aber nur zum Teil erläutern. Im Beschluß des Ortsbeirats wurden wesentliche Forderungen von uns nicht berücksichtigt. Statt dessen wurde uns auf der letzten Ortsbeiratssitzung jegliches Rederecht verweigert und sogar noch vorgeworfen, den Plan von der SPD ABGELAUSCHT zu haben. Nach dieser unglaublichen Unterstellung verließen wir demonstrativ den Ortsbeirat.

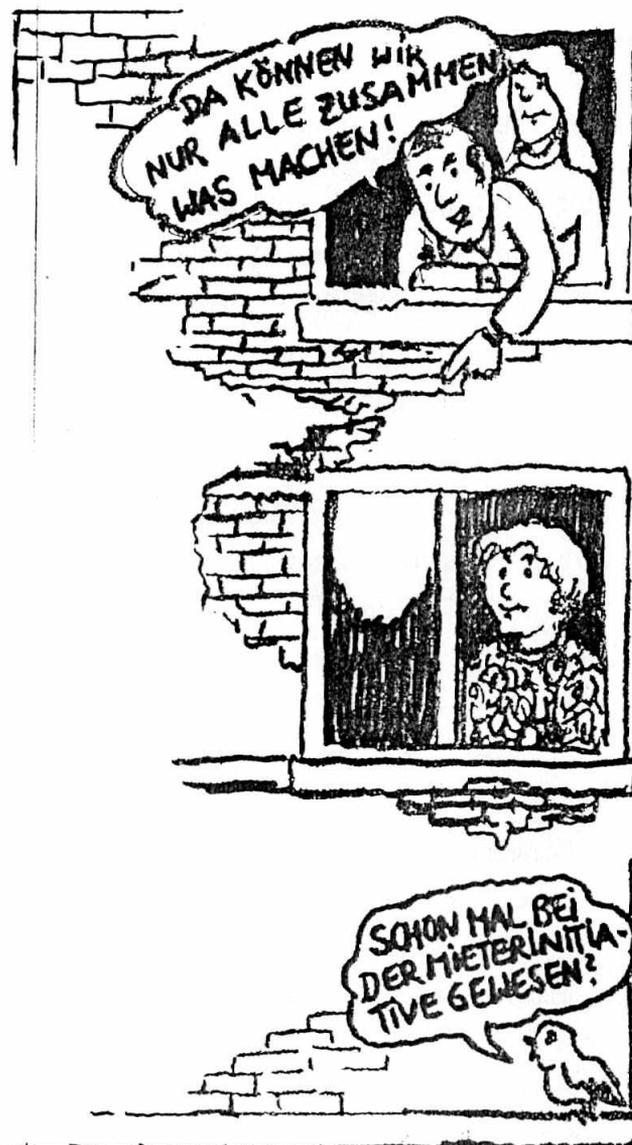
DIESE SAUERREI LASSEN WIR UNS NICHT LÄNGER GEFALLEN!

Wir fordern daher:

1. Öffentliche Rücknahme dieser Unterstellung
2. Rederecht für betroffene Bürger und Initiativen im Ortsbeirat Forstfeld, wie es in anderen Ortsbeiräten auch gehandhabt wird.

Wir wünschen uns, daß möglichst viele Frauen und Männer zu uns kommen, um die Verkehrsberuhigung durchzusetzen.

Wir treffen uns jeden Mittwoch ab 20.00 Uhr im Haus Forstbachweg.



## **Frauengruppe Presberger Straße, Wiesbaden**

Unsere Frauengruppe wurde im Jahre 1977 im Mai gegründet. Uns hatte damals eine Frauengruppe aus Marburg besucht. Durch eine rege Unterhaltung und den Austausch von Informationen und eine Gegeneinladung nach Marburg haben wir uns dann entschlossen, eine Frauengruppe zu gründen. Zuerst trafen wir uns noch unregelmäßig, aber dann ging es erst richtig los. Wir setzten uns dafür ein, daß in unserer Siedlung eine Telefonzelle

### **„Alleine werden wir doch untergebuttert“**

#### **Bewohner im „Problemviertel“ Presberger Straße besetzen Sozialstation**

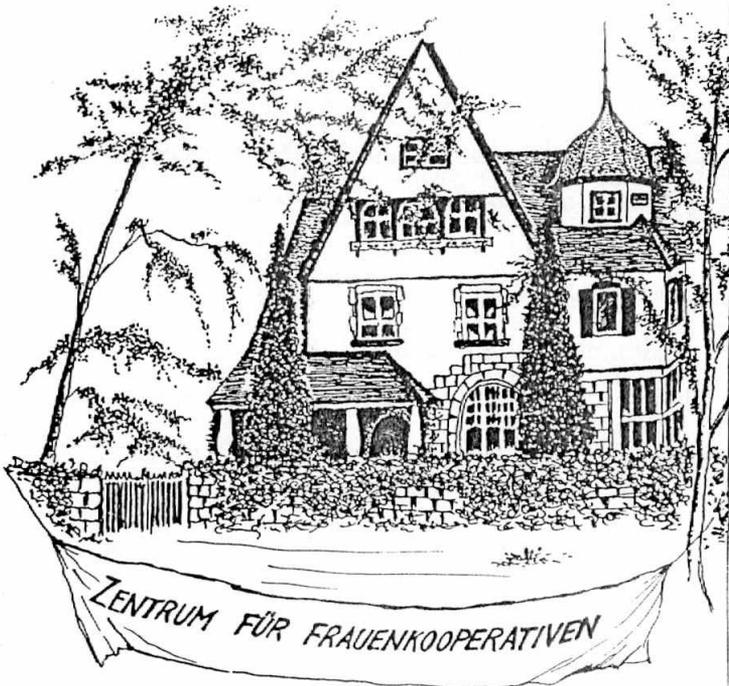
**W**ir brauchen jemanden hier oben.“ Darüber sind sich alle Bewohner des Viertels Erbacher-, Presberger-, Holz- und Schlangenbader Straße einig, die mit einer „Besetzungsaktion“ auf ihre Probleme aufmerksam machen wollen, die sie nach der Kündigung ihrer Sozialarbeiter auf sich zukommen sehen. Seit gestern bewachen einige von ihnen die Tür zum Büro der Arbeitsgemeinschaft „Sozialer Brennpunkt“. Die Sozialarbeiterin Brigittes Kappes, die dort an anderen Tagen für die Bewohner zu sprechen ist, wurde ausgesperrt. Bis Freitag dauert die Selbsthilfeaktion, die sich nicht gegen Brigitte Kappes oder ihren Kollegen Klaus Köhler richtet, sondern – im Gegenteil – demonstrieren soll, wieviel Ratsuchende vor geschlossenen Türen stehen werden, wenn die Kündigungen wirksam werden sollten. Die betroffenen Bewohner des Viertels entschlossen sich zu dieser Aktion, nachdem bekannt geworden war, daß die Arbeitsgemeinschaft, 1969 von einigen Bürgern gegründet, um die Lebensqualität des Viertels zu erhöhen, mit 70 000 DM bei Banken und befreundeten Vereinen verschuldet ist und darum die Gehälter der Sozialarbeiter, die seit zehn Jahren in der Presberger Straße tätig sind, einsparen will (der KURIER berichtete).

errichtet wurde. Auch gehen wir regelmäßig zu den Frauentagungen.

Einmal haben wir sogar die Sozialstation besetzt, weil sie uns die beiden Sozialarbeiter wegnehmen wollten. Wir kämpften 2 1/2 Wochen lang durch Streik und Einladung der Presse um die Wiederbesetzung der beiden Stellen. Wir saßen abwechselnd morgens vor dem Beratungsbüro und diskutierten die nächsten Schritte. Die LAG schickte uns zur Unterstützung und Beratung Dieter Mihm, er stand uns während der Besetzung mit Rat zur Seite. Durch die Tagungen, auf die wir regelmäßig gehen, haben wir sehr viel gelernt, unsere Probleme zu lösen. Auch haben wir noch eine Erfahrung gemacht, daß Feiern und Beisammensein auch ohne Männer lustig sein kann und viel Spaß macht.

Der Kontakt unter uns hat sich dadurch sehr stabilisiert. Um Geld für unsere Arbeiten zu bekommen, machten wir auch mal Kleider- und Spielzeugbasare, sowie verschiedene Feste. Zum Beispiel Fastnachtsfeier, Tanz in den Mai und hauptsächlich unser Oktoberfest. Mit diesen Einnahmen finanzierten wir Ausflüge und eine Busfahrt mit den Kindern zum Holiday Park. Wir hoffen, in diesem Sinne so weiterarbeiten zu können und wünschen uns in unserer Arbeit weiteren Erfolg.

## Zentrum für Frauenkooperativen



Im Dezember 1984 wurde eine neue Einrichtung der LAG in Gießen eröffnet. Es handelt sich hierbei um ein Handlungsforschungsprojekt, in dem ausprobiert und untersucht werden soll, unter welchen Bedingungen, mit welchen Hilfestellungen und in welchen Arbeitsfeldern die Frauen eine Verdienstmöglichkeit finden können, die aufgrund fehlender oder nicht beendeter beruflicher Qualifikationen und weil sie bisher ausschließlich ihre Familie versorgt haben, auf dem vorhandenen Arbeitsmarkt keine Chancen haben. Wegen ihrer drückend geringen und oft unsicheren Einkommensverhältnisse und weil sie es leid sind, ausschließlich auf staatliche Subsistenzmittel angewiesen zu sein, wollen sie hier gemeinsam probieren, neue Formen ihrer Existenzsicherung aufzubauen.

Im Vorlauf dieses konkreten Projektes wurde auf vielen Tagungen mit Frauen in benachteiligten Lebensumständen über diese Probleme diskutiert und die Grundlinien entwickelt. Sehr deutlich wurde dabei, daß eine solche Erprobung nicht nur über Motivierung und Beratung erfolgen kann, sondern daß Arbeit auf drei Ebenen erforderlich ist:

1. Ebene praktischen Handelns: Anknüpfend an die vorhandenen Kenntnisse und Fähigkeiten der Frauen, die sie durch die Familienversorgung gewonnen haben, werden drei KOOPERATIVEN gebildet, die verschiedene Dienstleistungen anbieten.

- eine Näh- und Strickstube: hier werden Änderungs- und Reparaturarbeiten, sowie Stricksachen nach Wunsch durchgeführt werden;
- eine Wasch- und Bügelstube: sie bietet Waschen und Bügeln für Alleinstehende, alte Leute, gemeinnützige und private Einrichtungen, z.B. Arztpraxen, Gardinenwäscherei etc.
- einen A - Z - Dienst: hier werden Dienstleistungen aller Art erbracht, sei es Autowaschen, Hunde ausführen, Blumen im Urlaub versorgen, Babysitting, Einkaufen für Kranke, Senioren, Gehbehinderte, Auto anmelden, Wohnung hüten, Telefonservice etc.....etc.....etc.....

## 2. Ebene der Information und Beratung:

Im Verlauf der praktischen Arbeit wird sich herausstellen, in welchen Bereichen die Frauen noch Kenntnisse und Fähigkeiten erwerben müssen, z.B. im Rechnungswesen, Materialkenntnisse, gesetzliche Vorschriften, Kalkulationen, Steuerprobleme etc. Bei der Organisation der jeweils erforderlichen Lerneinheiten mit entsprechenden Experten werden eine Schneiderin und zwei Sozialpädagoginnen die Frauen begleitend unterstützen und auch bei der Gruppenbildung beraten.

Diese Informationsveranstaltungen sollen aber nicht nur den Frauen des Projektes zugute kommen, sondern allen Frauengruppen aus Hessen, die sich an die Gründung selbständiger Arbeitsinitiativen machen wollen. Langfristiges Ziel ist, daß sich die Frauen zunehmend vom Zentrum unabhängig machen können und selbständig ihre Kooperativen fortführen.

## 3. Ebene Darstellung und Auswertung:

Von Beginn an so II der Verlauf des Projektes fortlaufend dokumentiert, untersucht und kritisch reflektiert werden. Dabei werden gegebenenfalls auch notwendige Änderungen des Konzeptes mit allen am Projekt Beteiligten diskutiert und Neukonzeptionen entwickelt und begründet werden müssen. Mit dem Auslaufen der Modellphase soll somit eine zusammenfassende Darstellung und Auswertung über die Möglichkeiten und Grenzen,

förderlicher und hinderlicher Bedingungen für diese Art "alternativer Arbeitsbeschaffung" für eine auf dem Arbeitsmarkt besonders benachteiligte Gruppe vorliegen.

Im Verlauf des Novembers 1984 hat sich eine Gruppe von 10 Frauen gebildet, die fest im Zentrum mitarbeitet und die in der Zukunft hier für sich eine Perspektive der Berufstätigkeit sieht. Darüber hinaus haben weitere, an einer Mitarbeit interessierte Frauen, mit uns Kontakt aufgenommen.

Noch sind wir ganz am Anfang dieses Experimentes, hoffen aber, bald mehr über den Verlauf des Projektes berichten zu können.

Informationen sind über die Kontaktadresse:

Zentrum für Frauenkooperativen  
Wilhelmstraße 15  
6300 Gießen  
Tel.: 0641/74952

zu erhalten.

**Sozialhilfverein Offenbach**  
**Hannes Wenzel**

Ein Bericht über den Kampf, den ich seit mehr als 23 Jahren geführt habe, nur für die Unterdrückten, Obdachlosen und Sozialhilfeempfänger. Für sie bin ich immer da. Bei Tag und Nacht, immer bereit zu helfen. Und dies soll uns Allen oberstes Gebot sein. Dank könnt ihr nicht immer erfahren, aber oft ist ein Blick aus den Augen mehr als ein "Danke-schön".

Glaubt mir, auch ihr könnt das, was ich mache, nur dürft ihr keine Hemmungen zeigen. Oft macht man auch mal was falsch. Das ist nicht schlimm. Aber mit der Zeit lernt man es besser zu machen. Wichtig ist, man macht etwas.

Zu unserer Arbeit:

Es war und ist ein steiniger Weg, auf dem ich und unsere Obdachlosen in den 60er Jahren in Offenbach diese Arbeit begannen. Es gab oft schwere Auseinandersetzungen mit der Behörde. Dies hörte aber auf, als ich nicht mehr alleine war und wir unsere Vertrauensleute wählten. Von da an ging es bergauf, bis wir unsere erste Projektgruppe hatten. Deren Häuptling, Hacke war sein Name, zerstörte eigentlich aber eher unsere Arbeit wieder. Er war SPD-Mann, ich Parteiloser, und wir hatten damals eine SPD-regierte Stadt,

die vom Marothgelände nichts in der Öffentlichkeit hören wollte. Obdachlose hatten ja keine Lobby und sollten auch keine haben!

Aber es kam anders.

Unsere Lobby holte ich mir aus der DDR, denn dorthin schickte ich unsere Unterlagen (über meine Schwiegereltern an das Organ "Neues Deutschland"). Dort wurde es veröffentlicht und ihr sollt sehen und staunen, es kam ein schwedisches Filmteam und machte mit mir den ersten Film. Die Gage hierfür war für jedes Kind ein kleiner Schinken. Ich wollte kein Geld, ich wollte und will bis heute an meiner Arbeit nichts verdienen.

Es meldeten sich auch andere Filmteams an. Das ZDF machte mit Kindern und mir den 1 1/2-Stunden-Film "Zerstörung", was zur Folge hatte, daß das Team für Jahre die Lizenz entzogen bekam. Nur weil ein paar Kinder aus dem Eschig einmal erleben wollten, auch dabei zu sein.

Die Stadt Offenbach forderte eine Gegendarstellung vom ZDF, obwohl diese Leute im Recht waren und nur die Wahrheit aufzeichneten: sogar einen Fall, bei dem ein Kind erfroren war. Aber nicht aus Schuld der Mutter, sondern des damaligen Magistrats unserer Stadt. Dies Kind hätte gerettet werden können, hätte der schwerfällige Apparat Stadt auf das Kamerateam und auf mich gehört und das Kind in ein Krankenhaus geschafft. Die Mutter hatte dies auch

mehrmals gefordert. Eine heizbare Wohnung gab man ihr nicht. Erst mußte das Kind sterben, dann war eine Wohnung da.

Es gab noch einen weiteren wichtigen Film. Der Titel: "Da bin ich mitgegangen". Schafft euch diese Filme an und ihr werdet sehen, daß ich ganz schön kämpfen mußte.

Am 6. November 1980 gründeten wir unseren Sozialhilfeverein Offenbach. Niemand glaubte, daß dies eine feste Einrichtung werden würde. Das Sozialamt lachte und dachte, was soll so ein Verein schon bezwecken? Wir zeigten es ihnen aber, denn auch hier gaben wir nicht auf.

Wir verschafften uns erst einmal Gelder und machten jedes Jahr eine Weihnachtsfeier für Altenheimbewohner, natürlich mit dem "gebettelten" Geld. Das Land Hessen und hier insbesondere die Mitarbeiter aus dem Sozialministerium, ließen uns nicht mit leeren Händen gehen. 350,-- DM waren jedesmal drin und die Stadt Offenbach gab auch 485,-- DM dazu. Aber es langte immer noch nicht, 100 alte Leute zu bewirten, mit ihnen Kaffee zu trinken und Abendbrot zu essen. Die alten Leute mußten auch wieder in die Heime zurückgebracht werden, denn um 20.00 Uhr mußten sie ja alle dort sein.

All dies hätte nie geklappt, hätten wir auch nicht sehr gute Kumpels von Sozialarbeitern, die unsere Arbeit für gut befinden und deshalb unterstützen. So unsere Kumpels Sozialarbeiter von

der Projektgruppe Lohwald und aus dem sozialen Brennpunkt Eschig. Allen sei damit auch ein Danke-schön gesagt für ihre Mühe, denn die VW-Busse für den Transport der alten Leute brauchten wir uns so schon nicht zu entleihen. Aber auch vielen Dank unseren Mitgliedern vom Sozialhilfeverein für ihre Arbeit. Diese gingen sogar "betteln" und sammelten überall Geld, damit wir die benötigten 1.500,-- DM zusammenbrachten. Und dann begann die Arbeit erst richtig: Käthe Bittelbrunn sowie ihre Schwester Erna Aust, Inge Barthoff, Ellen Rogers, Oma Zintel, alle leisteten ihren Beitrag. Auch ihnen möchte ich recht herzlich Dank sagen.

Nun ja, erst einmal nur soviel zu den Weihnachtsfeiern. Aber wir kämpfen Tag für Tag weiter und helfen den Armen und Alten, nicht nur denen aus den sozialen Brennpunkten, sondern allen, die unsere Hilfe brauchen, in Form von Beratung, Ausfüllen von Anträgen, Formulierung von Widersprüchen bis hin zur Hilfe bei der Wohnungssuche. Wenn kein Möbiliar vorhanden ist, helfen wir es beim Sozialamt zu bekommen.

Was steht eigentlich Euch im Wege? Macht doch auch mal etwas. Gründet doch auch einen solchen Verein oder geht ins Stadtparlament als Stadtverordneter, so wie ich seit 1985 als Parteiloser. Glaubts nur nicht, ich sei gescheiter als ihr. Das was ich kann, könnt auch ihr und Betroffene werden mit Euch gehen. Fangt

an, jeder Tag ist kostbar! Dieses Jahr bekommt unser Sozialhilfeverein erstmals 20.000,-- DM von der Stadt Offenbach zur Anmietung von Räumen und einen festangestellten Mitarbeiter. Wir sind also freier Träger geworden und sind in Verhandlungen mit der SPD über eine Schuldnerberatung, die wir auch bei uns angesiedelt haben möchten.

Also erst einmal soviel. Aber unsere LAG vergessen wir auch nicht. Sie ist unsere Dachorganisation und wir sind ein Projekt in ihr. Sie ist für uns eigentlich eine Art "Gewerkschaft der Armen".

Ich könnte noch mehr erzählen. Aber probiert es doch einmal selbst. Ich hoffe, daß wir uns bei der 10-Jahresfeier der LAG gesund und munter wiedersehen.

Euer Hannes

*Falsch  
...  
...*



## Menschen wie Du & Ich

*Dieses Theaterstück, geschrieben von Alma Born, Bewohnerin des Mühltales  
und Mitarbeiterin des Gemeinschaftszentrums  
wurde bereits viermal von der Frauengruppe und einigen Kindern des Mühltales  
mit großem Erfolg aufgeführt!*



Mutter: (Kommt vom Einkauf mit 2 Taschen zurück und fängt an auszupacken.)

Kulisse: Klingelt

Mutter: (Geht an die Tür und schaut nach, wer draußen ist)

Hinze: (Steht draußen)  
Sie waren aber schnell zurück, Frau Schulze

Mutter: Bitte kommen Sie doch herein, Frau Hinze.  
Ich habe Ihnen die Sachen mitgebracht. (Stellt 3 Sachen vor Frau Hinze.)  
Es ist aber schon wieder teurer geworden, das hält man ja nicht mehr aus, da wird man verrückt dabei.

Hinze: Was, es ist schon wieder aufgeschlagen?  
Wie sollen wir da noch zurecht kommen?

Steffi/Thomas: (Ziehen ihre Ranzen, ihre Jacken und Mützen aus.)

Mutter: Ich freue mich, daß ihr in der Schule gut seit. Dafür fahren wir auch dieses Jahr einmal schön in Urlaub.

Thomas: Steffi, soll ich Dir derweil etwas vorlesen?

Steffi: Au ja, das ist fein.

Thomas: (Liest einige Zeilen aus einem Märchenbuch vor.)

Mutter: (Trägt das Essen auf.)

Kulisse: Klingelt

Thorsten: (Kommt nach Hause.)  
Entschuldige bitte Mutti, es ist etwas später geworden. Ich war noch mit einem Sportsfreund zu Hause, der wohnt im Mühlthal. Die haben es aber kalt und überhaupt nicht schön. Nein, da möchte ich nicht wohnen.

#### KLEINE PAUSE

Die Miete ist doch auch schon wieder gestiegen. Da zahlen wir jetzt 70% mehr als beim Einzug.  
Die Löhne halten da nicht mit!  
Denn kaum gibt es mehr Lohn, schon steigen auch die Gesamtkosten für den Lebensunterhalt.  
(Geht langsam zur Tür; bleibt stehen:)  
Über diese Preiswucher müssen wir in der Versammlung reden. Das geht uns alle an.

Mutter: (Räumt alles fort, was noch auf dem Tisch steht und deckt den Tisch fürs Essen.)

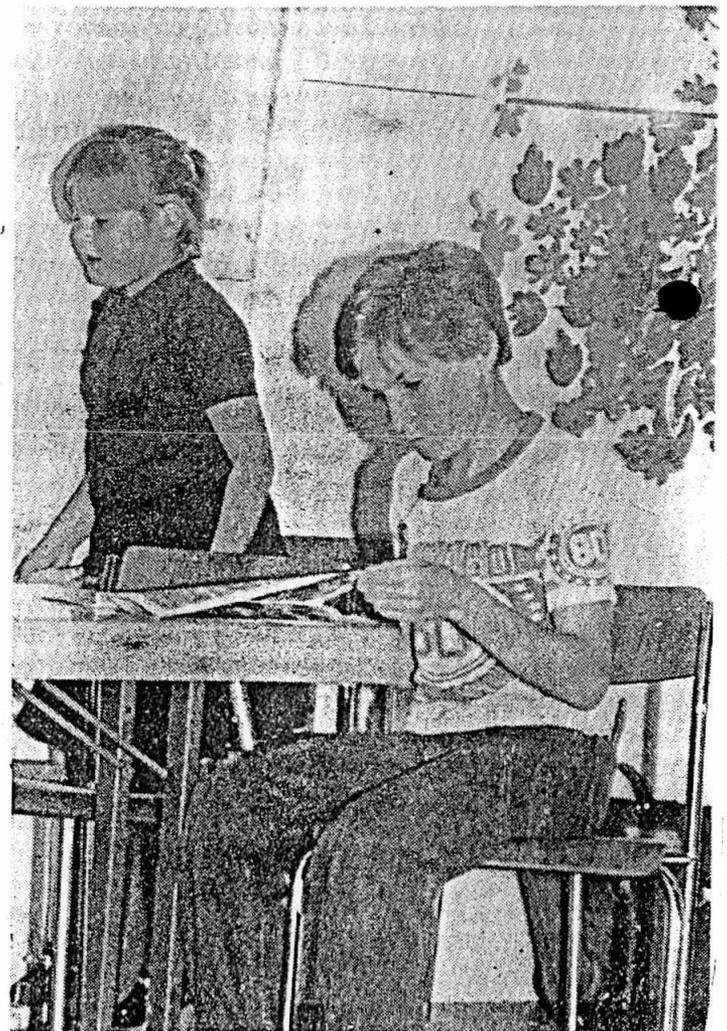
Kulisse: Klingelt

Steffi/Thomas: (Kommen von der Schule)  
Guten Tag, Mutti!

Mutter: Guten Tag, Kinder. Das Essen ist gleich soweit; nur noch 10 Minuten.

Steffi: Heute hatten wir Singen, das habe ich gerne.

Thomas: Und wir hatten Mathe, ich habe vom letzten Mal eine 3 zurück bekommen. Mal sehen, was es das nächste Mal ist?





- Mutter: Was suchst Du überhaupt bei solchen Menschen, das möchte ich nicht. Die sind doch alle irgendwie kriminell und asozial. Hast Du gehört? Suche Dir andere Freunde, geh mir da ja nicht mehr hin.
- Und über das Wohnen im Mühlthal brauchen wir uns erst garnicht zu unterhalten, das kann Dir Dein Vater sehr gut erzählen. Mir ist es zwar auch bekannt, daß sie damals totalen Schund gebaut haben, denn da wußten es ein paar übergescheite Beamte ja auch besser als die Fachleute.
- Thorsten: Wieso werden denn bei der Stadt Beamte gefragt? Beamte sind doch auch nicht allwissend. Da braucht man ja auch keine Fachleute mehr, wenn doch alles von den Beamten bestimmt wird.
- Mutter: Dein Vater wird Dir bei Gelegenheit einmal alles erzählen.
- Kulisse: Klingelt
- Sabine/ Vater: (Kommen)  
Guten Tag
- Mutter: Na nu, Mann, Du bist auch schon da, da stimmt doch was nicht. Bist Du krank?
- Vater: (Macht ein saures Gesicht und setzt sich an den Tisch.)
- Mutter: (Holt noch einen Teller.)
- Alle: (Setzen sich)
- Mutter: Steffi und Thorsten muß ich Euch erst eine Einladung bringen? Kommt jetzt bitte auch an den Tisch.
- Alle: (Essen eifrig – Außer dem Vater)
- Vater: (Nimmt 2 Löffel zu sich und kann nicht mehr.)
- Steffi: Schmeckt es Dir nicht, Papa?
- Vater: Doch, doch, laß mich nur in Ruh.
- Mutter: (Wendet sich an die Kinder:)  
Geht Ihr nach dem Essen noch etwas spielen?
- Steffi/Thomas: Jaa! (Springen auf und verschwinden)

Sabine/  
Thorsten: Wir gehen auch, tschüss, um 7 Uhr sind wir wieder zurück.

Vater: (Bleibt stumm und traurig am Tisch sitzen.)

Mutter: (Räumt den Tisch ab und setzt sich zu ihrem Mann.)  
Na, nun rede doch schon, was ist? Du hast doch etwas, daß Dich quält, das merke ich doch.

Vater: (Schweigt)

Mutter: Bitte rede, vielleicht kann ich Dir helfen.  
(Fährt ihrem Mann dabei tröstend über den Kopf.)

Vater: Sie haben mir zum 1. wegen Sparmaßnahmen gekündigt. Es wurden wieder ein paar Menschen zur Arbeitslosigkeit verdammt.

#### KLEINE PAUSE

Wo soll das noch hinführen in unserem Staat?

Mutter: Ich weiß es auch nicht. Vielleicht findest Du ja bald wieder Arbeit. Du mußt es halt nur versuchen.

Vater: Wenn nicht, wird es schlimm für uns. Die Kinderzimmer sind ja nun fertig bezahlt, aber das Schlafzimmer und die Küche haben wir noch zu zahlen.

Mutter: Endlich konnten wir auch einmal an uns denken, und nun kommt das dazwischen.



Vater: Wir bekommen dann zwar auch Mietzuschuß, doch es wird nicht viel sein, da ja das Kindergeld als Einkommen angerechnet wird.

#### KLEINE PAUSE SEUFZER

Ich habe Angst, doch wir wollen das Beste hoffen.

#### VORHANG

#### ZEITSPRUNG VON EINEM JAHR

Vater: (Sucht in der Zeitung nach Arbeit. Schimpft, weil er keine finden kann und das schon seit einem Jahr.)

Mutter: Schimpf doch nicht!

Vater: Es geht bald nicht mehr. Die Miete und die Raten sind wir schon voll im Rückstand. Meine Lebensversicherung konnte ich auch nicht zahlen, sonst wärest Du und die Kinder vorerst aus dem Schneider. Glaube mir, ich würde Schluß machen, damit es Euch wieder eine kleine Weile besser gehen würde.

Mutter: Das tust Du nicht. Was wäre das Leben denn ohne Dich noch für uns wert?

Kulisse: Klingelt

Vater: (Geht zur Tür – Brief flattert ins Haus.)  
(Macht auf und liest. Ruft dann alle zusammen.)  
Setzt Euch, ich habe mit Euch zu reden.

Alle: (Setzen sich an den Tisch)

Steffi: (Singt)

Vater: Steffi, geb Ruhe.  
Wir haben heute die Wohnungskündigung bekommen und müssen ausziehen. Wenn wir keine billigere Wohnung bekommen, müssen wir ins Mühlthal.

Alle: Oooh weeh. – (Außer dem Vater)

Mutter: (Stöhnt auf) Nein, nein, dahin will ich nicht. Heute kann ich zwar besser verstehen, warum die Menschen dahin kommen, aber ich möchte auf gar keinen Fall dahin.

Lautsprecher: (Stellt die fünf an der Sitzung beteiligten Herren vor):

Dieser Herr mit dem dunklen Anzug ist der Oberbürgermeister, der Zweite rechts neben ihm ist der Chef des städtischen Bauamtes, der auf der anderen Seite ist der Chef des Wohnungsamtes. Ihre Titel unterscheiden sie voneinander. Sie sind die Begründung für ihre Anwesenheit. Gemeinsam ist ihnen, daß sie keine Gesichter haben (Setzen sich Masken auf.). Dies können sie sich in ihrer Position nicht leisten. Der Junge, der ein wenig abseits sitzt, ist Architekt; er hat ein Gesicht, ist noch nicht lange im Geschäft. Sein Vorgesetzter ist ein älterer Mann, der bald in den Ruhestand geht. Er zeigt nur seinen Rücken, er schämt sich, aber er sagt es nicht. Er sagt überhaupt nichts.

Oberbürgermeister:

Meine Herren, ich begrüße Sie sehr herzlich zu unserer abschließenden Sitzung über die Planung der zukünftigen Siedlung Mühlthal. Lassen Sie mich vor allem meiner Genugtuung Ausdruck verleihen, daß es uns endlich gelingen wird, einen wahren Schandfleck der Landeshauptstadt - das Elendsviertel Vorderberg - zu beseitigen und so auch diesen Beteiligten in unserer Gesellschaft ein menschenwürdiges Wohnen zu ermöglichen. Ich bitte Sie also, Herr . . . (lacht) Schmidt, uns die Pläne zu erläutern.

Junger Architekt (Schmidt):

Danke. Nachdem wir bereits in der letzten Sitzung Übereinstimmung erzielt haben über die räumliche Anordnung der Gebäude, brauchen wir uns heute nur noch über die Wohnungsgrößen, die sa-



nitären Anlagen, die Entsorgung und die Innenausstattung zu verständigen. - Wir sind bei der Planung davon ausgegangen, daß in keinem Raum mehr als zwei Personen wohnen sollen. Dies erfordert eine Wohnungsmischung von 60% Zwei- und Drei-Zimmer-Wohnungen, 15% Ein-Raum-Wohnungen, 10% Vier-Raum-Wohnungen und 15% Fünf-Raum-Wohnungen.

Oberbürgermeister:

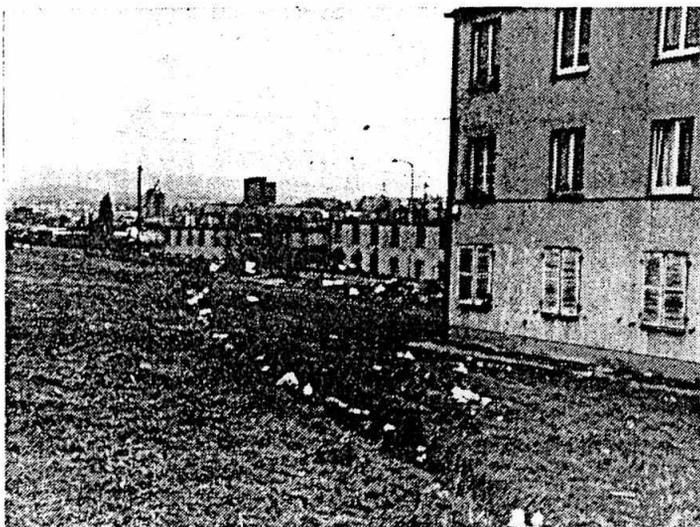
Habe ich Sie richtig verstanden, daß ein Viertel aller Wohnungen größer als drei Räume werden soll? Ich darf Sie - bei allem Verständnis, das ich den hochfliegenden Plänen der jungen Leute entgegenbringe - darauf hinweisen, daß es sich bei der Siedlung Mühlthal immerhin um eine Obdachlosensiedlung handelt. Da werden Leute wohnen, die - nicht immer ganz schuldlos - ihre Wohnung verloren haben, weil sie - sagen wir es vorsichtig - ein problematisches Wohnverhalten an den Tag legen. Ich kann es als Oberbürgermeister dieser Stadt nicht vertreten, daß diese Leute Wohnungen in einer Größe erhalten sollen, die auf dem Wohnungsmarkt nur selten und zu hohen Preisen angeboten werden.

Architekt Schmidt:

Ja, aber . . .

Oberbürgermeister:

(Unterbricht ihn, etwas ungeduldig): Wir sollten über diesen Punkt nicht allzu lange diskutieren, sondern uns darauf verständigen, daß keine der zukünftigen Mühlthal-Wohnungen mehr als drei Räume hat; schließlich sollten wir diese Leute nicht noch dafür belohnen, daß sie ihre Miete nicht bezahlt haben.





**Bauamtsleiter:** (unterwürfig): Gut, haken wir dieses Thema ab. Wenn die Wohnungen nur zwei oder drei Räume erhalten, wird das auch billiger, weil nicht so viele verschiedene Zuschnitte geplant werden müssen und – das sollten wir auch berücksichtigen – wir können auf diese Art wesentlich mehr Familien in der neuen Siedlung unterbringen. Es wird auch in Zukunft immer wieder Leute geben, die aus ihren Wohnungen herausgeklagt werden, die man keinem Vermieter auf die Dauer zumuten kann. Fahren Sie bitte fort!

**Architekt Schmidt:**

Bei sämtlichen Wohnungen haben wir dafür gesorgt, daß jedes Zimmer hinreichend beleuchtet wird. Querlüftung ist allerdings nicht mehr überall möglich, wenn nur Zwei- und Drei-Raum-Wohnungen gebaut werden. Nur bei den Badezimmern sehen wir Probleme, weil...

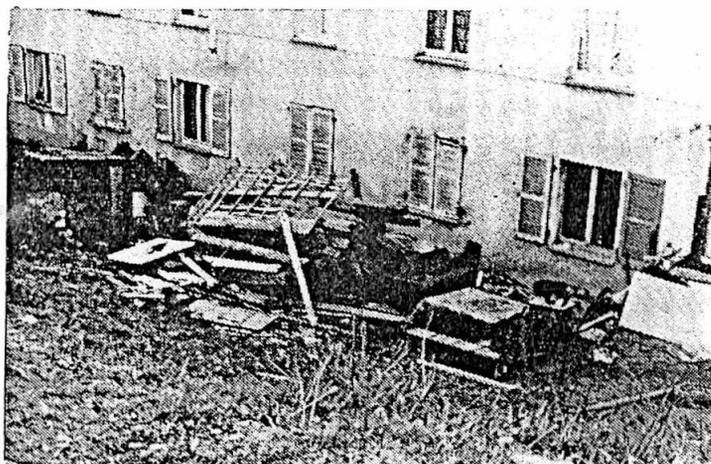
**Oberbürgermeister:**

(Unterbricht ihn, lacht schallend): Junger Mann, Sie sind wohl nicht informiert, wie diese Leute leben. Die stapeln doch bloß ihre Briketts in der Badewanne

oder lassen den Hund reinpinkeln. Und noch was: Die Badewanne ist noch nicht richtig eingebaut, da haben die die schon beim nächsten Schrotthändler zu Geld gemacht.

**Bauamtsleiter:** (Lacht mit): ... und das wird dann schleunigst versoffen.

**Oberbürgermeister:** (Lacht immer noch): Also, daß mit den Badezimmern schlagen Sie sich bitte aus dem Kopf. Es ist doch nicht jeden Tag Weihnachten!



Architekt  
Schmidt:

. . . aber große Familien brauchen einfach ein Badezimmer, sonst kriegen die den Dreck nie mehr von der Haut.

Oberbürger-  
meister:

(Wird laut): Also, jetzt muß ich Ihnen mal was sagen: In dieser Stadt wohnen tausende von fleißigen Arbeiterfamilien, die auch kein Bad haben . . . und wenn diese . . . äh, sozial Schwachen sich mal dreckig machen, dann kommt das bestimmt nicht vom Arbeiten. Jetzt machen Sie mal weiter, die Bäder sind gestrichen (schüttelt ungläubig den Kopf). tz,tz,tz . . .



Architekt  
Schmidt:

Wir haben durch Bodenuntersuchungen festgestellt, daß die zukünftige Siedlung auf einer Wasserader steht. Wenn die Wohnungen nicht innerhalb kürzester Zeit naß werden sollen, muß jeder Wohnblock mit einer großzügig dimensionierten Drainage versehen werden.

Amtsleiter:

(Zupft den Oberbürgermeister vorsichtig am Ärmel): Nach den geltenden Baunormen sind wir dazu nicht verpflichtet). Außerdem wird das sehr teuer.

Oberbürger-  
meister:

Wenn wir dazu nicht verpflichtet sind, lassen wirs auch bleiben. Die Zuschüsse kriegen wir auch, wenn wir die Baunormen gerade so einhalten. Wir müssen da keine Luxuswohnungen bauen.

Architekt  
Schmidt:

(Etwas aus dem Häuschen): Aber dann wirds nicht bloß feucht in den Wohnungen, die sind dann im Winter einfach nicht mehr warm zu kriegen. Und gelüftet werden die überhaupt nicht mehr, weils sonst noch kälter wird.

Oberbürger-  
meister:

(Etwas wütend): Wir sind doch keine Pastorentöchter. Das sage ich Ihnen, diese Leute frieren schon nicht. Die kaufen ihre Kohlen bei der Firma Doornkaat.

Zwei Amtsleiter: (Lächeln, Zustimmung)

Architekt  
Schmidt:

(Leise, kleinlaut): Ich traue mich schon kaum mehr, Ihnen zu sagen, daß wir für die Wohnungen einen besonders kälte- und wasserabweisenden Innenputz vorgesehen haben.

Oberbürger-  
meister:

(Väterlich): Junger Mann, jetzt werden Sie endlich vernünftig. Den Innenputz können Sie ganz streichen. Diese Sozialen kloppen uns im Suff doch bloß den Putz von den Wänden. Sozialpolitischer Wille der städtischen Körperschaften – und zwar aller Fraktionen – ist es eindeutig, einen Schandfleck aus dem Stadtbild verschwinden zu lassen. Schließlich haben wir auch eine Verantwortung gegenüber unserem Kurgästen, die dafür sorgen, daß es dem Wiesbader Fremdenverkehr immer noch gut geht. Und von denen kriegen wir unsere Gewerbesteuer. Wir können diesen unseren Gästen einen Anblick wie den Vorderberg einfach nicht zumuten. Aber dazu reicht es völlig, wenn die Häuser von außen verputzt werden. Wie heißt noch das Sprichwort: Wie es drinnen aussieht, geht niemand was an.

## ZEITSPRUNG VON EINEM JAHR IM MÜHLTAL AN- SAGEN



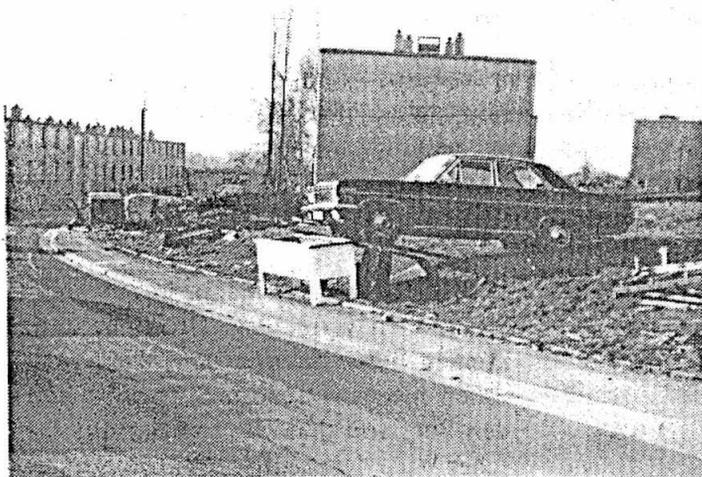
Vater/Thorsten: (Sitzen am Tisch)

Vater:

(Sucht wieder in der Zeitung vergebens nach Arbeit und Wohnung.) Verdammt nochmal, es gibt einfach keine Arbeit; weder auf dem Arbeitsamt noch in der Zeitung ist etwas, womit man sich wenigstens etwas Geld verdienen kann.

Thorsten:

Warum haben die auch alles so stark modernisiert?



Vater: Ja, das ist doch nur für die Bosse gut, die scheffeln das Geld in Massen und klagen noch. Mit ein paar Leuten halten die doch heute die Betriebe aufrecht.

Thorsten: Oder sie verlegen ihre Werke dahin, wo sie noch billigere Arbeiter finden; nämlich ins Ausland. Da bekommen die Leute sehr wenig Lohn für ihre Arbeit. Und hier werden die Sachen dann teuer verkauft, das bringt Gewinn für die Unternehmer.

Vater: Ja, Geldgier ist nun einmal sehr schlimm, mein Junge.

Thorsten: Ich gehe zum Arbeitsamt. Vielleicht ist ja heute etwas da.

Er geht.

Steffi: (Wird krank und liegt im Bett. Sie hustet, hustet, hustet.)

Mutter: Thomas, geh in die Apotheke, Steffi braucht Hustensaft, und dann kannst Du auch gleich etwas vom HL mitbringen.

Thomas: Oooch neee.  
(Er hat die Karten in der Hand, setzt sich bequem an den Tisch und spielt.)

Mutter: Thomas, jetzt geh endlich. Ich knall Dir etwas an den Kopf, daß Dir hören und sehen vergeht.

Thomas: Warum immer ich? Soll Steffi doch acht geben, daß sie nicht krank wird oder soll selber gehen.

Mutter: (Kopfschütteln)  
Ungezogen bist Du gar nicht. Jetzt geh endlich. Meine Geduld ist am Ende.

Thomas: (Geht maulend zur Tür hinaus.)

Mutter: So geht es nicht weiter. Alter, geh doch einmal zum Sozialamt. Wir brauchen dringend Geld. Die Kinder benötigen doch warme Sachen und Schuhe; auch Kohlen benötigen wir. Es ist kein Wunder, daß Steffi nicht gesund wird, denn hier im Mühlthal, das sind ja wirklich eiskalte Ställe

(deutet in die Ecke)

und naß sind sie auch. Ich bekomme die Kinder nicht mehr gesund, aber ich lasse mir das nicht mehr gefallen. Ich habe doch keine Kinder in die Welt gesetzt, damit sie in jungen Jahren am Ende noch in Sanatorien herumfliegen oder gar schon auf dem Friedhof zu finden zu sind.

Vater: Nein, ich gehe nicht aufs Sozialamt. Ich will Arbeit und keine Almosen. Nach dem Gesetzbuch steht das ja jedem Menschen zu. Also sollen sie uns auch Arbeit geben und uns als Menschen leben lassen.

Mutter: (Geht aus dem Zimmer.) Kannst mich mal!

Sabine: (Kommt weinend von der Schule nach Hause.)

Vater: Warum weinst Du denn schon wieder. Jeden Tag ist etwas anderes in der Schule.

Sabine: Ein Kind hat gesagt, ich sei eine Mühlaltratte, und da habe ich es verprügelt.



Mutter: (Kommt und hört schweigend zu.)

Vater: Ja und, ist das so schlimm? Es hatte ja wohl eine Ohrfeige verdient.

Sabine: Da kam eine Frau und hat gesagt, ich gehe morgen zu Deiner Lehrerin. Dafür bekommst Du eine 4 in Betragen, aber die will ich nicht. Das andere Kind hat doch angefangen. Ich kann doch nichts dafür, daß wir im Mühlthal wohnen.

Mutter: (Nimmt ihr Kind tröstend in die Arme.) Ich gehe morgen mit Dir in die Schule und werde mit Deiner Lehrerin reden. Du bekommst mir keine 4 in Betragen und kommst auch nicht in die Sonderschule wie Thomas, der früher ja auch ein anständiges Zeugnis hatte und heute in die Sonderschule gehen muß. Ob er wohl in diese Schule gehen müßte, wenn wir noch in der anderen Wohnung wären?

Vater: Ich glaube nicht.

Thorsten: (Kommt vom Arbeitsamt zurück.) Papa, was soll ich denn noch machen. Ich habe wieder keine Arbeit bekommen. Die Vermittlerin hat mir zwar eine gegeben, doch in dem Betrieb haben sie gesagt, wir haben so viele Angebote, daß wir keine aus dem Mühlthal brauchen.

Vater: (Holt sich noch ein Bier.) Wie immer, keine Arbeit, keine normale Wohnung haben sie, aber immer über uns schlecht reden, das können sie.



Mutter: Alter, hör auf mit dem Saufen.

Vater: Ich kann das Leben nicht mehr ertragen.

Mutter: Geh morgen zum Sozialamt.

Vater: Nein, da gehe ich nicht hin.

Mutter: Dann gehe ich am Montag aufs Amt, so geht es nicht weiter.

Vater: Wage Dich, dann bekommen wir Streit.

Mutter: Ich gehe. Du wirst es schon sehen. Das Elend wird mir langsam zuviel. Ich muß schon wegen der Kinder. Ich kann sie doch nicht hungern und frieren lassen.

Vater: Du gehst nicht. Wage Dich ja nicht. Ich schlage Dir die Zähne ein.

Mutter: Ja glaubst Du denn, Deine Sauferei würde uns weiterhelfen?

Vater: Halt Du gefälligst die Schnauze. Du mußt gerade was sagen. Du warst doch vor zwei Jahren auch noch für mehr Ordnung und hast Dich und den Haushalt mehr gepflegt.

Mutter: Eben, Du siehst ja selber, daß es so nicht weitergeht. Ich muß kochen, die Kinder einkleiden und warm muß es ja auch sein. Und eins will ich Dir sagen: Du brauchst mir nichts vorzuwerfen; Du säufst, was soll ich da noch auf den Haushalt und auf mein Äußeres achten? Du hast auch nichts unternommen, als sie Thomas in die Sonderschule abschieben. Auf Dich höre ich doch nicht mehr. Du kannst mich mal!

#### VORHANG

Mutter: (Geht zum Amt. Klopft an und tritt ein.)

Sachbearbeiter X: Guten Tag. Nehmen Sie doch Platz. Was kann ich für Sie tun? Wie heißen Sie und wo wohnen Sie?

Mutter: Und heiße Schulze und wohne im Mühlthal.

X: Was, schon wieder eine von denen. Was wollen Sie denn überhaupt von mir?

Mutter: Mein Mann hat keine Arbeit.



**X:** Das wissen wir. Alle von da oben haben keine und bekommen auch keine – sagen sie.

**Mutter:** Hören Sie mal, mein Mann ist kein Drückeberger und er will auch nicht, daß ich hierher komme. Aber was soll ich machen, wir haben 4 Kinder, die wollen essen und trinken und sie brauchen Kleider und Schuhe.

**X:** Was, das auch noch?

**Mutter:** Ja, und eine warme Wohnung.

**X:** (Schaut die Mutter nur stumm an. Er packt sein Essen aus und fängt zu essen an. Nimmt sich aber viel Zeit dazu.)

**Mutter:** (Sieht sich ganz ängstlich im Zimmer um.)

**X:** Name und Geburtstag von allen. Sagen Sie mal, wie lange ist Ihr Mann schon arbeitslos?

**Mutter:** 2 Jahre.

**X:** Und da hat er keine andere Arbeit gefunden?

**Mutter:** Nein, obwohl er immer am Suchen ist.

**X:** Ich glaube, der will gar keine.

**Mutter:** Doch, und wir sind weder Schuld, daß mein Mann und mein Sohn keine Arbeit bekommen noch daß wir im Mühlthal wohnen müssen. Mein Mann hatte ja bis

vor 2 Jahren einen festen Arbeitsplatz, aber ihm wurde gekündigt. Und mein Sohn wird überall abgewiesen. Oft heißt es, nein vom Mühlthal nehmen wir niemand, oder die Stelle ist schon besetzt.

**X:** Ich werde Ihrem Sohn erstmal eine Arbeit geben, da bekommt er die Stunde 1,– DM, das ist doch auch schon was.

**Mutter:** Nein, für 1,– DM arbeitet mein Sohn nicht. Wir sind doch nicht im Dritten Reich, daß er das Pflichtjahr machen muß.

**X:** Kommen Sie in drei Wochen wieder, dann sehen wir weiter.

**Mutter:** Wieso erst in 3 Wochen? Was soll ich denn mit den Kindern anfangen?

**X:** Sie haben uns ja die ganze Zeit nicht gebraucht, von was haben Sie denn da gelebt? Es wird schon gehen.

**Mutter:** (Steht auf und geht zur Tür.) Ich komme die nächste Woche wieder.

**X:** Ihr habt wohl doch noch zuviel Geld, weil ihr so unnötig durch die Gegend fahrt.

**Mutter:** Ich laufe.

**X:** Warum gehen Sie denn nicht arbeiten?

**Mutter:** Ich bin krank.

**X:** (Brummelt was vor sich hin, was man nicht versteht.)

**Mutter:** (Verläßt zitternd und weinend das Zimmer.)



## VORHANG

Steffi: (Liegt noch immer im Bett und ist krank.)

Vater: (Macht das Fenster auf.) Frische Luft muß sein. Steffi, deck Dich fest zu.

Kulisse: (Stinkbombe schmeißen.)

Steffi: Papa, die Kläranlage stinkt wieder so, mach doch lieber wieder zu, sonst muß ich doch brechen.

Mutter: Ich war auf dem Amt. Was ist das doch für ein böser Vogel da unten.

Vater: (Steht auf und scheuert ihr eine.) Ich habe doch gleich gesagt, Du sollst nicht gehen, nach allem, was man so hört von denen.

Na ja,  
vielleicht sind die auch einmal in der Klemme wie wir.

Mutter: Ein schöner Beruf ist es ja gerade nicht, aber sie könnten doch ein wenig mehr Herz für uns haben. Was solls, das Leben geht weiter. Ich kann ja gar nicht anders, als zum Amt zu gehen. Irgendwo muß das Geld ja herkommen.

Vater: Wir wollen nix.

Mutter: Wir brauchen es aber; denk doch an die Kinder.

Vater: (Holt sich eine Decke für über die Knie.) Mir ist es saukalt. Was haben sie denn da unten auf dem Amt gesagt?

Mutter: (Reibt sich immer noch die Wange, und unter Weinen sagt sie): Erst war er höflich, bis er hörte, daß ich aus dem Mühlthal komme. Von da an war er wie umgewandelt. Er hat gefragt, ob Du nicht arbeiten gehen wolltest, dann wollte er Thorsten eine Arbeit für 1,- DM geben und als ich ablehnte, meinte er, warum ich nicht arbeiten gehen würde.

Vater: Was, das ist doch nun wirklich die Höhe. Sie haben doch überhaupt keine Arbeit für uns.

Mutter: Warum trinkst Du schon wieder; und wo hast Du das Bier her?



Vater: Geschenkt habe ich es bekommen. Oder glaubst Du am Ende auch noch von mir, ich würde dafür Geld ausgeben, wo wir ohnehin kaum welches haben.

Mutter: Ich weiß nicht.

Vater: Nein, nein, so weit bin ich noch nicht. Wie so viele andere hier bei uns, die aus Verzweiflung zu Alkoholikern werden.

Mutter: Dann raff Dich doch auch auf und mach mit dem Saufen Schluß.

Vater: Ja, Frau. Ich habe gehört, daß einer in den Möbeln verunglückt ist und deswegen dort nicht mehr arbeiten kann. Da gehe ich morgen gleich anrufen, hoffentlich ist der Platz noch frei. Die nehmen mich bestimmt, denn die Knochenarbeit machen nur die ganz armen Schweine, da will kein anderer ran, die fragen auch nicht lange, wo kommst Du her. Denen ist es gleich, Hauptsache Du arbeitest gut und ohne Steuerkarte und Sozialversicherung. Ich tue ja so etwas nicht gerne, ohne Versicherungskarte arbeiten, da es mir später an der Rente fehlt, doch was soll ich machen, denn Geld muß ins Haus, und zwar schnell.

Thorsten: Vielleicht hat die Müllabfuhr einen freien Platz, die nehmen ja auch Leute aus unserer Siedlung.

Vater: Nein, das glaube ich nicht, daß da etwas frei ist, die müssen auch erst einmal ihre eigenen Leute unterbringen. Es gibt bei uns ja über zwei Millionen ohne Arbeit.

## VORHANG

Enkel: Oma, warum müssen wir denn im Mühl-  
tal wohnen?

Oma: Weil wir die Miete nicht zahlen konnten.

Enkel: Und warum konnten wir sie nicht zah-  
len?

Oma: Weil das ganze Leben zu teuer gewor-  
den ist.

--- 5 Sekunden Pause ---

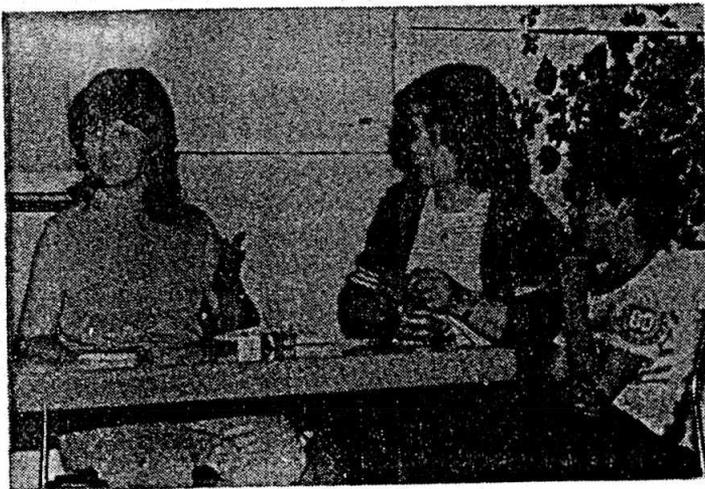
Enkel: Oma, warum wollen denn die Leute von  
draußen nichts von uns wissen?

Oma: Weil sie glauben, daß wir alle faul und  
schlecht sind und Böses im Kopf haben.

Enkel: Oma, sind denn die Leute, die nicht im  
Mühltal wohnen, alles nur Engel?

Oma: Nein, mein Kind, auf gar keinen Fall, da  
draußen gibt es welche, die sind viel, viel  
schlimmer.

--- Pause ---



Enkel: Oma, warum fängt Herr Schulze jetzt  
auch an zu trinken?

Oma: Weil er sehr großen Kummer hat.

Enkel: Was hat er denn für einen Kummer, Oma?

Oma: Kind, er hat schon so lange seine Ar-  
beitsstelle verloren, wie so viele andere  
auch.

Enkel: Und warum hat er keine andere Arbeit,  
Oma?

Oma: Weil es nichts mehr zum Arbeiten gibt.  
Seit die großen Herren alles in die Ma-  
schinen stecken und alles modernisiert  
wird, hängen -zig Tausende von Men-  
schen ohne Arbeit auf der Straße herum.

--- Pause ---

Enkel: Oma, was heißt: sie hängen auf der Stra-  
ße herum? Ich habe noch keinen hän-  
gen gesehen.

Oma: Nein, so war es auch nicht gemeint. Sie  
gehen zum Arbeitsamt wegen Arbeit. Ist  
keine da, so bekommen sie vom Arbeits-  
amt oder Sozialamt Geld.

Enkel: Dann müßte es ihnen doch gut gehen,  
Oma.

Oma: Nein, es geht ihnen nicht gut, denn das  
Geld, das es von amtswegen gibt, ist  
doch sehr gering.

Enkel: Und wenn Herr Schulze trinkt, geht's  
ihm besser?

Oma: Aber nein, das ändert seine Lage natür-  
lich auch nicht zum Guten, dann wird  
ja alles noch viel schlimmer.

Enkel: Oma, weiß er das?

Oma: Ja.

Enkel: Und warum trinkt er dann noch?

Oma: Weil er Angst hat, daß sie ihm die Mö-  
bel holen, die sie auf Raten gekauft ha-  
ben, als er noch Arbeit hatte, die aber  
noch nicht fertig bezahlt sind.

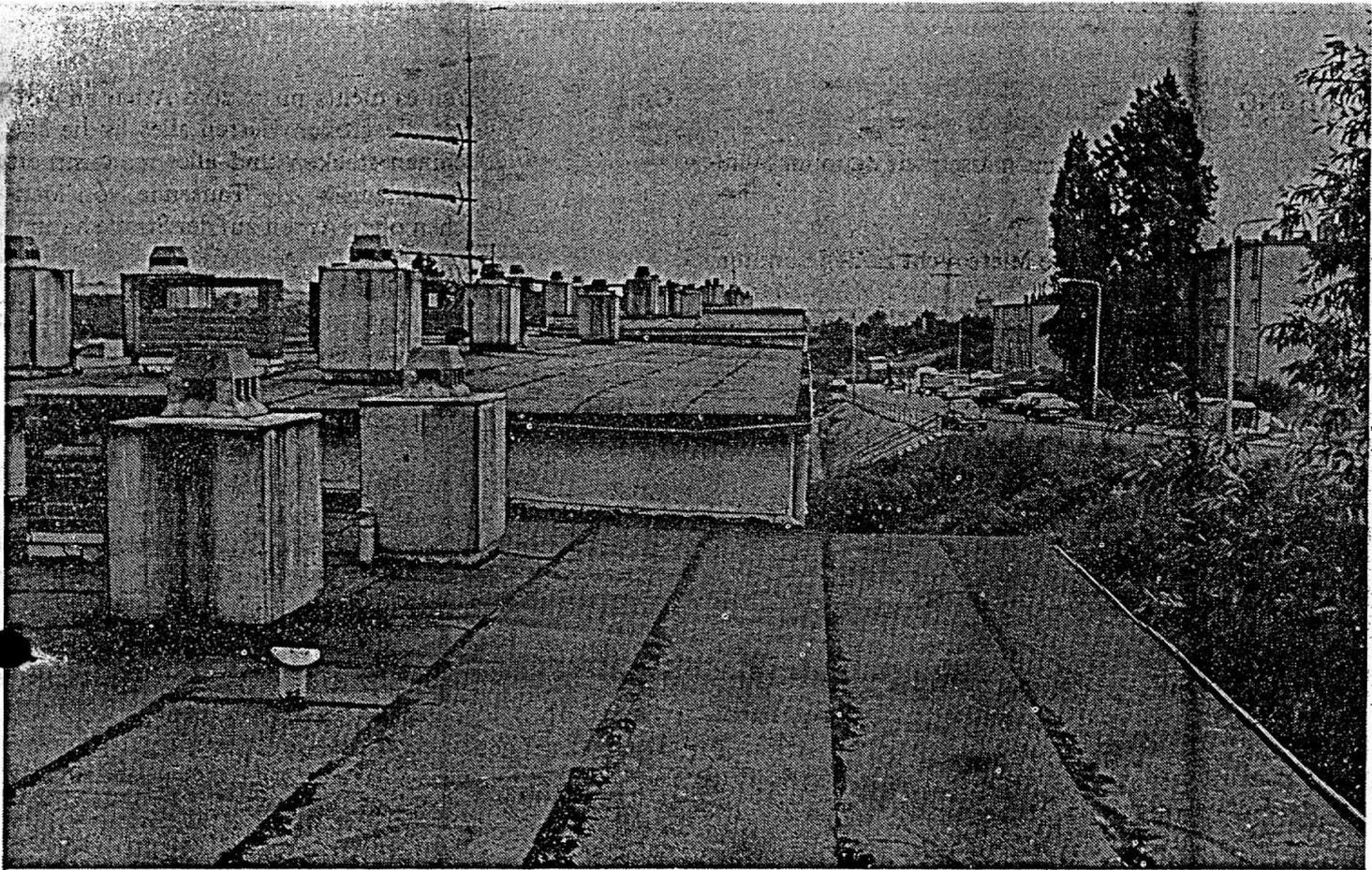
Enkel: Oma, an welchen Tischen sollen sie dann  
essen und in welchen Betten schlafen?

Oma: Ich weiß es ja auch nicht.

--- Pause ---

Enkel: Du, Oma, bekommen die Leute, die jetzt  
einziehen, denn so wenig Wohnraum?

Oma: Ja, Kind, das ist so. Die Stadt weiß nicht  
mehr, wohin mit den Leuten, die alle  
draußen keine Wohnung mehr bezahlen  
können.



Enkel: Oma, dann gibt es aber sehr viele arme Leute.

Oma: Ja, das stimmt, und daran ist der Staat schuld.

Enkel: Wieso der Staat?

Oma: Weil er die ganze Bauerei ein paar andern überlassen hat, die dann für sich das große Geld machen.

--- Pause ---

Enkel: Oma, wäre es nicht besser, der Staat würde dann für uns alle bauen?

Oma: Doch, ich glaube schon, dann könnten sich nicht so viele die Hände darin waschen.

Enkel: Oma, wie kann man sich beim Bauen die Hände waschen?

Oma: Es gibt Leute, die können das, die werden reich und immer reicher dabei, die hamstern das Geld nur so, darum kann man auch ruhig Hamsterheimat sagen.

Enkel: Oma, kommt heute Steffi zu uns und kommen dann auch Frau und Herr Schulze wieder mit?

Oma: Ja, und wahrscheinlich auch Thorsten.

Alle: (Sind in einem Raum versammelt. Sie sitzen am Tisch und reden.)

Kulisse: (Nationallied)

Vater: (Steht auf und stellt ab.)

Mutter: Was soll denn das?

Vater: Ich kann das nicht mehr hören.

Mutter: Wieso? Das ist doch immer das Gleiche!

Vater: Eben, Du sagst es ja. Es stimmt ja alles nicht; wenn ich das höre, bekomme ich Bauchschmerzen. Was ist für uns Einigkeit, wenn sie uns von oben treten können? Recht und Freiheit haben wir nicht, weder auf Arbeit noch auf Wohnen. Und blühe deutsches Vaterland, bei so viel Elend, wo ist da etwas von blühen zu sehen.

Thorsten: Kommt, wir machen ein Lied zusammen.

Alle: Das Lied von Frau Schulze und vom Sozialhilfeempfänger.

ENDE

